



## **Nachtrag Nr. 3 vom 09. April 2018**

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz

zu den Basisprospekten

für

**Strukturierte Schuldverschreibungen (Basisprospekt A)**

**Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe) (Basisprospekt B)**

**Strukturierte Schuldverschreibungen (Basisprospekt C) und**

**der**

**Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

(nachstehend **Emittentin**, die **Bank** oder **Helaba** oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch **Konzern** genannt)

Dieser Nachtrag wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird durch Bereithaltung bei der Emittentin in gedruckter Form zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum sowie auf der Internetseite der Emittentin unter <http://prospekte.helaba.de> veröffentlicht.

## **INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1.</b>	<b>Wichtige Hinweise</b> .....	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Belehrung über das Widerrufsrecht gemäß § 16 Absatz 3 WpPG</b> .....	<b>3</b>
<b>3.</b>	<b>Allgemeine Informationen zum Nachtrag</b> .....	<b>4</b>
<b>4.</b>	<b>Nachtrag zu den Basisprospekten</b> .....	<b>4</b>

## 1. Wichtige Hinweise

Dieser Nachtrag (der **Nachtrag**) vom 09.04.2018 aktualisiert die in der unten stehenden Tabelle (die **Tabelle**) aufgeführten Basisprospekte vom 25.04.2017 in Bezug auf die bereitgestellten und in diesem Nachtrag genannten Angaben und bildet mit diesen jeweils eine Einheit. Die mit diesem Nachtrag bereitgestellten Informationen sind mit den in den Basisprospekten zur Verfügung gestellten Angaben im Zusammenhang zu lesen.

Dieser Nachtrag, die Basisprospekte sowie die zugehörigen Nachträge wurden bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und werden durch Bereithaltung bei der Emittentin in gedruckter Form zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum sowie auf der Internetseite der Emittentin unter <http://prospekte.helaba.de> veröffentlicht.

**Dieser Nachtrag aktualisiert die in der folgenden Tabelle aufgeführten Basisprospekte:**

<b>Bezeichnung des Basisprospekts</b>	<b>Datum des Basisprospekts</b>	<b>Geändert durch</b>	<b>Seitenzahl für den Abschnitt „3. Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“</b>
Strukturierte Schuldverschreibungen (Basisprospekt A)	25.04.2017	Nachtrag Nr. 1 vom 31. August 2017 sowie Nachtrag Nr. 2 vom 15. September 2017	Seite 135 des Basisprospekts zuletzt geändert durch Nachtrag Nr. 2 vom 15. September 2017
Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe) (Basisprospekt B)	25.04.2017	Nachtrag Nr. 1 vom 31. August 2017 sowie Nachtrag Nr. 2 vom 15. September 2017	Seite 65 des Basisprospekts zuletzt geändert durch Nachtrag Nr. 2 vom 15. September 2017
Strukturierte Schuldverschreibungen (Basisprospekt C)	25.04.2017	Nachtrag Nr. 1 vom 31. August 2017 sowie Nachtrag Nr. 2 vom 15. September 2017	Seite 125 des Basisprospekts zuletzt geändert durch Nachtrag Nr. 2 vom 15. September 2017

## 2. Belehrung über das Widerrufsrecht gemäß § 16 Absatz 3 WpPG

**Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von unter den Basisprospekten angebotenen Wertpapieren gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Absatz 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Str. 52-58, 60311 Frankfurt am Main, zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.**

### **3. Allgemeine Informationen zum Nachtrag**

Aufgrund der mit Wirkung zum 29. März 2018 (16:40) Uhr MESZ) durch die Helaba erfolgten Veröffentlichung ihres Konzernabschlusses 2017 nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind und ihres Konzernlageberichts 2017 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“), sowie ihres Jahresabschlusses und Lageberichtes 2017 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) ist ein neuer wichtiger Umstand eingetreten.

Seit dem Datum der jüngsten veröffentlichten, geprüften Konzern- und Jahresabschlüsse der Helaba (31.12.2017) hat es keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage des Helaba-Konzerns gegeben. Angaben zum Bilanzstichtag 31.12.2016 werden ab dem Datum dieses Nachtrags – auch in der Zusammenfassung – durch die Angaben zum Bilanzstichtag 31.12.2017 aktualisiert.

### **4. Nachtrag zu den Basisprospekten**

Durch den Nachtrag vom 09. April 2018 werden die in der Tabelle aufgeführten Basisprospekte gemäß § 16 WpPG an der folgenden Stelle geändert:

In Bezug auf die aus dem Registrierungsformular vom 25. April 2017 in die Basisprospekte - jeweils im Abschnitt „3. Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ - einbezogenen und durch etwaige Nachträge aktualisierten Angaben, werden die Formulierungen unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt ergänzt:

#### ***Historische Finanzinformationen***

Die Emittentin hat am 29. März 2018 ihren Konzernabschluss 2017 nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind und ihren Konzernlagebericht 2017 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“), veröffentlicht. Dieser Konzernabschluss und dieser Konzernlagebericht wurde von PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Des Weiteren hat die Emittentin am 29. März 2018 ihren Jahresabschluss und ihren Lagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2017 veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss und dieser Lagebericht nach den Vorschriften des HGB wurde von PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Konzernabschluss 2017 und der Konzernlagebericht 2017 -mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“- sowie der Jahresabschluss und Lagebericht 2017 -mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“ der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale – sind auf den nachfolgenden Seiten abgedruckt.

AA-0

**Konzernlagebericht -mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“- nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) und Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind**

Die nachfolgenden Seiten AA-1 bis AA-200 sind dem Geschäftsbericht 2017 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter [www.helaba.de](http://www.helaba.de) abrufbar ist.

# Konzernlagebericht

(Ohne den Abschnitt "Prognose- und Chancenbericht")

- 34 Grundlagen des Konzerns
- 38 Wirtschaftsbericht
- 41 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- 51 Nachtragsbericht
- 52 Risikobericht
- 82 Nichtfinanzielle Erklärung

In diesem Jahr ist der Konzernlagebericht des Geschäftsberichts 2017 auch als Online-Version verfügbar.

[onlineberichte.helaba.de/geschaeftsbericht-2017](https://onlineberichte.helaba.de/geschaeftsbericht-2017)

# Konzernlagebericht

## Grundlagen des Konzerns

### Geschäftsmodell des Konzerns

---

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungsrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Für 2018 sind die Umwandlung der Repräsentanz Stockholm in eine Niederlassung sowie die Eröffnung einer Repräsentanz in São Paulo geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägt stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen zu ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend

durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für rund 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnungsführung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit rund 820.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) an-

zuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Die Helaba überprüft ihr Geschäftsmodell regelmäßig und entwickelt es kontinuierlich weiter. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Vorjahr begonnene Portfolioreview fortgesetzt, in

dem alle Geschäftsfelder auf ihre Marktattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Ertragsaussichten überprüft wurden. Es wurden verschiedene Wachstumsinitiativen beschlossen und strukturelle Veränderungen in zwei Wellen umgesetzt.

Die erfolgten Anpassungen werden ab dem Jahresbeginn 2018 auch entsprechend in der in- und externen Berichterstattung abgebildet.

## Steuerungsinstrumentarium und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 70 %. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Für 2017 lag die aus dem SREP-Beschluss der EZB abgeleitete mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote für die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes, KWG, sowie der Capital Requirements Regulation, CRR) bei 7,43 %. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor

Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital nach IFRS) gesteuert. Als Zielkorridor hat die Helaba eine Eigenkapitalrentabilität von 5 bis 7 % definiert.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Aktivpositionen inklusive Derivaten. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll mit Übergang der Leverage Ratio in Säule 1 des bankaufsichtsrechtlichen Drei-Säulen-Modells gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission noch entscheiden. Die Helaba berücksichtigt diese Quote bereits heute in ihren Steuerungssystemen.

Nach der CRR sind eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Für die LCR lag die regulatorische Mindestquote für 2017 bei 80 %. Mit der NSFR steht jetzt noch die europäische Umsetzung der Anforderungen an die mittel- und langfristige Liquidität aus. Die Einführung der NSFR wird aktuell frühestens für 2021 erwartet. Sie wird allerdings bereits heute auf Basis der Vorgaben aus dem BCBS (Basel Committee on Banking Supervision) in den Steuerungssystemen der Helaba berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen. Die Helaba geht aktuell davon aus, erst 2018/2019 eine verbindliche MREL-Vorgabe zu erhalten.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielproduktnutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu

ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein.

Im Kreditgeschäft hat die Helaba konzernweit verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Risikostrategien verankert sind. Sie sichern die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Wahrung von Kulturgütern und den Schutz der Umwelt. Grundsätzlich schließt die Helaba eine wesentliche Finanzierung von Vorhaben aus, die schwere Umweltschäden hervorrufen oder gegen internationale Sozialstandards verstoßen.

Für kritische Wirtschaftssektoren wurden spezifische Ausschlusskriterien entwickelt, die insbesondere kontroverse Geschäftspraktiken ausschließen. Dies betrifft die Sektoren Energiewirtschaft, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie Rüstung.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### ■ Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen wie einer betrieblichen Altersversorgung sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

### ■ Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird

ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

#### ■ **Personalentwicklung**

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Qualifizierungsangebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Das Repertoire der Personalentwicklung umfasst neben den genannten Qualifizierungsangeboten beispielsweise auch Aspekte des Change, Diversity oder Performance Managements.

#### ■ **Nachwuchsförderung**

Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

#### ■ **Weitere Schwerpunkte**

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement sowie die Führungskräfteentwicklung. Letztere orientiert sich dabei unter anderem an den Ergebnissen der letzten Mitarbeiterbefragung zur Führungskultur. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

# Wirtschaftsbericht

## Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2017 mit kalenderbereinigt 2,5 % erneut über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war fast ausschließlich von der Binnennachfrage geprägt; der Außenbeitrag steuerte nur 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Obwohl die Inflationsrate mit 1,8 % über dem Vorjahreswert von 0,5 % lag, führten gestiegene Tarifeinkommen und mehr Beschäftigung zu höheren Realeinkommen.

Trotz der anhaltenden politischen Unsicherheiten investierten die Unternehmen etwas stärker in Maschinen und Fahrzeuge. Steigende Unternehmensgewinne, günstige Finanzierungsbedingungen und hohe Auftragseingänge nicht nur in der Industrie haben hierzu beigetragen. Der Aufschwung im Wohnungsbau setzte sich fort. Er profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Positiv wirkten sich zudem die verstärkten Investitionen in die Infrastruktur durch öffentliche Auftraggeber aus.

Der deutsche Bankensektor profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2017. Dies äußert sich vor allem in einem niedrigen Risikovorsorgebedarf. Auf der anderen Seite wird das operative Geschäft der Banken durch das aktuelle Zinsumfeld weiterhin belastet. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den Verdrängungswettbewerb verbleiben die Margen unter Druck.

Durch die ständige Fortentwicklung der Informationstechnologie werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den reversionssicheren Abschluss von Währungs-Hedge-Geschäf-

ten mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden. Mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsnischen über den SEPA-Zahlungsverkehr bis hin zur Abwicklung von Schuldscheindarlehen.

Nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 sind die konkreten Rahmenbedingungen des Austritts zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich noch nicht endverhandelt. Da ein harter Brexit nach wie vor nicht ausgeschlossen werden kann, wird von der Helaba die so genannte Drittlandregelung als wahrscheinlichstes Szenario eingeschätzt. Dieses Szenario beinhaltet die Annahme, dass ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich keine Sonderregelung für den Bankensektor enthalten wird beziehungsweise kein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen wird. In diesem Fall würde das Vereinigte Königreich die 27 EU-Mitgliedsstaaten wie jedes andere Drittland behandeln.

Vor diesem Hintergrund strebt die Bank bezüglich ihrer Niederlassung in London an, gegenüber der britischen Aufsichtsbehörde Prudential Regulation Authority (PRA) einen Antrag auf Errichtung einer Drittland-Niederlassung zu stellen. Die Gremien der Bank haben diesem Vorgehen zugestimmt.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- **EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)**

Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2017 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2018 bei

8,89%. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen.

#### ■ Stresstest

Neben dem zweijährigen Stresstest-Zyklus der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), der den nächsten Stresstest für 2018 vorsieht, hat die Helaba im ersten Halbjahr 2017 am Stresstest Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der EZB teilgenommen. Unter verschiedenen Zinsszenarien, die als Ad-hoc-Zinsschock auftreten, wurden dabei jeweils die Barwertveränderung im Bankbuch und die Veränderung des Zinsüberschusses berechnet. Alle von der Bankenaufsicht geforderten Daten konnten von der Helaba zeit- und sachgerecht geliefert werden. Die Ergebnisse sind in den diesjährigen SREP-Bescheid eingeflossen.

#### ■ Targeted Review of Internal Models (TRIM)

Ende 2015 hat die EZB das TRIM-Projekt ins Leben gerufen, um die derzeit von den Banken verwendeten internen Modelle zur Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen der Säule 1 gezielt zu überprüfen. Neben der Beurteilung, ob die Modelle die regulatorischen Anforderungen erfüllen, ist es das Ziel der EZB eine Vergleichbarkeit der eingesetzten internen Modelle herzustellen, um etwaige Inkonsistenzen und unbegründete Variabilität bei der Ermittlung der Risk Weighted Assets (RWA) zu verringern. Im Rahmen des TRIM-Projekts werden aktuell Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt.

Die Helaba-Gruppe wurde 2017 mit dem Schwerpunkt auf im Retail-Geschäft verwendete Kreditrisikomodelle und das interne Marktpreisrisikomodelle geprüft.

#### ■ Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)

Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des Single Resolution Boards (SRB) angesiedelt. Wie 2016 wurde im ersten Halbjahr 2017 eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Der MREL-Bestand der Helaba lag deutlich über der zuletzt in 2016 mitgeteilten indikativen Zielgröße.

#### ■ Basel-III-Reformpaket

Bei der Initiierung von Basel III waren im Wesentlichen Qualität und Höhe der Eigenmittel im Fokus. Mit der Basel-III-Finalisierung am 7. Dezember 2017 sind zunehmend die risikogewichteten Aktiva (RWA) in den Fokus gerückt. Die wesentlichen Änderungen erfolgten unter anderem durch eine höhere Risikosensitivität im Kreditrisiko-Standardansatz und im CVA-Risiko, durch den Wegfall des fortgeschrittenen Operational-Risk-Ansatzes (AMA) und des fortgeschrittenen Internal Ratings-Based Approach (IRB) für bestimmte Portfolios und durch die Festlegung eines Floors für interne Modelle in Höhe von 72,5% der Gesamtrisikopositionen. Die überarbeiteten Standards sollen gemäß Basler Ausschuss ab 2022 gelten und der Output-Floor in einem Übergangszeitraum von fünf Jahren eingeführt werden. Der mit den neuen Anforderungen verbundene RWA-Anstieg für alle deutschen Institute wird in der Planung der Helaba frühzeitig berücksichtigt.

## Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2017 geprägt von einem mit 2,5% hohem realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld.

Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit mindestens ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) im Konzern hat sich mit 18,5 Mrd. € (2016: 18,5 Mrd. €) im Vergleich zum Vorjahr stabil entwickelt. Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang um 1,9 Mrd. € führten jedoch insgesamt zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden auf 90,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 93,1 Mrd. €). Hinzu kommen 5,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,4 Mrd. €) Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäfts-

modells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, stieg aufgrund des Rückgangs der Bilanzsumme im Jahr 2017 auf 61% (31. Dezember 2016: 60%).

Das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft zeigte sich im gesamten Geschäftsjahr 2017 sehr positiv für Finanzinstitute. Dies wurde von der Helaba genutzt, um mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufzunehmen. Wie schon in den Vorjahren profitierte die Bank dabei unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2017 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,5 Mrd. € (2016: 17,2 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen, inklusive der

Mittelaufnahme unter der Serie von gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO II) der Bundesbank, betrug dabei rund 12,8 Mrd. € (2016: 14,2 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,9 Mrd. € und damit über dem Niveau der Vorjahre (2016: 2,4 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 4,7 Mrd. € (2016: 3,0 Mrd. €), wovon knapp 60 % auf Hypothekendarlehen und etwas über 40 % auf öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnten wieder erfolgreich US-Dollar-Hypothekendarlehen über insgesamt fast 1 Mrd. US-\$ mit verschiedenen Laufzeiten platziert werden. Zur Refinanzierung des schwedischen Immobilienkreditgeschäfts wurde erstmals ein Hypothekendarlehen in schwedischen Kronen (SEK) für institutionelle Investoren emittiert. Durch die Kundeneinlagen im Retail-Geschäft innerhalb des Konzerns, insbesondere über das Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse, wird die Refinanzierungsbasis wie in den Vorjahren weiter diversifiziert.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 77,0 % (31. Dezember 2016: 63,7 %) und damit außerhalb des Zielkorridors (Ziel 2017: < 70 %). Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 5,7 % (31. Dezember 2016: 7,2 %); sie liegt innerhalb des Zielkorridors von 5 bis 7 %.

Unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen beträgt Ende 2017 die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Helaba-Konzerns 15,4 % und die Gesamtkapitalquote 21,8 %. Bei Anwendung der CRR-Endstufe („fully loaded“) beträgt die CET1-Quote 15,2 % und die Gesamtkapitalquote 21,1 %. Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die Liquiditätsdeckungsanforderung (LCR) für die Helaba-Gruppe liegt zum Jahresende 2017 bei 159 %. Die europaweit einheitliche LCR wurde schrittweise angehoben und ist seit dem 1. Januar 2018 zu 100 % zu erfüllen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 beträgt die Leverage-Ratio der Helaba-Gruppe mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,9 % beziehungsweise 4,5 % („fully loaded“) und liegt damit über der vorgesehenen Mindestmarke von 3,0 %.

Die NPL-Quote der Helaba-Gruppe (gemäß EBA Risk Indicator Code AQT\_32) beträgt zum 31. Dezember 2017 0,82 %. Damit unterschreitet die Helaba wie im Vorjahr den im Rahmen der EU-weiten Transparency Exercise 2017 veröffentlichten und im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,21 % (per 30. Juni 2017).

Die Helaba ist Verbundbank für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen in vier Bundesländern. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2017 weiterhin stabil.

Der im Dezember 2016 erfolgte Verkauf der Anteile der Helaba an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG wurde im Juli 2017 vollzogen.

Auch im Geschäftsjahr 2017 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

# Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

## Veränderung des Konsolidierungskreises

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2017 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betrifft überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

## Ertragslage des Konzerns

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.094	1.231	-137	-11,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	56	-154	210	> 100,0
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>1.150</b>	<b>1.077</b>	<b>73</b>	<b>6,8</b>
Provisionsüberschuss	354	340	14	4,1
Handelsergebnis	268	146	122	83,6
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	-118	51	-169	>-100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-9	-5	-4	-80,0
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	35	53	-18	-34,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	79	119	-40	-33,6
Verwaltungsaufwand	-1.312	-1.232	-80	-6,5
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>447</b>	<b>549</b>	<b>-102</b>	<b>-18,6</b>
Ertragsteuern	-191	-209	18	8,6
<b>Konzernjahresergebnis</b>	<b>256</b>	<b>340</b>	<b>-84</b>	<b>-24,7</b>

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2017 unter weiterhin anspruchsvollen Marktbedingungen ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 447 Mio. € (2016: 549 Mio. €) erzielt. Hierzu beigetragen haben ein sehr gutes Handelsergebnis sowie ein Ertrag aus der Risikovorsorge. Belastend wirkten sich der gesunkene Zinsüberschuss aufgrund der aktuellen Zins- und Ankaufspolitik der EZB sowie negative Bewertungseffekte im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option (FVO) aus. Die Umsetzung zahlreicher regulatorischer Anforderungen führte zu einem Anstieg der Verwaltungsaufwendungen. Die vollständige Abschreibung des Firmenwerts der Frankfurter Sparkasse und außerplanmäßige Abschreibungen im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems, die das sonstige

betriebliche Ergebnis belasteten, konnte die Helaba dank eines zufriedenstellenden operativen Kundengeschäfts gut verkraften. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss beträgt 1.094 Mio. € und liegt damit um 11,1 % unter dem Vorjahresergebnis (2016: 1.231 Mio. €). Sowohl geringfügig niedrigere Bestände als auch rückläufige Zinsmargen bei Neugeschäftsabschlüssen aufgrund des anhaltend hohen Wettbewerbsdrucks führten zu einer Verringerung des Zinsüberschusses im operativen Kreditgeschäft. Rückläufig waren auch die Ergebnisbeiträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen. Das historisch niedrige Zinsniveau führte zu Ergebnisbelastungen bei der Eigenmittelanlage und bei der Frankfurter Sparkasse, die

über ein Fünftel zum Zinsüberschuss des Konzerns beiträgt, sowie zu einem Anstieg der negativen Zinsen für gestellte Barsicherheiten.

Aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft resultiert ein Ertrag von 56 Mio. € (2016: Aufwand von –154 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von –116 Mio. € (2016: –228 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde um 141 Mio. € aufgelöst (2016: 72 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenem Forderungen ergibt einen Ertrag von 31 Mio. € (2016: 2 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 1.077 Mio. € auf 1.150 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss ist um 14 Mio. € auf 354 Mio. € gestiegen. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse und der Helaba Invest generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr und aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft der Frankfurter Sparkasse positiv. Auch die Provisionen der Helaba Invest aus der Vermögensverwaltung konnten gesteigert werden. Rückläufig waren dagegen die Provisionen aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft der Helaba.

Der deutliche Anstieg des Handelsergebnisses auf 268 Mio. € (2016: 146 Mio. €) wird ganz wesentlich durch die niedrigeren Bewertungsabschläge bei den Derivaten (Credit Value Adjustments, CVA) infolge der gestiegenen langfristigen Zinsen geprägt. Auch führte die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch zu einem positiven Ergebniseffekt in Höhe von 42 Mio. € (2016: –12 Mio. €). Die korrespondierende Ergebnisbelastung aus der Konsolidierung ist im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO abgebildet. Die operative Ergebnisentwicklung aus dem kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäft liegt leicht über den Erwartungen. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ist von 51 Mio. € im Vorjahr auf –118 Mio. € im Geschäftsjahr 2017 gesunken. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahresergebnis signifikante Bewertungserfolge bei Finanzverbindlichkeiten der FVO enthalten waren. Eine weitere wesentliche Ursache für das negative Ergebnis ist die gegenüber dem Vorjahr umgekehrte Wirkung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread, CCBS) im Rahmen der Derivatebewertung in Höhe von –60 Mio. € (2016: 23 Mio. €). Unter Berücksichtigung dieser Liquiditätskomponente beträgt das Bewertungsergebnis der zur

Zinssteuerung eingesetzten Bankbuchderivate –114 Mio. € nach –35 Mio. € im Jahr 2016. Rückläufig entwickelte sich auch das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der konsolidierten Spezialfonds, das neben unrealisierten Bewertungseffekten auch realisierte Verkaufserlöse umfasst und mit –40 Mio. € (2016: 23 Mio. €) ausgewiesen wird. Hier wirkte sich spiegelbildlich zum Handelsergebnis die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch mit –42 Mio. € (2016: 12 Mio. €) negativ aus. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt –9 Mio. € (2016: –5 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist von 45 Mio. € auf 16 Mio. € gesunken. Ursächlich für den Rückgang ist das Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale (AFS) in Höhe von –9 Mio. € (2016: 26 Mio. €). Im Vorjahr war hierin die Zuschreibung auf eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG mit 28 Mio. € enthalten. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS liegen bei 25 Mio. € (2016: 19 Mio. €) und wurden überwiegend durch den Verkauf einer Beteiligung erzielt. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 19 Mio. € (2016: 8 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich aufgrund von Sondereffekten von 119 Mio. € auf 79 Mio. € deutlich vermindert. Zum einen führte die vollständige Abschreibung des Firmenwerts der Frankfurter Sparkasse aufgrund der aus der aktuellen Planung abgeleiteten geringeren Ausschüttungen mit –68 Mio. € (2016: –31 Mio. €) zu einer Belastung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses. Zum anderen musste die Helaba aufgrund neuer Anforderungen der Finanzaufsicht an die Sicherheit beim Einsatz von Informationstechnologie (IT) aus Kapazitätsgründen die Einführung eines neuen Kernbankensystems beenden. Hieraus resultierten außerplanmäßige Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von –31 Mio. € (2016: 0 Mio. €). Negativ ausgewirkt haben sich auch die Bildung von Rückstellungen für Risiken bezüglich Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und für Restrukturierungsaufwendungen, die das sonstige betriebliche Ergebnis in Summe mit –30 Mio. € (2016: –2 Mio. €) belasteten. Im Vorjahresvergleich entlastend wirkte die Zuführung zu Rückstellungen für Kaufpreiskrisen aufgrund des Verkaufs der Anteile an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG (–15 Mio. €; 2016: –47 Mio. €). Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 158 Mio. € (2016: 141 Mio. €). Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen.

Der Verwaltungsaufwand ist um –80 Mio. € auf –1.312 Mio. € gestiegen. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von –646 Mio. € (2016: –625 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von –630 Mio. € (2016: –569 Mio. €) sowie planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von –36 Mio. € (2016: –38 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Aufwendungen für die Altersversorgung. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.101 im Jahr 2016. Zum Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen haben Aufwendungen für die Informationstechnologie (IT) und Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung regulatorischer Vorgaben beigetragen. Vor allem durch das von der On-site-Inspection-IT ausgelöste Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projektportfolio der Helaba größer geworden. Auch die Beiträge zur europäischen Bankenabgabe sind leicht von –37 Mio. € im Vorjahr auf –38 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen. Dagegen sind die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf –52 Mio. € (2016: –59 Mio. €) gesunken.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.703 Mio. € (2016: 1.935 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost-Income-Ratio von 77,0 % (2016: 63,7 %) ergibt. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ist von 7,2 % auf 5,7 % gesunken. Die Kapitalrendite gemäß Artikel 90 CRD IV beträgt unverändert zum Vorjahr 0,2 %.

Der Ertragsteueraufwand beträgt –191 Mio. € (2016: –209 Mio. €). Er resultiert im Wesentlichen aus der Frankfurter Sparkasse (–58 Mio. €), den Niederlassungen New York (–47 Mio. €) und London (–37 Mio. €) sowie der GWH (–26 Mio. €) und der Bank Inland (–26 Mio. €). Von dem Ertragsteueraufwand entfallen –189 Mio. € auf tatsächliche Steuern. Die Entstehung beziehungsweise die Realisierung temporärer Differenzen führte zu latenten Steueraufwendungen von –2 Mio. €. Durch den Anstieg nicht abziehbarer Betriebsausgaben, die Abschreibung des Firmenwerts der Frankfurter Sparkasse und durch die Auswirkung der Steuersatzänderung durch die US-Steuerreform ist die Steuerquote gegenüber dem Vorjahr auf 42,8 % (2016: 38,1 %) angestiegen.

Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis ist um 24,7 % auf 256 Mio. € gesunken. Von dem Konzernjahresergebnis entfallen auf konzernfremde Anteilseigner konsolidierter Tochtergesellschaften –6 Mio. € (2016: –5 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 262 Mio. € (2016: 345 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 28 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 62 Mio. € zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2017 ist von 276 Mio. € auf 275 Mio. € gesunken. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt 19 Mio. € (2016: –64 Mio. €). Deutlich positiv ausgewirkt hat sich die Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen bedingt durch die Erhöhung des Diskontierungszinssatzes mit 116 Mio. € vor Steuern (2016: –168 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein Zinssatz von durchschnittlich 2,0 % (2016: 1,7 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde in 2017 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von –66 Mio. € vor Steuern erzielt. Im Vorjahr betrug dieses Ergebnis 63 Mio. €.

## Bilanz

### Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	20.947	18.331	2.616	14,3
Forderungen an Kunden	90.230	93.078	-2.848	-3,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	-401	-772	371	48,1
Handelsaktiva	16.319	20.498	-4.179	-20,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.924	4.024	-1.100	-27,3
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	24.064	25.796	-1.732	-6,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.732	2.711	21	0,8
Ertragsteueransprüche	483	522	-39	-7,5
Sonstige Aktiva	1.051	976	75	7,7
<b>Summe Aktiva</b>	<b>158.349</b>	<b>165.164</b>	<b>-6.815</b>	<b>-4,1</b>

### Passiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.514	30.138	1.376	4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49.521	46.824	2.697	5,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.155	50.948	-2.793	-5,5
Handelsspassiva	12.289	18.713	-6.424	-34,3
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.281	3.918	-1.637	-41,8
Rückstellungen	2.129	2.319	-190	-8,2
Ertragsteuerverpflichtungen	268	184	84	45,7
Sonstige Passiva	648	647	1	0,2
Nachrangkapital	3.510	3.623	-113	-3,1
Eigenkapital	8.034	7.850	184	2,3
<b>Summe Passiva</b>	<b>158.349</b>	<b>165.164</b>	<b>-6.815</b>	<b>-4,1</b>

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2017 um 4,1 % beziehungsweise – 6,8 Mrd. € auf 158,3 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist sowohl auf den marktbedingten als auch auf den bewertungsbedingten Abbau der Handelsaktiva und Finanzanlagen sowie auf gesunkene Forderungen

gegenüber Kreditinstituten und Kunden zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäft eingehen, nahm um 3,2 % auf 188,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 195,0 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 27,6 % auf 11,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,2 Mrd. €) gesunken, was insbesondere auf die Reduzierung der gestellten Barsicherheiten um –2,3 Mrd. € auf 2,8 Mrd. € und der Tages- und Termingelder um –1,6 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € zurückzuführen ist. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 5,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,4 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im Wesentlichen um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 9,9 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,1 Mrd. €).

Trotz konstanter Neugeschäftsabschlüsse reduzierten sich die Forderungen an Kunden um –2,8 Mrd. € auf 90,2 Mrd. €. Hier wirkten sich außerplanmäßige Tilgungen von Kunden sowie Währungseffekte negativ aus. Von den Forderungen an Kunden entfallen auf gewerbliche Immobilienkredite 31,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 33,0 Mrd. €) und auf Infrastrukturkredite 15,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,0 Mrd. €).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist von 0,8 Mrd. € auf 0,4 Mrd. € gesunken. Von diesem Betrag entfallen 124 Mio. € (31. Dezember 2016: 272 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva werden mit 16,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 20,5 Mrd. €) ausgewiesen. Sowohl der marktbedingte Abbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um –1,4 Mrd. € auf 5,3 Mrd. € als auch der bewertungsbedingte Abbau der positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate um –3,0 Mrd. € auf 9,3 Mrd. € haben zu diesem Rückgang geführt. Gegenläufig sind die Forderungen des Handelsbestands um 0,2 Mrd. € auf 1,6 Mrd. € gestiegen.

Die Finanzanlagen, die zu rund 99 % aus Schuldverschreibungen bestehen, verringerten sich um –1,8 Mrd. € auf 24,0 Mrd. €.

## Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2017 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 8,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,9 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 275 Mio. € (31. Dezember 2016: 276 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind kumulierte Neubewertungen aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von –450 Mio. € (31. Dezember 2016: –533 Mio. €) enthalten. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 1,4 Mrd. € auf 31,5 Mrd. € erhöht. Ursächlich hierfür waren sowohl ein Anstieg der aufgenommenen Schuldscheindarlehen um 0,4 Mrd. € auf 4,9 Mrd. € als auch um 0,7 Mrd. € gestiegene Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg 6,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,5 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 49,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 46,8 Mrd. €) ausgewiesen. Dabei verzeichneten die Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen einen Anstieg um 2,6 Mrd. € auf 29,9 Mrd. €. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 16,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 16,0 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen haben sich auf 4,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 4,5 Mrd. €) erhöht.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um –2,8 Mrd. € auf 48,2 Mrd. € gesunken. Der Rückgang betrifft begebene Geldmarktpapiere (5,3 Mrd. €; 31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €) und die Emissionen von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen (19,7 Mrd. €; 31. Dezember 2016: 20,7 Mrd. €). Dagegen haben sich die ungedeckten Schuldverschreibungen auf 23,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 22,3 Mrd. €) erhöht.

Der Rückgang der Handelspassiva von 18,7 Mrd. € im Vorjahr auf 12,3 Mrd. € im Berichtsjahr ist maßgeblich auf den bewertungsbedingten Abbau der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (7,9 Mrd. €; 31. Dezember 2016: 10,8 Mrd. €) zurückzuführen. Zusätzlich wurden Liquiditätsüberschüsse der Bank zur Vermeidung einer Bilanzverlängerung zur Refinanzierung der Handelsaktiva genutzt.

Das Nachrangkapital beträgt 3,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,6 Mrd. €).

die Erhöhung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern reduzierte sich von 246 Mio. € auf 197 Mio. €. Zur Verringerung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsverluste beigetragen. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 30 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

## Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2016 für 2017	Ergebnisse 2017
Zinsüberschuss	rund 10 % unter Vorjahreswert	- 11,1 %
Risikovorsorge	- 195 Mio. €	56 Mio. €
Provisionsüberschuss	rund 6 % über Vorjahreswert	+ 4,1 %
Handelsergebnis	rund 16 % unter Vorjahreswert	+ 83,6 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	205 Mio. €	79 Mio. €
Personalbestand (Jahresdurchschnitt)	unverändert	+ 0,4 %
Personalaufwand	0,8 % unter Vorjahreswert	+ 3,4 %
Sachaufwand inklusive Abschreibungen	4,3 % über Vorjahreswert	+ 9,7 %
Verwaltungsaufwand	1,8 % über Vorjahreswert	+ 6,5 %
Konzernergebnis vor Steuern	rund 30 % unter Vorjahreswert	- 18,6 %
Cost-Income-Ratio	rund 68 %	77,0 %
Bilanzsumme	leicht über Vorjahreswert	- 4,1 %
Forderungen gegenüber Kunden	leicht über Vorjahreswert	- 3,1 %
Eigenkapitalrentabilität	rund 5 %	5,7 %
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (ohne WiBank)	17,7 Mrd. €	18,5 Mrd. €

Die Geschäftsentwicklung der Helaba verlief weitgehend im Rahmen der Prognose. Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

Innerhalb der Risikovorsorge stehen den planmäßigen Zuführungen deutlich mehr ungeplante Auflösungen gegenüber, so dass sich die Risikovorsorge insgesamt deutlich besser als geplant entwickelt hat.

Das deutlich über den Erwartungen liegende Handelsergebnis wird wesentlich durch die niedrigeren Bewertungsabschläge bei den Derivaten (CVA) geprägt. Auch führte die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch zu einem ungeplanten positiven Ergebniseffekt in Höhe von 42 Mio. €. Die korrespondierende Ergebnisbelastung aus der Konsolidierung ist im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO abgebildet.

Das sonstige betriebliche Ergebnis enthält ungeplante Belastungen. Dazu gehören die vollständige Abschreibung auf den Fir-

menwert der Frankfurter Sparkasse, eine Sonderabschreibung auf ein aus Kapazitätsgründen gestopptes Projekt zur Einführung eines neuen Kernbankensystems und eine Rückstellungsbildung für Risiken bezüglich Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren.

Die Entwicklung des Personalbestands liegt nur leicht über Plan. Der wesentliche Treiber für den ungeplanten Anstieg des Personalaufwands resultiert aus einer Ausweisänderung für Aufwendungen der Altersvorsorge, die bis zum Vorjahr erfolgsneutral im Kapital gebucht wurden.

Im Sachaufwand fiel der erwartete Anstieg durch ungeplante Projekte deutlich höher aus. Einige regulatorisch getriebene Projekte binden mehr Kapazitäten als ursprünglich geplant und sind mit Priorität durchzuführen. Vor allem durch das von der On-site-Inspection-IT ausgelöste Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projektportfolio der Helaba größer geworden. Die ursprüngliche Planung der Bank ging ferner von einer deutlich höheren Aktivierungsquote bei bestimmten Projekten aus.

Der Rückgang im Konzernergebnis vor Steuern fällt mit rund 19 % weniger stark aus als erwartet. Obwohl der Verwaltungsaufwand durch die dargestellten Effekte über Plan liegt, führte vor allem die positive Entwicklung der Risikovorsorge zu dem über Plan liegenden Ergebnis vor Steuern.

Die Cost-Income-Ratio in Höhe von 77,0 % im Konzern wurde 2017 durch ungeplante Einmaleffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis in Höhe von rund 120 Mio. € belastet. Bereinigt um diese Effekte läge die Cost-Income-Ratio bei rund 72 %.

Insbesondere das hohe Abschlussvolumen im Bereich Corporate Finance hat dazu beigetragen, dass das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft oberhalb der Planung liegt. Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang um 1,9 Mrd. € führten jedoch insgesamt zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden. Zu der unter Plan liegenden Bilanzsumme trugen auch die rückläufigen Forderungen an Kreditinstitute sowie die gesunkenen Handelsaktiva und Finanzanlagen bei.

## Ertragslage der Segmente

Zum Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 447 Mio. € (2016: 549 Mio. €) trugen die einzelnen Segmente wie folgt bei:

	2017	2016 <sup>1)</sup>
Immobilien	377	401
Corporate Finance	94	-54
Financial Markets	4	114
Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	82	99
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	19	22
Sonstige	-204	-118
Konsolidierung/Überleitung	75	85
<b>Konzern</b>	<b>447</b>	<b>549</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

## Segment Immobilien

Im Segment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Diesem Geschäftssegment sind auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen (OFB-Gruppe und GWH-Gruppe) zugeordnet.

Im Immobilienkreditgeschäft hat sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 16 % auf 8,7 Mrd. € reduziert und liegt damit auf dem Planwert. Die Margen konnten im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht werden. Auch in 2017 waren hohe vorzeitige Tilgungen zu verzeichnen, so dass sich das durchschnittliche Kundenvolumen leicht rückläufig entwickelt hat. Der Zinsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 5 %.

Die Risikovorsorge liegt mit 1 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Ein im Plan erwarteter Anstieg der Risikovorsorge auf -67 Mio. € ist nicht eingetreten.

Die Erträge aus dem Immobilienmanagement und den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen entwickelten sich leicht über Vorjahresniveau.

Der Anstieg des Verwaltungsaufwands um 7 % entfällt sowohl auf die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen als auch auf das Immobilienkreditgeschäft. Der Anstieg fällt jedoch niedriger als erwartet aus.

Das Ergebnis des Segments beträgt vor Steuern 377 Mio. € und liegt 6 % unter dem Ergebnis aus 2016 (401 Mio. €). Das Ergebnis liegt damit aber deutlich über den Erwartungen.

## Segment Corporate Finance

Im Segment Corporate Finance werden die Ergebnisse des Unternehmensbereichs Corporate Finance und aus konsolidierten Beteiligungen gezeigt.

Im Bereich Corporate Finance liegt das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 5,6 Mrd. € um 30 % über dem Vorjahresniveau und damit um 18 % über dem Planwert. Die Kundenforderungen entwickelten sich seitwärts. Bei leicht rückläufigen Margen sowie dem Wegfall von Einmaleffekten ging der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 9 % zurück. Dieser Rückgang entspricht den Erwartungen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft hat sich mit –78 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert (2016: –226 Mio. €) deutlich verbessert. Insbesondere die Wertberichtigungen auf Schiffsforderungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr sowie gegenüber der Planung.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich durch den Wegfall einer im Vorjahr enthaltenen Rückstellungsbildung deutlich.

Der Anstieg im Verwaltungsaufwand um 5 % resultiert im Wesentlichen aus allgemeinen Kostensteigerungen und einer gestiegenen Overhead-Umlage.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit 94 Mio. € deutlich über dem Ergebnis aus 2016 (–54 Mio. €). Es liegt insbesondere aufgrund der positiveren Entwicklung der Risikovorsorge deutlich über den Erwartungen.

## Segment Financial Markets

Das Geschäftssegment enthält die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitute und ausländische Gebietskörperschaften. Im Segment werden auch die Ergebnisse aus dem Asset Management mit institutionellen Anlegern abgebildet, die in der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH betreut werden.

Der Zinsüberschuss im Segment resultiert wesentlich aus dem Kreditgeschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften, dem Geldhandel mit Kunden sowie Ergebnisbeiträgen aus dem Treasury. Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief in 2017 mit einem Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft in Höhe von 1,5 Mrd. € deutlich über Plan. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2017 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Der Zinsüberschuss im gesamten Segment ging auch aufgrund niedrigerer Ergebnisbeiträge aus dem Treasury gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück und lag damit auch deutlich unter den Erwartungen.

Der Provisionsüberschuss im Segment wird maßgeblich durch das Asset Management sowie das Kundengeschäft im Kapitalmarktgeschäft erzielt und liegt leicht unter dem Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis im Segment hat sich in 2017 gegenüber dem Vorjahreswert und gegenüber der Planung deutlich erhöht. Neben stabilen Kundenerträgen trugen dazu auch niedrigere Bewertungsabschläge bei den Derivaten (CVA) bei. Zusätzlich führt die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch zu einem ungeplanten positiven Ergebniseffekt im Handelsergebnis.

Die korrespondierende Ergebnisbelastung aus dieser Konsolidierung ist im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO abgebildet. Diese Ergebnisposition wird in 2017 zusätzlich durch die gegenüber dem Vorjahr umgekehrte Wirkung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) belastet.

Der Verwaltungsaufwand steigt im Segment gegenüber dem Vorjahr mit 8 % leicht stärker als erwartet an. Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt, geprägt durch die Effekte in der FVO-Position, mit 4 Mio. € deutlich unter dem Ergebnis aus 2016 (114 Mio. €) und damit auch deutlich unter Plan.

## Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft

---

In diesem Segment werden die Ergebnisse der Frankfurter Sparkasse, der Verbundbank, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) sowie der Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft (FBG) abgebildet.

Das Zinsergebnis im Segment liegt mit 341 Mio. € um 3 % unter dem Vorjahresniveau (2016: 352 Mio. €). Dazu trugen sinkende Zinsüberschüsse aus dem Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse bei. Der geplante Rückgang des Zinsergebnisses konnte im Ist teilweise kompensiert werden und fiel somit etwas geringer als erwartet aus.

Die Risikovorsorge im Segment lieferte einen positiven Beitrag von 1 Mio. € (2016: 10 Mio. €). Ein im Plan erwarteter Anstieg der Risikovorsorge auf –16 Mio. € ist nicht eingetreten.

Der Provisionsüberschuss im Segment entwickelte sich mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 12 % deutlich besser als geplant. Der Anstieg wird dabei sowohl durch die Frankfurter Sparkasse, die Verbundbank als auch durch die FBG getragen.

Der Verwaltungsaufwands reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 4 Mio. € wesentlich durch Entwicklungen in der Frankfurter Sparkasse.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft liegt mit 82 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2016: 99 Mio. €), aber deutlich oberhalb der Planung.

## Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft

---

Im Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) dargestellt.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war durch einen stabilen Geschäftsverlauf und damit einhergehend einem leichten Anstieg der Bilanzsumme geprägt. Zins- und Provisionsergebnis stiegen unter anderem auch durch selektive Margenverbesserungen, den Abschluss neuer Dienstleistungsverträge

mit dem Land Hessen sowie indexierte Vergütungsanpassungen bei bestehenden Verträgen gegenüber dem Vorjahr mit rund 4 % etwas stärker an als erwartet.

Gleichzeitig ergab sich im Verwaltungsaufwand ein erwarteter Anstieg durch höhere Personal- und Sachkosten, der aber leicht unter dem Planwert liegt.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 19 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis (2016: 22 Mio. €), aber deutlich über dem Plan.

## Segment Sonstige

---

Im Segment Sonstige sind die nicht den anderen Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst dieses Segment die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den anderen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet.

Im Cash Management konnte in 2017 das Provisionsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 5 % gesteigert werden. Gleichzeitig konnten die Belastungen im Zinsergebnis aus den negativen Kurzfristzinsen durch die Vereinnahmung von Verwahrentgelten teilweise kompensiert werden, so dass die gesamten Erträge ge-

genüber dem Vorjahr gesteigert wurden und auch über der Planung liegen. Der Verwaltungsaufwand stieg dagegen nur um knapp 4 %. Zusätzlich wurden Veräußerungsgewinne durch den Verkauf einer Beteiligung erzielt.

Aus der Anlage von Eigenmitteln in den Spezialfonds wurden Erträge auf dem Niveau des Vorjahres vereinnahmt.

Die Risikovorsorge in diesem Segment enthält in 2017 die Auflösung (135 Mio. €) einer Portfoliowertberichtigung. In den Vorjahren enthielt diese Position Zuführungen für Risiken, die noch nicht konkreten Einzelengagements zuzuordnen waren. Diese Vorsorge wurde in 2017 einzelnen Engagements und Segmenten zugeordnet oder aufgelöst.

Das sonstige betriebliche Ergebnis in diesem Segment enthält ungeplante Belastungen aus Einmaleffekten in Höhe von –120 Mio. €. Dazu gehören die ungeplante Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse, eine Sonderabschreibung auf ein aus Kapazitätsgründen gestopptes Projekt zur Einführung eines neuen Kernbankensystems und eine Rückstellungsbildung für Risiken bezüglich Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren.

Im Segment Sonstige werden neben den nicht auf die Geschäftsbereiche umgelegten Kosten der Corporate Center auch weitere zentrale Strukturkosten abgebildet. Dazu zählt unter anderem auch die auf das Einzelinstitut entfallende Bankenabgabe mit –36 Mio. € (2016: –35 Mio. €). Ebenfalls zentral abgebildet wird

der Aufwand für regulatorisch getriebene Großprojekte. Der Verwaltungsaufwand in den Corporate Centern stieg um –50 Mio. € auf –155 Mio. €. Der Anstieg resultiert unter anderem aus dem Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen im IT-Umfeld. Die ursprüngliche Planung der Bank ging ferner von einer deutlich höheren Aktivierung im Projektportfolio aus, die durch die Umplanung des Portfolios im Ist nicht umgesetzt wurde, so dass der Verwaltungsaufwand im Ist über der Planung liegt.

Das Ergebnis des Segments liegt bei –204 Mio. € (2016: –118 Mio. €) und wird damit gegenüber dem Vorjahr wesentlich durch den Anstieg im Verwaltungsaufwand sowie die hohen Einmaleffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis geprägt.

## Konsolidierung/Überleitung

---

In der Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentenergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier dargestellt. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf

Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalserträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Das Ergebnis aus der Konsolidierung/Überleitung reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr auf 75 Mio. € (2016: 85 Mio. €).

## Nachtragsbericht

Die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG hat in 2018 einen Vertrag zur Veräußerung sämtlicher Anteile an der LB(Swiss) Investment AG abgeschlossen. Der Vertrag steht noch unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen. Aus dem Abgang der bislang im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Gesellschaft werden keine wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage für 2018 erwartet.

# Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba-Gruppe fest. Die Risikostrategie umfasst alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Helaba-Konzerns und somit auch die Helaba-Gruppe im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR). Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie der Helaba-Gruppe sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

## Prinzipien

### Verantwortung der Geschäftsleitung

---

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt er für deren

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils und der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

### Vermögensschutz

---

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Gesamtrisikostrategie und der Teilrisikostrategien im Einklang mit der Erreichung der strategischen Ziele der Helaba – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglicher

chem Schutz des Vermögens der Helaba und der Erfüllung der Aufgaben – auf der Grundlage des Risk Appetite Frameworks (RAF) eingegangen werden.

### Reputationsschutz

---

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von

existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

## Klare Kompetenzen

---

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu

tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

## Funktionstrennung („Three Lines of Defense“, 3 LoD)

---

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifi-

zierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem 3-LoD-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

## Transparenz

---

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

## Kosteneffizienz

---

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber

auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

## Risk Appetite Framework

---

Die Helaba versteht unter dem RAF einen ganzheitlichen Ansatz zur Risikosteuerung. In diesem Ansatz werden so genannte RAF-Indikatoren identifiziert, auf deren Basis das Risikoprofil materiell vollständig beschrieben ist. Die RAF-Indikatoren sind sowohl risikoartenübergreifend als auch risikoartenspezifisch festgelegt und zielen auf die regulatorische und ökonomische Kapital-Adäquanz, die Angemessenheit der Liquiditätsausstattung sowie auf die Nachhaltigkeit der Ertragskraft ab. Für jeden RAF-Indikator werden Schwellenwerte für Risikoappetit, Risikotoleranz und – sofern relevant – Risikokapazität durch den Vor-

stand festgelegt, mit denen die wesentlichen risikostrategischen Ziele im Rahmen der Planung konkretisiert werden. Der Risikoappetit bezeichnet das Risiko-Level, welches die Helaba eingehen bereit ist, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikotoleranz gibt an, welche Abweichungen vom Risikoappetit in einem ungünstigen Umfeld noch toleriert werden, um die strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikokapazität gibt durch regulatorische Begrenzungen – sofern vorhanden – das maximale Risiko-Level an, das die Helaba eingehen kann.

## Risikotragfähigkeit

---

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und

damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

## Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

---

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des

regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

## Risikokultur

---

Die Risikokultur der Helaba umfasst die Einstellungen und Verhaltensweisen der Angestellten der Helaba in Bezug auf Risikobewusstsein, Risikobereitschaft und Risikomanagement. Durch die Risikokultur der Helaba werden die Identifikation und der bewusste Umgang mit Risiken gefördert, so dass sichergestellt ist, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die die beschlossenen risikostrategischen Vorgaben einhalten und dem Risikoappetit entsprechen. Die Risikokultur der Helaba geht somit über das Governance-Framework und die etablierten Kon-

trollen hinaus. Die Weiterentwicklung der Risikokultur ist eine laufende Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte der Helaba. Das vom Vorstand verabschiedete Leitbild, in dem Grundwerte und Leitsätze der Helaba festgeschrieben sind, ein bedarfsgerechtes Führungskräfte-Entwicklungsprogramm, ein auf Risikobewusstsein ausgerichtete Vergütungssystem und eine offene Kommunikationspolitik sind dazu Bausteine, die zur Berücksichtigung der einschlägigen nationalen und internationalen Normen entwickelt worden sind.

## Prüfung

---

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Be-

urteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

## Risikoklassifizierung

### Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird jährlich, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Als Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko wird das ökonomische Verlustpotenzial definiert, das aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko) entstehen kann.
  - Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.
  - Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
  - Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditäts- und Funding-Risiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet Reputationsrisiken, wenn diese ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen sind. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:
  - Rechtsrisiken sind definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
  - Verhaltensrisiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank-)Dienstleistungen, einschließlich Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
  - Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
    1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
    2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.

- Das IT-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) als Bestandteil des operationellen Risikos umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in der Risikotragfähigkeit in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen gehören nicht hierzu.

## Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

## Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

### 1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einfüh-

rung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die

zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der

Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

## 2. Risikoquantifizierung

---

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfah-

ren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf- beziehungsweise Abschläge ab.

## 3. Risikosteuerung

---

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit

der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

## 4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

---

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger

statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

## Risikomanagementstruktur

### Gremien

---

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA) und der Kreditmanagementausschuss (KMA). Dem Dispositionsausschuss obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung

oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die

Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

## Risikomanagement der gruppenangehörigen Unternehmen

---

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2017 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

## Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

---

Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten folgen einem „Three Lines of Defense“-Prinzip. Dieses regelt im Sinne einer Governance die Rollen und Verantwortlichkeiten und stellt dadurch eine unabhängige Überwachung und interne Prüfung der Wirksamkeit der implementierten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen sicher. Die Steuerung der Risiken aus der ers-

ten Verteidigungslinie ist im Helaba-Einzelinstitut inklusive der LBS und WIBank sowie in den gruppenangehörigen Unternehmen von der unabhängigen Überwachung der Risiken in der zweiten Verteidigungslinie disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Im Helaba-Einzelinstitut ist das 3-LoD-Konzept wie folgt umgesetzt:

### 1st Line of Defense (1st LoD)

---

Die GuV- und Risikoverantwortung liegt für die relevanten Wertschöpfungsprozesse in den Marktbereichen (Kredit- und Handelsbereiche). Diese sind für die Steuerung der Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie der Immobilienrisiken

verantwortlich. Für gewisse nichtfinanzielle Risiken, insbesondere das operationelle Risiko, fungiert grundsätzlich jeder Bereich als eine 1st LoD.

## 2nd Line of Defense (2nd LoD)

Die unabhängigen Funktionen der Überwachung, des Risikocontrollings und der Risikoberichterstattung werden von nicht direkt in die Wertschöpfungsprozesse involvierten Einheiten wahrgenommen, insbesondere von den Bereichen Risikocontrolling und Credit Risk Management.

## 3rd Line of Defense (3rd LoD)

Risikoorientiert und vollständig unabhängig von den Wertschöpfungsprozessen prüft die Revision die Funktionsfähigkeit (Effektivität) der ersten beiden Verteidigungslinien und bewertet die Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Risikosteuerungsprozesse unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben. Die interne Revision überwacht dabei die Maßnahmenumsetzung zu externen und internen Feststellungen einschließlich der ter-

minlich überfälligen Feststellungen. Die Revision berichtet direkt an den Gesamtvorstand der Helaba und auch regelmäßig an den Verwaltungsrat sowie dessen Prüfungsausschuss.

Zur Wahrnehmung der entsprechenden Verantwortlichkeiten sind die benannten Organisationseinheiten der Helaba durch die anderen Organisationseinheiten mittels Bereitstellung erforderlicher Informationen und Hilfestellungen zu unterstützen.

Risikoarten	Risikosteuernde Einheiten (1st LoD)	Risikoüberwachende Einheiten (2nd LoD)	Überprüfende Einheit (3rd LoD)
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche (Kreditbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung: Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbank-Portfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene)	Revision
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, gemeinsam mit Spezialistenfunktionen <sup>1)</sup> in den nachfolgenden Einheiten: Informationstechnologie, Information Security Management, Recht, Compliance Geldwäsche und Betrugsbekämpfung, Compliance Kapitalmarkt, Organisation, Personal, Bilanzen und Steuern	
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling	
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement	Risikocontrolling	
Risikoartenübergreifende Aufgaben	–	Konzerncontrolling (unter anderem Risikotragfähigkeitsrechnung, Kapitalplanung), Risikocontrolling (unter anderem Ermittlung Risikopotenziale, Model Governance)	

<sup>1)</sup> Die Spezialistenfunktionen sind neben dem Bereich Risikocontrolling für entsprechende Risiken gemäß Risikoartensystematik zuständig, die unter dem operationellen Risiko subsumiert und in der Teilrisikostrategie operationelle Risiken detailliert dargestellt sind.

Das eigenständige Risikomanagement innerhalb der LBS, WIBank und der gruppenangehörigen Unternehmen ist hinsichtlich des 3-LoD-Prinzips grundsätzlich vergleichbar mit dem des Helaba-Einzelinstituts ausgestaltet. Unabhängig davon können jedoch spezifische Regelungen vorliegen. Für die Einbeziehung in

die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Helaba-Gruppe sind die jeweiligen Einheiten des Helaba-Einzelinstituts verantwortlich. Die LBS und WIBank haben zudem die Vorgaben für das Helaba-Einzelinstitut unmittelbar anzuwenden.

Für die Durchführung der risikoartenübergreifenden Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Bereich Konzerncontrolling verantwortlich.

## Interne Revision

---

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse, die beschlossenen Maßnahmen sowie den Status der Maßnahmen.

## Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

---

Die Bank hat die direkt dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Risikoanalyse

des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforde-

rungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Datenschutzgesetzgebung (Bundesdatenschutzgesetz, BDSG, Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk, Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion kontinuierlich weiterentwickelt.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands sowie für interne und externe Anfragen zum Thema Datenschutz. Sie führt

## Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwer-

eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher. Die Helaba bereitet sich auf die Anforderungen der DSGVO vor. Hierzu werden spezifische Aufgaben, Themen und Prozesse in einem Umsetzungsprojekt geprüft und bearbeitet, um rechtliche Vorgaben fristgerecht zum 25. Mai 2018 anzupassen.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

fungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollausslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2017 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale

durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 2,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

## Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Helaba ist), sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe umfasst zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,1 Mrd. €). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne

von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögens-einlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % des Gesamtrisikobetrags gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2017 insgesamt 518 Mio. € (31. Dezember 2016: 522 Mio. €). Die barmäßige Dotierung lag zum gleichen Stichtag bei 442 Mio. € (31. Dezember 2016: 410 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

## Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

## Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwert-

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

## Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß der Artikel 389 f. der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken, Lastschriftreicher-Risiken

berichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit Kreditäquivalenzbeträgen, die auf einer internen Add-on-Methode basieren. Die Add-ons werden

einmal pro Jahr beziehungsweise anlassbezogen (beziehungsweise bei Marktverwerfungen) vom Bereich Risikocontrolling validiert und ggf. angepasst. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

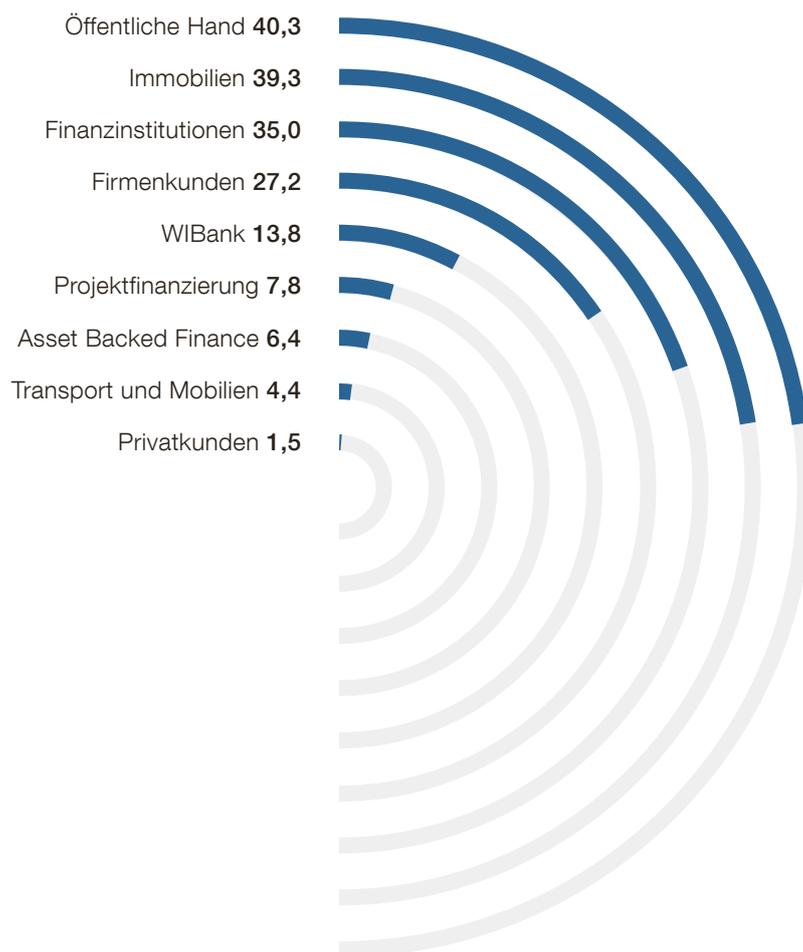
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2017, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) in Höhe von 175,8 Mrd. € (31. Dezember 2016: 178,2 Mrd. €), aufgeteilt nach Portfolios, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungs-techniken.

#### Gesamtkreditvolumen nach Portfolios (enger Konzernkreis)

Grafik 1

in Mrd. €



Der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten liegt zum 31. Dezember 2017 bei den Portfolios Öffentliche Hand, Immobilien und Finanzinstitutionen (insbesondere Kreditgewerbe).

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die regionale Verteilung des Gesamtkreditvolumens auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers:

Ländercluster	Anteil in %	
	31.12.2017	31.12.2016
Deutschland	61,50 %	59,42 %
Westeuropa	19,16 %	18,89 %
Skandinavien	2,96 %	2,70 %
Restliches Europa	3,57 %	4,20 %
<b>Europa</b>	<b>87,19 %</b>	<b>85,21 %</b>
Nordamerika	11,66 %	13,52 %
Restliche Welt	1,16 %	1,27 %

Danach liegt der Schwerpunkt unverändert in Deutschland sowie weiteren ausgewählten westeuropäischen Staaten. Auf Großbritannien entfällt unverändert ein Anteil von 4,4 % (31. Dezember 2016: 4,4 %).

## Bonitäts-/Risikobeurteilung

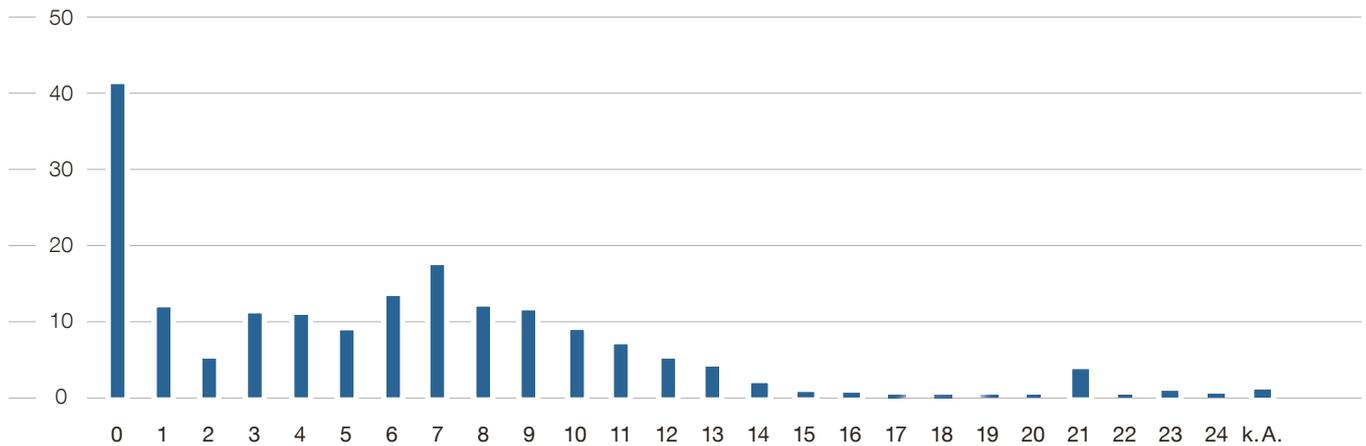
Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 175,8 Mrd. € (31. Dezember 2016: 178,2 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

## Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

Grafik 2

in Mrd. €



## Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

## Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz)

AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsguppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2017 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt. Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research er-

mittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen der Helaba im engen Konzernkreis an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 46,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 48,7 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (83,0 %) und Nordamerika (14,5 %). Sie sind per 31. Dezember 2017 zu 75,6 % (31. Dezember 2016: 74,4 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 24,3 % (31. Dezember 2016: 25,4 %) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,1 % (31. Dezember 2016: 0,2 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

## Engagements in Großbritannien

---

Per 31. Dezember 2017 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,9 Mrd. €). Im Übrigen hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf die Höhe des Adressenausfallrisikos.

## Kreditrisikoprozesse und Organisation

---

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

## Genehmigungsverfahren

---

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

## Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

In der regulatorischen Sicht erfolgt die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch gemessene Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko

basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0 % (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9 % (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 572 Mio. € (31. Dezember 2016: 561 Mio. €).

## Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

## Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das gruppenweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs

(Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2016 nahezu unverändert. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 11 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €).

## Marktpreisrisiko

### Risikosteuerung

---

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

### Limitierung von Marktpreisrisiken

---

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

### Risikoüberwachung

---

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

## Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2017 sowie

eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Der Rückgang des linearen Zinsänderungsrisikos ist vor allem auf eine Modelländerung im zweiten Quartal zurückzuführen. Zusätzlich zur verbesserten Modellierung von Zinsentwicklungen im Niedrigzinsumfeld wurde das Zinskurvenuniversum erweitert. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche länder- und ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 86 % (31. Dezember 2016: 90 %) auf Positionen in Euro und 8 % (31. Dezember 2016: 6 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, kanadischen Dollar und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 166 Mio. € (31. Dezember 2016: 136 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 239 Mio. € (31. Dezember 2016: 395 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das deutlich gesunkene lineare Zinsänderungsrisiko zurückzuführen, dem ein leichter Anstieg des inkrementellen Risikos entgegensteht.

Konzern-MaR nach Risikoarten

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Gesamt</b>	<b>45</b>	<b>92</b>	<b>39</b>	<b>88</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>5</b>	<b>4</b>
Handelsbuch	15	28	13	26	0	0	2	2
Bankbuch	39	67	35	64	0	0	4	2

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Pro-

dukte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

## Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC<sup>2</sup> (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

## Marktpreisrisiko im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Im Gesamtjahr 2017 betrug das durchschnittliche MaR 19 Mio. €

(Gesamtjahr 2016: 25 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 33 Mio. €) und der minimale Wert 14 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 19 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2016 ist im Wesentlichen auf die Umstellung des Modells für lineare Zinsänderungsrisiken zur verbesserten Berücksichtigung des Niedrigzinsniveaus zurückzuführen.

### Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2017

Grafik 3

in Mio. €



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systeme-

men zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung an den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

Ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Zinsänderungsrisiko	26	25	15	22	13	21	12	25	17	23
Währungsrisiko	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Aktienrisiko	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>18</b>	<b>24</b>	<b>16</b>	<b>23</b>	<b>15</b>	<b>27</b>	<b>19</b>	<b>25</b>

Anzahl der Handelstage: 250 (2016: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

## Backtesting

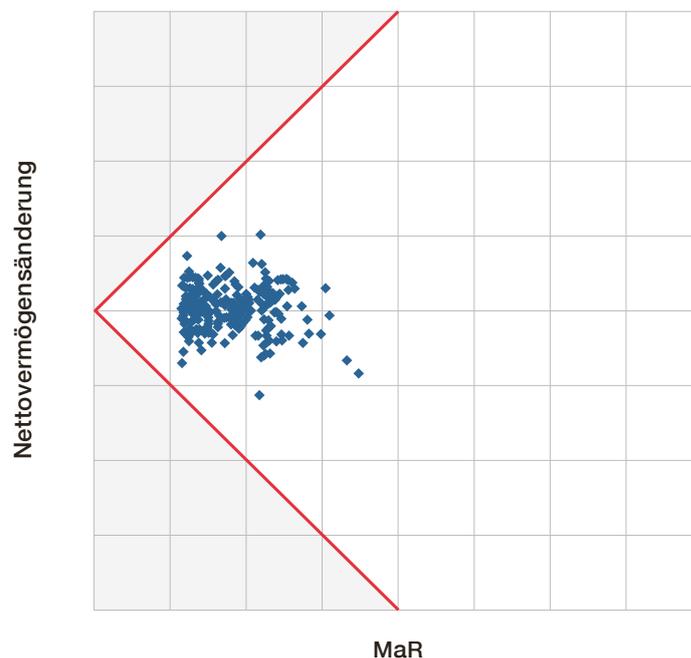
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99%-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothe-

tischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

#### Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2017 keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

## Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

## Marktpreisrisiko (inklusive Zinsänderungsrisiko) im Bankbuch

---

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefor-

dert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2017 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 277 Mio. € führen (31. Dezember 2016: 261 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 258 Mio. € (31. Dezember 2016: 249 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

## Performance-Messung

---

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

## Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise

und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2017 jederzeit vollumfänglich gewährleistet.

Ein Liquiditätstransferpreissystem stellt sicher, dass alle mit den verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Helaba verbundenen Liquiditätskosten (direkte Refinanzierungskosten und Kosten der Liquiditätsreserve) transparent verrechnet werden. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

## Steuerung und Überwachung

---

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba, so dass eine konzernweit aggregierte Betrachtung möglich ist.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliqui-

dität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

## Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intraday-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2017 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag aufgrund der sehr guten Liquiditätsausstattung 11 % (31. Dezember 2016: 20 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 16 % (31. Dezember 2016: 24 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2017 bei 9 % (2016: 27 %) und spiegelt die sehr gute Liquiditätssituation wider.

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der LCR. Die LCR lag 2017 wie auch 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße. Seit 2017 wird bereits die zukünftig gültige Quote von 100 % vollständig erreicht.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der EZB. Die Intraday-Liquiditätsdisposition erfolgt im Bereich Cash Management.

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,5 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Reduktion um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2016) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

## Strukturelles Liquiditätsrisiko und Marktliquiditätsrisiko

---

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird unter Variation der Haltedauer monatlich eine Szenariorechnung durchgeführt. Das

skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2017 analog zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten und getestet.

## Operationelles Risiko

### Steuerungsgrundsätze

---

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

### Instrumentarium

---

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifi-

zierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

## Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation, eingetretene Schadensfälle und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

## Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die

ursächlich auf Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns des Jahres 2017:

## Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario

in Mio. €

	Stichtag 31.12.2017	Stichtag 31.12.2016
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	60	36
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	31	37
<b>Gesamt</b>	<b>91</b>	<b>73</b>

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 91 Mio. € (31. Dezember 2016: 73 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

## Dokumentationswesen

---

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

## Rechtsrisiko

---

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank

die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

## Outsourcing-Risiko

---

Risiken aus Auslagerungen leiten sich unter anderem aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Darüber hinaus sind mit Auslagerungen operationelle Risiken verbunden. Zur Begrenzung der Risiken findet eine Überwachung und Steuerung der Dienstleister sowie deren Leistungserbringung durch die für die Auslagerungen verantwortlichen Stellen in den jeweiligen Bereichen statt. Die Intensität der Überwachung und

Steuerung orientiert sich dabei am Risikogehalt, der dem zuständigen Dezernenten regelmäßig berichtet wird. Der Bereich Organisation (bis 31. Dezember 2017: Organisation und Informatik) hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis der Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

## Informationssicherheits- und IT-Risiko

---

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich über-

wacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden

periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

## Business Continuity Management

---

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

## Rechnungslegungsprozess

---

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil)abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- **Kontrollumfeld,**
- **Risikoeinschätzung,**
- **Kontrollen und Abstimmungen,**
- **Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,**
- **Verfahrensdokumentation und**
- **Ergebniskommunikation.**

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlussaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit

denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis- und Angabepflichten

auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestufter Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

## Steuerrisiken

Die Bank hat im Berichtsjahr ein Tax Compliance Management System (TCMS) eingerichtet. Dieses wurde zum 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Das TCMS wurde unter Berücksichtigung von rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen konzipiert und fokussiert auf die Einhaltung steuerlicher Vorschriften und die Vermeidung von Steuerrisiken. Ein wesentlicher Baustein des TCMS ist die Identifikation, Steuerung und Überwachung der steuerlichen Risiken. In den operativen Geschäftsprozessen der Bank sind Aufgaben, Abläufe und Kontrollvorgaben unter Risikoaspekten geordnet.

Die übergeordneten Rahmenbedingungen sind in der Steuerstrategie der Helaba niedergelegt, welche künftig ein Bestandteil der Geschäftsstrategie ist. Zur Einhaltung der Vorgaben aus der Steu-

erstrategie im operativen Geschäftsbetrieb sind alle Bereiche verpflichtet. Die Überwachung der Steuerrisiken im Geschäftsbetrieb der Helaba ist Aufgabe der Abteilung Steuern und erfolgt durch einen zentralen Tax Risk Manager im Zusammenspiel mit Tax-Compliance-Koordinatoren der Fachbereiche.

Die Abteilung Steuern ist zuständig für das steuerliche Anweisungswesen, das auch die übergreifenden Kontrollvorgaben regelt. Die Umsetzung der Kontrollvorgaben und abgeleiteten Verbesserungsmaßnahmen obliegt den Fachbereichen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über steuerliche Risiken ist eingerichtet.

## Sonstige Risikoarten

### Geschäftsrisiko

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich

Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung.

Zum 31. Dezember 2017 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2016 um 8 Mio. € auf 150 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2016: 158 Mio. €).

## Immobilienrisiko

---

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt schwerpunktmäßig

die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwachung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2017 bedingt durch Portfoliozuwachs auf 48 Mio.€ (31. Dezember 2016: 31 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

## Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen

Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

## Nichtfinanzielle Erklärung

Die Helaba ist gemäß dem „Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten“ (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) erstmals für das Geschäftsjahr 2017 dazu verpflichtet, eine nichtfinanzielle Erklärung aufzustellen (§ 340a Abs. 1a HGB). Dieser Verpflichtung kommt die Helaba in dieser nichtfinanziellen Erklärung für den Konzern (NfE) gemäß § 340i Abs. 5 HGB nach, in der die wesentlichen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die nichtfinanziellen Aspekte Umwelt-, Sozial und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Korruption und Bestechung (§ 289c Abs. 2 HGB) dargestellt werden.

Die dargestellten Konzepte gelten hierbei grundsätzlich für den Konzern. Im Falle von Abweichungen von diesem Grundsatz wird hierauf im Text hingewiesen. Die Frankfurter Sparkasse ist konsolidiert dargestellt; wesentliche Merkmale werden an relevanten Stellen gesondert ausgewiesen.

### Geschäftsmodell

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag prägen neben finanziellen Aspekten auch nichtfinanzielle Aspekte das Selbstverständnis der Helaba. Das Geschäftsmodell ist langfristig orientiert und hat eine regionale Verankerung. Die Helaba ist im gesamten Bundesgebiet sowie in ausgewählten internationalen Märkten aktiv. Ein konservatives Risikoprofil, die starke Verzahnung mit der Realwirtschaft und die Integration in den Sparkassenverbund kennzeichnen diese Ausrichtung. Das Geschäftsmodell der Helaba ist umfassend im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ beschrieben.

Um negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie Reputationsrisiken für die Helaba zu minimieren, hat die Helaba in 2014 für den gesamten Konzern geltende Nachhaltigkeitsleit-

Die Helaba nutzt bei der Erstellung der NfE den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) und die dort verwendeten Indikatoren der Global Reporting Initiative (GRI). Die NfE stellt einen Ausschnitt der DNK-Entsprechenserklärung der Helaba dar. Im Internet berichtet die Helaba umfassend über ihr Nachhaltigkeitsprogramm ([nachhaltigkeit.helaba.de](http://nachhaltigkeit.helaba.de)). Dort ist auch die Entsprechenserklärung gemäß DNK verfügbar.

Im Geschäftsjahr und zum Berichtszeitpunkt sind unter Berücksichtigung des Risikomanagementprozesses der Helaba (Nettomethode) keine wesentlichen Risiken erkennbar, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die oben genannten Aspekte haben beziehungsweise haben werden.

Die Aussagen der NfE wurden einer freiwilligen externen betriebswirtschaftlichen Prüfung nach ISAE 3000 (Revised) mit begrenzter Sicherheit durch den Abschlussprüfer unterzogen. Verweise auf Angaben außerhalb des Lageberichts sind weiterführende Informationen und nicht Bestandteil der NfE oder des Lageberichts.

sätze formuliert, die vom Vorstand beschlossene Verhaltensmaßstäbe für die Bereiche Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement enthalten. Damit wird der am Gemeinwohl orientierte öffentliche Auftrag der Helaba, wie er im Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen sowie in der öffentlich-rechtlichen Satzung der Helaba verankert ist, konkretisiert.

Des Weiteren hat sich die Helaba im Jahr 2017 zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact bekannt. Sie erkennt damit internationale Standards für Umweltschutz, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Bekämpfung von Korruption an.

## Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die Aspekte Umwelt und Soziales

Durch ihre Geschäftstätigkeit als Kreditinstitut, durch die Wohnungsbestände der Tochtergesellschaft GWH im Bereich der Immobilienwirtschaft sowie im Bereich Privatkundengeschäft durch die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse ergeben sich Auswirkungen auf die Aspekte Umwelt und Soziales. Durch ihren Geschäftsbetrieb in Bürogebäuden und der Betriebsökologie sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf die Um-

welt. So ist beispielsweise der MAIN TOWER, das Hauptgebäude der Helaba, seit 2011 nach den Standards von Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) als nachhaltiges Gebäude zertifiziert und seit 2016 nach Energieeffizienzmaßnahmen mit der höchsten Kategorie Platin ausgezeichnet. Betriebliche Umweltindikatoren werden regelmäßig erhoben und auf der Website der Helaba transparent gemacht.

### Kreditfinanzierungen

---

Das Kreditgeschäft stellt das Kerngeschäft der Helaba dar. Grundsätzlich besteht damit das Risiko, dass von der Helaba finanzierte Unternehmen oder Projekte negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft verursachen.

Um diese negativen Auswirkungen aus den Finanzierungen zu minimieren, hat die Helaba 2017 Nachhaltigkeitskriterien und Ausschlussbedingungen für die Kreditvergabe entwickelt, die in den bestehenden Risikoprozess und die Risikosteuerung integriert wurden und ab dem Geschäftsjahr 2018 konzernweit gelten.

Entsprechend wurde in der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiko festgelegt, dass die wesentliche Finanzierung von Vorhaben, die schwere Umweltschäden oder schwere soziale Schäden hervorrufen, ausgeschlossen ist. Dies umfasst insbesondere Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung von Kulturgütern, die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Umweltschädigungen.

Diese übergreifenden Grundsätze der Kreditvergaberichtlinien werden durch sektorspezifische Leitlinien ergänzt, die für Sektoren mit erhöhtem Risiko gelten. Spezifische Kriterien wurden für die Sektoren Energiewirtschaft, Kohlekraftwerke, Staudämme und Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Bergbau, Öl- und Gas-

förderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie für den Rüstungssektor verabschiedet. So hat die Helaba entschieden, das derzeitige Engagement im Bereich Kohlekraftwerke und Kraftwerkskohle schrittweise zurückzufahren. Gleichzeitig erhöht sie durch gezielte Finanzierung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien sowie erneuerbaren Energien ihren positiven Einfluss auf die Energiewende. Die sektorspezifischen Leitlinien werden auf der Website der Helaba ausgewiesen und sind somit auch für die Marktteilnehmer einsehbar.

Die Risikostrategien der Helaba werden jährlich überprüft und Anpassungen oder Ausweitungen von Nachhaltigkeitskriterien bei Bedarf eingeführt. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos ist in das bankweite Risikomanagement integriert. Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die nach Maßgabe der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig (siehe Risikobericht).

### Versorgung mit Finanzdienstleistungen

---

Im Helaba-Konzern werden Privatkunden primär durch die Frankfurter Sparkasse betreut. Gemäß ihrer Satzung hat die Frankfurter Sparkasse die Aufgabe, das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs zu dienen. Als regionaler Marktführer im Privatkundengeschäft hat sie einen wesentlichen Einfluss auf die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ihrem Geschäftsgebiet. Durch ihre breite Präsenz mit 77 Filialen und Beratungszentren sowie über 20 Selbstbedienungsstellen und über 120 Geldautomaten nimmt die Frankfurter Sparkasse Verantwortung für den Zugang zu Finanzdienstleistungen wahr und wird ihrem öffentlichen Auftrag gerecht.

Die Frankfurter Sparkasse begreift finanzielle Inklusion als wesentliche Komponente ihres öffentlichen Auftrags. Um allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere sozial benachteiligten und wirtschaftlich schwachen Kundengruppen, Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten, bietet die Frankfurter Sparkasse Basiskonten in mehreren Varianten an. Zum 31. Dezember 2017 werden 1.033 Basiskonten geführt. Blinden und sehbehinderten Menschen erleichtert die Frankfurter Sparkasse den Zugang zu ihren Services, indem die stationären Filialen jeweils über mindestens einen Bargeldautomaten mit einem Kopfhöreranschluss verfügen. Auch die Internetfiliale ist seit Ende 2016 vollständig barrierefrei.

Als Retail-Anbieter verfolgt die Frankfurter Sparkasse eine konsequent am Kunden orientierte Geschäftspolitik. Regelmäßige Schulungen zur Vertriebsphilosophie der Sparkassen-Finanzgruppe sowie zur Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen mit Verbraucherorientierung und gezielte Anreize sind die Basis dieser Geschäftspolitik. Um eine hohe Beratungsqualität zu gewährleisten, werden zum Beispiel Kundenberater der Frankfurter

Sparkasse zu 50 % an qualitativen Zielen gemessen. Ergänzend wird die Kundenzufriedenheit im Rahmen des Sparkassen-Verbundkonzepts in Hessen-Thüringen regelmäßig gemessen und wird in den Verbundgremien darüber berichtet. Innerhalb der Verbundstrategie werden aus den Ergebnissen Zielvorgaben abgeleitet.

## Immobilienwirtschaft

---

Die GWH Immobilien Holding GmbH übt mit ihren rund 50.000 vermieteten und verwalteten Wohnungen im Bereich der Immobilienwirtschaft einen bedeutenden Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft aus. Sie verfolgt damit das Ziel, für breite Bevölkerungsschichten hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und die negativen Auswirkungen von Immobilien auf die Umwelt zu senken. Insbesondere in den Ballungszentren des Rhein-Main-Gebiets und der Rhein-Neckar-Region besteht das Risiko von Wohnungsmangel. Durch gezielte Investitionen, Neubauprojekte und Anlaufstellen vor Ort ist die GWH bemüht, hochwertigen Wohnraum zu schaffen und ein nachhaltiges Verhältnis zu ihren Mietern zu erhalten.

Aus ökologischer Perspektive hat die GWH Prozesse zur fortlaufenden Optimierung der Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz ihrer Wohngebäude implementiert. Sie investiert zum Beispiel kontinuierlich in Dämmung und Fenstererneuerung der Bestandswohnungen und versorgt mit dem eigenen Energiedienstleister Systemo GmbH einen steigenden Anteil ihrer Wohnungen mit Heizenergie aus energieeffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Quellen. Den Erfolg der Maßnahmen kontrolliert sie regelmäßig durch Messungen der dadurch erzielten Einsparungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen. In 2016 konnte der Gesamtenergieverbrauch

von 498.577 MWh durch Wärmedämmmaßnahmen und Heizungsmodernisierungen um rund 1,4 % gesenkt werden, wodurch 1.374 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart wurden.

Neben den ökologischen Auswirkungen sind auch die sozialen Aspekte der vermieteten und verwalteten Wohnungen von Bedeutung für Mieter und Gesellschaft. Die GWH engagiert sich unter anderem in Großsiedlungen mit besonderem soziokulturellem Profil. Ein Viertel der Wohnungen der GWH gehört zum mietpreisgebundenen (sozial geförderten) Wohnungsbestand, ein Fünftel der Wohnungen befindet sich in Vierteln mit sozialem Quartiersmanagement. Ziel des sozialen Quartiersmanagements ist es, mit zahlreichen Maßnahmen die Lebens- und Wohnqualität der Bewohner zu verbessern und für sozialen Ausgleich zu sorgen. So stellt die GWH beispielsweise Räumlichkeiten für gesellschaftliche Zwecke wie für die Hausaufgaben- und Jugendbetreuung sowie für Begegnungszentren bereit. In Wohnsiedlungen schafft die GWH soziale Anlaufstellen oder engagiert Sozialarbeiter als Ansprechpartner. Die Nachfrage nach Wohnraum bedient die GWH mit einem kontinuierlichen Neubau von Wohnungen. So wurden in 2017 275 Mietwohnungen und 83 Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheime fertiggestellt.

## Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Die konsequente Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gehört zum Grundverständnis der Helaba. Das Risiko, dass rechtliche Bestimmungen verletzt werden, wird als Rechtsrisiko angesehen und im Rahmen des operationellen Risikos gesteuert (siehe Risikobericht).

Für die Helaba ist in diesem Kontext aufgrund der Natur des Bankgeschäfts die Verhinderung von wirtschaftskriminellem Handeln durch das präventiv ausgerichtete Compliance Management (zum Beispiel Betrug, Korruption und Bestechung) von zentraler Bedeutung. Sie hat unter anderem die unabhängigen und unmittelbar dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung einge-

richtet. Diese entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Das Compliance Management der Frankfurter Sparkasse ist in diesen Prozess eng eingebunden und erfüllt die konzernweiten Vorgaben.

Mit dem Beitritt zum UN Global Compact in 2017 bekräftigt die Helaba, dass sie gegen alle Arten der Korruption, einschließlich Erpressung und Bestechung, eintritt.

Jede Form von Bestechung und Bestechlichkeit ist in der Helaba verboten. Dies ist im Verhaltenskodex ausgeführt, der als übergeordnete Leitlinie und Orientierungsrahmen für alle Beschäftigten fungiert. Im Anweisungswesen sind verbindliche Regelungen unter anderem für den Umgang mit Zuwendungen sowie zur Aufklärung von Verdachtsmomenten von wirtschaftskriminellen Handlungen niedergelegt. Darüber hinaus stellt die Betriebsordnung der Helaba zum Umgang mit Geschenken sicher, dass geschäftliche Entscheidungen objektiv, transparent und auf Basis nachvollziehbarer Sachargumente getroffen werden. Die Betriebsordnung soll Hilfestellungen geben, Genehmigungspflichten normieren und einen transparenten Umgang gewähr-

leisten. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben finden regelmäßig Schulungsveranstaltungen statt, zu deren Teilnahme alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet sind.

Das Hinweisgebersystem (Whistleblowing-System) ermöglicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mögliche unrechtmäßige Vorgänge zu melden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität oder anonym an eine externe Ombudsperson wenden. In der Frankfurter Sparkasse ist ein eigenes System etabliert. Der Helaba sind in 2017 keine Korruptionsverfahren bekannt gegeben worden.

## Arbeitnehmerbelange

Das Wissen und die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Helaba als Kreditinstitut im Finanzdienstleistungssektor von wesentlicher Bedeutung für den langfristigen Erfolg. 95 % der rund 6.100 Beschäftigten des Helaba-Konzerns arbeiten in Deutschland. Entsprechende Vorschriften zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz finden Anwendung und werden durch fest etablierte Prozesse sichergestellt.

Wie im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehen, vertritt der Personalrat die Interessen der Beschäftigten und überwacht die Einhaltung der Vorschriften zu deren Schutz. Als Vertretungsorgan ist er der erste Ansprechpartner der Geschäftsleitung in allen Arbeitnehmerbelangen. Der Gesamtpersonalrat der Helaba wird ergänzt durch Personalvertretungen an einzelnen Standorten und bei der Frankfurter Sparkasse sowie durch die Jugendauszubildenden- und die Schwerbehindertenvertretung. Die Beteili-

gung des Personalrats in der Helaba erfolgt durch Mitbestimmung, Mitwirkung und Anhörung vor allem im organisatorischen, personellen und sozialen Bereich.

In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Helaba den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und der Vergütung festgelegt. Für rund 62 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Helaba-Konzerns ist die Vergütung tariflich geregelt, davon für über 80 % nach dem Tarifvertrag für öffentliche Banken. 96,7 % der Beschäftigten haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Vorstand von Helaba und Frankfurter Sparkasse erfüllen die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung und werden in Form eines eigenständigen Berichts (Vergütungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung) jährlich auf der Website der Helaba veröffentlicht.

## Arbeitgebermarke und Mitarbeiterbindung

Als Anbieter von spezialisierten Finanzdienstleistungen verfolgt die Helaba das Ziel, stets geeignete und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig an die Helaba zu binden. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellen die anhaltenden regulatorischen Entwicklungen im Bankenumfeld sowie die fortschreitende Digitalisierung die Helaba vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben und auf sich verändernde beziehungsweise neue Kompetenzanforderungen zu reagieren.

Kompetenzanforderungen an einen Stelleninhaber werden über Anforderungsprofile definiert. Die vor diesem Hintergrund zu erbringenden Zielsetzungen und auch Leistungsbewertungen

sind Teil des jährlichen Mitarbeitergesprächs zwischen Führungskraft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Mitarbeitergespräch ist ein zentrales Führungsinstrument und Kernelement der Personalentwicklung, um Wertschätzung für die geleistete Arbeit auszudrücken und Hilfestellung bei Veränderungsbedarf anzubieten. Führungskräfte sollen über die Vereinbarung von Zielen ein möglichst hohes Maß an Transparenz über Aufgaben und Leistungserwartungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herstellen und das vertrauensvolle Miteinander fördern.

Um die Attraktivität als Arbeitgeber langfristig zu stärken, hat die Helaba als erste Maßnahme im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt, an der rund 83 % der Beschäftigten teilgenommen haben. Die Ergebnisse mündeten

2017 in einen unternehmenskulturellen Transformationsprozess unter dem Titel „move Helaba“. Als Teil des Transformationsprozesses wurden Mitarbeiterworkshops zu den Themen Wertschätzung und Führung, Kommunikations- und Diskussionskultur, Zusammenarbeit und Prozesse sowie Kundenorientierung/Leistungsfähigkeit durchgeführt. Dieser Prozess wird auch in 2018 fortgesetzt.

Die Frankfurter Sparkasse führte in 2016 ebenfalls eine Mitarbeiterbefragung durch. Anhand der Ergebnisse wurden in mehrstufigen Workshops unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verbesserungsvorschläge für die interne Zusammenarbeit entworfen und im Austausch mit Führungskräften in 2017 weiterentwickelt. Die Ergebnisse des Prozesses und die daraus abgeleiteten Erkenntnisse flossen in die anschließende Trainingsreihe „Führungstriathlon“ sowie die Vortragsreihe „FührungsImpulz“ ein.

Ein betriebliches Angebot zur Aus- und Weiterbildung gewährleistet die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis ins Rentenalter und erhöht die Arbeitgeberattraktivität. Die Helaba investierte deshalb in 2017 wie auch im Vorjahr 5 Mio. € gezielt in die Qualifizierung der Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Durch ein eigenständiges Traineeprogramm sollen junge Nachwuchskräfte gewonnen werden. In einem 18-monatigen Programm werden die Grundlagen für die spätere Entwicklung als Spezialisten oder Führungskräfte innerhalb einer vorab definierten Wertschöpfungskette gelegt.

Die Helaba legt besonderen Wert auf die stärkere Förderung von Frauen sowie auf die Entwicklung altersdifferenzierter Personalinstrumente. Um die Potenziale aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschöpfen und langfristige Perspektiven im Konzern zu eröffnen, sind die Frauenförderung und altersdifferenzierte Personalinstrumente von zentraler Bedeutung. Ein Arbeitskreis „Diversity“ mit Vertretern des Personalrats und des Bereichs Personal wird Konzepte der Frauenförderung und einer stärker lebenszyklusorientierten Personalarbeit diskutieren und auf den Weg bringen. Operativ wurden bereits gute Erfahrungen mit einem Cross-Mentoring-Programm gemacht.

## Kennzahlen für Vielfalt der Beschäftigten der Helaba

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Deutschland und Schweiz (Personen)	5.921	5.897	5.961
Anteil Frauen	47,8 %	47,5 %	47,6 %
Anteil weiblicher Führungskräfte	22,0 %	19,6 %	17,7 %
Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anteil weiblicher Verwaltungsratsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	22,2 %	22,2 %	22,2 %
Anteil Alter > 50	42,3 %	39,5 %	39,3 %
Anteil Alter 30–50	50,3 %	52,3 %	52,9 %
Anteil Alter < 30	7,4 %	8,2 %	7,8 %
Anteil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung	5,6 %	5,8 %	6,1 %

Das betriebliche Gesundheitsmanagement der Helaba hat neben der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Arbeitsschutz den Fokus auf der Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen von Veranstaltungen, Vorträgen und Seminaren können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Themen Ernährung, Bewegung, Risikoversorge und mentale

Balance/Entspannung regelmäßig informieren und Angebote wahrnehmen. Für die körperliche Fitness steht das Betriebssportprogramm mit zahlreichen Angeboten zur Verfügung. Neben der körperlichen ist auch die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung. Mit dem Sozialservice (beziehungsweise Sozialreferat bei der Frankfurter Sparkasse) steht allen Mitarbei-

terinnen und Mitarbeitern, die sich in schwierigen Berufs- oder Lebenssituationen befinden, eine kompetente Beratungsstelle zur Verfügung.

Insgesamt weisen eine geringe Fluktuationsrate von 2,0% (durch den Arbeitnehmer veranlasst), die Dauer der durchschnittlichen

Betriebszugehörigkeit von 15,3 Jahren und ein niedriger Krankenstand von 4,3% (krankheitsbedingter Ausfall mit ärztlichem Attest) auf eine hohe Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin.

## Achtung der Menschenrechte

Für die Helaba gelten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) national und international als übergreifende Prinzipien für alle Geschäftsaktivitäten. Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf den Aspekt Menschenrechte und betrachtet daher diesen Aspekt als nicht berichtspflichtig. Aus Sicht der Helaba entstehen weder aus dem Geschäftsmodell noch aus den Produkten wesentliche Risiken für die Wahrung der Menschenrechte.

Um dennoch insbesondere mögliche indirekte Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte in Form von Kreditfinanzierungen zu minimieren, wurden entsprechende Kriterien in den Kreditvergabeprozess aufgenommen (siehe Kreditfinanzie-

rungen). Ihren Anspruch zum Schutz der Menschenrechte hat die Helaba in 2017 außerdem durch den Beitritt zum UN Global Compact bekräftigt, dessen zehn Prinzipien unter anderem auch den Schutz von Menschenrechten umfassen.

In Bezug auf die Lieferkette der Helaba bestehen ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf Menschenrechte. Um dennoch mögliche Auswirkungen zu minimieren, achtet die Helaba bei der Auswahl von Lieferanten darauf, dass diese sich zur Achtung der Menschenrechte bekennen. Bei der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen (Outsourcing) verfolgt die Helaba einen risikobasierten Ansatz. Die Risiken werden unter anderem dadurch reduziert, dass die Helaba nur an Anbieter auslagert, die eine nachhaltige Geschäftspolitik anhand verbindlicher Verhaltenskodizes und Selbstverpflichtungen betreiben.

# Konzernabschluss

- 96 Gewinn- und Verlustrechnung
- 97 Gesamtergebnisrechnung
- 98 Bilanz
- 100 Eigenkapitalveränderungsrechnung
- 101 Kapitalflussrechnung
- 104 Anhang (Notes)
- 230 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 231 Country by Country Reporting nach § 26a KWG
- 235 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

In diesem Jahr ist der Konzernabschluss des Geschäftsberichts 2017 auch als Online-Version verfügbar.

[onlineberichte.helaba.de/geschaeftsbericht-2017](http://onlineberichte.helaba.de/geschaeftsbericht-2017)

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Notes	2017	2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		3.727	4.022	-295	-7,3
Zinsaufwendungen		-2.633	-2.791	158	5,7
<b>Zinsüberschuss</b>	(4), (24)	<b>1.094</b>	<b>1.231</b>	<b>-137</b>	<b>-11,1</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(14), (25)	56	-154	210	> 100,0
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>		<b>1.150</b>	<b>1.077</b>	<b>73</b>	<b>6,8</b>
Provisionserträge		494	538	-44	-8,2
Provisionsaufwendungen		-140	-198	58	29,3
<b>Provisionsüberschuss</b>	(26)	<b>354</b>	<b>340</b>	<b>14</b>	<b>4,1</b>
Handelsergebnis	(4), (27)	268	146	122	83,6
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (8), (28)	-118	51	-169	> -100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(8), (29)	-9	-5	-4	-80,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (30)	16	45	-29	-64,4
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (31)	19	8	11	> 100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(15), (32)	79	119	-40	-33,6
Verwaltungsaufwand	(33)	-1.312	-1.232	-80	-6,5
<b>Ergebnis vor Steuern</b>		<b>447</b>	<b>549</b>	<b>-102</b>	<b>-18,6</b>
Ertragsteuern	(22), (34)	-191	-209	18	8,6
<b>Konzernjahresergebnis</b>		<b>256</b>	<b>340</b>	<b>-84</b>	<b>-24,7</b>
Davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		-6	-5	-1	-20,0
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		262	345	-83	-24,1

# Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Notes	2017	2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
<b>Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung</b>		<b>256</b>	<b>340</b>	<b>-84</b>	<b>-24,7</b>
<b>Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:</b>					
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	(54)	116	-168	284	> 100,0
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(34)	-34	48	-82	> -100,0
<b>Zwischensumme</b>		<b>82</b>	<b>-120</b>	<b>202</b>	<b>&gt; 100,0</b>
<b>Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:</b>					
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		-43	79	-122	> -100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)		-23	-16	-7	-43,8
Veränderung aus der Währungsumrechnung					
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe		-20	7	-27	> -100,0
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(34)	23	-14	37	> 100,0
<b>Zwischensumme</b>		<b>-63</b>	<b>56</b>	<b>-119</b>	<b>&gt; -100,0</b>
<b>Sonstiges Ergebnis nach Steuern</b>		<b>19</b>	<b>-64</b>	<b>83</b>	<b>&gt; 100,0</b>
<b>Gesamtergebnis der Berichtsperiode</b>		<b>275</b>	<b>276</b>	<b>-1</b>	<b>-0,4</b>
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		275	276	-1	-0,4

# Bilanz

zum 31. Dezember 2017

Aktiva

	Notes	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(36)	9.913	3.096	6.817	>100,0
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (37)	11.034	15.235	-4.201	-27,6
Forderungen an Kunden	(4), (38)	90.230	93.078	-2.848	-3,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(14), (39)	-401	-772	371	48,1
Handelsaktiva	(4), (40)	16.319	20.498	-4.179	-20,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (41)	2.924	4.024	-1.100	-27,3
Finanzanlagen	(4), (42)	24.019	25.771	-1.752	-6,8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (43)	45	25	20	80,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(15), (44)	2.239	2.163	76	3,5
Sachanlagen	(16), (45)	427	435	-8	-1,8
Immaterielle Vermögenswerte	(17), (46)	66	113	-47	-41,6
Ertragsteueransprüche	(22), (47)	483	522	-39	-7,5
Sonstige Aktiva	(19), (48)	1.051	976	75	7,7
<b>Summe Aktiva</b>		<b>158.349</b>	<b>165.164</b>	<b>-6.815</b>	<b>-4,1</b>

## Passiva

	Notes	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (49)	31.514	30.138	1.376	4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (50)	49.521	46.824	2.697	5,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (51)	48.155	50.948	-2.793	-5,5
Handelspassiva	(4), (52)	12.289	18.713	-6.424	-34,3
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (53)	2.281	3.918	-1.637	-41,8
Rückstellungen	(20), (21), (54)	2.129	2.319	-190	-8,2
Ertragsteuerverpflichtungen	(22), (55)	268	184	84	45,7
Sonstige Passiva	(19), (56)	648	647	1	0,2
Nachrangkapital	(23), (57)	3.510	3.623	-113	-3,1
Eigenkapital	(58)	8.034	7.850	184	2,3
Gezeichnetes Kapital		2.509	2.509	-	-
Kapitalrücklage		1.546	1.546	-	-
Gewinnrücklagen		3.775	3.521	254	7,2
Neubewertungsrücklage		197	246	-49	-19,9
Rücklage aus der Währungsumrechnung		10	30	-20	-66,7
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		-3	-2	-1	-50,0
<b>Summe Passiva</b>		<b>158.349</b>	<b>165.164</b>	<b>-6.815</b>	<b>-4,1</b>

# Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital					Zwischensumme	Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus der Währungsumrechnung			
<b>Eigenkapital zum 1.1.2016</b>	2.509	1.546	3.398	202	23	7.678	-2	7.676
Veränderungen im Konsolidierungskreis			2			2	-	2
Dividendenzahlung			-104			-104	-	-104
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			225	44	7	276	-	276
<b>Eigenkapital zum 1.1.2017</b>	2.509	1.546	3.521	246	30	7.852	-2	7.850
Veränderungen im Konsolidierungskreis			-			-	-1	-1
Dividendenzahlung			-90			-90	-	-90
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			344	-49	-20	275	-	275
<b>Eigenkapital zum 31.12.2017</b>	2.509	1.546	3.775	197	10	8.037	-3	8.034

# Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Mio. €

	2017	2016
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>256</b>	<b>340</b>
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	346	240
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	224	245
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-399	35
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-55	-38
Sonstige Anpassungen	-906	-1.097
<b>Zwischensumme</b>	<b>-534</b>	<b>-275</b>
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	4.203	1.898
Forderungen an Kunden	2.802	110
Handelsaktiva/-passiva	-2.295	1.833
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.053	-570
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.373	-5.819
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.649	-881
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.834	4.016
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-292	-182
Erhaltene Zinsen und Dividenden	3.702	4.045
Gezahlte Zinsen	-1.712	-3.005
Ertragsteuerzahlungen	-82	-201
<b>Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>	<b>5.927</b>	<b>969</b>
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	6.165	7.324
Sachanlagevermögen	26	-
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	60	44
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	-4.972	-6.364
Sachanlagevermögen	-40	-12
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-146	-277
Immateriellen Vermögenswerten	-66	-19
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	-	6
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochter- und assoziierten Unternehmen	19	-
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.046</b>	<b>702</b>
Dividendenzahlungen	-90	-104
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	-110	-406
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-200</b>	<b>-510</b>

in Mio. €

	2017	2016
<b>Zahlungsmittelbestand zum 1.1.</b>	<b>3.096</b>	<b>1.909</b>
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	5.927	969
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.046	702
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-200	-510
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	44	26
<b>Zahlungsmittelbestand zum 31.12.</b>	<b>9.913</b>	<b>3.096</b>
Davon:		
Kassenbestand	89	105
Guthaben bei Zentralnotenbanken	9.824	2.991

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestands ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhangangabe (3) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt. Zu zahlungswirksamen und zahlungsunwirksamen Veränderungen des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit verweisen wir auf die Entwicklung des Nachrangkapitals in Anhangangabe (57).

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

# Anhang (Notes)

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

106	(1) Allgemeine Angaben	123	(13) Währungsumrechnung
110	(2) Konsolidierungsgrundsätze	123	(14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft
112	(3) Konsolidierungskreis	124	(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
114	(4) Finanzinstrumente	126	(16) Sachanlagen
117	(5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten	126	(17) Immaterielle Vermögenswerte
119	(6) Hierarchie der Bewertungslevel	127	(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsguppen
120	(7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen	127	(19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva
120	(8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	127	(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
121	(9) Strukturierte Produkte	128	(21) Andere Rückstellungen
121	(10) Finanzgarantien	129	(22) Ertragsteuern
122	(11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	129	(23) Nachrangkapital
122	(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen		

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

130	(24) Zinsüberschuss	133	(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
131	(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	133	(30) Ergebnis aus Finanzanlagen
131	(26) Provisionsüberschuss	134	(31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
132	(27) Handelsergebnis	134	(32) Sonstiges betriebliches Ergebnis
132	(28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	136	(33) Verwaltungsaufwand
		137	(34) Ertragsteuern
		139	(35) Segmentberichterstattung

## Erläuterungen zur Bilanz

143	(36) Barreserve	148	(42) Finanzanlagen
143	(37) Forderungen an Kreditinstitute	150	(43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
144	(38) Forderungen an Kunden	151	(44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
145	(39) Risikovorsorge	153	(45) Sachanlagen
147	(40) Handelsaktiva	154	(46) Immaterielle Vermögenswerte
147	(41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	156	(47) Ertragsteueransprüche
		157	(48) Sonstige Aktiva

158	(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	161	(54) Rückstellungen
159	(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	171	(55) Ertragsteuerverpflichtungen
160	(51) Verbriefte Verbindlichkeiten	172	(56) Sonstige Passiva
160	(52) Handelspassiva	172	(57) Nachrangkapital
161	(53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	173	(58) Eigenkapital

## Angaben zu Finanzinstrumenten

175	(59) Sicherheitsleistungen	180	(66) Derivative Geschäfte
176	(60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung	183	(67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien
176	(61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung	186	(68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten
177	(62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	191	(69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte
178	(63) Nachrangige Vermögenswerte	192	(70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option
179	(64) Fremdwährungsvolumina	194	(71) Angaben zur Emissionstätigkeit
179	(65) Restlaufzeitengliederung	194	(72) Angaben zum Risikomanagement
		195	(73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

## Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

198	(74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen	199	(75) Patronatserklärungen
		200	(76) Treuhandgeschäfte

## Sonstige Angaben

201	(77) Angaben zum Leasinggeschäft	211	(83) Angaben zu Arbeitnehmern
202	(78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen	212	(84) Mitglieder des Verwaltungsrats
203	(79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen	213	(85) Mitglieder des Vorstands
206	(80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln	214	(86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien
207	(81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen	215	(87) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
211	(82) Honorare des Abschlussprüfers	216	(88) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

# Anhang (Notes)

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### (1) Allgemeine Angaben

#### Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2017 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB

enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2017 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2017 waren keine Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen und für die Helaba wesentlich sind, erstmals verpflichtend anzuwenden.

#### Neue Rechnungslegungsvorschriften für zukünftige Geschäftsjahre

##### ■ IFRS 9 „Finanzinstrumente“

Das International Accounting Standards Board (IASB) hat sein Projekt zur Ablösung von IAS 39 „Finanzinstrumente“ – Ansatz und Bewertung – im Juli 2014 durch die Veröffentlichung der endgültigen Version von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ abgeschlossen. IFRS 9 enthält in der finalen Fassung insbesondere folgende grundlegend überarbeitete Regelungsbereiche:

- Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten:  
Die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten wurden im Vergleich zu IAS 39 insbesondere für die Aktivseite grundlegend neu verfasst. Künftig beruht die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte auf dem jeweiligen Geschäftsmodell und den Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme. Fremdkapitalinstrumente der Aktivseite, deren Zahlungsströme typisch für ein einfaches Kreditverhältnis sind, qualifizieren abhängig vom Geschäftsmodell „Halten“ oder „Halten und Verkaufen“ für eine Bewertung „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder „erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert“. Liegt keines der beiden Geschäftsmodelle vor oder wird das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt, besteht eine verpflichtende Abbildung als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ (Fair Value through Profit or Loss,

FVTPL). Eigenkapitalinstrumente werden grundsätzlich erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVTPL), es besteht allerdings für diejenigen Eigenkapitalinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, diese erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert abzubilden (FVOCI-Option). Bei Nutzung der FVOCI-Option ist ein Recycling der Fair Value-Änderung über die GuV nicht zulässig.

Die Beurteilung der jeweiligen Geschäftsmodelle findet auf einer den Kerngeschäftsfeldern untergeordneten Portfolioebene statt. Hierbei wurde für das Kreditgeschäft in den Kerngeschäftsfeldern das Geschäftsmodell „Halten“ identifiziert. Eine Ausnahme hiervon bilden lediglich beauftragte Syndizierungen, welche erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden. In beiden Fällen kommt es zu keiner Bilanzierungsänderung gegenüber IAS 39. Neu ist, dass in den „Halten“ und „Halten und Verkaufen“-Portfolios ein Zahlungsstromtest (so genannter SPPI-Test) durchgeführt werden muss. Bedingt durch die Nichterfüllung des Zahlungsstromkriteriums wird mit einem um rund 150 bis 160 Mio. € erhöhten Bestand an erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten gerechnet. Die Marktbewertung dieser SPPI-schädlichen Instru-

mente führt voraussichtlich zu einem positiven Eigenkapitaleffekt von 7 bis 10 Mio. € in der Eröffnungsbilanz nach IFRS 9. Für das Liquiditätsanlageportfolio wird das Geschäftsmodell „Halten und Verkaufen“ genutzt. Dies umfasst im Wesentlichen die bisher unter den Finanzanlagen ausgewiesenen AfS-Wertpapiere, für die sich hinsichtlich der erfolgsneutralen Bilanzierung zum beizulegenden Zeitwert keine Änderung ergibt. Allerdings werden bei einem Tochterunternehmen Liquiditätsbestände in Schuldscheindarlehen angelegt, die bisher unter den Krediten ausgewiesen waren. Die durch das Geschäftsmodell bedingte Umgliederung von einer Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zum Fair Value hat einen positiven Eigenkapitaleffekt von 3 bis 5 Mio. € zur Folge. Die FVOCI-Option für Eigenkapitalinstrumente wird lediglich für ausgewählte strategische Investments ausgeübt. Alle anderen Beteiligungen werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Aus den Beteiligungen ist kein Eigenkapitaleffekt zu erwarten, da Beteiligungen bis auf wenige Ausnahmen bereits unter IAS 39 zum beizulegenden Zeitwert bewertet waren.

Die Klassifizierungs- und Bewertungsregeln für finanzielle Verbindlichkeiten haben sich durch IFRS 9 kaum geändert. Lediglich für zum beizulegenden Zeitwert designierte Verbindlichkeiten (Fair Value-Option, FVO) sind Zeitwertveränderungen aufgrund des eigenen Kreditrisikos nicht mehr in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im sonstigen Ergebnis (OCI) zu erfassen. Im Rahmen der Erstanwendung führt dies lediglich zu einer Umgliederung innerhalb des Eigenkapitals. Der Standard erlaubt eine separate vorzeitige Anwendung dieser Vorschrift vor erstmaliger Umsetzung von IFRS 9. Dieses Wahlrecht nutzt die Helaba nicht.

– Bilanzierung von Wertminderungen:

Die neuen Wertminderungsvorschriften unter IFRS 9 stellen eine Abkehr von der bisherigen Erfassung bereits eingetretener Verluste (so genanntes „Incurred Loss Model“ gemäß IAS 39) dar. Der Anwendungsbereich des neuen Modells umfasst neben zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten auch alle erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Fremdkapitalinstrumente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, vertragliche Vermögenswerte nach IFRS 15, Leasingforderungen sowie bestimmte Kreditzusagen und Finanzgarantien. Das neue „Expected Credit Loss Model“ erfordert für alle Finanzinstrumente im Anwendungsbereich eine zwingende Risikovorsorgebildung, abhängig von der jeweiligen Stufenzuordnung. Die Risikovorsorge in Stufe 1 basiert auf den erwarteten Kreditausfällen aufgrund von Ausfallereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate und beinhaltet zunächst alle Instrumente bei Erstansatz. Tritt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos seit Erstansatz ein, erfolgt ein

Transfer in Stufe 2. Die Risikovorsorge in Stufe 2 ist auf die erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit aufzustoßen (Lifetime Expected Credit Losses – Lifetime ECL). Stufe 3 beinhaltet die Finanzinstrumente mit objektivem Hinweis auf eine Wertminderung und erfordert ebenfalls die Erfassung der Lifetime ECL. Die objektiven Hinweise wurden hierbei unverändert aus IAS 39 übernommen. IFRS 9 gewährt Wahlrechte in Bezug auf Leasingforderungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko.

Die Lifetime-ECL-Ermittlung basiert auf Projektionen der Ausfallwahrscheinlichkeit mittels der nach Rating-Modulen differenzierten Migrationsmatrizen, der Modellierung des EAD auf Basis vertraglicher Zahlungen unter Berücksichtigung von erwarteten außerplanmäßigen Tilgungen, die aus der Historie abgeleitet werden, sowie einer LGD-Modellierung unter Berücksichtigung der erwarteten Sicherheitenmarktwertverläufe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigen drei makroökonomische Szenarien, um auch nicht lineare Zusammenhänge in der Risikovorsorge angemessen abzubilden. Hinsichtlich der Transferlogik nutzt die Helaba das Wahlrecht, Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko pauschal Stufe 1 zuzuordnen, ausschließlich für das Wertpapierportfolio. Alle anderen Instrumente werden dem Regelprozess folgend auf eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos geprüft. Hierzu wird auf den etablierten internen Rating-Prozess aufgesetzt. Ein Transfer in Stufe 2 erfolgt, soweit es zu signifikanten Erhöhungen von der bei Erstansatz erwarteten Höhe des Ausfallrisikos kommt. Das erwartete Ausfallrisiko wird dabei durch Rating-Modul-spezifische Migrationsmatrizen und eine Verteilungsannahme (Quantil) abgeleitet, so dass für jedes Finanzinstrument ein Rating-Schwellenwert als quantitatives Transferkriterium bestimmt werden kann. Ergänzend wird als qualitatives Transferkriterium die Übertragung eines Instruments in die Intensivkreditbearbeitung angewendet. In Bezug auf Stufe 3 erfolgt eine Harmonisierung der objektiven Hinweise mit der aufsichtsrechtlichen Definition eines Ausfallereignisses nach Artikel 178 CRR. Entsprechend führt ein Ausfallereignis zum Transfer in Stufe 3; ein Rücktransfer ist erst nach der Gesundungsphase möglich. Die Berechnung der Risikovorsorge in Stufe 3 erfolgt für signifikante Kredite (ab einem Exposure von 3 Mio. €) auf Basis individueller Cashflow-Schätzungen unter Berücksichtigung von verschiedenen Szenarien und deren Eintrittswahrscheinlichkeiten. Für nicht signifikante Kredite wird der Lifetime ECL gemäß der Ermittlung in Stufe 2 verwendet, allerdings mit der Ausfallwahrscheinlichkeit von 1.

Es wird mit einer Erhöhung der Risikovorsorge aus dem Übergang auf IFRS 9 (Erstanwendungseffekt) gerechnet, die in einer Spanne von 55 bis 65 Mio. € liegen wird.

– Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen:

Mit IFRS 9 wurde auch die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (so genanntes allgemeines Hedge Accounting) weitgehend überarbeitet. Ziel der neuen Regelungen ist es, die Hedge-Accounting-Vorschriften stärker mit der ökonomischen Risikosteuerung der Unternehmen in Einklang zu bringen. Hierzu wurden einige Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird und der strenge retrospektive Effektivitätsnachweis entfällt.

Da das Macro Hedge Accounting nicht Bestandteil des derzeitigen IFRS 9 ist, besteht ein Wahlrecht, die gesamten Regelungen des IAS 39 zum Hedge Accounting (allgemeines und Macro Hedging) weiterhin anzuwenden, bis das Projekt Macro Hedge Accounting des IASB abgeschlossen ist. Die Helaba nutzt dieses Wahlrecht nicht. Der Vorteil für die Helaba liegt darin, dass unter IFRS 9 der Currency Basis Spread als nicht designierte Kostenkomponente des Sicherungsderivats separiert und im sonstigen Ergebnis (OCI) gebucht werden darf. Hierzu werden prospektiv ab dem 2. Januar 2018 neue Fremdwährungs-Sicherungsbeziehungen designiert. Die nach IAS 39 bestehenden Sicherungsbeziehungen werden nach IFRS 9 unverändert weitergeführt. Aus der Anwendung des allgemeinen Hedge Accounting nach IFRS 9 resultiert kein Erstanwendungseffekt.

IFRS 9 ist erstmals in Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Hierunter fällt etwa die Möglichkeit, eine rückwirkende Anpassung der Vergleichsperiode zu unterlassen. Die Helaba wird diese Vereinfachung in Anspruch nehmen. Der Erstanwendungseffekt im Eigenkapital insgesamt wird in einer Spanne von minus 40 bis 55 Mio. € vor latenten Steuern beziehungsweise minus 25 bis 40 Mio. € nach latenten Steuern liegen. Bis zur Aufstellung dieses Abschlusses wurde die Eröffnungsbilanz nach IFRS 9 noch nicht finalisiert.

Die aufsichtsrechtlichen Übergangsregeln nach CRR 473a zur Berücksichtigung des Erstanwendungseffekts für die Ermittlung der Kapitalquoten wird die Helaba nicht in Anspruch nehmen. Die Bilanzierung der aufsichtsrechtlich nicht konsolidierten Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert, die durch Wegfall der nach IAS 39 gewährten Ausnahmenvorschrift zur Anschaffungskostenbilanzierung von Beteiligungen zwingend ist,

führt dazu, dass die IFRS-9-Umstellung für die harte Kernkapitalquote eine Erhöhung um rund 0,7 Prozentpunkte zur Folge hat.

■ **IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“**

Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten. Das neue Modell sieht zur Ermittlung der Umsatzrealisierung ein fünfstufiges Schema vor. Ferner wird der Umfang der Anhangangabepflichten gemäß IFRS 15 erweitert. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 ersetzen künftig sowohl die Inhalte des IAS 18 „Umsatzerlöse“ als auch die des IAS 11 „Fertigungsaufträge“ sowie der dazugehörigen Interpretationen; sie haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 entstehen.

Die Erstanwendung erfolgt zum 1. Januar 2018. Die Helaba beabsichtigt die modifizierte retrospektive Methode beim Übergang auf IFRS 15 anzuwenden, nach der die kumulierten Anpassungsbeträge zum 1. Januar 2018 erfasst werden. Infolgedessen wird die Helaba die Auswirkungen des IFRS 15 auf einzelne Vergleichsperioden nicht darstellen.

Abgesehen vom Erfordernis, umfangreichere Angaben zu den Umsatzerlösen des Konzerns aus Verträgen mit Kunden bereitzustellen, wird nicht davon ausgegangen, dass die Anwendung von IFRS 15 wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben wird.

■ **IFRS 16 „Leasingverhältnisse“**

Kerngedanke des neuen Standards ist es, beim Leasingnehmer generell alle Leasingverhältnisse und die damit verbundenen vertraglichen Rechte und Verpflichtungen in der Bilanz zu erfassen. Die bisher unter IAS 17 erforderliche Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt damit künftig für den Leasingnehmer.

Für alle Leasingverhältnisse erfasst der Leasingnehmer in seiner Bilanz eine Leasingverbindlichkeit für die Verpflichtung, künftig Leasingzahlungen zu leisten. Gleichzeitig aktiviert der Leasingnehmer ein Nutzungsrecht am zugrunde liegenden Vermögenswert, welches grundsätzlich dem Barwert der künftigen Leasingzahlungen zuzüglich direkt zurechenbarer Kosten entspricht. Während der Laufzeit des Leasingvertrags wird die Leasingverbindlichkeit ähnlich den Regelungen nach IAS 17 für Finanzierungsleasingverhältnisse finanzmathematisch fortgeschrieben, während das Nutzungsrecht planmäßig

abgeschrieben wird. Erleichterungen bei der Bilanzierung gibt es für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasinggegenstände von geringem Wert.

Für den Leasinggeber ähneln die Regelungen des neuen Standards dagegen den bisherigen Vorschriften des IAS 17. Die Leasingverträge werden weiterhin entweder als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnisse klassifiziert. Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle Risiken und Chancen aus dem Eigentum übertragen werden, sind als Finanzierungsleasingverhältnisse zu klassifizieren, alle anderen Leasingverträge als Operating Leases. Für die Klassifizierung nach IFRS 16 wurden die Kriterien des IAS 17 übernommen.

IFRS 16 enthält darüber hinaus eine Reihe von weiteren Regelungen zum Ausweis und zu den Anhangangaben sowie zu Sale-and-Lease-back-Transaktionen.

Die neuen Regelungen, die von der EU bereits übernommen worden sind, sind verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen, anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig, sofern IFRS 15 ebenfalls angewendet wird. Die Helaba prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Insbesondere bei der Abbildung von gemieteten Gewerbeimmobilien wird sich der neue Leasingstandard auswirken, jedoch bleibt der Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage voraussichtlich gering. Eine vorzeitige Anwendung durch die Helaba ist nicht beabsichtigt.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRS-IC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

## Ausweis- und Schätzungsänderungen, Fehlerkorrekturen

In der Segmentberichterstattung (Anhangangabe (35)) wurde im Berichtsjahr die Verteilung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren angepasst. Dies führte zu einer Verschiebung zwischen den Segmenten Immobilien, Corporate Finance, Financial Markets, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft und Sonstige. Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

In der Anhangangabe (42) wurden im Vorjahr die Bestände an börsennotierten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zu hoch ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst.

Die Anhangangabe (67) ist um Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ergänzt worden. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Zu den Details siehe die entsprechende Anhangangabe.

In der Anhangangabe (68) wurden die Kriterien für die Zuordnung von Fair Values, die für Kredite und Forderungen angegeben werden, zu den Levels der Bewertungshierarchie angepasst, weil aufgrund des andauernd niedrigen Zinsniveaus andere Inputfaktoren, wie zum Beispiel der Einfluss der Bonität, einen relativ gestiegenen Einfluss auf den errechneten Fair Value haben. Darüber hinaus werden langfristige Forderungen zukünftig generell dem Level 3 zugeordnet. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich weder Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis noch auf das Eigenkapital.

## Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2017 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2017. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden

konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn eine verlässliche

Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger

Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

## (2) Konsolidierungsgrundsätze

Nach den Vorschriften des IFRS 10 beherrscht ein Investor ein Unternehmen, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmen kann, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit dem Unternehmen ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten fortlaufend zu überprüfen.

Für die Überprüfung, ob bei einem Unternehmen eine Tochterunternehmenseigenschaft vorliegt, wird seitens des Helaba-Konzerns bei wesentlichen Sachverhalten untersucht, ob Beherrschungsmacht bezüglich der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens mittel- oder unmittelbar durch die Helaba ausgeübt werden kann. Dies beinhaltet:

- eine Bestimmung des Zwecks und der Ausgestaltung des Unternehmens,
- eine Identifizierung der relevanten Tätigkeiten,
- eine Ermittlung, ob die Helaba aufgrund ihrer Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- eine Einschätzung der Risikobelastung durch das Unternehmen oder einer Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und
- eine Einschätzung, ob die Helaba die Fähigkeit hat, ihre Bestimmungsmacht zu nutzen, um die Höhe der Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg zu beeinflussen.

Die Überprüfung beinhaltet neben der Berücksichtigung von Stimmrechten auch die Analyse sonstiger Rechte und faktischer Gegebenheiten, die zu einer Beherrschungsmöglichkeit führen können, sowie von Indizien für das Vorliegen eines (De-facto-)Agentenverhältnisses nach IFRS 10.

Liegen bei einem Unternehmen die Voraussetzungen für zelluläre Strukturen („Silos“) vor, so erfolgen die Prüfungsschritte für jede einzelne dieser identifizierten Strukturen. Eine solche Struktur liegt vor, wenn innerhalb einer rechtlichen Einheit eine Vermögensmasse so weitgehend separiert ist, dass sie wirtschaftlich und für Zwecke des IFRS 10 als eigenständiges Objekt anzusehen ist und keine oder nur unwesentliche Risikomischungen mit anderen Vermögensmassen dieser rechtlichen Einheit bestehen.

Wurde als Ergebnis der Bestimmung des Zwecks, der Ausgestaltung und der Identifizierung der relevanten Aktivitäten die Maßgeblichkeit der Stimmrechte für die Beurteilung der Beherrschungsmöglichkeit identifiziert, so wird im Regelfall eine Beherrschung seitens des Helaba-Konzerns bezüglich eines Unternehmens angenommen, wenn der Konzern direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen innehat oder über diese verfügen kann. Abweichend hiervon ist keine Beherrschungsmöglichkeit durch den Helaba-Konzern anzunehmen, wenn ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen, weil dieser über die Mehrheit der Stimmrechte für die wesentlichen Tätigkeiten verfügen kann beziehungsweise die Helaba nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für einen anderen Investor agiert. Zudem erfolgt eine Prüfung, ob Vereinbarungen einer gemeinschaftlichen Leitung vorliegen und hierdurch eine Beherrschungsmöglichkeit eingeschränkt ist.

Entsprechend erfolgt die Beurteilung in den Fällen, in denen der Helaba-Konzern nicht Inhaber der Stimmrechtsmehrheit ist, aber die praktische Möglichkeit zum einseitigen Bestimmen der relevanten Tätigkeiten hat oder ein anderer Investor nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für den Helaba-Konzern agiert. Diese Fähigkeit zur Beherrschung kann abweichend von einer allgemeinen mehrheitlichen Stimmrechtsquote zum Bei-

spiel in Fällen entstehen, in denen der Helaba-Konzern aufgrund vertraglicher Vereinbarungen die Möglichkeit zur Bestimmung der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens hat oder über potenzielle Stimmrechte verfügen kann.

Bestehen Optionsrechte oder ähnliche Rechte auf Stimmrechte, so werden sie bei der Überprüfung, wer über Stimmrechte eine Beherrschungsmöglichkeit ausüben kann, berücksichtigt, soweit sie als substantiell erachtet werden. Dabei werden sowohl mögliche Bedingungen oder Ausübungsfristen berücksichtigt als auch die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit einer Ausübung beurteilt.

Die Prüfung, ob unabhängig von einer rechtlich basierten eine faktische Beherrschungsmöglichkeit besteht, betrifft die Überprüfung, ob ein formaler Stimmrechtsinhaber oder ein Inhaber eines Rechts, das zur Beherrschung eines Unternehmens führen kann, als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 agiert. In diesem Fall agiert in einer wirtschaftlichen Betrachtung der (De-facto-)Agent mangels wesentlicher eigener unternehmerischer Interessen am Unternehmen für einen anderen Investor. Dies kann auch dann vorliegen, wenn dieser andere Investor keine unmittelbaren Weisungsrechte hat, aber faktisch die Verhältnisse so auf ihn ausgerichtet sind, dass er ganz überwiegend die Variabilitäten aus dem Unternehmen trägt.

Als erstes Indiz für das Vorliegen eines (De-facto-)Agenten im Sinne des IFRS 10 wird ein Schwellenwert für die Teilhabe an den erwarteten Variabilitäten verwendet. Sofern der Helaba-Konzern rechtlich die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens zu bestimmen, wird auf Basis eines Schwellenwerts plausibilisiert, ob ein Indiz für eine Zurechnung zu Dritten nach IFRS 10 vorliegt. Eine solche Zurechnung kann beispielsweise von der Helaba Invest verwaltete Wertpapiersondervermögen betreffen.

Bei nicht eindeutiger Möglichkeit, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens durch den Helaba-Konzern zu bestimmen, wird ab einem Tragen von rund 90 % der Variabilitäten seitens des Helaba-Konzerns eine vertiefte Einzelfallprüfung vorgenommen, ob die Helaba eine Beherrschungsmöglichkeit über das Unternehmen hat.

Die vorgenannten Prüfungen erfolgen periodisch für alle Fälle oberhalb einer Wesentlichkeitsschwelle. Bei wesentlichen Veränderungen der Beurteilungsgrundlagen oder einer Überschreitung der Wesentlichkeitsschwelle erfolgt eine Neueinschätzung. In einem gestuften Verfahren erfolgt zunächst eine Ersteinschätzung durch die dezentralen kunden- oder geschäftsbetreuenden Stellen mittels Checklisten. Diese stellen neben der Analyse rechtlicher Möglichkeiten zu Einflussnahmen auf Indizien des Tragens von Variabilitäten aus dem Unternehmen ab. Als Variabilitäten werden alle erwarteten positiven und negativen Bei-

träge des Unternehmens berücksichtigt, die in einer wirtschaftlichen Betrachtung vom Unternehmenserfolg abhängen und hierdurch Schwankungen unterliegen.

IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung eines Unternehmens ausüben. Die gemeinschaftliche Führung ist bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

Um festzustellen, ob eine gemeinschaftliche Tätigkeit vorliegt, wird analog zum Vorgehen bei Tochterunternehmen zunächst ermittelt, wer Beherrschungsmacht über die relevanten Tätigkeiten ausübt. Wird diese von zwei oder mehr Parteien auf einer vertraglichen Basis gemeinschaftlich ausgeübt, so liegt eine gemeinsame Vereinbarung vor. Die Überprüfung der Fälle mit vorliegenden gemeinsamen Vereinbarungen ergab bislang regelmäßig die Klassifizierung als Gemeinschaftsunternehmen. Bei der Überprüfung werden neben gesonderten Vereinbarungen über gemeinsame Entscheidungsfindungen oder Stimmrechtsausübungen auch notwendige Mindestquoten für Beschlüsse, die Gesellschafteranzahl und deren Stimmrechtsanteile, mögliche (De-facto-)Agentenverhältnisse oder fallweise Zustimmungsvorbehalte aus sonstigen vertraglichen Beziehungen berücksichtigt.

Maßgeblicher Einfluss bei bestehendem Anteilsbesitz liegt im Regelfall vor, wenn mindestens 20 % der Stimmrechte gehalten werden. Bei der Beurteilung, ob der Helaba-Konzern tatsächlich einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen ausüben kann, werden neben der Höhe der Stimmrechte weitere Parameter und Gegebenheiten berücksichtigt. Hierzu zählen beispielsweise die Vertretung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Leitungs- und Aufsichtsgremien der Gesellschaft sowie gegebenenfalls bestehende Zustimmungserfordernisse bei wesentlichen Entscheidungen im Unternehmen. Werden solche Faktoren im Rahmen der Überprüfung festgestellt, kann ein maßgeblicher Einfluss auch dann vorliegen, wenn die Beteiligung des Helaba-Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst, und es erfolgt eine vertiefte Analyse aller Einflussnahmemöglichkeiten und der Verhältnisse der Gesellschafter zueinander.

Die Überprüfung des Vorliegens gemeinschaftlicher Führungen oder von Assoziierungen erfolgt regelmäßig im Prozess zur Identifizierung der konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhält-

nissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. Die Überprüfung und Festlegung der Wesentlichkeit erfolgt durch eine Gegenüberstellung der (als nachhaltig eingeschätzten) bilanziellen Volumina und Ergebnishöhen der jeweiligen Unternehmen mit Schwellenwerten. Die Schwellenwerte werden aus den Durchschnitten der Bilanzvolumina und Ergebnishöhen des Konzerns der letzten fünf Jahre ermittelt. Bei so festgestellter Unwesentlichkeit erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilerwerbs beziehungsweise des Entstehens einer Beherrschungsmöglichkeit im Sinne des IFRS 10. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (17)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Gesamtergebnisrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilerwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und dem beizulegenden Zeitwert ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Werts oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

### (3) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen 118 (31. Dezember 2016: 116) Unternehmen. Es werden 84 (31. Dezember 2016: 88) Gesell-

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die Einbeziehungspflicht nicht mehr besteht, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung beziehungsweise Beendigung der Bewertung at Equity. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5. Der Ausweis der Vermögenswerte und Schulden erfolgt in separaten Posten der Bilanz. Die Ergebnisbeiträge von Tochterunternehmen erfolgt in einem gesonderten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskon-solidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens sowie eventuelle Wertminderungen und sonstige Risikovorsorgen werden als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ausgewiesen. Anteile am sonstigen Ergebnis von at Equity bewerteten Unternehmen werden in der Gesamtergebnisrechnung des Konzerns als eigene Ergebniskomponente angegeben.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden sie abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des anteiligen fortzuführenden Equity-Werts.

schaften durch Vollkonsolidierung in den Konzern einbezogen. Bei 34 (31. Dezember 2016: 28) Gesellschaften erfolgt eine

At-Equity-Bewertung. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften nach IFRS 10, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 34 Tochterunternehmen, 19 Gemeinschafts- und 11 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (88) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres betreffen folgende Tochtergesellschaften.

## Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

### Zugänge

ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	Erlangung der Beherrschungsmöglichkeit der Helaba über potenzielle Stimmrechtsmehrheit in der Gesellschaft im Juni 2017
Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	Gründung der Gesellschaft im Juni 2017
Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Nach Anteilswerb im November 2017 Wechsel von At-Equity-Bewertung auf Vollkonsolidierung

### Abgänge

Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anteilsveräußerung im Dezember 2017
Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anwachsung der Gesellschaft im Juni 2017
Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG	Anwachsung der Gesellschaft im Dezember 2017
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Beendigung der Finanzierung im Juli 2017 besteht nach IFRS 10 keine Konsolidierungspflicht mehr
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Beendigung der Finanzierung im Juli 2017 besteht nach IFRS 10 keine Konsolidierungspflicht mehr
Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anteilsveräußerung im November 2017
Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anteilsveräußerung im Dezember 2017

Aus der Erstkonsolidierung der ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG resultiert ein Ertrag in Höhe von 13 Mio. €, aus der Erstkonsolidierung der Galerie Lippe GmbH & Co. KG resultiert ein Aufwand von 8 Mio. €.

Die Entkonsolidierung der Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG führte zu einem Ertrag von 5 Mio. € und die der Ersten ILZ Leipzig GmbH & Co. KG sowie der Zweiten ILZ Leipzig GmbH & Co. KG zu einem Ertrag von zusammen 1 Mio. €.

Die Entkonsolidierung der MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG sowie der MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG führten jeweils zu einem Entkonsolidierungsergebnis von –3 Mio. €.

Die Ergebnisse aus Erst- und Entkonsolidierungen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

## Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

### Zugänge

FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	Erwerb im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	Anteilswerb im Juli 2017

### Abgänge

Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Nach weiterem Anteilswerb im November 2017 Wechsel von At-Equity-Bewertung auf Vollkonsolidierung
HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	Verringerung der Anteilsquote durch Teilverkauf im Juli 2017 und Verlust des maßgeblichen Einflusses

## (4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften nicht derivativer finanzieller Vermögenswerte zum Erfüllungstag und derivativer Finanzinstrumente zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertrag-

lichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

### Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (14) verwiesen.

## Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (at Fair Value, aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (Held for Trading, HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Die Aufwände und Erträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten werden in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet,

für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten können Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem beizulegenden Zeitwert (Day-One Profit or Loss) auftreten. Der Day-One Profit or Loss wird im Regelfall sofort ergebniswirksam vereinnahmt. Sofern die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern beruht, ist der Day-One Profit or Loss über die Laufzeit in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

## Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity, HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese

Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

## Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS)

Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanz-

instrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert, wie in Anhangangabe (5) erläutert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich

eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungs-

betrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und einer Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren einschließlich amortisierter Agien und Disagien sowie Dividendenerträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

## Finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities, OL)

---

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten

gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

## Ausweis von Zinsanomalien

---

Zinsanomalien (negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten) werden in der Anhangangabe (24) tabellarisch aufgegliedert. Die Helaba weist positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten unter den Zinserträgen, negative Zinsen aus finanziellen

Vermögenswerten unter den Zinsaufwendungen aus. Zahlungsströme, resultierend aus Zinsanomalien bei Derivaten, werden – in Analogie zu der in einem normalen Zinsumfeld vorgenommenen Saldierung der Zahlungsströme je Derivat – in Summe entweder im Zinsertrag oder Zinsaufwand ausgewiesen.

## (5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, der beim Verkauf eines Vermögenswerts zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) eingenommen beziehungsweise für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

### Bewertungsmethoden

---

Im Konzern wird hinsichtlich der Bewertungsmethoden unterschieden, ob die Wertfindung der Finanzinstrumente direkt über an aktiven Märkten beobachtbare Preisnotierungen oder über marktübliche Bewertungsverfahren erfolgt. Dabei wird von den Märkten, zu denen die Helaba Zugang hat, grundsätzlich der Markt mit der höchsten Aktivität als der relevante angenommen (Hauptmarkt). Sofern für einzelne Finanzinstrumente kein Hauptmarkt definiert ist, wird der vorteilhafteste Markt herangezogen.

Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Basis von Preisnotierungen ermittelt. Ein Markt wird als aktiv eingestuft, sofern für die entsprechenden oder vergleichbare Finanzinstrumente Marktpreise ablesbar sind, die Mindestanforderungen insbesondere hinsichtlich Geld-Brief-Spanne und Handelsvolumen erfüllen. Die Mindestanforderungen werden von der Helaba definiert und einer regelmäßigen Prüfung unterzogen.

Für Finanzinstrumente, bei denen zum Stichtag keine Preisnotierungen auf einem aktiven Markt vorhanden sind beziehungsweise keine Preisnotierungen von vergleichbaren

Finanzinstrumenten auf aktiven Märkten für die Wertermittlung herangezogen werden können, wird der beizulegende Zeitwert mittels anerkannter marktüblicher Bewertungsverfahren ermittelt. Die Bewertung erfolgt auf Basis der Cashflow-Struktur unter Berücksichtigung von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontfaktoren und Volatilität. Dabei kommen Modellierungstechniken wie Discounted-Cashflow-Verfahren oder gängige Optionspreismodelle zum Einsatz. Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modelle angewendet, die auf komplexeren Parametern, zum Beispiel Korrelationen, beruhen.

Die Eingangsparameter für die Modelle sind in der Regel am Markt beobachtbar. Sollten für benötigte Modellparameter keine Marktinformationen beobachtbar sein, werden diese über andere relevante Informationsquellen, zum Beispiel Preise für ähnliche Transaktionen oder historische Daten, abgeleitet.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die für die Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zins-Swaps und Zinsoptionen	Discounted-Cashflow-Methode, Black-/Black-Normal-Modelle, Markov-Functional-Modell, SABR, Replication-Modell, bivariate Copula	Zinskurven, Zinsvolatilitäten, Korrelationen
Zinstermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Devisentermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Modelle, Local-Volatility-Modell	Aktienkurse, Zinskurven, Aktienvolatilitäten, Dividenden
Devisen-Optionen	Black-Modell, Skew-Barrier-Modell	Devisenkurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Black-Modell, Turnbull/Wakeman	Commodity-Kurse, Zinskurven, Commodity-Volatilitäten
Kreditderivate	Black-Modell	Zinskurven, Credit Spreads
Geldmarktgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads, Wertpapierkurse

Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen wird der beizulegende Zeitwert auf Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswerts ermittelt und um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben.

## Wertanpassungen

Ein weiterer Teil des Bewertungsprozesses sind zum Teil erforderliche Wertanpassungen.

Bei der modellbasierten Bewertung von Finanzinstrumenten besteht je nach Komplexität des Finanzinstruments eine Unsicherheit in der Wahl eines geeigneten Modells, gegebenenfalls dessen numerischer Implementierung sowie in der Parametrisierung/Kalibrierung dieses Modells. Diese Unsicherheiten werden in der Bewertung nach dem Fair Value-Prinzip über Model Adjustments berücksichtigt, welche sich wiederum in Deficiency Adjustments und Complexity Adjustments unterteilen.

Ein Deficiency Adjustment dient zur Abbildung der Bewertungsunsicherheit, die aus der Verwendung eines Bewertungsmodells resultiert. Eine solche Modellunsicherheit liegt vor, wenn ein nicht (mehr) marktgängiges Modell verwendet wird oder die Unschärfe in einem inadäquaten Kalibrierungsverfahren oder der techni-

schen Implementierung begründet ist. Complexity Adjustments werden berücksichtigt, wenn hinsichtlich des einzusetzenden Modells kein Konsens aus dem Markt ableitbar ist oder die Parametrisierung des Modells sich nicht eindeutig aus den Marktdaten ergibt. In diesen Fällen wird von einem Modellrisiko gesprochen. Der sich aus den verschiedenen Adjustments ergebende Bewertungsabschlag wird in Form einer Modellreserve berücksichtigt.

Grundsätzlich werden Derivate derzeit in den Front-Office-Systemen risikolos bewertet, das heißt, es wird explizit angenommen, dass die jeweiligen Kontrahenten bis zur vertraglichen Fälligkeit der ausstehenden Geschäfte überleben. Das so genannte Credit Value Adjustment (CVA) gibt das kalkulatorische Verlustrisiko wieder, welchem sich der Konzern bei aus seiner Sicht positivem Marktwert gegenüber seinem Kontrahenten ausgesetzt sieht. Fällt der Kontrahent aus, so kann lediglich noch ein Bruchteil des Marktwerts der ausstehenden Geschäfte im Insol-

venz- beziehungsweise Liquidationsprozess realisiert werden (Recovery Rate). Das Exposure im Zeitablauf wird mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation geschätzt. Das so genannte Debit Value Adjustment (DVA) ist das Spiegelbild des CVA und definiert sich als der Teil des aus Sicht des Konzerns negativen Marktwerts, welcher kalkulatorisch durch einen Ausfall für den Kontrahenten verloren ginge. Der sich aus CVA und DVA ergebende Betrag wird in Form einer Bewertungsanpassung berücksichtigt.

Anpassungen der Bewertung aufgrund von Refinanzierungsaspekten (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Be-

wertung von derivativen Finanzinstrumenten zu berücksichtigen. Finanzierungskosten fallen bei der replizierenden Absicherung unbesicherter Kundenderivate durch besicherte, im Interbankenmarkt abgeschlossene Hedge-Derivate an. Während sich das zu finanzierende Volumen aus einer Exposure-Simulation ergibt, werden die Refinanzierungssätze rollierend zum Euribor (Euro Interbank Offered Rate) angesetzt. Die Bewertung erfolgt ähnlich CVA/DVA beidseitig, das heißt, es werden sowohl Funding Benefit Adjustments (FBA) aus negativem Exposure als auch Funding Cost Adjustments (FCA) aus positivem Exposure berücksichtigt.

## Validierung und Kontrolle

---

Der Bewertungsprozess ist einer laufenden Validierung und Kontrolle unterworfen. Teil der handelsunabhängigen Bewertung der Positionen im Handelsgeschäft ist die Sicherstellung der Angemessenheit der für die Bewertung eingesetzten Methoden beziehungsweise Modelle.

Neue Bewertungsmodelle werden grundsätzlich vor ihrem Ersteinsatz einer umfassenden initialen Validierung unterzogen. In Abhängigkeit von Materialität sowie Marktgängigkeit und

Komplexität des eingesetzten Modells werden die Bewertungsmodelle regelmäßig überprüft. Darüber hinaus erfolgen anlassbezogene Überprüfungen, wenn zum Beispiel wesentliche Methodenänderungen erfolgen.

Im Rahmen der handelsunabhängigen Prüfung der Bewertungsparameter (Independent Price Verification) wird darüber hinaus die Marktkonsistenz der zur Bewertung der Finanzinstrumente verwendeten Parameter sichergestellt.

## (6) Hierarchie der Bewertungslevel

### Level 1

---

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise her-

angezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Diese beizulegenden Zeitwerte werden als Level 1 ausgewiesen.

### Level 2

---

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein direkt beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung auf Basis vergleichbarer Finanzinstrumente mit Preisnotierungen auf aktiven Märkten. Sind diese ebenfalls nicht verfügbar, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei die wesentlichen Inputdaten auf Marktdaten beruhen, die auf aktiven Märkten beobachtbar sind und externen Quellen entnommen werden. Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten zum

beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In diesen Fällen werden die beizulegenden Zeitwerte als Level 2 ausgewiesen.

## Level 3

---

In den Fällen, bei denen wesentliche Inputparameter nicht direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Basket-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arranger-Preise her-

angezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten, nicht börsennotierten Beteiligungen sowie die Werthaltigkeitsprüfung von Geschäfts- oder Firmenwerten beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen. Für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden die beizulegenden Zeitwerte auf Basis von erwarteten Erträgen und Aufwendungen ermittelt, so dass sie ebenfalls dem Level 3 zuzuordnen sind.

## (7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen

Gemäß IAS 32 ist eine Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen vorzunehmen, sofern eine Saldierung der bilanzierten Beträge jederzeit rechtlich durchsetzbar ist und entweder beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen, oder, den Vermögenswert und die Verpflichtung zeitgleich zu realisieren. Die rechtliche Durchsetzbarkeit darf nicht erst

bedingt bei Eintritt bestimmter Umstände entstehen, sondern muss auch im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zulässig sein. Der Umfang der bilanziellen Saldierung und der nur bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten, welche die Anforderungen an eine bilanzielle Saldierung nicht erfüllen, ist in Anhangangabe (62) dargestellt.

## (8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt für die Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäfts durch die des

Sicherungsinstruments in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannweite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäfts über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zins-Swaps und Zins-Währungs-Swaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grund-

geschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren wären, führen die Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese

auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

## Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designed sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

## (9) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

## (10) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstruments nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratiellen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen

(Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

## (11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrags überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgelts an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestands ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und ent-

sprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung entliehener Wertpapiere beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

## (12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen.

Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

## Der Konzern als Leasinggeber

---

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen oder unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in

den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

## Der Konzern als Leasingnehmer

---

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

### (13) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetären und nicht monetären Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtags in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder zur Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebs in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

### (14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalieren Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenom-

men. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- **Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,**
- **ungeregelte Überziehung für mehr als 90 Tage,**
- **bonitätsbedingte Restrukturierung,**
- **Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,**
- **Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,**
- **Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.**

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrags. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Sie resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzel-

wertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet, und zwar für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln. Die in die Bemessung der Portfoliowertberichtigung eingehenden Parameter aus der internen Kreditrisikosteuerung werden regelmäßig validiert und bei Bedarf angepasst. Bei wesentlichen Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen oder branchenspezifischen Umfelds oder bezogen auf bestimmte Märkte, Regionen oder Kundengruppen können Adjustierungen der Portfoliowertberichtigungen durch Expertenschätzungen erforderlich sein, um eine angemessene Höhe der Risikovorsorge zu gewährleisten.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Die Abbildung der direkten Abschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen erfolgt in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Gewinn- und Verlustrechnung.

## (15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich

ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen

entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

▪ Wohn- und Geschäftshäuser	40–80 Jahre
▪ Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40–60 Jahre
▪ Spezialimmobilien	20–60 Jahre

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die in Anhangangabe (44) angegebenen Marktwerte der Immobilien werden nach international anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Für den überwiegenden Bestand des Konzerns an Wohngebäuden, Gewerbeobjekten, Garagen und Stellplätzen sowie unbebauten Grundstücken erfolgt die Bewertung durch unabhängige Sachverständige nach Marktwerten, insbesondere ermittelt auf Basis des Discounted-Cashflow-Verfahrens. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt aufgrund der Kapitalanlagebasis des nachhaltigen erreichbaren Mieteinkommens unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten und erwarteter Leerstandsquoten.

Für die Bewertung werden die Immobilien aufgrund einer Standort- und Objektbeurteilung strukturiert und in Cluster unterteilt. Grundlage hierfür sind die Parameter Markt (Makro-Standort), Standort (Mikro-Standort), Objekt und Qualität des Cashflows. Dabei werden in sich homogene Gruppen gebildet, die sich untereinander in Bezug auf die Lage und die Qualität der Verwaltungseinheiten und damit ihr jeweiliges Risiko unterscheiden.

Auf Basis der gebildeten Cluster wurden folgende Grundsätze angewendet:

- **Ableitung von jährlichen Mietsteigerungsraten;**
- **Ableitung von nicht umlagefähigen Betriebskosten;**
- **Ableitung von effektiven Leerstandsquoten;**
- **Ableitung von Kapitalisierungs- und Diskontierungszinssätzen.**

Auf Basis der Immobilien wurden folgende Grundsätze angewendet:

- **Festlegung der Marktmiete zum Bewertungsstichtag;**
- **Festlegung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung und sonstige Aufwendungen;**
- **Entwicklung der Miete je m<sup>2</sup> Mietfläche aus der Fortschreibung der Marktmiete und der Ist-Miete;**
- **Entwicklung des Leerstands bei clusterspezifischen Annahmen zum Zielleerstand;**
- **Entwicklung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung, nicht umlagefähige Betriebskosten, sonstige Aufwendungen sowie gegebenenfalls Erbbauzinsen.**

Die Ermittlung der Cashflows erfolgt in zwei Schritten. Über einen Detailprognosezeitraum von zehn Jahren ergeben sich die Einzahlungen aus den derzeitigen Soll-Mieten bei unterstellter Vollvermietung, vermindert durch Ertragsschmälerungen aufgrund aktueller Leerstände im ersten Jahr respektive angenommener struktureller Leerstände in den Folgejahren zwei bis zehn. Der so ermittelte Betrag, vermindert um Verwaltungskosten, nicht umlagefähige Betriebskosten, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie Erbbauzinsen, ergibt den freien zu diskontierenden Cashflow vor Steuern und Kapitaldienst. Im elften Jahr wird ein hypothetischer Verkauf der Immobilie unterstellt, der Verkaufswert wird als Restwert der Berechnung zugrunde gelegt. Die Summe der Barwerte der Zahlungsströme des Detailprognosezeitraums und des hypothetischen Wiederverkaufs stellt den beizulegenden Zeitwert der Immobilie dar.

Der Diskontierungssatz besteht aus einem risikolosen Zinssatz sowie Zu- und Abschlägen für bestehende Immobilien-, Lage- und Marktrisiken.

## (16) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden oder die Voraussetzungen für den Ausweis als Vorratsvermögen erfüllen) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

## (17) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung und Software ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüssen erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugen, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerten der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

▪ Gebäude	25 – 80 Jahre
▪ Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 30 Jahre
▪ Leasinggegenstände	3 – 25 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, außerplanmäßige Abschreibungen sowie Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragswertungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Für den zu berücksichtigenden Zeitraum nach dem Planungszeitraum wird aus der Planung ein nachhaltiges Ergebnis für das Modell der ewigen Rente abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Planmäßige Abschreibungen auf Software

und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Außerplanmäßige Abschreibungen sowie Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

## (18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwerts und des erzielbaren Nettoveräußerungswerts.

## (19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Sie umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf.

Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

## (20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und

mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden. Ergibt sich dadurch eine Vermögensüberdeckung, ist der Ansatz des Nettovermögenswerts begrenzt auf den Barwert der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile, über die der Konzern während der Laufzeit des Versorgungsplans oder nach deren Erfüllung verfügen kann (Asset Ceiling). Wirtschaftliche Vorteile können beispielsweise in Form von Rückerstattungen oder der Minderung von Beitragszahlungen bestehen.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Diskontierungszinssatz orientiert sich an der Verzinsung währungskongruenter erstklas-

siger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Dabei wird im Inland ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung dieses Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer. Der tatsächlich verwendete Zinssatz liegt in einem Intervall mit einer Breite von 0,5 Prozentpunkten, in dem drei erwartete Szenarien gerechnet werden. Es wird ausgehend von der Zinsempfehlung von Mercer der Zinssatz des Szenarios verwendet, der unter Berücksichtigung der Duration und der Zinsempfehlung anderer Aktuarien als bester Schätzer anzusehen ist. Durch dieses Vorgehen sollen positive oder negative Ausreißer vermieden werden.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits maßgeblich zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen die Nettozinskomponente und den laufenden Dienstzeitaufwand.

Die Nettozinskomponente umfasst sowohl den Aufwand aus der Aufzinsung des Barwerts der Pensionsverpflichtung als auch den rechnerischen Zinsertrag aus dem Planvermögen. Sie wird durch Multiplikation der Nettoschuld (Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich Planvermögen) zu Beginn der Periode mit dem dann gültigen Diskontierungszinssatz ermittelt, wobei erwartete unterjährige Beiträge und Rentenzahlungen berücksichtigt werden. Die Nettozinskomponente umfasst im

Fall einer Planüberdeckung auch das Zinsergebnis aus einer etwaigen Begrenzung des Planvermögensüberhangs. Der Nettozinsaufwand ist im Zinsüberschuss enthalten.

Der laufende Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Zusage aufgrund einer Planänderung oder einer Plankürzung, werden die daraus resultierenden Effekte als nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in dem Zeitpunkt erfolgswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst, in dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Etwaige Gewinne oder Verluste aus einer Abgeltung von leistungsorientierten Versorgungszusagen werden ebenso behandelt.

Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn der Periode und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu Neubewertungseffekten, die erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Ist der Helaba-Konzern an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber beteiligt, für die keine hinreichend verlässlichen Informationen zur Verfügung stehen, um sie als solche zu bilanzieren, werden sie wie beitragsorientierte Pläne behandelt und ergänzende Informationen bereitgestellt.

## (21) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der

Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

## (22) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern ange-

setzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart und Steuerbehörde saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

## (23) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unverbiefte nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie Finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

# Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

## (24) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2017	2016
<b>Zinserträge aus</b>		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.357	2.531
Festverzinslichen Wertpapieren	213	246
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	246	239
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	774	879
Finanzinstrumenten der FVO	66	66
Finanziellen Verbindlichkeiten (negative Zinsen)	45	22
<b>Laufende Erträge aus</b>		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	18	24
Anteilen an verbundenen Unternehmen	1	1
Beteiligungen	7	14
<b>Zinserträge</b>	<b>3.727</b>	<b>4.022</b>
<b>Zinsaufwendungen aus</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-943	-1.024
Verbrieften Verbindlichkeiten	-334	-332
Nachrangkapital	-135	-146
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	-190	-223
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-728	-795
Finanzinstrumenten der FVO	-212	-208
Finanziellen Vermögenswerten (negative Zinsen)	-57	-20
Rückstellungen	-34	-43
<b>Zinsaufwendungen</b>	<b>-2.633</b>	<b>-2.791</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.094</b>	<b>1.231</b>

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 9 Mio. € (2016: 18 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 4 Mio. € (2016: 4 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Nettozinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen in Höhe von -33 Mio. € (2016: -41 Mio. €) enthalten. Die Reduktion ist auf den Rückgang des inländischen Rechnungszinssatzes zwischen dem

31. Dezember 2016 (1,75 %) und dem 31. Dezember 2015 (2,5 %) zurückzuführen, die maßgebend sind für die Aufzinsung im jeweiligen Folgejahr.

## (25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €

	2017	2016
<b>Zuführungen</b>	<b>-192</b>	<b>-354</b>
Wertberichtigungen auf Forderungen	-171	-325
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	-21	-29
<b>Auflösungen</b>	<b>223</b>	<b>195</b>
Wertberichtigungen auf Forderungen	196	169
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	27	26
<b>Direktabschreibungen auf Forderungen</b>	<b>-4</b>	<b>-6</b>
<b>Eingänge auf abgeschriebene Forderungen</b>	<b>29</b>	<b>11</b>
<b>Gesamt</b>	<b>56</b>	<b>-154</b>

## (26) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2017	2016
Kredit- und Avalgeschäft	37	37
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	116	104
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	93	86
Wertpapier- und Depotgeschäft	44	47
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	21	23
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	38	37
Bauspargeschäft	-11	-12
Treuhandgeschäft	2	3
Sonstiges	14	15
<b>Gesamt</b>	<b>354</b>	<b>340</b>

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

## (27) Handelsergebnis

in Mio. €

	2017	2016
<b>Kursbezogenes Geschäft</b>	<b>3</b>	<b>3</b>
Aktien	8	24
Aktienderivate	5	-16
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	-10	-5
<b>Zinsbezogenes Geschäft</b>	<b>198</b>	<b>149</b>
Originäres zinsbezogenes Geschäft	54	164
Zinsderivate	144	-15
<b>Währungsbezogenes Geschäft</b>	<b>90</b>	<b>5</b>
Devisen	220	96
FX-Derivate	-130	-91
<b>Ergebnis aus Kreditderivaten</b>	<b>-10</b>	<b>1</b>
<b>Warenbezogenes Geschäft</b>	<b>6</b>	<b>6</b>
<b>Provisionsergebnis</b>	<b>-19</b>	<b>-18</b>
<b>Gesamt</b>	<b>268</b>	<b>146</b>

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

## (28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2017	2016
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-206	-35
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	88	86
<b>Gesamt</b>	<b>-118</b>	<b>51</b>

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierter Finanzinstrumente erfasst.

Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 1 Mio. € (2016: 3 Mio. €) auf Kreditderivate.

## (29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2017	2016
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	-53	15
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	44	-20
<b>Gesamt</b>	<b>-9</b>	<b>-5</b>

## (30) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2017	2016
<b>Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS</b>	<b>25</b>	<b>19</b>
Anteile an verbundenen Unternehmen	1	1
Beteiligungen	17	12
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6	6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	-
<b>Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS</b>	<b>-9</b>	<b>26</b>
Wertminderungen	-9	-2
Zuschreibungen	-	28
<b>Gesamt</b>	<b>16</b>	<b>45</b>

### (31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2017	2016
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	14	5
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	5	3
<b>Gesamt</b>	<b>19</b>	<b>8</b>

### (32) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2017	2016
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>528</b>	<b>447</b>
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	344	326
Erträge aus dem Abgang von nichtfinanziellen Vermögenswerten	51	31
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	30	14
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	33	31
Zuschreibungen zu nichtfinanziellen Vermögenswerten	1	3
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	6	–
Übrige sonstige betriebliche Erträge	63	42
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>–449</b>	<b>–328</b>
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	–159	–155
Aufwendungen aus dem Abgang von nichtfinanziellen Vermögenswerten	–1	–
Abschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	–98	–37
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	–68	–31
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–6	–5
Restrukturierungsaufwendungen	–10	–2
Aufwendungen aus Gewinnabführung	–3	–1
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	–104	–97
<b>Gesamt</b>	<b>79</b>	<b>119</b>

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

In den Abschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte sind neben den planmäßigen Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, einmalige Belastungen aus außerplanmäßigen Abschreibungen enthalten. Davon entfallen auf Vorratsimmobilien –26 Mio. € (2016: –3 Mio. €), Software –31 Mio. € (2016: 0 Mio. €), auf Sachanlagen –4 Mio. € (2016: 0 Mio. €) und auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien –1 Mio. € (2016: 0 Mio. €).

Die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betreffen den Firmenwert an der Frankfurter Sparkasse.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2017	2016
<b>Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien</b>	<b>352</b>	<b>326</b>
Mieterträge	324	307
Erträge aus dem Abgang	28	19
<b>Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien</b>	<b>–194</b>	<b>–185</b>
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–156	–150
Davon: aus vermieteten Immobilien	–156	–150
Abschreibungen	–37	–34
Übrige Aufwendungen	–1	–1
<b>Gesamt</b>	<b>158</b>	<b>141</b>

**(33) Verwaltungsaufwand**

in Mio. €

	2017	2016
<b>Personalaufwand</b>	<b>-646</b>	<b>-625</b>
Löhne und Gehälter	-511	-509
Soziale Abgaben	-73	-72
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-62	-44
<b>Andere Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>-630</b>	<b>-569</b>
Gebäude- und Raumaufwendungen	-58	-59
IT-Aufwendungen	-222	-175
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	-220	-203
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-34	-38
Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	-96	-94
<b>Abschreibungen</b>	<b>-36</b>	<b>-38</b>
Auf Sachanlagen	-22	-23
Auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-14	-15
<b>Gesamt</b>	<b>-1.312</b>	<b>-1.232</b>

Die Pflichtbeiträge enthalten den erfolgswirksamen Teil der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds in Höhe von -38 Mio. € (2016: -37 Mio. €).

## (34) Ertragsteuern

in Mio. €

	2017	2016
Tatsächliche Steuern	- 189	- 135
Latente Steuern	- 2	- 74
<b>Gesamt</b>	<b>- 191</b>	<b>- 209</b>

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus den inländischen Stellen der Bank (-66 Mio. €; 2016: -52 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (-27 Mio. €; 2016: -31 Mio. €), der GWH Immobilien GmbH (-20 Mio. €, 2016: -15 Mio. €) und aus den Niederlassungen London (-37 Mio. €, 2016: -11 Mio. €) und New York (-34 Mio. €; 2016: -24 Mio. €). Er beinhaltet Aufwendungen für Vorjahre von -8 Mio. € (2016: Erträge von 2 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand wurde im Berichtsjahr wie im Vorjahr nicht von der Nutzung von Verlustvorträgen beeinflusst.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung von

temporären Differenzen in Höhe von -2 Mio. € (2016: -74 Mio. €). Darin enthalten sind latente Steuererträge für Vorjahre von 9 Mio. € (2016: 5 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen in den USA ergaben sich im Berichtsjahr Steueraufwendungen in Höhe von -11 Mio. € (2016: 0 Mio. €). Die Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge ergab im Berichtsjahr per saldo einen latenten Steuerertrag von 2 Mio. € (2016: 0 Mio. €).

Für Zwecke der Überleitungsrechnung stellt die Helaba auf den anzuwendenden Steuersatz des Mutter- unternehmens ab und verwendet den gerundeten tariflichen Ertragsteuersatz der Helaba Bank Inland in Höhe von 32 %.

in Mio. €

	2017	2016
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>447</b>	<b>549</b>
Anzuwendender Ertragsteuersatz in %	32	32
<b>Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr</b>	<b>-143</b>	<b>-176</b>
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	-3	2
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	-11	-
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	-9	7
Steuerfreie Erträge	15	3
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-25	-37
Gewerbsteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	10	7
Geschäfts- oder Firmenwertabschreibungen	-21	-10
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	1	1
Sonstige Auswirkungen	-5	-6
<b>Ertragsteueraufwand</b>	<b>-191</b>	<b>-209</b>

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern:

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:</b>						
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	116	-168	-34	48	82	-120
<b>Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:</b>						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-66	63	23	-14	-43	49
Veränderung aus der Währungsumrechnung	-20	7	-	-	-20	7
<b>Gesamt</b>	<b>30</b>	<b>-98</b>	<b>-11</b>	<b>34</b>	<b>19</b>	<b>-64</b>

## (35) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	
	2017	2016 <sup>1)</sup>	2017	2016 <sup>1)</sup>	2017	2016 <sup>1)</sup>	2017	2016 <sup>1)</sup>
Zinsüberschuss	357	376	308	337	42	79	341	352
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	-3	-78	-226	2	-1	1	10
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>358</b>	<b>373</b>	<b>230</b>	<b>111</b>	<b>44</b>	<b>78</b>	<b>342</b>	<b>362</b>
Provisionsüberschuss	16	20	8	12	81	84	173	154
Handelsergebnis	-	-	-	-	235	127	26	30
Ergebnis aus nicht mit Handels- absicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	2	5	-	-	-121	40	2	15
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-9	-5	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	1	1	-1	-	-	5	5
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	23	14	-	-	-	-	-	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	220	215	-6	-44	6	5	6	9
<b>Summe Erträge</b>	<b>620</b>	<b>628</b>	<b>233</b>	<b>78</b>	<b>236</b>	<b>329</b>	<b>554</b>	<b>575</b>
Verwaltungsaufwand	-243	-227	-139	-132	-232	-215	-472	-476
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>377</b>	<b>401</b>	<b>94</b>	<b>-54</b>	<b>4</b>	<b>114</b>	<b>82</b>	<b>99</b>
Vermögen (Mrd. €)	32,6	34,5	26,9	28,3	28,2	33,8	34,6	35,6
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	3,7	3,5	3,9	4,6	62,1	68,4	58,8	57,1
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	15,6	16,1	13,2	13,9	6,1	7,8	5,9	5,8
Alloziertes Kapital (Mio. €)	2.799	2.740	1.806	1.715	814	942	1.292	1.166
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	13,5	14,7	5,2	-	0,4	12,2	6,4	8,6
Cost-Income-Ratio	39,3	35,9	44,7	43,5	99,2	65,0	85,3	84,1

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

in Mio. €

	Öffentliches Förder- und Infra- strukturgeschäft		Sonstige		Konsolidierung/ Überleitung		Konzern	
	2017	2016	2017	2016 <sup>1)</sup>	2017	2016	2017	2016
Zinsüberschuss	49	46	-45	-45	42	86	1.094	1.231
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	132	64	-2	2	56	-154
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>49</b>	<b>46</b>	<b>87</b>	<b>19</b>	<b>40</b>	<b>88</b>	<b>1.150</b>	<b>1.077</b>
Provisionsüberschuss	40	39	35	32	1	-1	354	340
Handelsergebnis	-	-	-	-	7	-11	268	146
Ergebnis aus nicht mit Handels- absicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	-1	-9	-	-	-118	51
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-	-	-9	-5
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1	-	10	40	-	-	16	45
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	-4	-6	-	-	19	8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-110	-25	-37	-41	79	119
<b>Summe Erträge</b>	<b>88</b>	<b>85</b>	<b>17</b>	<b>51</b>	<b>11</b>	<b>35</b>	<b>1.759</b>	<b>1.781</b>
Verwaltungsaufwand	-69	-63	-221	-169	64	50	-1.312	-1.232
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>19</b>	<b>22</b>	<b>-204</b>	<b>-118</b>	<b>75</b>	<b>85</b>	<b>447</b>	<b>549</b>
Vermögen (Mrd. €)	16,8	16,6	29,0	23,2	-9,8	-6,8	158,3	165,2
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	17,1	16,9	10,0	8,9	2,7	5,8	158,3	165,2
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,2	1,1	7,8	8,1	-	-	49,8	52,8
Alloziertes Kapital (Mio. €) <sup>1)</sup>	151	128	1.004	952	-	-	7.866	7.643
Rentabilität des allozierten Kapitals (%) <sup>1)</sup>	12,5	17,1	-	-	-	-	5,7	7,2
Cost-Income-Ratio	78,4	74,2	-	-	-	-	77,0	63,7

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

Der Segmentbericht ist in die fünf nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Public-Private-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Geschäftsbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Bestimmte Objektgesellschaften der HANNOVER LEASING werden als Zweckgesellschaften der Helaba gemäß IFRS 10 vollkonsolidiert und im Segment Corporate Finance

abgebildet. Die sonstigen Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING bis zu deren wirtschaftlichem Abgang im Juli 2017 werden ebenfalls hier ausgewiesen.

- Das Geschäftssegment Financial Markets umfasst die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften sowie diverser Zweckgesellschaften und der Beteiligung Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH. In diesem Segment werden primär die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio Financial Markets befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen. Darüber hinaus gehören die klassische Vermögensbetreuung und -verwaltung sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten zu den Asset-Management-Produkten bei der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH.
- Im Geschäftssegment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft werden das Retail Banking, das Private Banking, die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Die Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse aus den klassischen Produkten einer Retail-Bank ab. Das Produktspektrum im Private Banking wird durch die Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft komplettiert. Im zentralen Fokus dieses Geschäftssegments stehen die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit den Fördermaßnahmen in den Bereichen Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung, Wohnungs- und Städtebau sowie Landwirtschaft und europäische Strukturfonds zusammengefasst.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Im Berichtsjahr wurden die Wertpapierbestände im Bankbuch, die zur Liquiditätsabsicherung vorgehalten werden, aus dem Segment Financial Markets herausgelöst und in einer zentralen Einheit Liquiditätsabsicherungsbestand gebündelt. Diese wird dem Segment Sonstige zugeordnet. Die Aufwendungen aus die-

sen Wertpapierbeständen werden verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäfts berechnet. Ergebnisbeiträge aus dem Treasury werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Der Verwaltungsaufwand enthält zunächst die direkt zurechenbaren Kosten der Segmente, ergänzt um die von anderen Segmenten erbrachten Leistungen. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen beziehungsweise verursachungsgerechten Mengentreibern. Vervollständigt wird die Abbildung durch eine Overheadumlage der Corporate-Center-Kosten, die grundsätzlich dem Verursachungsprinzip folgt.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß CRR. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird den Tochtergesellschaften zugeordnet und für die Geschäftsbereiche nach Risikopositionen verteilt (alloziertes Kapital).

Das Ergebnis vor Steuern wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Cost-Income-Ratio ergibt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

Im Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet. Wie im Vorjahr

wird diesem Segment, der internen Berichterstattung folgend, die Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse zugeordnet.

Unter Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, welche zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere be-

züglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

Erträge nach Risikovorsorge		
	2017	2016 <sup>1)</sup>
Immobilienkredite	390	428
Immobilienbewirtschaftung	21	26
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	209	174
Unternehmensfinanzierung	233	78
Treasury-Produkte	-100	100
Handelsprodukte	251	146
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	32	33
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	94	90
Bauspargeschäft	26	32
Sparkassenverbundgeschäft	127	109
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	88	85
Retail-Geschäft	360	394
Sonstige Produkte/Überleitung	28	86
<b>Konzern</b>	<b>1.759</b>	<b>1.781</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

Erträge nach Risikovorsorge		
	2017	2016
Deutschland	1.531	1.553
Europa (ohne Deutschland)	99	120
Welt (ohne Europa)	129	108
<b>Konzern</b>	<b>1.759</b>	<b>1.781</b>

## Erläuterungen zur Bilanz

### (36) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Kassenbestand	89	105
Guthaben bei Zentralnotenbanken	9.824	2.991
<b>Gesamt</b>	<b>9.913</b>	<b>3.096</b>

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 9.118 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.931 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

### (37) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Angeschlossene Sparkassen	5.667	6.351
Girozentralen	316	333
Banken	5.051	8.551
<b>Gesamt</b>	<b>11.034</b>	<b>15.235</b>
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	8.129	9.860
Ausländische Kreditinstitute	2.905	5.375

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Forderungen	3.161	6.120
Andere Forderungen	7.873	9.115
<b>Gesamt</b>	<b>11.034</b>	<b>15.235</b>
Darunter:		
Sichteinlagen	195	254
Tages- und Termingelder	1.472	3.025
Gestellte Barsicherheiten	2.770	5.026
Weiterleitungsdarlehen	4.995	5.024
Namensschuldverschreibungen	666	696
Schuldscheindarlehen	372	578

## (38) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Firmenkunden	66.205	68.176
Privatkunden	5.118	5.529
Öffentliche Stellen	18.907	19.373
<b>Gesamt</b>	<b>90.230</b>	<b>93.078</b>
Davon:		
Inländische Kunden	58.514	58.926
Ausländische Kunden	31.716	34.152

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Forderungen	3.345	3.337
Andere Forderungen	86.885	89.741
<b>Gesamt</b>	<b>90.230</b>	<b>93.078</b>
Darunter:		
Gewerbliche Immobilienkredite	31.403	33.002
Wohnungsbaukredite	3.951	4.040
Weiterleitungsdarlehen	1.858	1.922
Infrastrukturkredite	15.093	15.006
Projektfinanzierungskredite	5.666	5.750
Konsumentenkredite	138	105
Schuldscheindarlehen	3.494	3.504
Finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	32	89
Kontokorrentkredite	1.797	1.434
Gestellte Barsicherheiten	535	781
Tages- und Termingelder	3.031	2.689
Factoring/Forfaitierung	2.838	2.510
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	3	4

## (39) Risikovorsorge

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
Portfoliowertberichtigungen	1	1
<b>Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden</b>	<b>400</b>	<b>771</b>
Einzelwertberichtigungen	239	453
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	37	46
Portfoliowertberichtigungen	124	272
<b>Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft</b>	<b>30</b>	<b>43</b>
<b>Gesamt</b>	<b>431</b>	<b>815</b>

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>453</b>	<b>577</b>	<b>46</b>	<b>61</b>	<b>273</b>	<b>348</b>	<b>772</b>	<b>986</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–25	–	–	–2	–	–2	–25
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–28	5	–	–	–2	–	–30	5
Verbrauch	–300	–327	–10	–8	–	–	–310	–335
Auflösungen	–44	–77	–11	–20	–141	–72	–196	–169
Umbuchungen	8	7	–	–1	–3	–3	5	3
Unwinding	–9	–18	–	–	–	–	–9	–18
Zuführungen	159	311	12	14	–	–	171	325
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>239</b>	<b>453</b>	<b>37</b>	<b>46</b>	<b>125</b>	<b>273</b>	<b>401</b>	<b>772</b>

Die Veränderung des Konsolidierungskreises bei den Portfoliowertberichtigungen resultiert aus der erstmaligen Einbeziehung der Astarte KG in den Konzernabschluss.

In den Portfoliowertberichtigungen ist ein Betrag von 70 Mio. € (31. Dezember 2016: 205 Mio. €) enthalten, der zur Abschirmung

zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilkreditportfolios gebildet wurde. Betroffen ist neben dem Schiffskreditportfolio die erwartete Auswirkung aus der anstehenden Rekalibrierung eines Rating-Moduls.

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundensystematik der Deutschen Bundesbank wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Öffentliche Haushalte	–	1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	–	1
Verarbeitendes Gewerbe	30	42
Energieversorgung	11	17
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	–	1
Baugewerbe	5	5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	5	9
Verkehr und Lagerei	147	370
Gastgewerbe	1	2
Information und Kommunikation	15	21
Grundstücks- und Wohnungswesen	34	105
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	31	33
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	6	14
Gesundheits- und Sozialwesen	2	3
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1	1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	45	50
Sonstige finanzielle Unternehmen	30	56
Private Haushalte	37	40
<b>Gesamt</b>	<b>400</b>	<b>771</b>

Der Bestand an Risikovorsorge für Schiffsfinanzierungen konnte, bedingt durch Verkäufe, von 431 Mio. € im Vorjahr auf 117 Mio. € zum Bilanzstichtag reduziert werden.

## (40) Handelsaktiva

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>5.324</b>	<b>6.723</b>
Anleihen und Schuldverschreibungen	5.324	6.723
Von öffentlichen Emittenten	537	1.421
Von anderen Emittenten	4.787	5.302
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>113</b>	<b>96</b>
<b>Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>	<b>9.319</b>	<b>12.343</b>
Kursbezogene Derivate	186	143
Zinsbezogene Derivate	8.061	10.574
Währungsbezogene Derivate	1.013	1.590
Kreditderivate	57	32
Warenbezogene Derivate	2	4
<b>Forderungen des Handelsbestands</b>	<b>1.563</b>	<b>1.336</b>
<b>Gesamt</b>	<b>16.319</b>	<b>20.498</b>

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und zur Veräußerung gehaltene Konsortialanteile aus syndizierten Krediten sowie in geringem Umfang Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 5.397 Mio. € (31. Dezember 2016: 6.698 Mio. €) börsennotiert.

## (41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	551	753
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.373	3.271
<b>Gesamt</b>	<b>2.924</b>	<b>4.024</b>

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absiche-

rung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

## (42) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für

den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>23.688</b>	<b>25.386</b>
Von öffentlichen Emittenten	7.649	8.686
Von anderen Emittenten	16.039	16.700
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>110</b>	<b>128</b>
Aktien	1	1
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	109	127
<b>Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen</b>	<b>25</b>	<b>25</b>
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	23	18
Bewertet zu Anschaffungskosten	2	7
<b>Beteiligungen</b>	<b>84</b>	<b>100</b>
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	74	77
Bewertet zu Anschaffungskosten	10	23
<b>Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen</b>	<b>112</b>	<b>132</b>
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	112	132
<b>Gesamt</b>	<b>24.019</b>	<b>25.771</b>

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen sowie an Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 <sup>1)</sup>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.331	24.219
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4	4
<b>Gesamt</b>	<b>22.335</b>	<b>24.223</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst: In den börsennotierten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden zu hohe Bestände ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde um – 15 Mio. € angepasst.

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden.

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Anschaffungskosten</b>						
Stand zum 1.1.	35	34	127	127	162	161
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	4		4	-
Zugänge	-	1	4	1	4	2
Abgänge	-	-	-	-1	-	-1
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>135</b>	<b>127</b>	<b>170</b>	<b>162</b>
<b>Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen</b>						
Stand zum 1.1.	7	8	35	17	42	25
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	-	-	6	18	6	18
Abgänge	-	-1	-17	-	-17	-1
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>24</b>	<b>35</b>	<b>31</b>	<b>42</b>
<b>Kumulierte Ab- und Zuschreibungen</b>						
Stand zum 1.1.	-17	-17	-62	-62	-79	-79
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-4		-4	-
Wertminderungen	-	-	-9	-	-9	-
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>-17</b>	<b>-17</b>	<b>-75</b>	<b>-62</b>	<b>-92</b>	<b>-79</b>
<b>Buchwerte zum 31.12.</b>	<b>25</b>	<b>25</b>	<b>84</b>	<b>100</b>	<b>109</b>	<b>125</b>

### (43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 31 (2016: 25) Gemeinschaftsunternehmen und 3 (2016: 3) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die Buchwerte der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	34	21
Anteile an assoziierten Unternehmen	11	4
<b>Gesamt</b>	<b>45</b>	<b>25</b>

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Die nicht erfassten Verluste der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen, entsprechend der at Equity zu bewertenden Anteilsquote, belaufen sich in der laufenden Periode auf 0 Mio. € (2016: 4 Mio. €) und kumuliert zum 31. Dezember 2017 auf 1 Mio. € (31. Dezember 2016: 7 Mio. €).

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzelbeziehungsweise Konzernabschlüsse dieser Unternehmen und bezogen auf den at Equity bewerteten Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten und Schulden sowie dem Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen und dem Gesamtergebnis.

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt</b>		
Summe der Vermögenswerte	352	370
Summe der Schulden	312	315
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-12	19
Gesamtergebnis	-12	19
<b>Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig</b>		
Summe der Vermögenswerte	197	201
Summe der Schulden	168	175
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-3	8
Gesamtergebnis	-3	8

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt</b>		
Summe der Vermögenswerte	107	707
Summe der Schulden	75	724
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	12	2
Sonstiges Ergebnis	–	8
Gesamtergebnis	12	10
<b>Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig</b>		
Summe der Vermögenswerte	36	63
Summe der Schulden	25	60
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3	3
Sonstiges Ergebnis	–	–
Gesamtergebnis	3	3

## (44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.114	2.012
Unbebaute Grundstücke	55	54
Leerstehende Gebäude	2	3
Immobilien im Bau	68	94
<b>Gesamt</b>	<b>2.239</b>	<b>2.163</b>

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 2.149 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.059 Mio. €) auf Immobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2017	2016
<b>Anschaffungskosten/Herstellungskosten</b>		
Stand zum 1.1.	2.530	2.308
Zugänge	147	277
Übertragungen in den Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	- 1	- 1
Abgänge	- 40	- 54
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>2.636</b>	<b>2.530</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>		
Stand zum 1.1.	- 367	- 362
Planmäßige Abschreibungen	- 36	- 34
Außerplanmäßige Abschreibungen	- 1	-
Abgänge	7	29
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>- 397</b>	<b>- 367</b>
<b>Buchwerte zum 31.12.</b>	<b>2.239</b>	<b>2.163</b>

Die vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bei der Unternehmensgruppe GWH betragen 239 Mio. € (31. Dezember 2016: 118 Mio. €).

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.491 Mio. € (31. Dezember 2016: 3.253 Mio. €) und sind dem Bewertungslevel 3 zugeordnet.

## (45) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	372	362
Betriebs- und Geschäftsausstattung	52	55
Leasinggegenstände	–	17
Maschinen und technische Anlagen	3	1
<b>Gesamt</b>	<b>427</b>	<b>435</b>

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Anschaffungskosten/Herstellungskosten</b>						
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>557</b>	<b>556</b>	<b>212</b>	<b>208</b>	<b>17</b>	<b>–</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	17
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–2	–	–1	–	–	–
Zugänge	29	–	10	11	–	–
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	1	1	–	–	–	–
Abgänge	–14	–	–5	–7	–17	–
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>571</b>	<b>557</b>	<b>216</b>	<b>212</b>	<b>–</b>	<b>17</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>						
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>–195</b>	<b>–188</b>	<b>–157</b>	<b>–151</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	–	1	–	–	–
Planmäßige Abschreibungen	–10	–10	–12	–13	–	–
Außerplanmäßige Abschreibungen	–1	–	–	–	–3	–
Zuschreibungen	–	3	–	–	1	–
Abgänge	6	–	4	7	2	–
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>–199</b>	<b>–195</b>	<b>–164</b>	<b>–157</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Buchwerte zum 31.12.</b>	<b>372</b>	<b>362</b>	<b>52</b>	<b>55</b>	<b>–</b>	<b>17</b>

in Mio. €

	Maschinen und technische Anlagen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016
<b>Anschaffungskosten/Herstellungskosten</b>				
Stand zum 1.1.	1	–	787	764
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	17
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–3	–
Zugänge	1	1	40	12
Umbuchungen	1	–	1	–
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–	–	1	1
Abgänge	–	–	–36	–7
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>790</b>	<b>787</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>				
Stand zum 1.1.	–	–	–352	–339
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	2	–
Planmäßige Abschreibungen	–	–	–22	–23
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	–	–4	–
Zuschreibungen	–	–	1	3
Abgänge	–	–	12	7
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–363</b>	<b>–352</b>
<b>Buchwerte zum 31.12.</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>427</b>	<b>435</b>

## (46) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Geschäfts- oder Firmenwerte	–	68
Gekaufte Software	66	45
<b>Gesamt</b>	<b>66</b>	<b>113</b>

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte zum 31. Dezember 2016 resultieren aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten</b>						
Stand zum 1.1.	144	144	204	208	348	352
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-3	1	-3	1
Zugänge	-	-	66	18	66	18
Abgänge	-	-	-	-23	-	-23
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>144</b>	<b>144</b>	<b>267</b>	<b>204</b>	<b>411</b>	<b>348</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>						
Stand zum 1.1.	-76	-45	-159	-166	-235	-211
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	3	-1	3	-1
Planmäßige Abschreibungen	-	-	-14	-15	-14	-15
Außerplanmäßige Abschreibungen	-68	-31	-31	-	-99	-31
Abgänge	-	-	-	23	-	23
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>-144</b>	<b>-76</b>	<b>-201</b>	<b>-159</b>	<b>-345</b>	<b>-235</b>
<b>Buchwerte zum 31.12.</b>	<b>-</b>	<b>68</b>	<b>66</b>	<b>45</b>	<b>66</b>	<b>113</b>

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb immaterieller Vermögenswerte.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswerterschätzung, deren Grundlage diskontierte Cashflows aus erwarteten Ausschüttungen gemäß der aktuellen Unternehmensplanung der Frankfurter Sparkasse sind. Für die Jahre 2018 bis 2022 erfolgt eine differenzierte Planung der Ergebnis- und Kostenkomponenten sowie eine konkrete Planung von Ausschüttungsbeträgen. Für das nachhaltige Ergebnis ab 2023 wird eine konstante Rendite als entnahmefähiges Ergebnis angenommen. Der Impairment-Test erfolgt grundsätzlich bezogen auf einen Stichtag im dritten Quartal. Zum 31. Dezember 2017 wurde aufgrund der aktualisierten Mittelfristplanung mit für die Detailplanungsphase reduzierten Ausschüttungen eine Überprüfung der Werthaltigkeit vorgenommen. Auf diesen Stichtag errechnet sich aus dem Vergleich des auf Basis der Ertragswerterschätzung ermittelten erzielbaren Betrags mit dem durch hohe Thesaurierungen der Vorjahre geprägten Buchwert der Zahlungsmittel generieren-

den Einheit, der der Firmenwert zugeordnet wurde, ein Abschreibungsbedarf in Höhe des Restbuchwertes von 68 Mio. €.

Für bestimmte dabei berücksichtigte Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden Werte berücksichtigt, die ebenfalls auf Ertragswertberechnungen beruhen.

Die Barwertermittlung zum 31. Dezember 2017 erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzinses von 1,25 % zuzüglich einer Marktrisiko-prämie von 6,25 % sowie eines Wachstumsabschlags von 0,5 % und eines aus einer Vergleichsgruppe von europäischen Banken mit vergleichbaren Geschäftsschwerpunkten abgeleiteten Beta-Faktors von 0,99.

Aus den den Ertragswertberechnungen zugrunde liegenden Annahmen resultieren naturgemäß Schätzunsicherheiten aus von Planungsannahmen abweichenden tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft und Ermessensspielräume bei der Festlegung der Parameter. Eine stark negative wirtschaftliche Entwicklung könnte beispielsweise zu höheren Arbeitslosenquoten und somit

einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft führen. Weitere regulatorische Anforderungen können zu noch nicht absehbaren Auswirkungen auf Erträge und Kosten führen. Eine Variation des Abzinsungssatzes bei der Ertragswertberechnung

für den Firmenwert (ohne Berücksichtigung der besonderen Vermögenswerte der Frankfurter Sparkasse) von beispielsweise +25 Basispunkten würde bei isolierter Analyse zu einer Abweichung von rund 22 Mio. € führen.

## (47) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	68	96
Latente Ertragsteueransprüche	415	426
<b>Gesamt</b>	<b>483</b>	<b>522</b>

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	35	61
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.029	1.339
Finanzanlagen	65	79
Sonstige Aktiva	67	59
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	134	272
Pensionsrückstellungen	308	342
Sonstige Rückstellungen	29	70
Sonstige Passiva	156	93
Steuerliche Verlustvorträge	13	11
<b>Latente Ertragsteueransprüche brutto</b>	<b>1.836</b>	<b>2.326</b>
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	- 1.421	- 1.900
<b>Gesamt</b>	<b>415</b>	<b>426</b>
Davon: langfristig	254	263

Aktive und passive latente Steuern wurden nach IAS 12.74 saldiert.

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Gegenüber dem Vorjahr unverändert ergibt sich für die Bank im Inland in 2017 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7 %.

Latente Ertragsteueransprüche, deren Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die über die Ergebniseffekte aus der Auflösung beziehungsweise Umkehrung zum Bilanzstichtag bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen hinausgehen, werden nur insoweit aktiviert, als ihre Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichend in zeitlicher Kongruenz zu versteuernde Ergebnisse

zur Verfügung stehen werden, gegen die eine Verrechnung erfolgen kann. Im Helaba-Konzern wird dabei grundsätzlich ein Planungshorizont von fünf Jahren zugrunde gelegt.

Auf der Basis der Mehrjahresplanung trifft die Bank die Einschätzung, dass die aktiven latenten Steuern werthaltig sind und für diesen Zeitraum durch ausreichend zu versteuerndes Einkommen substantiiert werden können.

Zum Bilanzstichtag wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 21 Mio. € (31. Dezember 2016: 8 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 3 Mio. € (31. Dezember 2016: 1 Mio. €) und auf gewerbsteuerliche Verlustvorträge in

Höhe von 93 Mio. € (31. Dezember 2016: 93 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €) aktiviert.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 39 Mio. € (31. Dezember 2016: 47 Mio. €) und auf gewerbsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 53 Mio. € (31. Dezember 2016: 49 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbefristet nutzbar.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 191 Mio. € (31. Dezember 2016: 226 Mio. €).

## (48) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Immobilien des Vorratsvermögens</b>	<b>441</b>	<b>363</b>
Fertiggestellte Immobilien	130	74
Immobilien im Bau	311	289
<b>Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen</b>	<b>123</b>	<b>92</b>
<b>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>21</b>	<b>36</b>
<b>Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)</b>	<b>8</b>	<b>5</b>
<b>Sonstige Vermögenswerte</b>	<b>458</b>	<b>480</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.051</b>	<b>976</b>

## (49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Zentralnotenbanken	2.201	200
Angeschlossene Sparkassen	6.323	5.464
Girozentralen	641	1.466
Banken	22.349	23.008
<b>Gesamt</b>	<b>31.514</b>	<b>30.138</b>
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	28.982	27.103
Ausländische Kreditinstitute	2.532	3.035

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Verbindlichkeiten	7.086	6.774
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	24.428	23.364
<b>Gesamt</b>	<b>31.514</b>	<b>30.138</b>
Darunter:		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.854	4.461
Weiterleitungsdarlehen	7.297	7.311
Begebene Namensschuldverschreibungen	3.017	2.757
Tages- und Termingelder	2.962	2.516
Sichteinlagen	5.002	4.762

## (50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Firmenkunden	27.425	25.729
Privatkunden	17.663	17.230
Öffentliche Stellen	4.433	3.865
<b>Gesamt</b>	<b>49.521</b>	<b>46.824</b>
Davon:		
Inländische Kunden	46.671	43.796
Ausländische Kunden	2.850	3.028

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Verbindlichkeiten	27.828	23.731
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	21.693	23.093
<b>Gesamt</b>	<b>49.521</b>	<b>46.824</b>
Darunter:		
Sichteinlagen	16.740	13.276
Tages- und Termingelder	13.192	14.093
Spareinlagen	1.619	1.712
Bauspareinlagen	4.656	4.456
Begebene Namensschuldverschreibungen	9.834	9.984
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	1.854	1.744

**(51) Verbriefte Verbindlichkeiten**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Begebene Schuldverschreibungen</b>	<b>42.890</b>	<b>42.966</b>
Hypothekendarlehen	8.111	8.151
Öffentliche Pfandbriefe	11.577	12.563
Sonstige Schuldverschreibungen	23.202	22.252
<b>Begebene Geldmarktpapiere</b>	<b>5.265</b>	<b>7.982</b>
Commercial Papers	1.729	3.050
Certificates of Deposits	2.771	4.071
Asset Backed Commercial Papers	765	861
<b>Gesamt</b>	<b>48.155</b>	<b>50.948</b>

Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhang-angabe (71).

**(52) Handelspassiva**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>	<b>7.936</b>	<b>10.795</b>
Kursbezogene Derivate	179	136
Zinsbezogene Derivate	6.768	9.377
Währungsbezogene Derivate	925	1.247
Kreditderivate	61	31
Warenbezogene Derivate	3	4
<b>Begebene Geldmarktpapiere</b>	<b>612</b>	<b>1.552</b>
<b>Begebene Aktien-/Indexzertifikate</b>	<b>40</b>	<b>123</b>
<b>Verbindlichkeiten des Handelsbestands</b>	<b>3.701</b>	<b>6.243</b>
<b>Gesamt</b>	<b>12.289</b>	<b>18.713</b>

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

**(53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	89	161
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.192	3.757
<b>Gesamt</b>	<b>2.281</b>	<b>3.918</b>

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im

Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

**(54) Rückstellungen**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	<b>1.718</b>	<b>1.839</b>
<b>Andere Rückstellungen</b>	<b>411</b>	<b>480</b>
Rückstellungen für den Personalbereich	120	131
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	30	43
Restrukturierungsrückstellungen	17	13
Rückstellungen für Prozessrisiken	32	45
Sonstige Rückstellungen	212	248
<b>Gesamt</b>	<b>2.129</b>	<b>2.319</b>

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in 2017 wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>2.185</b>	<b>-346</b>	<b>1.839</b>
<b>Summe Pensionsaufwand</b>	<b>89</b>	<b>-5</b>	<b>84</b>
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	38	-5	33
Laufender Dienstzeitaufwand	52		52
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aus Plananpassungen	-1		-1
<b>Summe Neubewertungen</b>	<b>-112</b>	<b>-4</b>	<b>-116</b>
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	-101		-101
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus demografischen Annahmen	-		-
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	-11		-11
Neubewertungen aus Planvermögen		-4	-4
Arbeitnehmerbeiträge	3	-3	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-37	-37
Gezahlte Versorgungsleistungen	-58	9	-49
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-9	6	-3
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>2.098</b>	<b>-380</b>	<b>1.718</b>

Nachfolgend die entsprechenden Werte für 2016:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>2.002</b>	<b>-345</b>	<b>1.657</b>
<b>Summe Pensionsaufwand</b>	<b>81</b>	<b>-8</b>	<b>73</b>
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	49	-8	41
Laufender Dienstzeitaufwand	36		36
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aus Plananpassungen	-4		-4
<b>Summe Neubewertungen</b>	<b>165</b>	<b>3</b>	<b>168</b>
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	225		225
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus demografischen Annahmen	-1		-1
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	-59		-59
Neubewertungen aus Planvermögen		3	3
Arbeitnehmerbeiträge	5	-5	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-9	-9
Gezahlte Versorgungsleistungen	-60	11	-49
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-8	7	-1
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>2.185</b>	<b>-346</b>	<b>1.839</b>

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen, die im Rahmen von Direktzusagen gewährt wurden:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine volldynamische Gesamtversorgungszusage, bei der jährliche Rentenleistungen bis zu einer Höhe von maximal 75 % der ruhegehaltstfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Renteneintritts unter Anrechnung von Fremdretenansprüchen gezahlt werden. Während der Rentenbezugsphase werden Rentenansprüche entsprechend den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus Rentnern und Hinterbliebenen zusammen, es besteht ein geringer Anteil an aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt eine endgehaltsabhängige Zusage mit gespaltener Rentenformel dar. Es werden jährliche Rentenleistungen zugesagt, bei denen pro Dienstjahr ein bestimmter Prozentsatz der ruhegehaltstfähigen Bezüge in Abhängigkeit von der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG) erdient

wird, wobei Gehaltsteile oberhalb der BBG anders gewichtet werden als Gehaltsteile bis zur BBG. Es werden maximal 35 Dienstjahre berücksichtigt und die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase analog zu den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand besteht überwiegend aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe so genannter Rentenbausteine, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltstfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres. In der Rentenbezugsphase werden die Rentenansprüche jährlich mit 1 % dynamisiert. Der Bestand ist für Neuzusagen offen und besteht derzeit fast ausschließlich aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Daneben bestehen Einzelzusagen auf jährliche Rentenleistungen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um beamtenähnliche Gesamtversorgungszusagen, bei denen die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase gemäß den Tarifierpassungen erhöht werden.

Der Bestand setzt sich überwiegend aus Rentnern, Hinterbliebenen beziehungsweise unverfallbar Ausgeschiedenen zusammen und ist für Neuzugänge weiterhin offen.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäfts sind im Rahmen des Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis („Doppelverträger VBB“) zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch die Helaba, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba überging. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, wurden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage in Form der Entgeltumwandlung, bei der einmalige Kapitaleistungen zugesagt werden. Dabei werden für jeden von den Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern gewandelten Betrag Fondsanteile erworben und ein altersabhängiger Kapitalbaustein berechnet. Im Versorgungsfall wird der höhere Betrag aus der Summe der Kapitalbausteine und dem Fondsvermögen ausgezahlt. Der Bestand ist für Neuzugänge offen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 2014 in die Dienste der Bank eingetreten sind, einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse. Es handelt sich hierbei um eine regulierte Pensionskasse, die Anpassungsverpflichtung der lebenslänglichen laufenden Leistungen der Pensionskasse wird in Form einer Direktzusage der Frankfurter Sparkasse umgesetzt. Bei der Anschlussregelung handelt es sich um eine beitragsorientierte arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierte Leistungszusage, welche über den BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. umgesetzt wird. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht ein Rentenanspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK Frankfurt), den die Helaba im Rahmen des Unternehmenserwerbs der Frankfurter Sparkasse als Verpflichtung identifiziert hat und bilanziell ausweist. Des Weiteren bestehen Einzelzusagen, im Wesentlichen in Form von Gesamtversorgungszusagen, sowie eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niederlassung London besteht ein leistungsorientierter Versorgungsplan, der für Neueintritte geschlossen ist. Bei dem Plan handelt es sich um einen Pensionsfonds, der lokalen Bewertungsmodalitäten folgt und in regelmäßigen Abständen auf die Anforderungen der Ausfinanzierung überprüft wird. Von der Möglichkeit einer befreienden Abgeltung der Versorgungsansprüche bei Dienstaustritt zugunsten einer ausfinanzierten Versorgungszusage eines externen Versorgungsträgers („pension buy-out“) wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht.

Bei der Tochtergesellschaft Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG werden die gesetzlichen Anforderungen an die betriebliche Altersversorgung durch ein eigenes Vorsorgewerk dargestellt, das an eine Sammelstiftung eines externen Trägers angeschlossen ist.

Der Finanzierungsstatus der Pensionspläne stellt sich zum  
31. Dezember 2017 wie folgt dar:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsver- pflichtungen
<b>Inländische Pensionspläne</b>	<b>1.956</b>	<b>-285</b>	<b>1.671</b>
<b>Landesbank Hessen-Thüringen</b>	<b>1.369</b>	<b>-38</b>	<b>1.331</b>
Gesamtversorgungszusagen	796	-	796
Versorgungszusage bis 1985	677	-	677
Einzelzusagen	80	-	80
Doppelvertragler VBB	39	-	39
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	212	-	212
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	245	-	245
Übrige Zusagen	116	-38	78
<b>Frankfurter Sparkasse</b>	<b>520</b>	<b>-238</b>	<b>282</b>
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	255	-236	19
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	90	-	90
ZVK Frankfurt	96	-	96
Einzelzusagen	69	-	69
Übrige Zusagen	10	-2	8
<b>Übrige Konzerngesellschaften</b>	<b>67</b>	<b>-9</b>	<b>58</b>
<b>Ausländische Pensionspläne</b>	<b>142</b>	<b>-95</b>	<b>47</b>
<b>Gesamt</b>	<b>2.098</b>	<b>-380</b>	<b>1.718</b>

Zum 31. Dezember 2016 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
<b>Inländische Pensionspläne</b>	<b>2.039</b>	<b>-252</b>	<b>1.787</b>
<b>Landesbank Hessen-Thüringen</b>	<b>1.428</b>	<b>-35</b>	<b>1.393</b>
Gesamtversorgungszusagen	850	-	850
Versorgungszusage bis 1985	725	-	725
Einzelzusagen	85	-	85
Doppelvertragler VBB	40	-	40
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	217	-	217
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	241	-	241
Übrige Zusagen	120	-35	85
<b>Frankfurter Sparkasse</b>	<b>542</b>	<b>-209</b>	<b>333</b>
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	263	-208	55
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	95	-	95
ZVK Frankfurt	101	-	101
Einzelzusagen	72	-	72
Übrige Zusagen	11	-1	10
<b>Übrige Konzerngesellschaften</b>	<b>69</b>	<b>-8</b>	<b>61</b>
<b>Ausländische Pensionspläne</b>	<b>146</b>	<b>-94</b>	<b>52</b>
<b>Gesamt</b>	<b>2.185</b>	<b>-346</b>	<b>1.839</b>

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Planvermögen mit Marktpreisnotierungen in aktiven Märkten</b>	<b>295</b>	<b>265</b>
Barreserve	3	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190	180
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	102	84
<b>Übriges Planvermögen</b>	<b>85</b>	<b>81</b>
Forderungen an Kreditinstitute	35	30
Qualifizierte Versicherungsverträge	50	51
<b>Marktwert des Planvermögens</b>	<b>380</b>	<b>346</b>

Von dem Planvermögen entfallen 31 Mio. € (31. Dezember 2016: 46 Mio. €) auf konzerneigene übertragbare Finanzinstrumente, in andere selbst genutzte Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 9 Mio. € (2016: 35 Mio. €) erwartet.

Die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen, für die kein Planvermögen gemäß IAS 19 vorliegt, erfolgt überwiegend über langfristig ausgerichtete Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Rentenpapiere.

Die Pensionsverpflichtungen im Helaba-Konzern sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Die Risiken sind dabei sowohl auf allgemeine Marktschwankungen als auch auf besondere Risiken zurückzuführen. Es gibt dabei keine außergewöhnlichen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen.

Die Risiken aus den allgemeinen Marktschwankungen betreffen im Wesentlichen Risiken aus Schwankungen in der Inflationsrate und den Marktzinsen, aber auch aus anderen Risiken wie dem Langlebigkeitsrisiko.

#### ■ Allgemeine Marktschwankungen

Die allgemeinen Marktschwankungen wirken sich vorrangig durch Änderungen im Rechnungszins auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen aus. Durch allgemein gesunkene Rechnungszinsen haben sich die Pensionsrückstellungen in den letzten Jahren bereits spürbar erhöht; der starke Einfluss der Rechnungszinsen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen liegt vor allem an der langen Laufzeit der Verpflichtungen.

#### ■ Inflationsrisiko – Rentenanpassung

Für die Rentenzusagen des Helaba-Konzerns kommt im Rahmen der Rentenanpassungsprüfung grundsätzlich das Betriebsrentengesetz zur Anwendung. Die neueren Versorgungsordnungen, die als Rentenbausteinsysteme abgebildet

werden, unterliegen dabei fest vereinbarten Anpassungssätzen und sind daher im Wesentlichen unabhängig von der Inflation beziehungsweise künftigen Tarifierhöhungen.

#### ■ Inflationsrisiko – Gehalts- und Tarifsteigerungen sowie Steigerung der Beamtenbezüge

Für den überwiegenden Teil der älteren Versorgungsordnungen (Gesamtversorgungsordnung bis 1985 beziehungsweise Endgehaltsplan) gewährt die Helaba Anpassungen an die Entwicklung im Tarifbereich für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die tarifliche Erhöhung der pensionsfähigen Gehälter hat damit Einfluss auf die Höhe der laufenden Versorgungsleistungen. Einzelne Versorgungszusagen sehen die Anpassung auf Grundlage der Beamtenbesoldung nach den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes (Hessen, Thüringen beziehungsweise Nordrhein-Westfalen) vor.

#### ■ Langlebigkeitsrisiko

Aufgrund der weit überwiegenden Leistungsform „lebenslange Renten“ wird das Risiko, dass die Rentenberechtigten länger leben als versicherungsmathematisch kalkuliert, durch die Helaba getragen. Normalerweise wird dieses Risiko durch das Kollektiv aller Rentenberechtigten ausgeglichen und kommt nur zum Tragen, wenn die allgemeine Lebenserwartung höher ausfällt als erwartet.

Im Rahmen der besonderen Risiken ist zu erwähnen, dass die Zusagen teilweise von externen Faktoren abhängig sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Anpassungen durch Tarifsteigerungen beziehungsweise Erhöhung der Beamtenbezüge ist insbesondere im Rahmen von Gesamtversorgungszusagen die Anrechnung der gesetzlichen Altersrente beziehungsweise weiterer extern finanzierter Fremdrenten mit Schwankungen behaftet, die außerhalb des Einflussbereichs der Helaba liegen und von der Bank getragen werden müssen.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde liegen, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen (gewichtete Durchschnittssätze):

in %

	31.12.2017	31.12.2016
Zinssatz	2,0	1,7
Gehaltstrend	2,2	2,2
Rententrend	1,5	1,7
Fluktuationsrate	2,9	2,8

Die Invaliditäts- beziehungsweise die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren im Inland im aktuellen Jahr, wie auch im Vorjahr, auf den Generationentafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck.

Eine Veränderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Barwert des Verpflichtungsumfangs aller leistungsorientierten Verpflichtungen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Abzinsungssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	209	226
Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 25 Basispunkte)	62	69
Rentensteigerung (Anstieg um 25 Basispunkte)	75	77
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %)	77	81
Fluktuationsrate (Rückgang um 50 Basispunkte)	4	5

Die dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen beträgt 19,6 Jahre (31. Dezember 2016: 20,2 Jahre). Die Fälligkeit der erwarteten Rentenzahlungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr	62	59
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über einem Jahr bis zu fünf Jahren	274	266
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren bis zu zehn Jahren	412	398

Der Helaba-Konzern ist an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Pläne) beteiligt, die wie beitragsorientierte Pläne behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Mitgliedschaft bei umlagefinanzierten Versorgungswerken in Form der regulierten Pensionskasse, die zum 1. Januar 2002 den Wechsel in das Kapitaldeckungsverfahren vorgenommen haben. Diese betreffen die regionalen Zusatzversorgungskassen sowie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, deren Satzungen inhaltlich vergleichbar sind. Die bisherigen Leistungszusagen wurden mit dem Übergang in das Kapitaldeckungsverfahren in ein beitragsbezogenes System überführt. Die Satzungen berechtigen zur Erhebung zusätzlicher Beitragsanforderungen, um zugesagte Leistungen gegebenenfalls nachzufinanzieren beziehungsweise aufgrund eines nicht ausreichenden Deckungsstocks zu reduzieren (Sanierungsgeld, -klausel). Eine verursachergerechte Zuordnung von Vermögen und Verpflichtung liegt nicht vor. Über die Geschäfts- und Risikowentwicklung informiert die Pensionskasse ausschließlich im

Jahresbericht, weiter gehende Informationen werden nicht ausgegeben. Für diese Pläne sind wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € angefallen.

Darüber hinaus bestehen beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgrund der Mitgliedschaft bei dem BVV Versicherungsverband des Bankgewerbes a. G. Satzungsbedingte Leistungskürzungen werden durch Mehrbeiträge seitens des Arbeitgebers kompensiert. Weitere extern finanzierte beitragsorientierte Leistungszusagen bestehen im Rahmen des Durchführungswegs der Direktversicherung bei öffentlich-rechtlichen Versicherern. Dabei handelt es sich weitestgehend um die SV Sparkassenversicherung sowie die Provinzial Lebensversicherung AG. Bei den ausländischen Niederlassungen London und New York bestehen ebenfalls beitragsorientierte Versorgungszusagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2016: 3 Mio. €) für beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgewendet.

Der Arbeitgeberzuschuss zur Rentenversicherung im Berichtsjahr belief sich auf 34 Mio. € (2016: 33 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungsrückstellungen	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>131</b>	<b>127</b>	<b>43</b>	<b>44</b>	<b>13</b>	<b>23</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-2	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-2	-	-2	1	-	-
Verbrauch	-70	-69	-	-	-1	-
Auflösungen	-3	-2	-27	-26	-3	-
Umbuchungen	2	12	-5	-3	-2	-12
Aufzinsung	-	1	-	-	-	-
Zuführung	62	62	21	29	10	2
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>120</b>	<b>131</b>	<b>30</b>	<b>43</b>	<b>17</b>	<b>13</b>

in Mio. €

	Rückstellungen für Prozessrisiken		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>45</b>	<b>57</b>	<b>248</b>	<b>181</b>	<b>480</b>	<b>432</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-31	-	-31	-2
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	11	-	7	1
Verbrauch	-13	-14	-181	-110	-265	-193
Auflösungen	-3	-5	-21	-12	-57	-45
Umbuchungen	-	-	-	-	-5	-3
Aufzinsung	-	-	1	1	1	2
Zuführung	3	7	185	188	281	288
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>32</b>	<b>45</b>	<b>212</b>	<b>248</b>	<b>411</b>	<b>480</b>

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Transaktionen

mit Unternehmensanteilen, Pauschalsteuern, der Verzinsung von Steuernachzahlungen sowie Risiken aus Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren.

Die Restrukturierungsrückstellungen betreffen im Wesentlichen das vor dem Hintergrund des allgemeinen Niedrigzinsumfelds in 2017 aufgelegte Reorganisationsprogramm der LBS Hessen-Thüringen („LBS-EVOLution“), dessen zentrale Zielstellung eine nachhaltige Ergebnisverbesserung bis 2021 ist, sowie das in 2013 gestartete Kostenoptimierungsprogramm „Helaba PRO“.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Gegenüber der Helaba werden Ansprüche in Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren geltend gemacht. Rückstellungen für Prozessrisiken wurden gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme mit mehr als 50 % angenommen wird.

Zurückgestellt wird der Betrag, der im Falle der Inanspruchnahme wahrscheinlich durch die Bank zu zahlen ist. Die von der Helaba gebildeten Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigen auch Zahlungen für Prozesskosten (Gerichtskosten sowie außergerichtliche Kosten im Zusammenhang mit Prozessen, wie zum Beispiel Anwaltshonorare und sonstige Kosten).

Die Bank hat Rückstellungen für Prozessrisiken schwerpunktmäßig für Klagen von Anlegern in geschlossenen Fonds gebildet. Anleger, die sich in ihren Erwartungen an eine Beteiligung ent-

täuscht sehen, stützen Ansprüche auf die Nichteinhaltung von Verbraucherschützenden Vorschriften. Die Bank prüft, nach den Umständen des Einzelfalls, Art und Umfang einer möglichen Anspruchserledigung. Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Fälle und Verfahren sowie eine Differenzierung des Gesamtbetrags der Rückstellung für Prozessrisiken unterbleibt, da Anspruchsteller anderenfalls Rückschlüsse auf die Prozess- und Vergleichsstrategie der Bank ziehen könnten.

Die Rückstellungen für Prozessrisiken werden quartalsweise auf Angemessenheit überprüft und anhand der Einschätzungen des Managements unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen erhöht beziehungsweise aufgelöst. Die endgültigen Belastungen durch Prozessrisiken können von den gebildeten Rückstellungen abweichen, da für eine Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten aus Prozessen in großem Umfang eine Bewertung und Einschätzung erforderlich ist, die sich im weiteren Verlauf des jeweiligen Prozesses als nicht zutreffend erweisen kann.

Fälle, bei denen die Voraussetzungen für den Ansatz von Rückstellungen nicht erfüllt sind, werden hinsichtlich der Angabepflicht als Eventualverpflichtung geprüft und sind gegebenenfalls unter Anhangangabe (74) aufgeführt.

Von den anderen Rückstellungen sind 231 Mio. € kurzfristig (31. Dezember 2016: 301 Mio. €).

## (55) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	252	174
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	16	10
<b>Gesamt</b>	<b>268</b>	<b>184</b>

In den tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen sind Rückstellungen für steuerliche Risiken enthalten. Sie sind auf Basis des wahrscheinlichsten Erfüllungswerts berechnet worden.

Die Bank hat keine Eventualverbindlichkeiten aus steuerlichen Risiken bilanziert.

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	14	8
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.222	1.631
Finanzanlagen	144	194
Sonstige Aktiva	24	56
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	5	7
Pensionsrückstellungen	1	1
Sonstige Rückstellungen	1	1
Sonstige Passiva	26	12
<b>Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto</b>	<b>1.437</b>	<b>1.910</b>
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	- 1.421	- 1.900
<b>Gesamt</b>	<b>16</b>	<b>10</b>
Davon: langfristig	8	5

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe

Anhangangabe (47)). Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 81 Mio. € (31. Dezember 2016: 105 Mio. €).

**(56) Sonstige Passiva**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	90	84
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	28	25
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	370	304
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	35	33
Sonstige Verbindlichkeiten	125	201
<b>Gesamt</b>	<b>648</b>	<b>647</b>

**(57) Nachrangkapital**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.312	2.364
Darunter: anteilige Zinsen	30	33
Genussrechtskapital	216	276
Stille Einlagen	982	983
Darunter: anteilige Zinsen	14	14
<b>Gesamt</b>	<b>3.510</b>	<b>3.623</b>
Darunter: verbrieftes Nachrangkapital	1.527	1.527

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

Das Nachrangkapital entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

in Mio. €

	Nachrangige Verbindlichkeiten		Genussrechtskapital		Stille Einlagen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>2.364</b>	<b>2.366</b>	<b>276</b>	<b>687</b>	<b>983</b>	<b>983</b>	<b>3.623</b>	<b>4.036</b>
Zugänge aus dem Wiederverkauf von vorherigen Rückkäufen	1	2	-	-	-	-	1	2
Abgänge durch Rückzahlung	-50	-	-60	-406	-	-	-110	-406
Abgänge durch Rückkäufe	-1	-2	-	-	-	-	-1	-2
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	-2	-	-	-	-	-	-2	-
Erfolgswirksame Wertänderungen	-	-2	-	-5	-1	-	-1	-7
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>2.312</b>	<b>2.364</b>	<b>216</b>	<b>276</b>	<b>982</b>	<b>983</b>	<b>3.510</b>	<b>3.623</b>

## (58) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.509
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	3.775	3.521
Neubewertungsrücklage	197	246
Rücklage aus der Währungsumrechnung	10	30
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	-3	-2
<b>Gesamt</b>	<b>8.034</b>	<b>7.850</b>

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € umfasst das von den Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 589 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2017 entfallen vom Stammkapital folgende Anteile auf die Träger:

	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
<b>Gesamt</b>	<b>589</b>	<b>100,00</b>

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen, Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (13)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts einer Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit gemäß Anhangangabe (8) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

# Angaben zu Finanzinstrumenten

## (59) Sicherheitsleistungen

### Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>8.374</b>	<b>8.659</b>
Handelsaktiva	1.502	8
Forderungen an Kreditinstitute	2.770	5.025
Forderungen an Kunden	535	781
Finanzanlagen	3.567	2.845
<b>Nichtfinanzielle Vermögenswerte</b>	<b>1.205</b>	<b>1.225</b>
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.035	1.051
Sachanlagen	170	174
<b>Gesamt</b>	<b>9.579</b>	<b>9.884</b>

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	2.200	200
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearing-Häusern	1.312	1.062
Gestellte Barsicherheiten	3.308	5.814
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.554	1.583
<b>Gesamt</b>	<b>8.374</b>	<b>8.659</b>

Barsicherheiten werden im Geschäft mit zentralen Kontrahenten, mit Terminbörsen und bei OTC-Derivaten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechtlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach § 12 beziehungsweise § 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2017 belief sich die Deckungsmasse auf 33.838 Mio. € (31. Dezember 2016: 34.252 Mio. €) bei einem Um-

lauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 26.107 Mio. € (31. Dezember 2016: 27.256 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

## Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 21 Mio. € (31. De-

zember 2016: 3 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 21 Mio. € (31. Dezember 2016: 3 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts verweisen wir auf Anhangangabe (73).

## (60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

Zum 31. Dezember 2017 lagen wie im Vorjahr keine Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten aus dem Eigenbestand des Konzerns im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften oder Wertpapierleihegeschäften vor.

## (61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und rechtlichen Verhältnissen. Hierfür bestehen Rückstellungen in Höhe von 3 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €). Für im Zusam-

menhang mit Kaufpreisverhandlungen ausgebuchter Unternehmensanteile übernommene sonstige Verpflichtungen bestehen Rückstellungen in Höhe von 18 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €).

## (62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Entsprechend den in IFRS 7 geforderten Angaben für saldierte Finanzinstrumente wird nachfolgend eine Überleitung von der Brutto- auf die Nettorisikoposition von Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf saldierte Finanzinstrumente als auch auf solche, die einer Globalaufrechnungsvereinbarung unterliegen.

Die Aufrechnungen im Derivategeschäft betreffen sowohl die positiven und negativen Marktwerte aus Derivaten als auch zugehörige Barsicherheiten, die unter den Forderungen an Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gezeigt werden.

Des Weiteren hat die Helaba mit Kontrahenten im Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäft Master-Netting-Agreements abgeschlossen, die bedingte Saldierungsrechte beinhalten. Bei Eintritt dieser Bedingungen, zum Beispiel bei einem bonitätsbedingten Ausfall des Kontrahenten, erfolgt eine Abrechnung auf saldierter Basis.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung der Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf den Bilanzwert sowie auf den Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte zum 31. Dezember 2017 dargestellt.

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert bilanziell saldiert <sup>1)</sup> Finanzinstrumente	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte aus Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
				Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Barsicherheiten <sup>1)</sup>	
<b>Vermögenswerte</b>						
Derivative Geschäfte	14.436	-2.193	12.243	-6.423	-1.890	3.930
Wertpapierpensionsgeschäfte	22	-	22	-21	-	1
Sonstige Vermögenswerte	20.677	-11.751	8.926	-	-	8.926
<b>Gesamt</b>	<b>35.135</b>	<b>-13.944</b>	<b>21.191</b>	<b>-6.444</b>	<b>-1.890</b>	<b>12.857</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>						
Derivative Geschäfte	12.314	-2.097	10.217	-6.423	-3.070	724
Sonstige Verbindlichkeiten	12.769	-11.847	922	-	-	922
<b>Gesamt</b>	<b>25.083</b>	<b>-13.944</b>	<b>11.139</b>	<b>-6.423</b>	<b>-3.070</b>	<b>1.646</b>

<sup>1)</sup> Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert bilanziell saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte aus Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
				Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Barsicherheiten <sup>1)</sup>	
<b>Vermögenswerte</b>						
Derivative Geschäfte	18.927	-2.560	16.367	-8.395	-1.503	6.469
Wertpapierpensionsgeschäfte	3	-	3	-3	-	-
Sonstige Vermögenswerte	9.880	-7.971	1.909	-	-	1.909
<b>Gesamt</b>	<b>28.810</b>	<b>-10.531</b>	<b>18.279</b>	<b>-8.398</b>	<b>-1.503</b>	<b>8.378</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>						
Derivative Geschäfte	17.250	-2.537	14.713	-8.395	-5.409	909
Sonstige Verbindlichkeiten	8.452	-7.993	459	-	-	459
<b>Gesamt</b>	<b>25.702</b>	<b>-10.530</b>	<b>15.172</b>	<b>-8.395</b>	<b>-5.409</b>	<b>1.368</b>

<sup>1)</sup> Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

### (63) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	31	33
Forderungen an Kunden	55	216
Davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	7
<b>Gesamt</b>	<b>86</b>	<b>249</b>

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

## (64) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
USD	14.188	17.524	8.722	9.508
GBP	5.810	6.214	1.609	2.050
CHF	1.062	1.363	254	279
JPY	390	473	394	477
Andere Währungen	1.206	994	510	258
<b>Gesamt</b>	<b>22.656</b>	<b>26.568</b>	<b>11.489</b>	<b>12.572</b>

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Die Fremdwährungspositionen sind unter Berücksichtigung von entsprechend gegenläufigen derivativen Geschäften geschlossen.

## (65) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2017 gliedern sich die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten wie folgt:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
<b>Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>35.393</b>	<b>13.325</b>	<b>19.082</b>	<b>44.350</b>	<b>30.597</b>
Handelspassiva	471	1.328	2.514	–	40
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.087	1.542	2.704	12.170	10.203
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.834	3.397	5.945	6.246	7.732
Verbriefte Verbindlichkeiten	1	7.052	7.061	25.352	9.846
Nachrangkapital	–	6	858	582	2.776
<b>Derivative finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>7.936</b>	<b>162</b>	<b>309</b>	<b>1.259</b>	<b>852</b>
Handelspassiva	7.936	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	162	309	1.259	852
<b>Unwiderrufliche Kreditzusagen</b>	<b>1.114</b>	<b>1.338</b>	<b>2.467</b>	<b>14.102</b>	<b>1.268</b>
<b>Gesamt</b>	<b>44.443</b>	<b>14.825</b>	<b>21.858</b>	<b>59.711</b>	<b>32.717</b>

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
<b>Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>30.866</b>	<b>13.922</b>	<b>30.199</b>	<b>40.463</b>	<b>31.203</b>
Handelsspassiva	322	2.630	4.843	–	123
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.777	1.694	3.454	11.040	9.654
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.767	3.273	6.806	7.079	9.004
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	6.316	14.330	21.691	9.357
Nachrangkapital	–	9	766	653	3.065
<b>Derivative finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>10.795</b>	<b>463</b>	<b>680</b>	<b>2.145</b>	<b>1.565</b>
Handelsspassiva	10.795	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	463	680	2.145	1.565
<b>Unwiderrufliche Kreditzusagen</b>	<b>704</b>	<b>973</b>	<b>2.852</b>	<b>13.988</b>	<b>1.133</b>
<b>Gesamt</b>	<b>42.365</b>	<b>15.358</b>	<b>33.731</b>	<b>56.596</b>	<b>33.901</b>

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelsspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestands werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (74) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

## (66) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Aktien-/Indexbezogene Geschäfte</b>	<b>4.575</b>	<b>3.646</b>	<b>186</b>	<b>143</b>	<b>180</b>	<b>137</b>
<b>OTC-Produkte</b>	<b>3.605</b>	<b>2.735</b>	<b>167</b>	<b>124</b>	<b>158</b>	<b>118</b>
Aktienoptionen	3.605	2.735	167	124	158	118
Käufe	2.039	1.548	167	124	–	–
Verkäufe	1.566	1.187	–	–	158	118
<b>Börsengehandelte Produkte</b>	<b>970</b>	<b>911</b>	<b>19</b>	<b>19</b>	<b>22</b>	<b>19</b>
Aktien-/Index-Futures	197	212	5	3	1	–
Aktien-/Indexoptionen	773	699	14	16	21	19
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>	<b>422.045</b>	<b>418.466</b>	<b>10.608</b>	<b>14.344</b>	<b>8.666</b>	<b>12.144</b>
<b>OTC-Produkte</b>	<b>409.124</b>	<b>407.859</b>	<b>10.598</b>	<b>14.342</b>	<b>8.665</b>	<b>12.135</b>
Forward Rate Agreements	25	2.920	–	–	–	–
Zins-Swaps	354.445	355.341	9.600	13.026	6.310	8.729
Zinsoptionen	54.501	49.491	997	1.316	2.355	3.406
Käufe	21.025	17.670	897	1.241	56	39
Verkäufe	33.476	31.822	100	75	2.299	3.367
Sonstige Zinskontrakte	153	107	1	–	–	–
<b>Börsengehandelte Produkte</b>	<b>12.921</b>	<b>10.607</b>	<b>10</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>9</b>
Zins-Futures	12.921	10.587	10	2	1	9
Zinsoptionen	–	20	–	–	–	–
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>	<b>60.688</b>	<b>74.322</b>	<b>1.390</b>	<b>1.844</b>	<b>1.307</b>	<b>2.396</b>
<b>OTC-Produkte</b>	<b>60.688</b>	<b>74.322</b>	<b>1.390</b>	<b>1.844</b>	<b>1.307</b>	<b>2.396</b>
Devisenkassa- und -termingeschäfte	38.914	49.010	457	968	546	832
Zins-/Währungs-Swaps	21.232	24.650	924	868	752	1.556
Devisenoptionen	542	662	9	8	9	8
Käufe	268	328	9	8	–	–
Verkäufe	274	333	–	–	9	8
<b>Kreditderivate</b>	<b>5.206</b>	<b>5.828</b>	<b>57</b>	<b>32</b>	<b>61</b>	<b>32</b>
<b>OTC-Produkte</b>	<b>5.206</b>	<b>5.828</b>	<b>57</b>	<b>32</b>	<b>61</b>	<b>32</b>
<b>Warenbezogene Geschäfte</b>	<b>121</b>	<b>147</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
<b>OTC-Produkte</b>	<b>121</b>	<b>147</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
Commodity Swaps	48	53	2	4	2	4
Commodity-Optionen	73	94	–	–	1	–
<b>Gesamt</b>	<b>492.635</b>	<b>502.409</b>	<b>12.243</b>	<b>16.367</b>	<b>10.217</b>	<b>14.713</b>

## Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/Indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogene Geschäfte		Währungsbezogene Geschäfte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	342	354	26.020	33.000	22.982	28.838
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	800	707	41.741	43.463	15.277	18.638
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.194	2.435	194.900	185.508	17.412	20.792
Mehr als fünf Jahre	239	150	159.384	156.495	5.017	6.054
<b>Gesamt</b>	<b>4.575</b>	<b>3.646</b>	<b>422.045</b>	<b>418.466</b>	<b>60.688</b>	<b>74.322</b>

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	120	130	43	48	49.507	62.370
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	519	1.311	42	32	58.379	64.151
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.448	4.253	36	67	219.990	213.055
Mehr als fünf Jahre	119	134	-	-	164.759	162.833
<b>Gesamt</b>	<b>5.206</b>	<b>5.828</b>	<b>121</b>	<b>147</b>	<b>492.635</b>	<b>502.409</b>

## Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
OECD-Banken	185.704	208.678	6.568	8.469	8.012	11.885
Banken außerhalb der OECD	31	21	-	-	1	1
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	277.686	259.804	2.164	3.222	993	1.117
Öffentliche Stellen in der OECD	29.214	33.906	3.511	4.676	1.211	1.710
<b>Gesamt</b>	<b>492.635</b>	<b>502.409</b>	<b>12.243</b>	<b>16.367</b>	<b>10.217</b>	<b>14.713</b>

## (67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2017 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT, Derivate Nichthandel	FVO	Gesamt
<b>Aktiva</b>					
Barreserve	1.014		8.899		9.913
Forderungen an Kreditinstitute	11.034			–	11.034
Forderungen an Kunden	89.751			479	90.230
Handelsaktiva			16.319		16.319
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			2.924		2.924
Finanzanlagen		22.191		1.828	24.019
Sonstige Aktiva	21				21
<b>Gesamt</b>	<b>101.820</b>	<b>22.191</b>	<b>28.142</b>	<b>2.307</b>	<b>154.460</b>
<b>Passiva</b>					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.016			498	31.514
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.922			3.599	49.521
Verbriefte Verbindlichkeiten	41.987			6.168	48.155
Handelsspassiva			12.289		12.289
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			2.281		2.281
Nachrangkapital	3.464			46	3.510
Sonstige Passiva	90				90
<b>Gesamt</b>	<b>122.479</b>		<b>14.570</b>	<b>10.311</b>	<b>147.360</b>

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per  
31. Dezember 2016:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT, Derivate Nichthandel	FVO	Gesamt
<b>Aktiva</b>					
Barreserve	1.296		1.800		3.096
Forderungen an Kreditinstitute	15.235			–	15.235
Forderungen an Kunden	92.566			512	93.078
Handelsaktiva			20.498		20.498
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.024		4.024
Finanzanlagen		23.839		1.932	25.771
Sonstige Aktiva <sup>1)</sup>	36				36
<b>Gesamt</b>	<b>109.133</b>	<b>23.839</b>	<b>26.322</b>	<b>2.444</b>	<b>161.738</b>
<b>Passiva</b>					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.755			383	30.138
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.285			3.539	46.824
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.362			5.586	50.948
Handelspassiva			18.713		18.713
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.918		3.918
Nachrangkapital	3.524			99	3.623
Sonstige Passiva <sup>1)</sup>	84				84
<b>Gesamt</b>	<b>122.010</b>		<b>22.631</b>	<b>9.607</b>	<b>154.248</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst: Die sonstigen Aktiva enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die der Bewertungskategorie LaR zuzuordnen sind.  
Die sonstigen Passiva enthalten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die der Bewertungskategorie OL zuzuordnen sind.

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2017 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.300	-1.367	235		-142	102	1.128
Risikovorsorge	56						56
Handelsergebnis				268			268
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					88	-206	-118
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	4	40				-53	-9
Ergebnis aus Finanzanlagen			16				16
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-66				-66
<b>Gesamt</b>	<b>2.360</b>	<b>-1.327</b>	<b>185</b>	<b>268</b>	<b>-54</b>	<b>-157</b>	<b>1.275</b>

Für das Jahr 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.511	-1.481	281		-138	100	1.273
Risikovorsorge	-154						-154
Handelsergebnis				146			146
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					86	-35	51
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-3	-17				15	-5
Ergebnis aus Finanzanlagen			45				45
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			63				63
<b>Gesamt</b>	<b>2.354</b>	<b>-1.498</b>	<b>389</b>	<b>146</b>	<b>-52</b>	<b>80</b>	<b>1.419</b>

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten das Zinsergebnis aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen.

Der Zinsüberschuss enthält Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten in Höhe von 2.637 Mio. € (2016: 2.834 Mio. €) beziehungsweise -1.469 Mio. € (2016: -1.523 Mio. €).

## (68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonsti-

gen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Aktiva</b>						
Barreserve	9.913	3.096	9.913	3.096	–	–
Forderungen an Kreditinstitute <sup>1)</sup>	11.119	15.346	11.033	15.234	86	112
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	94.239	97.557	89.830	92.307	4.409	5.250
Handelsaktiva	16.319	20.498	16.319	20.498	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.924	4.024	2.924	4.024	–	–
Finanzanlagen	24.019	25.771	24.019	25.771	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>158.533</b>	<b>166.292</b>	<b>154.038</b>	<b>160.929</b>	<b>4.495</b>	<b>5.362</b>
<b>Passiva</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.275	31.098	31.514	30.138	761	960
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50.754	48.162	49.521	46.824	1.233	1.338
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.407	51.245	48.155	50.948	252	297
Handelspassiva	12.289	18.713	12.289	18.713	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.281	3.918	2.281	3.918	–	–
Nachrangkapital	3.618	3.971	3.510	3.623	108	348
<b>Gesamt</b>	<b>149.624</b>	<b>157.107</b>	<b>147.270</b>	<b>154.164</b>	<b>2.354</b>	<b>2.943</b>

<sup>1)</sup> Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten gemäß Anhangangabe (6) ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Nicht derivative Finanzinstrumente</b>	<b>27.570</b>	<b>29.784</b>	<b>3.570</b>	<b>4.176</b>	<b>346</b>	<b>447</b>	<b>31.486</b>	<b>34.407</b>
Forderungen an Kunden			394	411	85	101	479	512
Handelsaktiva	5.158	6.144	1.840	1.974	2	37	7.000	8.155
Finanzanlagen	22.412	23.640	1.336	1.791	259	309	24.007	25.740
<b>Derivate</b>	<b>29</b>	<b>21</b>	<b>12.062</b>	<b>16.233</b>	<b>152</b>	<b>113</b>	<b>12.243</b>	<b>16.367</b>
Handelsaktiva	25	20	9.156	12.234	138	89	9.319	12.343
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4	1	2.906	3.999	14	24	2.924	4.024
<b>Gesamt</b>	<b>27.599</b>	<b>29.805</b>	<b>15.632</b>	<b>20.409</b>	<b>498</b>	<b>560</b>	<b>43.729</b>	<b>50.774</b>

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Nicht derivative Finanzinstrumente</b>	<b>60</b>	<b>139</b>	<b>14.100</b>	<b>16.878</b>	<b>504</b>	<b>508</b>	<b>14.664</b>	<b>17.525</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			493	373	5	10	498	383
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			3.565	3.491	34	48	3.599	3.539
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	5.703	5.136	465	450	6.168	5.586
Handelspassiva	61	139	4.292	7.779	–	–	4.353	7.918
Nachrangkapital	–1	–	47	99	–	–	46	99
<b>Derivate</b>	<b>23</b>	<b>28</b>	<b>10.042</b>	<b>14.588</b>	<b>152</b>	<b>97</b>	<b>10.217</b>	<b>14.713</b>
Handelspassiva	21	24	7.776	10.681	139	90	7.936	10.795
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2	4	2.266	3.907	13	7	2.281	3.918
<b>Gesamt</b>	<b>83</b>	<b>167</b>	<b>24.142</b>	<b>31.466</b>	<b>656</b>	<b>605</b>	<b>24.881</b>	<b>32.238</b>

Die Veränderungen innerhalb der drei Bewertungslevel resultieren überwiegend aus Zu- und Abgängen und nicht aus Übertragungen zwischen ihnen.

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	85	101
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7	42
Schuldscheine	2	37
Asset Backed Securities	5	5
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	97	95
Investmentanteile	45	77
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	112	132
<b>Gesamt</b>	<b>346</b>	<b>447</b>

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
AAA	–	35
BBB und schlechter	7	7
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>7</b>	<b>42</b>

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden.

Bei Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrifft dies im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Dabei werden Szenariowerte auf Basis ermittelter historischer Standardabweichungen in den betroffenen Sektoren herangezogen. Die hierbei ermittelten Abweichungen sind wie im Vorjahr unwesentlich.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile, deren Fair Values über Ertragswertberechnungen ermittelt werden, werden Simulationen der wesentlichen, nicht beobachtbaren Inputfaktoren vorgenommen. Diese Simulationen wurden im aktuellen Jahr verfeinert. Werden für diese Unternehmen mit

einem Buchwert von 34 Mio. € die zu diskontierenden Cashflows jeweils um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert, weichen die dabei ermittelten Fair Values um 3 Mio. € nach oben und unten ab. Wird der Diskontierungssatz um einen Prozentpunkt erhöht, sinken die dabei ermittelten Fair Values um – 5 Mio. €, bei einer Verringerung des Diskontierungssatzes um einen Prozentpunkt steigen die Fair Values um 8 Mio. €. Für weitere nicht börsennotierte Unternehmensanteile sowie für Anteile an Investmentgesellschaften werden die Fair Values in Höhe von insgesamt 108 Mio. € mittels anderer, marktüblicher Verfahren ermittelt. Dies betrifft beispielsweise Unternehmen an denen nur wenige Anteile gehalten werden oder deren absolute Anteilshöhe nur einen relativ niedrigen Wert aufweisen. Hier werden die verwendeten Input-Faktoren um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert, so dass alternativ verwendbare Werte ermittelt werden, die um bis zu 11 Mio. € nach oben und unten abweichen können. Zum 31. Dezember 2016 wurden für nicht börsennotierte Unternehmen und Investmentgesellschaften im Wesentlichen die verwendeten Inputfaktoren um 10 %

erhöht beziehungsweise reduziert. Auf Basis der dabei ermittelten Marktwerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 18 Mio. € nach oben und unten abweichen können.

Für die angekauften Forderungen aus Kapitallebensversicherungen werden aufgrund der Bewertung auf Basis der Rückkaufswerte der Lebensversicherungen keine wesentlichen Sensitivitäten gesehen.

Bei der Bewertung der verbrieften Verbindlichkeiten werden Bewertungsparameter herangezogen, die Sensitivitäten aufweisen

können, die jedoch im Wesentlichen abgesichert sind. Verbleibende Sensitivitäten sind für die Bewertung unwesentlich.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestands an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

Aktiva	Forderungen an Kunden		Handelsaktiva		Finanzanlagen		Positive Marktwerte des Handelsbestands		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Buchwert zum 1.1.</b>	<b>101</b>	<b>103</b>	<b>37</b>	<b>108</b>	<b>309</b>	<b>518</b>	<b>89</b>	<b>97</b>	<b>24</b>	<b>23</b>
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste										
Zinsergebnis	-	-			-	-			-4	-3
Handelsergebnis			-	1			75	31		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-3	2			-2	-			-6	4
Ergebnis aus Finanzanlagen					-17	-7				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste					2	12				
Zugänge	-	-	10	-	17	6	12	6	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-13	-4	-10	-14	-49	-223	-22	-11	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	-1	2	-	-	-	-
Übertragungen aus Level 2	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Übertragungen in Level 2	-	-	-35	-58	-	-4	-16	-34	-	-
<b>Buchwert zum 31.12.</b>	<b>85</b>	<b>101</b>	<b>2</b>	<b>37</b>	<b>259</b>	<b>309</b>	<b>138</b>	<b>89</b>	<b>14</b>	<b>24</b>
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	-1	2	-	-3	-3	-1	101	30	-5	6

in Mio. €

Passiva	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten		Negative Marktwerte des Handelsbestands		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Buchwert zum 1.1.</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>48</b>	<b>37</b>	<b>450</b>	<b>413</b>	<b>90</b>	<b>99</b>	<b>7</b>	<b>8</b>
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste										
Zinsergebnis	-	-	-1	1	-1	-			2	-1
Handelsergebnis							77	30		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	3	13	-11	4			2	-1
Zugänge	-	-	-	10	145	73	9	6	2	1
Abgänge/Abwicklungen	-5	-	-2	-13	-118	-34	-21	-11	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-1	-	-	-	-	-	-	-
Übertragungen in Level 2	-	-	-13	-	-	-6	-16	-34	-	-
<b>Buchwert zum 31.12.</b>	<b>5</b>	<b>10</b>	<b>34</b>	<b>48</b>	<b>465</b>	<b>450</b>	<b>139</b>	<b>90</b>	<b>13</b>	<b>7</b>
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-	-	-1	-12	5	-9	-101	-30	-5	-

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Aufteilung der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der Fair Value-Level:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016 <sup>1)</sup>	31.12.2017	31.12.2016 <sup>1)</sup>	31.12.2017	31.12.2016
<b>Aktiva</b>								
Barreserve	9.913	3.096					9.913	3.096
Forderungen an Kreditinstitute			6.475	10.677	4.644	4.669	11.119	15.346
Forderungen an Kunden			61.441	63.557	32.319	33.488	93.760	97.045
Finanzanlagen	–	–	–	–	12	31	12	31
<b>Gesamt</b>	<b>9.913</b>	<b>3.096</b>	<b>67.916</b>	<b>92.068</b>	<b>36.975</b>	<b>20.354</b>	<b>114.804</b>	<b>115.518</b>
<b>Passiva</b>								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			26.276	25.498	5.501	5.217	31.777	30.715
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			42.335	39.997	4.820	4.626	47.155	44.623
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.194	2.184	40.045	43.475	–	–	42.239	45.659
Nachrangkapital	533	525	3.039	3.347	–	–	3.572	3.872
<b>Gesamt</b>	<b>2.727</b>	<b>2.709</b>	<b>111.695</b>	<b>112.317</b>	<b>10.321</b>	<b>9.843</b>	<b>124.743</b>	<b>124.869</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst: Aufgrund der Überprüfung der Wesentlichkeit von Inputfaktoren für den Fair Value wurde auch die LevelEinstufung von Fair Values für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden angepasst.

Die unter Level 3 ausgewiesenen Bestände betreffen Geschäftsarten, bei denen im Regelfall nicht für alle wesentlichen Inputfaktoren beobachtbare Bewertungsparameter vorliegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Förder- und Retail-Geschäft.

In 2017 erfolgte eine Überprüfung der Wesentlichkeit von bei der Ermittlung der Fair Values verwendeten, nicht beobachtbaren

Inputfaktoren. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus hat die Bewertung der Bonität der Kunden auf den gesamten Fair Value weiter an Bedeutung gewonnen. Da sie nicht an einem aktiven Markt abgelesen wird, werden zukünftig höhere Volumina dem Level 3 zugeordnet. Des Weiteren werden bei langfristigen Forderungen Bewertungsunsicherheiten gesehen, die ebenfalls eine Zuordnung zu Level 3 begründen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

## (69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

In Einklang mit IAS 39 und IFRS 7 hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand,

sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgliederten Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2016	1.7.2008
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
Handelsaktiva, umgliedert zu Forderungen an Kunden	17	17	64	63	437
Finanzanlagen, umgliedert zu Forderungen an Kunden	15	15	25	25	1.722
<b>Gesamt</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>89</b>	<b>88</b>	<b>2.159</b>

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären in 2017 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 1 Mio. € (2016: 1 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsergebnisse von 0 Mio. € (2016: 0 Mio. €) entstanden.

Im laufenden Geschäftsjahr ergaben sich aus dem Abgang von aus der Kategorie AfS umgewidmeten Vermögenswerten Effekte von 2 Mio. € auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

## (70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

Für Forderungen und Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, werden die kumulierten Änderungen der Buchwerte, die auf das Kreditrisiko zurückzuführen sind, ermittelt. Hierzu wird für jedes dieser Finanzinstrumente die Differenz zwischen der aktuellen Bewertung und der historischen Bewertung im Zugangszeitpunkt herangezogen und um aus nicht bonitätsbezo-

genen Marktkonditionen resultierende Wertänderungen bereinigt. Für Finanzinstrumente, die zum 31. Dezember noch im Bestand waren, wird der Betrag ausgewiesen, der in der Berichtsperiode in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt wurde. Die entsprechenden Werte können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2017	31.12.2016	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	479	512	1	1	-5	-6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.758	1.864	-	-1	-2	-3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	70	68	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>2.307</b>	<b>2.444</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-7</b>	<b>-9</b>

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2017	31.12.2016	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	498	383	-	-3	-1	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.599	3.539	4	45	14	20
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.168	5.586	2	34	-17	-16
Nachrangkapital	46	99	-	-1	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>10.311</b>	<b>9.607</b>	<b>6</b>	<b>75</b>	<b>-3</b>	<b>5</b>

In der nachfolgenden Übersicht werden die Rückzahlungsbeträge der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, ihren jeweiligen aktuellen Buchwerten gegenübergestellt:

in Mio. €

	Rückzahlungsbetrag		Buchwert		Differenz	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495	401	498	383	-3	18
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.087	4.163	3.599	3.539	488	624
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.207	5.614	6.168	5.586	39	28
Nachrangkapital	46	98	46	99	-	-1
<b>Gesamt</b>	<b>10.835</b>	<b>10.276</b>	<b>10.311</b>	<b>9.607</b>	<b>524</b>	<b>669</b>

## (71) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Verbrieftes Verbindlichkeiten des Handels		Verbrieftes Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>1.675</b>	<b>4.664</b>	<b>50.948</b>	<b>47.073</b>	<b>1.527</b>	<b>1.836</b>	<b>54.150</b>	<b>53.573</b>
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-22	-20	-727	41	-	-	-749	21
Zugänge aus Emissionen	660	5.571	72.683	52.229	-	-	73.343	57.800
Zugänge aus dem Wiederverkauf von vorherigen Rückkäufen	6	-	823	1.121	1	2	830	1.123
Abgänge durch Rückzahlung	-1.576	-8.542	-74.214	-48.214	-	-303	-75.790	-57.059
Abgänge durch Rückkäufe	-99	-5	-1.142	-1.191	-1	-2	-1.242	-1.198
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	-	-1	-19	-71	-	-	-19	-72
Erfolgswirksame Wertänderungen	8	8	-197	-40	-	-6	-189	-38
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>652</b>	<b>1.675</b>	<b>48.155</b>	<b>50.948</b>	<b>1.527</b>	<b>1.527</b>	<b>50.334</b>	<b>54.150</b>

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden kurzfristige Geldmarktpapiere, Aktien- und Indexzertifikate, mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder

getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

## (72) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt.

Zur Organisation des Risikomanagements, zu den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

### (73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert

wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden (LaR)	642	1.149	276	499	366	650
Finanzanlagen (AfS)	140	138	108	98	32	40
<b>Gesamt</b>	<b>782</b>	<b>1.287</b>	<b>384</b>	<b>597</b>	<b>398</b>	<b>690</b>

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, wie unter Anhangangabe (67) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (74). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (39)). Es handelt sich bei den Angaben um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstigen risikomindernden Vereinbarungen.

keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 72 Mio. € (31. Dezember 2016: 234 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum 31. Dezember 2017 überfälligen nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug			Summe Verzug
			über einen Monat bis drei Monate	Verzug über drei Monate bis ein Jahr	Verzug über ein Jahr	
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	11.034	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	89.751	29	25	5	9	68
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	21	2	1	1	–	4
<b>Gesamt</b>	<b>100.806</b>	<b>31</b>	<b>26</b>	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>72</b>

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug über einen Monat bis drei Monate	Verzug über drei Monate bis ein Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	15.235	1	–	–	–	1
Forderungen an Kunden (LaR)	92.566	110	93	19	7	229
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	36	2	1	1	–	4
<b>Gesamt</b>	<b>107.837</b>	<b>113</b>	<b>94</b>	<b>20</b>	<b>7</b>	<b>234</b>

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus fremden Beratungsgebühren, denen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüberstehen, sowie aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	11.034	15.235	–	–
Forderungen an Kunden	90.230	93.078	838	1.414
<b>Gesamt</b>	<b>101.264</b>	<b>108.313</b>	<b>838</b>	<b>1.414</b>

Die Ermittlung von Stundungen oder neuverhandelten Forderungen erfolgt in Einklang mit der Definition des „Forborne Exposure“ der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Das Forborne Exposure umfasst hierbei Schuldverträge mit Forbearance-Maßnahmen, die Zugeständnisse oder Umschuldungen aufgrund bestehender oder zu erwartender finanzieller Leistungsstörungen durch den Schuldner umfassen.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über Wertberichtigungen auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen und Kreditzusagen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
	<b>Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>-</b>
Portfoliowertberichtigungen	1	1	-	-
<b>Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden</b>	<b>400</b>	<b>771</b>	<b>190</b>	<b>359</b>
Einzelwertberichtigungen	239	453	173	336
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	37	46	10	13
Portfoliowertberichtigungen	124	272	7	10
<b>Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft</b>	<b>30</b>	<b>43</b>	<b>-</b>	<b>2</b>
<b>Gesamt</b>	<b>431</b>	<b>815</b>	<b>190</b>	<b>361</b>

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhän-

gig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
	Forderungen an Kreditinstitute	11.034	15.235	203
Forderungen an Kunden	90.230	93.078	34.773	34.310
Eventualverbindlichkeiten	6.304	6.310	241	287
Unwiderrufliche Kreditzusagen	20.289	19.650	532	550
<b>Gesamt</b>	<b>127.857</b>	<b>134.273</b>	<b>35.749</b>	<b>35.365</b>

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten wird eine Bewertungsanpassung (CVA-Adjustment) beim Ausfallrisiko vorgenommen, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des

Kreditrisikos, basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Zum 31. Dezember 2017 betragen die Bewertungsanpassungen für Derivate des Handelsbuchs und des Bankbuchs mit positiven Marktwerten 85 Mio. € (31. Dezember 2016: 155 Mio. €).

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

# Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

## (74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Auszahlungsverpflichtungen des Konzerns, die sowohl aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien als auch aus gestellten Finanzgarantien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Finanzgarantien wider.

Für unwiderrufliche Kreditzusagen werden Rückstellungen gebildet, sofern bei ihrer Inanspruchnahme eine Wertminderung des entstehenden Kredits wahrscheinlich ist. Für Finanzgarantien oder andere Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet, wenn die Inanspruchnahme wahrscheinlich ist.

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Unwiderrufliche Kreditzusagen</b>	<b>20.289</b>	<b>19.650</b>
<b>Finanzgarantien</b>	<b>4.757</b>	<b>5.038</b>
<b>Andere Verpflichtungen</b>	<b>4.628</b>	<b>4.364</b>
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.547	1.272
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.575	2.753
Einzahlungsverpflichtungen	42	43
Vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	168	135
Vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	239	118
Verpflichtungen aus Prozessrisiken	1	–
Sonstige Verpflichtungen	56	43
<b>Gesamt</b>	<b>29.674</b>	<b>29.052</b>

Am Bilanzstichtag entfielen von den Einzahlungsverpflichtungen auf 25 Personenhandelsgesellschaften 41 Mio. € und auf drei Kapitalgesellschaften 1 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der

Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten galt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter

Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute in ihrem Bestand selbst zu schützen. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe wurde mit Wirkung vom 3. Juli 2015 an die Vorgaben des Einlagensicherungsgesetzes angepasst. Sollte die Institutssicherung ausnahmsweise nicht greifen, hat der Kunde einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu einem Betrag von 100.000 €. Dafür maßgeblich ist das Einlagensicherungsgesetz. Im Fall des Eintritts eines Stützungs- oder eines Entschädigungsfalls kann die Helaba zur Zahlung von Zusatz- oder Sonderbeiträgen verpflichtet sein.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Fall der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten ebenso wie im Vorjahr in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Die Verpflichtungen aus Prozessrisiken beinhalten Ansprüche gegenüber der Helaba, die in gerichts- und schiedsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden und für die die Helaba aufgrund einer Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner 50 % keine Rückstellungen gebildet hat.

Die sonstigen Verpflichtungen beinhalten Verpflichtungen in Höhe von 25 Mio. € (31. Dezember 2016: 18 Mio. €) gegenüber dem europäischen Abwicklungsfonds. Die Bank und die Frankfurter Sparkasse haben das Wahlrecht, einen Teil des Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang mit Barmitteln unterlegten unwiderruflichen Zahlungsverprechen zu leisten, ausgeübt.

Darüber hinaus gewähren die Sicherungsreserven der Landesbanken und der Landesbausparkassen ihren angeschlossenen Instituten ein Wahlrecht, einen Teil des Beitrags in Form von barunterlegten unwiderruflichen Zahlungsverprechen zu leisten. Davon haben die Bank und die Landesbausparkasse in Höhe von 13 Mio. € (31. Dezember 2016: 7 Mio. €) Gebrauch gemacht.

## (75) Patronatserklärungen

Firma

Sitz

Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH

Frankfurt am Main

## (76) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Treuhandvermögen</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	322	243
Forderungen an Kunden	491	525
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	197	202
Beteiligungen	55	56
Sonstige Vermögenswerte	14	13
<b>Gesamt</b>	<b>1.079</b>	<b>1.039</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125	125
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	648	606
Sonstige Verbindlichkeiten	306	308
<b>Gesamt</b>	<b>1.079</b>	<b>1.039</b>

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

# Sonstige Angaben

## (77) Angaben zum Leasinggeschäft

### Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Bruttoinvestitionswert</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2	3
<b>Nettoinvestitionswert</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2	3

in Mio. €

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Netto- und dem Bruttoinvestitionswert.

Bei den Finanzierungsleasinggeschäften bestehen wie im Vorjahr keine kumulierten Wertberichtigungen. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

	31.12.2017	31.12.2016
Bis ein Jahr	68	69
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35	38
Mehr als fünf Jahre	47	56
<b>Gesamt</b>	<b>150</b>	<b>163</b>

in Mio. €

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude.

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag aus Operating-Leasingverhältnissen erfasst.

## Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 44 Mio. € (2016: 42 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommer-

ziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 12 Jahren. Preis-anpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Bis ein Jahr	46	47
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	128	136
Mehr als fünf Jahre	50	63
<b>Gesamt</b>	<b>224</b>	<b>246</b>

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 4 Mio. € erwartet. Ebenso sind die im Berichtsjahr aus Untermietverhältnissen vereinnahmten sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr mit 2 Mio. € unverändert geblieben.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

## (78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) sowie ergänzenden Bestimmungen der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß der CRR-Kategorisierung setzen sich die Eigenmittel aus dem harten Kernkapital, dem zusätzlichen Kernkapital sowie

dem Ergänzungskapital zusammen. Seit 2015 sind über die CRR hinausgehende Anforderungen des europäischen Single Supervisory Mechanism (SSM) zu berücksichtigen.

Die Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen sowie die Berechnung der Kapitalquoten erfolgen ebenfalls nach den Vorschriften der CRR.

Die Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gliedern sich wie folgt auf (Beträge jeweils nach regulatorischen Anpassungen):

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Kernkapital</b>	<b>8.180</b>	<b>8.110</b>
Hartes Kernkapital (CET1)	7.673	7.534
Zusätzliches Kernkapital	507	576
<b>Ergänzungskapital</b>	<b>2.667</b>	<b>2.699</b>
<b>Eigenmittel gesamt</b>	<b>10.847</b>	<b>10.809</b>

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Kreditrisiko (inklusive Beteiligungen und Verbriefungen)	3.411	3.585
Marktrisiko (inklusive CVA-Risiko)	284	348
Operationelles Risiko	291	295
<b>Eigenmittelanforderungen gesamt</b>	<b>3.986</b>	<b>4.228</b>
Harte Kernkapitalquote	15,4 %	14,3 %
Kernkapitalquote	16,4 %	15,3 %
Gesamtkennziffer	21,8 %	20,5 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften einschließlich der Anforderungen des europäischen SSM zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

## (79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen

Aus dem Bankgeschäft und sonstigen geschäftlichen Aktivitäten von Konzerngesellschaften resultieren diverse Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen im Sinne von IFRS 12. Strukturierte Unternehmen sind solche Unternehmen, bei denen eine Beherrschung nach IFRS 10 nicht über die Ausübung der gesellschaftsrechtlichen Stimmrechte erfolgt.

Sponsoring im Sinne von IFRS 12.27 kann bei einem strukturierten Unternehmen im Rahmen der bankgeschäftlichen Funktionen für Kunden vorliegen. Dies betrifft Fälle, in denen der Helaba-Konzern die Initiierung einer Zweck- oder Dienstleistungsgesellschaft vorgenommen hat, eine Mitwirkung und

Unterstützung bei Gründung und Initiierung erfolgte und zudem die aktuelle Geschäftsverbindung mit diesem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen noch so eng ist, dass Dritte begründeterweise eine Verbindung mit dem Konzern vermuten müssen.

## Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende Forderungen an nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12:

in Mio. €

	Verbriefungs- zweckgesell- schaften	Vermögens- verwaltungs- gesellschaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>2.498</b>	<b>283</b>	<b>2.993</b>	<b>5.774</b>
Forderungen an Kunden	2.477	244	2.933	5.654
Wertberichtigungen auf Forderungen	-1	-4	-	-5
Handelsaktiva	1	7	-	8
Finanzanlagen	21	29	60	110
Sonstige Aktiva	-	7	-	7
<b>Außerbilanzielles Geschäft</b>	<b>1.113</b>	<b>18</b>	<b>238</b>	<b>1.369</b>
<b>Größe der strukturierten Unternehmen</b>	<b>23.074</b>	<b>147.693</b>	<b>91.501</b>	<b>262.268</b>

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Verbriefungs- zweckgesell- schaften	Vermögens- verwaltungs- gesellschaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>3.117</b>	<b>262</b>	<b>2.997</b>	<b>6.376</b>
Forderungen an Kunden	3.073	193	2.944	6.210
Wertberichtigungen auf Forderungen	-1	-4	-	-5
Handelsaktiva	2	18	5	25
Finanzanlagen	43	49	48	140
Sonstige Aktiva	-	6	-	6
<b>Außerbilanzielles Geschäft</b>	<b>1.145</b>	<b>21</b>	<b>84</b>	<b>1.250</b>
<b>Größe der strukturierten Unternehmen</b>	<b>38.412</b>	<b>159.524</b>	<b>84.949</b>	<b>282.885</b>

Die Vermögensverwaltungsgesellschaften betreffen überwiegend von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie der LB(Swiss) Investment AG verwaltete Investmentvermögen, die sich wie folgt zusammensetzen:

	31.12.2017	31.12.2016
Publikumsfonds 73 (2016: 66)	8.805	7.131
Spezialfonds 271 (2016: 251)	101.256	114.085
<b>Gesamt</b>	<b>110.061</b>	<b>121.216</b>

in Mio. €

Das Geschäft mit Verbriefungsgesellschaften betrifft zum einen Dienstleistungsfunktionen für Verbriefungsgesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe. Die für die Gesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe bereitgestellten Liquiditätslinien betragen einschließlich pauschaler Aufschläge von 2 % 2.109 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.797 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2017 1.467 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.875 Mio. €) in Anspruch genommen. Die Zusagen zur Liquiditätsversorgung betreffen die maximal vorgesehenen Ankaufszusagen; Verpflichtungen bestehen zudem durch nachrangige Haftungen, wenn die Ankaufsschläge und Risikotragungen Dritter nicht ausreichen sollten. Die vorstehende Tabelle zeigt das Ausfallrisiko des Konzerns aus bilanziellen Ansprüchen zuzüglich laufender Zins- und Gebührenansprüche zum 31. Dezember 2017 nach Berücksichtigung von Emissionen in Höhe von 765 Mio. € (31. Dezember 2016: 860 Mio. €). Stützungsmaßnahmen der strukturierten Unterneh-

men über die bankgeschäftstypische Finanzierungsfunktion und Dienstleistungen hinaus sind aus derzeitiger Sicht nicht vorgesehen. Zum 31. Dezember 2017 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen nicht gezogene Liquiditätslinien in Höhe von unverändert gegenüber dem Vorjahr 65 Mio. €. Ferner bestehen Finanzierungen bei Forderungsankaufsgesellschaften für Kunden, unter anderem für OPUSDELTA in Höhe von 184 Mio. € (31. Dezember 2016: 179 Mio. €) und OPUSLAMBDA ebenso wie am 31. Dezember 2016 von unter 1 Mio. €.

Die bilanzierten Forderungen an sonstige strukturierte Unternehmen betreffen eine Vielzahl an Finanzierungen von Zweck- und Objektgesellschaften. Überwiegend fungieren diese strukturierten Unternehmen als Objektgesellschaften für Leasing- oder Immobilientransaktionen.

## Angaben zu konsolidierten strukturierten Unternehmen

Sofern nach IFRS 10 eine Einbeziehung eines strukturierten Unternehmens in den Konsolidierungskreis erfolgt, unterliegen die Geschäftsbeziehungen zu anderen konsolidierten Unternehmen den Konsolidierungsmaßnahmen. Die zum 31. Dezember 2017 konsolidierten strukturierten Unternehmen betreffen zum einen Wertpapiersondervermögen, bei denen die Helaba oder eine Tochtergesellschaft die Mehrheit der Anteilsrechte oder sämtliche Anteile halten. Als weitere Fälle werden eine Objektgesellschaft für eine von der Helaba teilweise selbstgenutzte Immobilie (Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG) und eine Refinanzierungsgesellschaft für Ankaufsgesellschaften der Verbriefungsstruktur OPUSALPHA (OPUSALPHA FUNDING LTD) nach IFRS 10 konsolidiert. Zudem waren vier Unternehmen (HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG und Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Egeria Verwaltungsgesellschaft mbH und Cordelia Verwaltungsgesellschaft

mbH) nach IFRS 10 zu konsolidieren, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds mit Investments in angekauften Lebensversicherungsansprüchen sind.

Im Berichtsjahr erfolgten bei zwei konsolidierten Objektgesellschaften, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds für Investments in angekauften Lebensversicherungen sind, Forderungsverzichte. Diese Forderungsverzichte sind abhängig von der Entwicklung der Anlagen in angekauften Lebensversicherungen bereits bedingt in den Verträgen vorgesehen und mindern wirtschaftlich die Verpflichtungen der Bank aus emittierten Zertifikaten gegenüber den Fondsgesellschaften.

## (80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln

Neben den Angaben zu rechtlichen Beschränkungen in der Verfügung über Finanzinstrumente (siehe Anhangangaben (59) und (60)) bestehen bei den folgenden Gesellschaften am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt.

Bei der Frankfurter Sparkasse besteht aufgrund gesetzlicher Regelung im „Gesetz zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)“ eine Verpflichtung, 30 % des im Jahresabschluss der Frankfurter Sparkasse ausgewiesenen Jahresüberschusses den Rücklagen zuzuführen.

Bei neun konsolidierten Tochterunternehmen bestehen Ausschüttungssperren aufgrund von § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB in Höhe von insgesamt 27 Mio. € (31. Dezember 2016: 20 Mio. €). Diese resultieren aus der Bewertung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in den Einzelabschlüssen, für deren Abzinsung seit 2016 pflichtgemäß Durchschnittszinssätze der letzten zehn Jahre verwendet werden.

Die Konsolidierung von Zweckgesellschaften gemäß IFRS 10 beruht häufig nicht auf einer vorliegenden Stimmrechtsmehrheit. Entsprechend sind bei diesen konsolidierten Zweckgesellschaften keine unbedingte und sofortige Verwendung und kein Transfer der Vermögenswerte seitens der Helaba rechtlich sichergestellt. Das gesamte Bilanzvolumen an konsolidierten Zweckgesellschaf-

ten nach IFRS vor Konsolidierungen beträgt 1.682 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.270 Mio. €). In dieser Gesamtsumme ist die konsolidierte Refinanzierungsgesellschaft der OPUSALPHA-Verbriefungsstruktur mit 1.299 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.788 Mio. €) enthalten.

Bei den Geschäftstätigkeiten der Landesbausparkasse und der WIBank sowie bei dem von der Bank betriebenen Pfandbriefgeschäft bestehen besondere rechtliche Rahmenbedingungen als Grundlage der Geschäftstätigkeit (BauSparkG, Gesetz über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, PfandBG). Die überwiegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in diesen Geschäftssegmenten unterliegen insofern Beschränkungen, als die geschäftliche Ausrichtung an den jeweiligen Geschäftszweck und die Mittelverwendung an gesetzliche Anforderungen gebunden ist. Teilweise bestehen zudem Zweckbindungen der Refinanzierungsmittel. So werden bei bestimmten Förderprogrammen, etwa im sozialen Wohnungsbau oder bei Infrastrukturfinanzierungen, seitens der Mittelgeber (zum Beispiel nationale und internationale Förderbanken sowie Bund und Länder) Zweckbindungen vorgegeben, um den zielgerichteten Einsatz und die angestrebte Förderwirkung sicherzustellen. Bei den Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestition“ sowie „Hessischer Investitionsfonds“ bestehen Zweckbindungen auch hinsichtlich der Rückflüsse aus den Mittelverwendungen. In den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2017 weisen die WIBank eine Bilanzsumme von 17.627 Mio. € (31. Dezember 2016: 17.413 Mio. €) und die LBS eine Bilanzsumme von 5.683 Mio. € (31. Dezember 2016: 5.411 Mio. €) aus.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Anerkennung von Eigenmitteln erforderten bestimmte Vertragsdetails bei Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten und stiller Einlagen. Diese Anforderungen schränken bei Eintritt bestimmter Bedingungen ein Kündigungsrecht des Helaba-Konzerns ein und erfordern eine Zustimmung der Aufsicht. Die Vertragsregelungen einzelner Emissionen erfordern eine Wiederauffüllung nach einer etwaigen Verlustteilnahme vor einer tatsächlichen Rückzahlung.

## (81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaats Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen

zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie zu von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>59</b>	<b>331</b>	<b>2.862</b>	<b>-</b>	<b>3.252</b>
Forderungen an Kreditinstitute	-	3	-	-	3
Forderungen an Kunden	35	316	1.658	-	2.009
Wertberichtigungen auf Forderungen	-	-	-	-	-
Handelsaktiva	-	-	695	-	695
Finanzanlagen	24	9	393	-	426
Sonstige Aktiva	-	3	116	-	119
<b>Passiva</b>	<b>62</b>	<b>69</b>	<b>1.943</b>	<b>66</b>	<b>2.140</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	55	-	113	-	168
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7	68	1.683	43	1.801
Handelsspassiva	-	-	58	-	58
Nachrangkapital	-	-	80	-	80
Sonstige Passiva	-	1	9	23	33
<b>Außerbilanzielles Geschäft</b>	<b>12</b>	<b>121</b>	<b>49</b>	<b>-</b>	<b>182</b>

Für den 31. Dezember 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Beteiligungen an Gemein- schaftsunter- nehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>83</b>	<b>917</b>	<b>3.079</b>	<b>1</b>	<b>4.080</b>
Forderungen an Kreditinstitute	–	3	–	–	<b>3</b>
Forderungen an Kunden	59	878	1.464	1	<b>2.402</b>
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–10	–	–	<b>–10</b>
Handelsaktiva	–	3	1.094	–	<b>1.097</b>
Finanzanlagen	24	24	405	–	<b>453</b>
Sonstige Aktiva	–	19	116	–	<b>135</b>
<b>Passiva</b>	<b>10</b>	<b>323</b>	<b>2.048</b>	<b>66</b>	<b>2.447</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	141	–	<b>141</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10	321	1.735	43	<b>2.109</b>
Handelspassiva	–	–	79	–	<b>79</b>
Nachrangkapital	–	–	79	–	<b>79</b>
Sonstige Passiva	–	2	14	23	<b>39</b>
<b>Außerbilanzielles Geschäft</b>	<b>12</b>	<b>147</b>	<b>88</b>	<b>–</b>	<b>247</b>

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder und an Verwaltungsratsmitglieder wie im Vorjahr von jeweils weniger als 1 Mio. €.

In der Gewinn- und Verlustrechnung in 2017 sind aus Geschäften mit nahestehenden Personen folgende Ergebnisbeiträge enthalten:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	-	6	33	-	39
Zinsaufwendungen	-1	-	-18	-	-19
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>-1</b>	<b>6</b>	<b>15</b>	<b>-</b>	<b>20</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	-	-	-
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>-1</b>	<b>6</b>	<b>15</b>	<b>-</b>	<b>20</b>
Provisionserträge	-	-	42	-	42
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>42</b>	<b>-</b>	<b>42</b>
Handelsergebnis	-	-1	-163	-	-164
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	1	-	1
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	15	-	-	16
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	8	-	-	8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	1	-	-	1
Verwaltungsaufwand	-	-5	-10	-7	-22
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-</b>	<b>24</b>	<b>-115</b>	<b>-7</b>	<b>-98</b>

Für das Jahr 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Beteiligungen an Gemein- schaftsunter- nehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	5	37	31	–	73
Zinsaufwendungen	–	–14	–20	–	–34
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>5</b>	<b>23</b>	<b>11</b>	<b>–</b>	<b>39</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–1	–	–	–1
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>5</b>	<b>22</b>	<b>11</b>	<b>–</b>	<b>38</b>
Provisionserträge	–	–	42	–	42
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>42</b>	<b>–</b>	<b>42</b>
Handelsergebnis	–	5	236	–	241
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	–9	–	–	–	–9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–1	–	–1
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	–	–	–	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	1	–	–	1
Verwaltungsaufwand	–	–6	–5	–9	–20
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>–3</b>	<b>22</b>	<b>283</b>	<b>–9</b>	<b>293</b>

Die Aufwendungen und Erträge aus Geschäften mit nahestehenden Personen resultieren überwiegend aus banküblichen Geschäftstätigkeiten im Kredit-, Wertpapier- und Derivategeschäft. Den Positionen aus übernommenen Marktpreisrisiken, zum Beispiel durch Zinsderivate, stehen im Rahmen einer Gesamtbanksteuerung entsprechende gegenläufige Geschäfte mit anderen Kunden gegenüber. Entsprechend bildet eine isolierte

Betrachtung, zum Beispiel der Handelsergebnisse aus Geschäften mit nahestehenden Personen, nicht das tatsächliche Ergebnis der Bank aus solchen Geschäften ab.

Die Bezüge des Vorstands der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	2017	2016
Kurzfristige Leistungen	4,8	4,7
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Andere langfristige Leistungen	1,8	1,7
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstands den Pensionsrückstellungen 1,1 Mio. € (2016: 1,1 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden wie im Vorjahr 0,9 Mio. € und den Beiräten ebenfalls unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrats (inklusive stellvertretender Mitglieder) als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe

von insgesamt unverändert 2 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden unverändert 4 Mio. € geleistet. Gemäß IAS 19 sind für Pensionsverpflichtun-

gen gegenüber diesem Personenkreis 64 Mio. € (2016: 70 Mio. €) zurückgestellt.

## (82) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder deren Verbundunternehmen erbracht wurden:

	2017	2016
Abschlussprüfung	4	3
Andere Bestätigungsleistungen	–	1
Sonstige Leistungen	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>5</b>

in Mio. €

Die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen enthalten neben durch EU-Recht vorgeschriebene Abschlussprüfungen auch solche für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen und nicht durch EU-Recht vorgeschriebene Jahresabschlussprüfungen.

Bestätigungen für Sicherungseinrichtungen und gesetzliche Meldungen sowie die Prüfungen des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäfts.

Honorare für andere Bestätigungsleistungen, die im Berichtsjahr in Summe geringer als 1 Mio. € sind, entfallen primär auf

Sonstige Leistungen wurden im Wesentlichen in Form von Gutachten und Stellungnahmen zu weiteren fachlichen Themen erbracht.

## (83) Angaben zu Arbeitnehmern

Die Beschäftigten verteilen sich im Jahresdurchschnitt wie folgt auf den Helaba-Konzern:

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Gesamtbank</b>	<b>1.552</b>	<b>1.536</b>	<b>1.852</b>	<b>1.847</b>	<b>3.404</b>	<b>3.383</b>
Bank	1.162	1.139	1.576	1.566	2.738	2.705
WIBank	242	234	172	169	414	403
LBS	148	163	104	112	252	275
<b>Konzernochtergesellschaften</b>	<b>1.365</b>	<b>1.356</b>	<b>1.354</b>	<b>1.362</b>	<b>2.719</b>	<b>2.718</b>
<b>Konzern</b>	<b>2.917</b>	<b>2.892</b>	<b>3.206</b>	<b>3.209</b>	<b>6.123</b>	<b>6.101</b>

**(84) Mitglieder des Verwaltungsrats****Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident  
Sparkassen- und Giroverband  
Hessen-Thüringen  
Frankfurt am Main/Erfurt  
– Vorsitzender –

**Dr. Werner Henning**

Landrat  
Landkreis Eichsfeld  
Heiligenstadt  
– Erster stellvertretender  
Vorsitzender –

**Dr. Thomas Schäfer**

Staatsminister  
Hessisches Ministerium  
der Finanzen  
Wiesbaden  
– Zweiter stellvertretender  
Vorsitzender –

**Alexander Wüerst**

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Köln  
Köln  
– Dritter stellvertretender  
Vorsitzender –

**Andreas Bausewein**

Oberbürgermeister  
Stadt Erfurt  
Erfurt

**Dr. Annette Beller**

Mitglied des Vorstands  
B. Braun Melsungen AG  
Melsungen

**Ingo Buchholz**

Vorsitzender des Vorstands  
Kasseler Sparkasse  
Kassel  
– bis 30. September 2017 –

**Patrick Burghardt**

Oberbürgermeister  
Stadt Rüsselsheim  
Rüsselsheim  
– bis 31. Dezember 2017 –

**Georg Fahrenschon**

Präsident  
Deutscher Sparkassen- und  
Giroverband e. V.  
Berlin  
– bis 30. November 2017 –

**Sven Gerich**

Oberbürgermeister  
Stadt Wiesbaden  
Wiesbaden  
– seit 22. November 2017 –  
– bis 15. Dezember 2017 –

**Stefan Hastrich**

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Weilburg  
Weilburg

**Bertram Hilgen**

Oberbürgermeister  
Stadt Kassel  
Kassel  
– bis 21. Juli 2017 –

**Günter Högner**

Vorsitzender des Vorstands  
Nassauische Sparkasse  
Wiesbaden

**Dr. Christoph Krämer**

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Iserlohn  
Iserlohn

**Manfred Michel**

Landrat  
Landkreis Limburg-Weilburg  
Limburg an der Lahn

**Frank Nickel**

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Werra-Meißner  
Eschwege

**Clemens Reif**

Mitglied des Hessischen  
Landtages  
Wiesbaden

**Thorsten Schäfer-Gümbel**

Mitglied des Hessischen  
Landtages  
Wiesbaden

**Helmut Schmidt**

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Saale-Orla  
Schleiz

**Uwe Schmidt**

Landrat  
Landkreis Kassel  
Kassel

**Dr. Hartmut Schubert**

Staatssekretär  
Thüringer Finanzministerium  
Erfurt

**Wolfgang Schuster**

Landrat  
Lahn-Dill-Kreis  
Wetzlar

**Dr. Eric Tjarks**

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Bensheim  
Bensheim

**Arnd Zinnhardt**

Mitglied des Vorstands  
Software AG  
Darmstadt

## Von den Bediensteten der Bank entsandt

---

**Thorsten Derlitzki**  
Bankprokuriert  
Frankfurt am Main  
– Vierter stellvertretender  
Vorsitzender –

**Frank Beck**  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
Frankfurt am Main

**Gabriele Fuchs**  
Bankangestellte  
Offenbach

**Anke Glombik**  
Bankprokuriert  
Erfurt

**Thorsten Kiwitz**  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
Frankfurt am Main

**Christiane Kutil-Bleibaum**  
Abteilungsleiterin  
Düsseldorf

**Annette Langner**  
Bankprokuriert  
Frankfurt am Main

**Susanne Noll**  
Bankangestellte  
Frankfurt am Main

**Jürgen Pilgenröther**  
Bankangestellter  
Frankfurt am Main

**Birgit Sahlinger-Rasper**  
Bankangestellte  
Frankfurt am Main

**Susanne Schmiedebach**  
Bankprokuriert  
Düsseldorf

**Thomas Sittner**  
Bankangestellter  
Frankfurt am Main

## (85) Mitglieder des Vorstands

**Herbert Hans Grüntker**  
– Vorsitzender –

**Thomas Groß**  
– stellvertretender Vorsitzender –

**Jürgen Fenk**  
– bis 30. September 2017 –

**Dr. Detlef Hosemann**

**Hans-Dieter Kemler**  
– seit 1. Mai 2017 –

**Klaus-Jörg Mulfinger**

**Dr. Norbert Schraad**

## (86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

## Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH, Köln	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Hans-Dieter Kemler	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied

## Mandate anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Stephan Bruhn	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Diana Häring	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus Kirchberger	TTL Information Technology AG, München	Vorsitzender
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Robert Restani	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
Christian Schmid	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

## (87) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG hat in 2018 einen Vertrag zur Veräußerung sämtlicher Anteile an der LB(Swiss) Investment AG abgeschlossen. Der Vertrag steht noch unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen. Aus dem Abgang der bislang im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Gesellschaft werden keine wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage für 2018 erwartet.

(88) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale  
gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1 €	0 €	1)
2	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0 €	-9 €	2)
3	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	100,00	100,00		-6,2 €	-137 €	2)
4	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0 €	0 €	1), 3)
5	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,4 €	788 €	2)
6	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0 €	0 €	1), 4)
7	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7 €	1.832 €	
8	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 €	2)
9	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0 €	0 €	1), 4)
10	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 €	2)
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4 €	1 €	2)
12	Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	
13	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		11,3 €	968 €	
14	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		107,8 CHF	2.906 CHF	
15	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		843,2 €	45.000 €	
16	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2 €	0 €	1)
17	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	94,90	0,00		-1,8 €	-2.122 €	
18	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3 €	0 €	1), 3)
19	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3 €	0 €	1), 3)
20	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1 €	47 €	
21	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-10 €	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.	
22	Grundstücksverwaltungsgesellschaft KAISERLEI GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,4 €	2.643 €	2)
23	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4 €	0 €	1)
24	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		76,4 €	4.895 €	
25	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6 €	0 €	1)
26	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9 €	0 €	1)
27	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		368,5 €	50.667 €	
28	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,3 €	-321 €	2)
29	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	43,10	0,00		12,9 €	-407 €	4)
30	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10	0,00		13,5 €	-365 €	4)
31	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-68 €	2)
32	Helaba Asset Services Unlimited Company, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,8 €	221 €	
33	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0 €	0 €	1)
34	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		-129,9 €	5.151 €	4)
35	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-150 €	2)
36	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,6 €	34 €	2)
37	Honua'ula Partners LLC, Wailea, USA	0,00	0,00		92,6 US-\$	14 US-\$	4)
38	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1 €	10 €	
39	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-66 €	2)
40	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-2,8 €	-280 €	2)
41	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-23 €	2)
42	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,8 €	-316 €	2)
43	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		10,2 CHF	1.628 CHF	
44	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		7,0 US-\$	0 US-\$	
45	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		33,7 US-\$	-364 US-\$	
46	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		21,3 US-\$	413 US-\$	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
47	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		5,9 US-\$	-523 US-\$
48	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		0,8 DKK	1.624 DKK
49	Main Capital Funding II Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	0,00	0,00		17,1 €	284 € <sup>4)</sup>
50	Main Capital Funding Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	0,00	0,00		8,3 €	146 € <sup>4)</sup>
51	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € <sup>1)</sup>
52	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		8,1 €	1.313 €
53	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		23,1 €	1.092 €
54	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		15,1 €	227 €
55	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-53 € <sup>2)</sup>
56	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,9 €	90 €
57	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1 €	0 € <sup>1), 3)</sup>
58	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00	0,00		0,0 €	0 € <sup>4)</sup>
59	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2 €	-210 € <sup>2)</sup>
60	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-1,0 €	-615 € <sup>2)</sup>
61	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		-0,4 €	-743 € <sup>2)</sup>
62	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-1 € <sup>2)</sup>
63	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-2 € <sup>2)</sup>
64	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4 €	252 € <sup>1), 3)</sup>
65	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2 €	-120 € <sup>2)</sup>
66	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,2 €	265 €
67	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7 €	-2 €
68	uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-117 € <sup>2)</sup>
69	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3 €	0 € <sup>1)</sup>
70	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	49 € <sup>2)</sup>
71	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,8 €	782 € <sup>2)</sup>

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
72	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € <sup>2)</sup>
73	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € <sup>2)</sup>
74	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € <sup>2)</sup>
75	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2 €	186 € <sup>2)</sup>

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %		Fondsvolumen	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	in Mio.	in Tsd.
76	HI-A-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	131,8 €	0 € <sup>4)</sup>
77	HI-C-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	116,0 €	0 € <sup>4)</sup>
78	HI-FBI-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	129,2 €	0 € <sup>4)</sup>
79	HI-FBP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	87,7 €	0 € <sup>4)</sup>
80	HI-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	170,0 €	0 € <sup>4)</sup>
81	HI-H-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	131,6 €	0 € <sup>4)</sup>
82	HI-HT-KOMP.-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	33,7 €	0 € <sup>4), 5)</sup>
83	HI-HTNW-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	509,3 €	0 € <sup>4), 5)</sup>
84	HI-RentPlus-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	490,8 €	0 € <sup>4), 5)</sup>

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

### At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	Gesamt	in Mio.	in Tsd.
85	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		1,1 €	-414 €
86	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		-0,7 €	112 €
87	FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
88	FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
89	FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
90	FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
91	FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
92	FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
93	FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
94	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	-3 €
95	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2 €	-4 €
96	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	-4 €
97	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	-5 €
98	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,5 €	379 €
99	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		-0,9 €	-55 €
100	GlZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		14,7 €	-3.653 €
101	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	-27 €
102	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		-3,4 €	-232 €
103	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		5,3 €	1.095 €
104	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		0,0 €	-10 €
105	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		-0,1 €	-114 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	Gesamt	in Mio.	in Tsd.
106	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,5 €	-13 €
107	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0 €	-7 €
108	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		1,6 €	1.511 €
109	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		0,4 €	7 €
110	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,1 €	-7 €
111	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		-1,2 €	-220 €
112	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		15,0 €	-581 €
113	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		0,5 €	30.842 €
114	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,2 €	0 €
115	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00	33,33	0,0 €	-3 €

## At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon un- mittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
116	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		4,3 €	-1.333 €
117	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,51	0,00		18,5 €	-210 €
118	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,24	2,8 €	-11 €

## Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
119	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	100,00	100,00		0,0 €	1 €
120	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0 €	0 € <sup>1)</sup>
121	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,0 €	78 €
122	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,4 €	152 €
123	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,5 €	38 €
124	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,1 €	190 €
125	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	2,2 €	236 €
126	BM H Beteiligung-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,3 €	554 €
127	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3 €	4 €
128	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-4 €
129	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2 €	5 €
130	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-1 €
131	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2 €	4 €
132	GLD Verwaltungsgesellschaft GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 €
133	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2 €	0 €
134	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,5 €	54 €
135	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.
136	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1 €	0 €
137	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-11 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
138	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	3,2 €	437 €
139	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0 DKK	-3 DKK
140	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0 €	-1 €
141	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	3 €
142	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7 €	87 €
143	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3 CHF	65 CHF
144	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0 €	-1 €
145	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	1 €
146	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0 €	1 €
147	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2 €	-13 €
148	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4 €	96 €
149	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1 €	8 €
150	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	0,6 €	-2 €
151	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,67	1,5 €	-25 €
152	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0 €	0 €

## Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
153	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		k. A.	k. A.
154	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	5 €
155	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	1 €
156	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0 €	2 €
157	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0 €	-10 €
158	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	0 €
159	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7 €	354 €
160	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,4 €	233 €
161	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,8 €	206 €
162	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	2 €
163	Marienbader Platz Projektentwicklungs- gesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4 €	5 €
164	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-2,5 €	24 €
165	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0 €	1 €
166	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0 €	-3 €
167	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0 €	0 €
168	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.
169	Rotunde - Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Erfurt	60,00	60,00	33,33	0,6 €	48 €
170	Rotunde Verwaltungsgesellschaft mbH, Erfurt	60,00	60,00	33,33	k. A.	k. A.
171	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0 €	0 €

## Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
172	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		19,2 €	970 €
173	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		25,3 €	700 €
174	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00	0,00	20,00	k. A.	k. A.
175	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		-4,8 €	-524 €
176	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		70,1 €	5.151 €
177	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,4 €	402 €
178	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		23,7 €	1.214 €
179	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH&Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		8,0 €	224 €
180	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0 €	0 €
181	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		1,7 €	-72 €
182	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH&Co., Berlin	31,98	31,98		-4,9 €	-1.748 €

## Sonstiger Anteilsbesitz

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
183	„Dia“ Productions GmbH & Co. KG, Pullach	0,27	0,00		0,0 €	0 €
184	ABE CLEARING S.A.S à capital variable, Paris, Frankreich	1,85	1,85		20,4 €	4.800 €
185	Advent International GPE V-B Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	1,99	1,99		29,8 €	1.722 €
186	Advent International GPE VI Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	0,24	0,24		2.960,3 €	329.456 €
187	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,14	1,14		231,8 €	22.885 €
188	Almack Mezzanine I LP, London, Vereinigtes Königreich	3,93	3,93		0,4 €	83.211 €
189	Almack Mezzanine II Unleveraged LP, London, Vereinigtes Königreich	5,83	5,83		27,6 €	10.411 €
190	AlphaHaus GmbH & Co. KG, Erzhausen	5,50	0,00		0,9 €	-107 €
191	Antenne Thüringen GmbH & Co. KG, Weimar	3,50	3,50		2,1 €	1.288 €
192	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG, Bosau	11,76	0,00		0,2 €	15.694 €
193	Bauverein für Höchst a. M. und Umgebung eG, Frankfurt am Main	0,03	0,00		28,6 €	762 €
194	BC European Capital VIII-8, Saint Peter Port, Guernsey	1,83	1,83		1.022,5 €	-144.023 €
195	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungs- gebäude Halle KG i. L., München	100,00	100,0	0,21	0,0 €	36 €
196	BOF III CV Investors LP, Wilmington, USA	4,16	4,16		46,2 €	13.768 €
197	Campus Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg	6,00	0,00		63,6 €	5.293 €
198	Capnamic Ventures Fund II GmbH & Co. KG, Köln	4,27	4,27		0,0 €	0 €
199	CapVest Equity Partners II, L.P., Hamilton, Bermuda	3,48	3,48		144,8 €	2.932 €
200	Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz	2,85	0,00		-19,5 €	-802 €
201	Clareant Mezzanine Fund II (No.1) Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	4,07	4,07		158,5 €	-664 €
202	Clareant Mezzanine No. 1 Fund Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	3,40	3,40		150,4 €	13.276 €
203	DBAG Fund IV GmbH & Co. KG i.L., Frankfurt am Main	6,13	6,13		5,5 €	-5.267 €
204	DBAG Fund V GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	7,59	7,59		44,7 €	47.227 €
205	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe	1,71	0,00		626,8 €	45.284 €
206	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		171,7 €	37.787 €

6)

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
207	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	3,74	3,74		180,2 €	8.725 €
208	DIV Grundbesitzanlage Nr. 30 Frankfurt-Deutsch- herrnufer GmbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	0,06	0,06		15,3 €	741 €
209	Doughty Hanson & Co. V LP No. 1, London, Vereinigtes Königreich	1,60	1,60		372,5 €	24.588 €
210	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	6,00	0,00		10,8 €	1.919 €
211	EIG Energy Fund XIV, L.P., Dover, USA	4,05	4,05		98,6 US-\$	-47.543 US-\$
212	EQT Expansion Capital II (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	4,57	4,57		281,7 €	-62.612 €
213	EQT V (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	0,28	0,28		1.189,2 €	-79.540 €
214	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen- Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Sömmerda	6,39	0,00		0,3 €	216 €
215	Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1 €	4 €
216	Erste ST Berlin Projekt GmbH & Co KG, Berlin	0,50	0,00		0,0 €	-8 €
217	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhausen	1,76	1,76		3.309,3 €	45.029 €
218	EUFISERV Payments s.c.r.l., Brüssel, Belgien	11,37	11,37		0,2 €	46 €
219	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, München	5,10	0,00		42,6 €	1.592 €
220	Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,02	0,00		435,1 €	33.969 €
221	FIDUCIA Mailing Services eG, Karlsruhe	0,13	0,06		0,1 €	0 €
222	Fourth Cinven Fund (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	1,42	1,42		1.022,0 €	1.412.618 €
223	GeckoGroup AG in Insolvenz, Wetzlar	5,02	5,02		0,0 €	0 €
224	GELIMER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	8,93	8,93		-1,9 €	167 €
225	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	11,20	11,20		5,4 €	729 €
226	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	11,20	11,20		0,0 €	2 €
227	Gründerfonds Ruhr GmbH & Co. KG, Essen	8,96	8,96		0,0 €	-22 €
228	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	5,10	5,10		1,5 €	-7.020 €
229	Herkules Grundbesitz GmbH & Co. Frankfurt KG, Berlin	5,10	5,10		2,6 €	756 €
230	Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	15,49	0,00		1,8 €	507 €
231	Hutton Collins Capital Partners II L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,40	1,40		57,3 €	5.590 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
232	Hutton Collins Capital Partners III L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		190,6 €	-56.026 €
233	Icon Brickell LLC, Miami, USA	14,94	14,94		0,0 US-\$	-154 US-\$
234	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH, Frankfurt am Main	16,90	4,21		25,4 €	9.691 €
235	Investcorp Private Equity 2007 Fund, L.P., George Town, Kaimaninseln	2,01	2,01		300,8 US-\$	42.431 US-\$
236	LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG, Berlin	7,30	7,30		0,0 €	47 €
237	Magical Produktions GmbH & Co. KG, Pullach	1,50	0,00		-8,9 €	10.193 €
238	Magnolia GmbH & Co. KG, Nonnweiler	6,00	0,00		-0,1 €	-10 €
239	Magnum Capital, L.P., Edinburgh, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		564,9 €	130.710 €
240	MESTO Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	1,00	1,00		-3,8 €	248 €
241	Mezzanine Management Fund IV ,A' L.P., Hamilton, Bermuda	7,46	7,46		53,3 €	-26.636 €
242	MezzVest II, L.P., Saint Helier, Jersey	3,50	3,50		0,1 €	-18.867 €
243	NAsP III/V GmbH, Marburg	14,92	0,00		2,8 €	-716 €
244	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,89	0,00		495,8 €	29.432 €
245	neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	3,20	0,00		2,3 €	-52 €
246	North Haven Infrastructure Partners LP, Wilmington, USA	0,25	0,00		2.431,6 US-\$	93.198 US-\$
247	Objekt Limes Haus GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		17,0 €	568 €
248	PALMYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG S.e.n.c., Luxemburg, Luxemburg	5,20	0,00		69,6 €	363 €
249	Pan-European Infrastructure Fund LP, Saint Helier, Jersey	0,73	0,73		2.897,7 €	257.682 €
250	PATRIZIA Hessen Zehn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,20	0,00		-1,3 €	-165 €
251	PineBridge PEP IV Co-Investment L.P., Wilmington, USA	9,51	0,00		18,1 US-\$	-3.908 US-\$
252	PineBridge PEP IV Non-U.S. L.P., Wilmington, USA	17,00	0,00		16,8 US-\$	1.010 US-\$
253	PineBridge PEP IV Secondary L.P., Wilmington, USA	16,10	0,00		10,9 US-\$	-555 US-\$
254	PineBridge PEP IV U.S. Buyout L.P., Wilmington, USA	17,21	0,00		42,3 US-\$	5.098 US-\$
255	PineBridge PEP IV U.S. Venture L.P., Wilmington, USA	17,51	0,00		21,9 US-\$	83 US-\$
256	Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	14,11	14,11		2,7 €	-31 €
257	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG, Wolfhagen	6,00	0,00		3,0 €	456 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
258	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Lauterbach	6,00	0,00		0,2 €	16 €
259	Projektgesellschaft Andreasstraße mbH, Erfurt	6,00	0,00		0,6 €	0 €
260	Rebstöcker Straße GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		-17,8 €	-412 €
261	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München	9,60	9,60		14,9 €	1.825 €
262	S CountryDesk GmbH, Köln	5,00	2,50		0,4 €	32 €
263	S.W.I.F.T. Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication SCRL, La Hulpe, Belgien	0,00	0,00		325,2 €	20.722 €
264	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden	0,28	0,00		75,5 €	28.228 €
265	SIX Group AG, Zürich, Schweiz	0,00	0,00		2.554,4 CHF	221.100 CHF
266	SIZ GmbH, Bonn	5,32	5,32		4,9 €	334 €
267	TCW/Crescent Mezzanine Partners IVB, L.P., Los Angeles, USA	2,08	0,00		29,4 US-\$	-6.336 US-\$
268	TdW südwest Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH, Frankfurt am Main	3,25	0,00		1,8 €	121 €
269	Tenaska Power Fund, L.P., Wilmington, USA	1,55	0,00		32,7 US-\$	4.625 US-\$
270	THE TRITON FUND II L.P., Saint Helier, Jersey	0,77	0,77		400,5 €	122.886 €
271	TPF II, LP, Wilmington, USA	2,37	0,00		78,3 US-\$	7.708 US-\$
272	Triton Fund III L.P., Saint Helier, Jersey	0,71	0,71		1.681,6 €	613.480 €
273	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,69	7,69		4,8 €	46 €
274	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG, München	6,48	6,48		6,7 €	3.252 €
275	VCM Golding Mezzanine SICAV II, Luxemburg, Luxemburg	4,20	4,20		73,6 €	10.648 €
276	Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurt am Main	0,01	0,00		10,6 €	3.557 €
277	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Battenberg	10,32	0,00		0,4 €	265 €
278	Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1 €	3 €
279	Zweite ST Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	0,50	0,00		-0,1 €	-114 €

<sup>1)</sup> Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

<sup>2)</sup> Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

<sup>3)</sup> Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

<sup>4)</sup> Bei der Gesellschaft handelt es sich um ein Tochterunternehmen, dessen Klassifizierung nicht auf einer Stimmrechtsmehrheit beruht.

<sup>5)</sup> Geschäftsjahresende 31. Januar.

<sup>6)</sup> Kapitalanteil an einer großen Kapitalgesellschaft über 5%.

k. A. Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich

des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

**Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Dr. Hosemann
Kemler	Mulfinger	Dr. Schraad

# Country by Country Reporting nach § 26a KWG

Gemäß den mit § 26a KWG in deutsches Recht umgesetzten Anforderungen der EU-Richtlinie 2013/36/EU („Capital Requirements Directive“, CRD IV) ist ein „Country by Country Reporting“ vorzunehmen.

Mit dieser Berichterstattung werden für 2017 die angefallenen Umsätze und die Anzahl der Beschäftigten je Mitgliedsstaat der EU und je Drittland dargestellt, in denen die in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen zum Stichtag 31. Dezember 2017 eine Niederlassung unterhalten oder ihren Sitz haben.

Die Angaben zu Umsatz, Konzernergebnis und Ertragsteueraufwendungen erfolgen vor Berücksichtigung von Konsolidierungs-

effekten. Als Umsatz wird das in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogene Ergebnis der Stelle vor Risikovorsorge und Verwaltungsaufwendungen angegeben. Die Angaben zum Konzernergebnis vor Steuern und zu den Ertragsteuern betreffen den Saldo der Beiträge zu diesen beiden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns nach IFRS. Die Ertragsteueraufwendungen betreffen die Unternehmenssteuern der jeweiligen Meldestelle.

Die Anzahl der Beschäftigten wird auf Basis von Vollzeitmitarbeiteräquivalenten angegeben. Beihilfen im Sinne eines EU-Beihilfe-Verfahrens haben die konsolidierten Gesellschaften in 2017 nicht erhalten.

	Umsatz in Mio. €	Konzernergebnis vor Ertragsteuern in Mio. €	Ertragsteuern in Mio. € <sup>1)</sup>	Anzahl der Beschäftigten
Belgien	1	–	–	–
Dänemark	–1	–1	–	–
Deutschland	1.634	409	–80	5.369
Frankreich	–1	1	–1	16
Irland	4	–	–	3
Vereinigtes Königreich	80	57	–38	69
<b>Europäische Union</b>	<b>1.717</b>	<b>466</b>	<b>–119</b>	<b>5.457</b>
Schweiz	36	4	–1	105
USA	120	39	–47	87
Sonstige	2	1	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>1.875</b>	<b>510</b>	<b>–167</b>	<b>5.649</b>

<sup>1)</sup> Die in einem Land dargestellte Steuerquote kann beispielsweise durch zwei Effekte beeinflusst sein: Personenbezogene Steuereffekte, die nicht von konsolidierten Unternehmen getragen werden, sind nicht berücksichtigt. Darüber hinaus können Gesellschaften, die einen Verlust ausweisen aber in derselben Periode keine entsprechenden Steuererträge aktivieren können, die Gesamtergebnisse in einem Land schmälern und gleichzeitig den Ertragsteueraufwand nicht oder erst in späteren Perioden beeinflussen.

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Frankfurt am Main	Deutschland
Airport Office One GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Schönefeld	Deutschland
ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Finanzinstitut	Pullach	Deutschland
BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG	Finanzinstitut	Potsdam	Deutschland
Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kriftel	Deutschland
Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG	Wertpapierfirma	Frankfurt am Main	Deutschland
Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Frankfurter Sparkasse	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Galerie Lippe GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Erfurt	Deutschland
GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft KAISERLEI GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Bauprojekte GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Immobilien Holding GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Hafenbogen GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Kapitalanlagegesellschaft	Frankfurt am Main	Deutschland
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	Finanzinstitut	Pullach	Deutschland
Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HeWiPPP II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
HI A-FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI C-FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBI FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI H-FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HT-KOMP-FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HTNW-FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-RENTPLUS-FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Düsseldorf	Kreditinstitut	Düsseldorf	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main/ Erfurt	Deutschland
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen – rechtlich unselbstständiger Geschäftsbereich der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Offenbach	Deutschland
Landeskreditkasse zu Kassel – Niederlassung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Kassel	Deutschland
MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Merian GmbH Wohnungsunternehmen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Beteiligungen GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Projektentwicklung GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
PVG GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Systemo GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
TE Kronos GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen – rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Montindu S.A./N.V.	Sonstiges Unternehmen	Brüssel	Belgien
Logistica CPH K/S	Sonstiges Unternehmen	Kopenhagen	Dänemark
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Paris	Kreditinstitut	Paris	Frankreich
Helaba Asset Services	Finanzinstitut	Dublin	Irland
OPUSALPHA FUNDING LTD	Finanzinstitut	Dublin	Irland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung London	Kreditinstitut	London	Vereinigtes Königreich
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Grand Cayman	Kreditinstitut	Georgetown	Kaimaninseln
Main Capital Funding II Limited Partnership	Finanzinstitut	Saint Helier	Jersey
Main Capital Funding Limited Partnership	Finanzinstitut	Saint Helier	Jersey
Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG	Kreditinstitut	Zürich	Schweiz
LB(Swiss) Investment AG	Kapitalanlagegesellschaft	Zürich	Schweiz
Honua'ula Partners LLC	Sonstiges Unternehmen	Wailea	USA
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung New York	Kreditinstitut	New York	USA
LHT MSIP LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT Power Three LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TCW LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TPF II LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt

## Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

### Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtergebnisrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Konzernklärung nach § 315b Abs. 1 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind,

und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten nichtfinanziellen Konzernklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den

europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

## Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Risikovorsorge im Schiffskreditportfolio
2. Bemessung der Portfoliowertberichtigungen im Kreditgeschäft
3. Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwerts

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

### 1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio

1. Im Konzernabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ unter anderem Schiffskredite ausgewiesen. Für das Schiffskreditportfolio besteht eine bilanzielle Risikovorsorge, die sich aus Einzel- und Portfoliowertberichtigungen zusammensetzt. Im Geschäftsjahr 2017 war das Schiffskreditportfolio aufgrund des sich weiter verschlechternden Marktumfelds der Haupttreiber für die Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen. Bei der Ermittlung der Risikovorsorge werden von den gesetzlichen Vertretern Schätzungen insbesondere zur Entwicklung der zukünftigen Charraten und Annahmen zur Verwertung der finanzierten und als Sicherheit verpfändeten Schiffe getroffen. Da diese Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben und diese Wertberichtigungen insofern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Angemessenheit der relevanten Kreditprozesse im internen Kontrollsystem der Gesellschaft zur Bewertung von Schiffsfinauzierungen beurteilt und deren Wirksamkeit mit Hilfe von Funktionstests untersucht. Dabei haben wir auch die in diesem Bereich bestehende Geschäftsorganisation, IT-Systeme und Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Schiffskredite, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis einer risikoorientierten Stichprobe beurteilt, indem wir unter anderem die richtige Anwendung der Bewertungsmodelle nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten zukünftigen Charraten und der weiteren Inputfaktoren gewürdigt haben. Ergänzend dazu haben wir uns bei unserer Einschätzung der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Bewertungsannahmen auf allgemeine und branchenspezifische Markterwartungen gestützt. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bewertung des Schiffskreditportfolios angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Zur Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio verweisen wir auf die Angaben im Anhang zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Allgemeinen in den Notes (14), (25) und (39), die auch die Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio umfassen.

### 2. Bemessung der Portfoliowertberichtigungen im Kreditgeschäft

1. Im Konzernabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Risikovorsorge“ unter anderem Portfoliowertberichtigungen ausgewiesen. Die Portfoliowertberichtigungen im Kreditgeschäft beinhalten eine zusätzliche Vorsorgekomponente, die die Gesellschaft für die Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilkreditportfolien gebildet hat. Ein Großteil davon entfällt auf das Schiffskreditportfolio. Die Auswahl der betreffenden Teilkreditportfolien und die Bemessung der für diese Teilportfolien zusätzlich gebildeten Portfoliowertberichtigungen sind in hohem Maße von der Einschätzung durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft abhängig. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Begründung der gesetzlichen Vertreter für die Auswahl derjenigen Teilkreditportfolien gewürdigt, bei denen aus ihrer Sicht das Erfordernis zur Bildung zusätzlicher, über die im Regelprozess parameterbasiert gebildeten Portfoliowertberichtigungen hinaus besteht. Ferner haben wir die den einzelnen Teilkreditportfolien zugrundeliegenden Bemessungsgrundlagen für die Bildung der zusätzlichen Wertberichtigungen nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsparameter (z. B. am Markt beobachtbare Credit Spreads für bestimmte Länderrisiken, Sicherheitenwerte für Schiffskredite) beurteilt. Darüber hinaus haben wir die Berechnungen der Gesellschaft rechnerisch nachvollzogen. Im Hinblick auf das Schiffskreditportfolio haben wir insbesondere beurteilt, ob Veränderungen der Einzelwertberichtigungen für Schiffskredite im Geschäftsjahr bei der Bemessung der zusätzlichen Portfoliowertberichtigungen zutreffend berücksichtigt wurden und insofern keine Doppelberücksichtigung erfolgte. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bemessung der zusätzlichen Portfoliowertberichtigungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Portfoliowertberichtigungen, die Teil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind, sind im Anhang in den Notes (14) und (39) enthalten.

### 3. Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwerts

1. Die Gesellschaft hat den im Konzernabschluss unter dem Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwert, der vollständig der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Frankfurter Sparkasse zugeordnet ist, auf Werthaltigkeit getestet (sog. Impairment Test). Im Rahmen dieses Tests hat sie den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit mit ihrem Nutzungswert (Value in Use) verglichen, der mittels eines Bewertungsmodells nach dem Discounted Cashflow-Verfahren ermittelt wird. Dem Bewertungsmodell wird die von den gesetzlichen Vertretern der Frankfurter Sparkasse genehmigte Mehrjahresplanung zugrunde gelegt und mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben. Die Abzinsung erfolgt mittels den gewichteten Kapitalkosten der zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Der Werthaltigkeitstest führte zu einer vollständigen Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts, die unter dem GuV-Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ ausgewiesen wird. Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße von der Einschätzung der künftigen Zahlungsmittelzuflüsse durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie des verwendeten Diskontierungszinssatzes abhängig. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Bei unserer Prüfung haben wir unter anderem das methodische Vorgehen zur Durchführung der Werthaltigkeitstests nachvollzogen und die Ermittlung der gewichteten Kapitalkosten beurteilt. Die Angemessenheit der bei der Bewertung verwendeten künftigen Zahlungsmittelzuflüsse haben wir unter anderem durch Abgleich dieser Angaben mit der von den gesetzlichen Vertretern der Frankfurter Sparkasse genehmigten Mehrjahresplanung sowie durch Abstimmung der zugrunde liegenden Annahmen mit allgemeinen und branchenspezifischen Markterwartungen beurteilt. Zudem haben wir auch die sachgerechte Berücksichtigung von Kosten der Konzernfunktionen beurteilt. Mit der Kenntnis, dass bereits relativ kleine Veränderungen des verwendeten Diskontierungszinssatzes wesentliche Auswirkungen auf die Höhe des auf diese Weise ermittelten Unternehmenswerts haben können, haben wir uns intensiv mit den bei der Bestimmung des verwendeten Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parameter beschäftigt und das Berechnungsschema nachvollzogen. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.
3. Die Angaben der Gesellschaft zum Geschäfts- oder Firmenwert sind im Anhang in den Notes (17), (32) und (46) enthalten.

## Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangte nichtfinanzielle Konzernklärung nach § 315b Abs. 1 HGB.

Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es

sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

## Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

## Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

### Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 23. März 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 3. Mai 2017 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1953 als Konzernabschlussprüfer der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

## Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Peter Flick.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes  
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick  
Wirtschaftsprüfer

AB-0

**Lagebericht - mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“- und Jahresabschluss 2017 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB)**

Die nachfolgenden Seiten AB-1 bis AB-111 sind dem Jahresfinanzbericht 2017 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter [www.helaba.de](http://www.helaba.de) abrufbar ist.

# Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen

(Ohne den Abschnitt "Prognose- und Chancenbericht")

# Lagebericht

## Grundlagen der Bank

### Geschäftsmodell der Bank

---

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Für 2018 sind die Umwandlung der Repräsentanz Stockholm in eine Niederlassung sowie die Eröffnung einer Repräsentanz in São Paulo geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägen stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen zu ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunter-

nehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für rund 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit rund 820.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) anzuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach

den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Die Helaba überprüft ihr Geschäftsmodell regelmäßig und entwickelt es kontinuierlich weiter. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Vorjahr begonnene Portfolioreview fortgesetzt, in dem alle Geschäftsfelder auf ihre Marktattraktivität, Wettbewerbs-

fähigkeit und Ertragsaussichten überprüft wurden. Es wurden verschiedene Wachstumsinitiativen beschlossen und strukturelle Veränderungen in zwei Wellen umgesetzt.

Die erfolgten Anpassungen werden ab dem Jahresbeginn 2018 auch entsprechend in der in- und externen Berichterstattung abgebildet.

## Steuerungsinstrumentarium und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 70 % auf Ebene des Helaba-Konzerns. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Für 2017 lag die aus dem SREP-Beschluss der EZB abgeleitete mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote für die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes, KWG, sowie der Capital Requirements Regulation, CRR) bei 7,43 %. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital) gesteuert. Als

Zielkorridor hat die Helaba auf Ebene des Konzerns eine Eigenkapitalrentabilität von 5 bis 7 % definiert.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Aktivpositionen inklusive Derivaten. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll mit Übergang der Leverage Ratio in Säule 1 des bankaufsichtsrechtlichen Drei-Säulen-Modells gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission noch entscheiden. Die Helaba berücksichtigt diese Quote bereits heute in ihren Steuerungssystemen.

Nach der CRR sind eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Für die LCR lag die regulatorische Mindestquote für 2017 bei 80 %. Mit der NSFR steht jetzt noch die europäische Umsetzung der Anforderungen an die mittel- und langfristige Liquidität aus. Die Einführung der NSFR wird aktuell frühestens für 2021 erwartet. Sie wird allerdings bereits heute auf Basis der Vorgaben aus dem BCBS (Basel Committee on Banking Supervision) in den Steuerungssystemen der Helaba berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen. Die Helaba geht aktuell davon aus, erst 2018/2019 eine verbindliche MREL-Vorgabe zu erhalten.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielproduktnutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu

ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein.

Im Kreditgeschäft hat die Helaba konzernweit verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Risikostrategien verankert sind. Sie sichern die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Wahrung von Kulturgütern und den Schutz der Umwelt. Grundsätzlich schließt die Helaba eine wissentliche Finanzierung von Vorhaben aus, die schwere Umweltschäden hervorrufen oder gegen internationale Sozialstandards verstoßen.

Für kritische Wirtschaftssektoren wurden spezifische Ausschlusskriterien entwickelt, die insbesondere kontroverse Geschäftspraktiken ausschließen. Dies betrifft die Sektoren Energiewirtschaft, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie Rüstung.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### ■ Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen wie einer betrieblichen Altersversorgung sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

### ■ Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergü-

tungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

### ■ Personalentwicklung

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf

hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Qualifizierungsangebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Das Repertoire der Personalentwicklung umfasst neben den genannten Qualifizierungsangeboten beispielsweise auch Aspekte des Change, Diversity oder Performance Managements.

- **Nachwuchsförderung**

Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung,

potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

- **Weitere Schwerpunkte**

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement sowie die Führungskräfteentwicklung. Letztere orientiert sich dabei unter anderem an den Ergebnissen der letzten Mitarbeiterbefragung zur Führungskultur. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

# Wirtschaftsbericht

## Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2017 mit kalenderbereinigt 2,5 % erneut über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war fast ausschließlich von der Binnennachfrage geprägt; der Außenbeitrag steuerte nur 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Obwohl die Inflationsrate mit 1,8 % über dem Vorjahreswert von 0,5 % lag, führten gestiegene Tarifeinkommen und mehr Beschäftigung zu höheren Realeinkommen.

Trotz der anhaltenden politischen Unsicherheiten investierten die Unternehmen etwas stärker in Maschinen und Fahrzeuge. Steigende Unternehmensgewinne, günstige Finanzierungsbedingungen und hohe Auftragseingänge nicht nur in der Industrie haben hierzu beigetragen. Der Aufschwung im Wohnungsbau setzte sich fort. Er profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Positiv wirkten sich zudem die verstärkten Investitionen in die Infrastruktur durch öffentliche Auftraggeber aus.

Der deutsche Bankensektor profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2017. Dies äußert sich vor allem in einem niedrigen Risikovorsorgebedarf. Auf der anderen Seite wird das operative Geschäft der Banken durch das aktuelle Zinsumfeld weiterhin belastet. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den Verdrängungswettbewerb verbleiben die Margen unter Druck.

Durch die ständige Fortentwicklung der Informationstechnologie werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den reversionssicheren Abschluss von Währungs-Hedge-Geschäf-

ten mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden. Mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsnischen über den SEPA-Zahlungsverkehr bis hin zur Abwicklung von Schuldscheindarlehen.

Nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 sind die konkreten Rahmenbedingungen des Austritts zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich noch nicht endverhandelt. Da ein harter Brexit nach wie vor nicht ausgeschlossen werden kann, wird von der Helaba die so genannte Drittlandregelung als wahrscheinlichstes Szenario eingeschätzt. Dieses Szenario beinhaltet die Annahme, dass ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich keine Sonderregelung für den Bankensektor enthalten wird beziehungsweise kein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen wird. In diesem Fall würde das Vereinigte Königreich die 27 EU-Mitgliedsstaaten wie jedes andere Drittland behandeln.

Vor diesem Hintergrund strebt die Bank bezüglich ihrer Niederlassung in London an, gegenüber der britischen Aufsichtsbehörde Prudential Regulation Authority (PRA) einen Antrag auf Errichtung einer Drittland-Niederlassung zu stellen. Die Gremien der Bank haben diesem Vorgehen zugestimmt.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)  
Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2017 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuzahlende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2018 bei 8,89 %. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen.

- **Stresstest**

Neben dem zweijährigen Stresstest-Zyklus der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), der den nächsten Stresstest für 2018 vorsieht, hat die Helaba im ersten Halbjahr 2017 am Stresstest Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der EZB teilgenommen. Unter verschiedenen Zinsszenarien, die als Ad-hoc-Zinsschock auftreten, wurden dabei jeweils die Barwertveränderung im Bankbuch und die Veränderung des Zinsüberschusses berechnet. Alle von der Bankenaufsicht geforderten Daten konnten von der Helaba zeit- und sachgerecht geliefert werden. Die Ergebnisse sind in den diesjährigen SREP-Bescheid eingeflossen.

- **Targeted Review of Internal Models (TRIM)**

Ende 2015 hat die EZB das TRIM-Projekt ins Leben gerufen, um die derzeit von den Banken verwendeten internen Modelle zur Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen der Säule 1 gezielt zu überprüfen. Neben der Beurteilung, ob die Modelle die regulatorischen Anforderungen erfüllen, ist es das Ziel der EZB eine Vergleichbarkeit der eingesetzten internen Modelle herzustellen, um etwaige Inkonsistenzen und unbegründete Variabilität bei der Ermittlung der Risk Weighted Assets (RWA) zu verringern. Im Rahmen des TRIM-Projekts werden aktuell Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt.

Die Helaba-Gruppe wurde 2017 mit dem Schwerpunkt auf im Retail-Geschäft verwendete Kreditrisikomodelle und das interne Marktpreisrisikomodell geprüft.

- **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)**

Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des Single Resolution Boards (SRB) angesiedelt. Wie 2016 wurde im ersten Halbjahr 2017 eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Der MREL-Bestand der Helaba lag deutlich über der zuletzt in 2016 mitgeteilten indikativen Zielgröße.

- **Basel-III-Reformpaket**

Bei der Initiierung von Basel III waren im Wesentlichen Qualität und Höhe der Eigenmittel im Fokus. Mit der Basel-III-Finalisierung am 7. Dezember 2017 sind zunehmend die risikogewichteten Aktiva (RWA) in den Fokus gerückt. Die wesentlichen Änderungen erfolgten unter anderem durch eine höhere Risikosensitivität im Kreditrisiko-Standardansatz und im CVA-Risiko, durch den Wegfall des fortgeschrittenen Operational-Risk-Ansatzes (AMA) und des fortgeschrittenen Internal Ratings-Based Approach (IRB) für bestimmte Portfolios und durch die Festlegung eines Floors für interne Modelle in Höhe von 72,5 % der Gesamtrisikopositionen. Die überarbeiteten Standards sollen gemäß Basler Ausschuss ab 2022 gelten und der Output-Floor in einem Übergangszeitraum von fünf Jahren eingeführt werden. Der mit den neuen Anforderungen verbundene RWA-Anstieg für alle deutschen Institute wird in der Planung der Helaba frühzeitig berücksichtigt.

## Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2017 geprägt von einem mit 2,5 % hohen realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld.

Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit mindestens ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) hat sich mit 17,3 Mrd. € (2016: 17,4 Mrd. €) im Vergleich zum Vorjahr stabil entwickelt. Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang um 1,9 Mrd. € führten jedoch insgesamt zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden auf 80,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 81,9 Mrd. €). Hinzu kommen 6,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,6 Mrd. €) Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, liegt wie im Vorjahr bei 65 %.

Das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft zeigte sich im gesamten Geschäftsjahr 2017 sehr positiv für Finanzinstitute. Dies wurde von der Helaba genutzt, um mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufzunehmen. Wie schon in den Vorjahren profitierte die Bank dabei unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2017 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,5 Mrd. € (2016: 17,2 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen, inklusive der Mittelaufnahme unter der Serie von gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO II) der Bundesbank, betrug dabei rund 12,8 Mrd. € (2016: 14,2 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,8 Mrd. € und damit über dem Niveau der Vorjahre (2016: 2,4 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 4,7 Mrd. € (2016: 3,0 Mrd. €), wovon knapp 60 % auf Hypothekenpfandbriefe und etwas über 40 % auf

öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnten wieder erfolgreich US-Dollar-Hypothekendarlehen über insgesamt fast 1 Mrd. US-\$ mit verschiedenen Laufzeiten platziert werden. Zur Refinanzierung des schwedischen Immobilienkreditgeschäfts wurde erstmals ein Hypothekendarlehen in schwedischen Kronen (SEK) für institutionelle Investoren emittiert.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 69,4 % (31. Dezember 2016: 57,7 %). Die Eigenkapitalrentabilität stieg leicht auf 5,9 % (31. Dezember 2016: 5,7 %).

Unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen beträgt Ende 2017 die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Helaba-Konzerns 13,9 % und die Gesamtkapitalquote 21,5 %. Bei Anwendung der CRR-Endstufe („fully loaded“) beträgt die CET1-Quote 13,9 % und die Gesamtkapitalquote 20,9 %. Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die Liquiditätsdeckungsanforderung (LCR) für die Helaba liegt zum Jahresende 2017 bei 157 %. Die europaweit einheitliche LCR wurde schrittweise angehoben und ist seit dem 1. Januar 2018 zu 100 % zu erfüllen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 beträgt die Leverage Ratio der Helaba mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,4 % beziehungsweise 4,1 % („fully loaded“) und liegt damit über der vorgesehenen Mindestmarke von 3,0 %.

Die NPL-Quote der Helaba-Gruppe (gemäß EBA Risk Indicator Code AQT\_32) beträgt zum 31. Dezember 2017 0,82 %. Damit unterschreitet die Helaba wie im Vorjahr den im Rahmen der EU-weiten Transparency Exercise 2017 veröffentlichten und im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,21 % (per 30. Juni 2017).

Die Helaba ist Verbundbank für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen in vier Bundesländern. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2017 weiterhin stabil.

Der im Dezember 2016 erfolgte Verkauf der Anteile der Helaba an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG wurde im Juli 2017 vollzogen.

Auch im Geschäftsjahr 2017 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

# Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2017

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Geschäftsvolumen	161.604	165.471	-3.867	-2,3
Bilanzsumme	133.253	136.788	-3.535	-2,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	410	611	-201	-32,9
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	47	-147	+194	> +100,0
Jahresüberschuss	262	291	-29	-10,0

Die Bank berücksichtigt den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen nicht in der Darstellung der Ertragslage. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sowie der Jahresüberschuss sind in der Ertragslage daher um 45 Mio. €

(2016: 45 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften.

## Ertragslage

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.044	1.105	-61	-5,5
Provisionsüberschuss	165	174	-9	-5,2
Nettoertrag des Handelsbestands	222	158	+64	+40,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-91	8	-99	>- 100,0
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>1.340</b>	<b>1.445</b>	<b>-105</b>	<b>-7,3</b>
Verwaltungsaufwendungen	-930	-834	-96	+11,5
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>410</b>	<b>611</b>	<b>-201</b>	<b>-32,9</b>
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	47	-147	+194	> +100,0
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	-60	-70	+10	-14,3
Außerordentliches Ergebnis	-	-13	+13	-
<b>Betriebsergebnis vor Steuern</b>	<b>397</b>	<b>381</b>	<b>+16</b>	<b>+4,2</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-135	-90	-45	+50,0
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g)	-	-	-	-
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>262</b>	<b>291</b>	<b>-29</b>	<b>-10,0</b>

Die operativen Erträge der Bank sind in 2017 gesunken und liegen um 105 Mio. € unter den operativen Erträgen des Vorjahres. Der Rückgang im Zinsüberschuss, das negative sonstige betriebliche Ergebnis sowie der deutlich erhöhte Verwaltungsaufwand führen trotz gestiegenem Nettoertrag des Handelsbestands zu einem gesunkenen Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 410 Mio. €. Mit einem deutlich geringeren Aufwand im Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis und einer Zuführung zu den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB weist die Bank gegenüber dem Vorjahr ein um 16 Mio. € leicht gesteigertes Betriebsergebnis vor Steuern aus. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag hingegen erhöhen sich deutlich gegenüber dem von Einmaleffekten beeinflussten Wert des Vorjahres. Der Jahresüberschuss liegt damit bei 262 Mio. € und somit um –29 Mio. € unterhalb des Vorjahreswerts.

Der Zinsüberschuss als wesentliche Ertragskomponente für die Helaba liegt bei 1.044 Mio. €, nach 1.105 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Rückgang haben vor allem geringere laufende Zinserträge aus dem Bilanzgeschäft beigetragen. Hinzu treten geringere Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen.

Der Provisionsüberschuss liegt bei 165 Mio. € und resultiert im Wesentlichen aus Nettoprovisionserträgen des Zahlungsverkehrs (64 Mio. €) und des Kredit- und Avalgeschäfts (51 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr ist der Provisionsüberschuss um –9 Mio. € zurückgegangen, maßgeblich aufgrund rückläufiger Nettoprovisionserträge des Wertpapiergeschäfts.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Das Ergebnis von 222 Mio. € (2016: 158 Mio. €) resultiert unverändert im Wesentlichen aus dem zinsbezogenen Geschäft, das den geschäftlichen Schwerpunkt der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten darstellt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf rückläufige Bewertungsabschlüsse aus den kontrahentenspezifischen Ausfallrisiken im Derivategeschäft zurückzuführen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt bei –91 Mio. € (2016: 8 Mio. €). Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr ist durch einmalige, das Vorjahr entlastende Sondereffekte geprägt. Im Vorjahr war eine Teilauflösung der Pensionsrückstellungen zu verarbeiten, welche aufgrund der Anpassung des Renten- und Gehaltstrends und der Auswirkungen des Tarifabschlusses für das Bankengewerbe in 2016 vorgenommen wurde. Außerdem wurde im Vorjahr der zugrunde liegende Diskontierungszinssatz für die Rückstellungen für Pensionen von einem 7-Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt umgestellt.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um –96 Mio. € auf –930 Mio. € gestiegen. Diese setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von –368 Mio. € (2016: –362 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von –516 Mio. € (2016: –457 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter in Höhe von –46 Mio. € (2016: –15 Mio. €) zusammen. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben deutlich höhere Beratungskosten und EDV-Kosten für Fach- und IT-Projekte beigetragen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter betragen –46 Mio. € und sind aufgrund einer Sonderabschreibung auf aktivierte Projektkosten im Vorjahresvergleich um –31 Mio. € erhöht. Die Bankenabgabe ist mit einem Aufwand in Höhe von 37 Mio. € (2016: 35 Mio. €) im Berichtsjahr nur leicht gestiegen. Am Jahresende waren 3.408 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2016: 3.385) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl ist von 3.383 auf 3.405 gestiegen.

Das operative Ergebnis von 1.340 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von –930 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 410 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um –201 Mio. € oder –32,9 %. Die Cost-Income-Ratio, berechnet aus dem Verhältnis zwischen den Verwaltungsaufwendungen und dem operativen Ergebnis, beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2017 69,4 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Ergebnis des Kreditgeschäfts	23	–179	+202	> +100,0
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	14	–18	+32	> +100,0
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	10	50	–40	–80,0
<b>Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis</b>	<b>47</b>	<b>–147</b>	<b>+194</b>	<b>&gt; +100,0</b>

Der signifikante Rückgang der Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft führt im Berichtsjahr zu einem positiven Ergebnisbeitrag von 23 Mio. €. Zu der positiven Entwicklung haben deutlich verminderte Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo – 127 Mio. € nach – 255 Mio. € in 2016) beigetragen. Zudem trug der Rückgang der pauschalen Risikovorsorge in Höhe von 149 Mio. € aufgrund eines als deutlich geringer eingeschätzten Risikovorsorgebedarfs für noch nicht durch Einzelwertberichtigungen abgedeckte latente Risiken zur Entwicklung bei.

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei 14 Mio. € gegenüber – 18 Mio. € im Vorjahr und ist geprägt durch Erträge aus dem Verkauf einer Beteiligung.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip,

aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 10 Mio. €.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden um 60 Mio. € erhöht, so dass sich das Betriebsergebnis vor Steuern auf insgesamt 397 Mio. € gegenüber 381 Mio. € im Vorjahr beläuft.

Der Steueraufwand beträgt – 135 Mio. € (2016: –90 Mio. €).

Als Ergebnis ergibt sich ein Jahresüberschuss von 262 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

#### Entwicklung der Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	18.802	14.707	4.095	+ 27,8
Forderungen an Kunden	80.056	81.919	– 1.863	– 2,3
Schuldverschreibungen und Aktien	17.716	19.048	– 1.332	– 7,0
Handelsbestand (aktiv)	12.307	16.536	– 4.229	– 25,6
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	1.837	1.838	– 1	< – 0,1
Übrige Aktivbestände	2.535	2.740	– 205	– 7,5
<b>Bilanzsumme</b>	<b>133.253</b>	<b>136.788</b>	<b>– 3.535</b>	<b>– 2,6</b>
Geschäftsvolumen	161.604	165.471	– 3.867	– 2,3

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2017 von 137 Mrd. € auf 133 Mrd. € erneut gesunken.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve erhöhten sich um 4,1 Mrd. € auf 18,8 Mrd. €. Der Anstieg resultiert aus einer deutlich gestiegenen Barreserve auf 9,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 2,6 Mrd. €) und überkompensiert einen Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute, welcher durch eine Verringerung der Ausleihungen an die Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sowie an andere Banken geprägt ist.

Die Forderungen an Kunden sind leicht auf 80,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 81,9 Mrd. €) gesunken. Sowohl die Hypothekendarlehen (– 0,8 Mrd. €) als auch die anderen Forderungen (– 1,1 Mrd. €) sind zurückgegangen, während die Kommunaldar-

lehen auf Vorjahresniveau liegen. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben ebenfalls nahezu konstant.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 17,7 Mrd. € rückläufig. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 16,7 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31. Dezember 2016: 18,0 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden unverändert mit 1,0 Mrd. € ausgewiesen.

Der Handelsbestand (aktiv) ist in der Berichtsperiode um – 4,2 Mrd. € auf 12,3 Mrd. € zurückgegangen. Insbesondere die Derivate im Handelsbestand (aktiv) sind rückläufig mit 5,2 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €). Zudem hat ein Abbau der Anleihen und Schuldverschreibungen auf 5,3 Mrd. €

(31. Dezember 2016: 6,7 Mrd. €) zum Rückgang des Handelsbestands (aktiv) beigetragen. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind unverändert lediglich mit 0,1 Mrd. € enthalten. Forderungen des Handels blieben mit 1,2 Mrd. € nahezu auf Vorjahresniveau (1,3 Mrd. €).

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, ging um –3,9 Mrd. € auf 161,6 Mrd. € zurück. Die Bilanzsumme ging um –3,5 Mrd. € auf

133,3 Mrd. € zurück, im Wesentlichen getrieben durch den Rückgang des Handelsbestands (aktiv). Der im Vergleich hierzu leicht höhere Rückgang des Geschäftsvolumens resultiert aus der Verminderung der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien im Berichtszeitraum von 6,8 Mrd. € auf 6,2 Mrd. €. Während die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen weitgehend konstant blieben, erhöhten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen im Berichtszeitraum um 0,4 Mrd. € auf 19,5 Mrd. €.

#### Entwicklung der Passiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.027	32.098	1.929	+6,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30.614	28.467	2.147	+7,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.661	50.110	-2.449	-4,9
Handelsbestand (passiv)	6.830	10.975	-4.145	-37,8
Eigene Mittel	10.125	10.110	15	+0,1
Übrige Passivbestände	3.996	5.028	-1.032	-20,5
<b>Bilanzsumme</b>	<b>133.253</b>	<b>136.788</b>	<b>-3.535</b>	<b>-2,6</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich auf 34,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 32,1 Mrd. €). Der Anstieg entfällt im Wesentlichen auf Schuldscheindarlehen (0,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind um 2,1 Mrd. € auf 30,6 Mrd. € gestiegen. Zum Anstieg (2,9 Mrd. €) haben überwiegend erhöhte Einlagen auf laufenden Konten beigetragen.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 4,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 4,5 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um –2,4 Mrd. € gesunken. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 43,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 43,0 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten betragen die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere 4,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Der Handelsbestand (passiv) ist um –4,1 Mrd. € auf 6,8 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 4,4 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (passiv) mit 2,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,0 Mrd. €).

#### Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangiger Verbindlichkeiten) betragen zum 31. Dezember 2017 insgesamt 10,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 10,1 Mrd. €).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2017 – das heißt vor Feststellung des Jahresab-

schlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive eines Wertberichtigungsüberschusses in Höhe von 0,2 Mrd. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2016 – auf 9,8 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital in Höhe von 6,8 Mrd. €. Die dem harten Kernkapital zuzurechnenden Kapitaleinlagen betragen 1,9 Mrd. €, dem zusätzlichen Kernkapital werden stille Einlagen in Höhe von 0,5 Mrd. € zugerechnet.

Die Eigenmittelanforderungen der Bank nach CRR betragen 3,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2017. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 21,5 %; die Kernkapitalquote beträgt 15,1 %; die harte Kernkapitalquote beträgt 13,9 %.

Die nach CRR geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2017 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

## Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2016 für 2017	Ergebnisse 2017
Zinsüberschuss	rund 3 % unter Vorjahr	-5,5 %
Provisionsüberschuss	2 % über Vorjahr	-5,2 %
Nettoertrag des Handelsbestands	rund 22 % unter Vorjahreswert	+40,5 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Saldo deutlich negativ	-91 Mio. €
Personalkosten	„kein Anstieg erwartet“	+0,8 %
Personalaufwand	Erhöhung um 7 %	+1,7 %
Sachaufwand inklusive Abschreibungen	Erhöhung um rund 5 %	+19,1 %
Risikoversorge	auf Höhe des Vorjahres	-94,0 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>rund 1/3 unter dem Vorjahresergebnis</b>	<b>+4,2 %</b>
Cost-Income-Ratio	rund 68 %	69,4 %
<b>Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft</b>	<b>16,3 Mrd. €</b>	<b>17,3 Mrd. €</b>

Die wesentlichen Abweichungen von der geplanten Geschäftsentwicklung der Helaba werden im Folgenden erläutert.

Der Provisionsüberschuss entwickelte sich im Kapitalmarktgeschäft sowie im Kreditgeschäft unter Plan. Weiter führte die intensive Nutzung der Wertpapierleihe im Rahmen der Liquiditätsbevorratung zu über Plan liegenden Provisionsaufwendungen.

Das Handelsergebnis liegt aufgrund von niedrigeren Bewertungsabschlägen bei den Derivaten (Credit Value Adjustments, CVA) infolge der gestiegenen langfristigen Zinsen deutlich über dem Planwert.

Für die Entwicklung der Personalkosten wurde unterstellt, dass die tarifbedingten Steigerungen durch Personalbewegungen ausgeglichen werden. Im Ist 2017 war in Summe ein minimaler Anstieg um 0,8 % zu verzeichnen.

Für den gesamten Personalaufwand, der die Zuführungen von Rückstellungen zu den Instrumenten der betrieblichen Altersversorgung einschließt, wurde für 2017 eine Zuführung in Höhe der durchschnittlichen Vorjahreswerte erwartet. Dies ließ für 2017 einen deutlichen Anstieg erwarten, nachdem in 2016 eine Entlastung durch die überdurchschnittliche Anpassung der Parameter (Rentenanpassung) zu verzeichnen war. Da es auch in 2017 erneut eine überdurchschnittlich hohe Rentenanpassung gab, blieb der erwartete Anstieg des Personalaufwandes im Ist allerdings aus.

Im Sachaufwand fiel der erwartete Anstieg durch ungeplante Projekte deutlich höher aus. Einige regulatorisch getriebene Projekte binden mehr Kapazitäten als ursprünglich geplant und sind mit Priorität durchzuführen. Vor allem durch das von der On-site-Inspection-IT ausgelöste Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projektportfolio der Helaba größer geworden. Die ursprüngliche Planung der Bank

ging dabei von einer deutlich höheren Aktivierung aus. Eine einmalige Sonderabschreibung im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems führte in 2017 zu einem ungeplanten Anstieg der Abschreibungen.

Innerhalb der Risikovorsorge stehen den planmäßigen Zuführungen deutlich mehr ungeplante Auflösungen gegenüber, so dass sich die Risikovorsorge deutlich besser als geplant entwickelt hat.

Insbesondere die gute Entwicklung im Nettoertrag des Handelsbestands sowie die niedrigere Risikovorsorge haben dazu bei-

getragen, dass sich das Ergebnis vor Steuern deutlich über Plan entwickelt hat.

Durch den projektinduzierten Anstieg des Sachaufwands und den Einmaleffekt aus der Sonderabschreibung im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems stieg die Cost-Income-Ratio über den Planwert.

Insbesondere das hohe Abschlussvolumen im Bereich Corporate Finance hat dazu beigetragen, dass das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft oberhalb der Planung liegt.

## Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft reduzierte sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 16 % auf 8,7 Mrd. € und lag damit auf Planniveau. Die Margen konnten im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht werden. Gleichzeitig waren auch in 2017 hohe vorzeitige Tilgungen zu verzeichnen, so dass sich das durchschnittliche Kundenvolumen leicht rückläufig entwickelt hat. Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % zurück. Damit lag die Entwicklung der Erträge im Immobilienkreditgeschäft in 2017 leicht unter den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 5,6 Mrd. € um rund 30 % über dem Vorjahresniveau und damit deutlich über dem Planwert. Bei im Jahresdurchschnitt leicht gestiegenen Kundenforderungen führte der Wegfall eines Einmaleffekts zu einem Rückgang der Erträge gegenüber dem Vorjahr um 2 %. Damit fiel der Rückgang der Erträge geringer als geplant aus.

Mit ausländischen Gebietskörperschaften wurden in 2017 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Die gesamten Erträge lagen im Bereich Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften auf dem Vorjahresniveau und damit leicht unter Plan.

Im inländischen Kommunalkreditgeschäft (einschließlich Verbundbankanteil) lag das mittel- und langfristige Abschlussvolumen in 2017 mit 1,5 Mrd. € deutlich über dem Vorjahresniveau und über Plan. Bei stabilen Margen wurden Erträge auf Vorjahresniveau erzielt und die Planung erreicht.

Das Kapitalmarktgeschäft wurde in 2017 weiter durch das Niedrigzinsumfeld geprägt, so dass sich die Kundenbeiträge aufgrund der verhaltenen Nachfrage seitwärts entwickelten. Die konservativ geplanten Beiträge aus der Bewertung von OTC-Derivaten sowie der Ermittlung der Credit Value Adjustments (CVA) und

Debit Value Adjustments (DVA) entwickelten sich in 2017 deutlich besser als erwartet, so dass die gesamten Erträge deutlich über Plan liegen.

Im Cash Management konnten in 2017 die Provisionserträge gegenüber dem Vorjahr um 7 % gesteigert werden. Im Zinsergebnis konnten die Belastungen aus den negativen Kurzfristzinsen durch die Vereinnahmung von Verwahrentgelten teilweise kompensiert werden, so dass die gesamten Erträge gegenüber dem Vorjahr gesteigert wurden und auch über der Planung lagen.

Im Verbundgeschäft mit Sparkassen konnten die Erträge gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Allerdings blieb der Anstieg leicht hinter dem Plan zurück. Die höheren Erträge resultierten vorrangig aus den Produkten des Cash Management und dem Sparkassenkreditgeschäft.

Das Bruttoneugeschäft der LBS lag im Berichtsjahr leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Ertrags- und Ergebnisentwicklung ist neben anhaltend niedrigen Anlagerenditen insbesondere geprägt durch die Rückstellung für das Reorganisationsprojekt LBS-EVOLution, den Wegfall von Sondereffekten aus Pensionsrückstellungen sowie den Verzicht auf dispositive Erträge bei gleichzeitiger Realisierung dispositiver Aufwände. Entlastend wirkt im Zinsergebnis die im letzten Jahr vorgezogene Einmalbelastung aus einem fristen- und volumenkongruenten Refinanzierungsmitteltausch.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war durch einen stabilen Geschäftsverlauf und damit einhergehend einem leichten Anstieg der Bilanzsumme geprägt. Zins- und Provisionsergebnis stiegen unter anderem auch durch selektive Margenverbesserungen, den Abschluss neuer Dienstleistungsverträge mit dem Land Hessen sowie indexierte Vergütungsanpassungen bei bestehenden Verträgen gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % an.

# Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2017 nicht ergeben.

# Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba-Gruppe fest. Die Risikostrategie umfasst alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Helaba-Konzerns und somit auch die Helaba-Gruppe im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR). Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie der Helaba-Gruppe sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils und der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

## Prinzipien

### Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt

er für deren Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

### Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Gesamtrisikostategie und der Teilrisikostراتيجien im Einklang mit der Erreichung der strategischen Ziele der Helaba – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmög-

lichem Schutz des Vermögens der Helaba und der Erfüllung der Aufgaben – auf der Grundlage des Risk Appetite Frameworks (RAF) eingegangen werden.

### Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen

gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

## Klare Kompetenzen

---

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu

tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

## Funktionstrennung („Three Lines of Defense“, 3 LoD)

---

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten

für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifizierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem 3-LoD-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

## Transparenz

---

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachge-

rechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

## Kosteneffizienz

---

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber

auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

## Risk Appetite Framework

---

Die Helaba versteht unter dem RAF einen ganzheitlichen Ansatz zur Risikosteuerung. In diesem Ansatz werden so genannte RAF-Indikatoren identifiziert, auf deren Basis das Risikoprofil materiell vollständig beschrieben ist. Die RAF-Indikatoren sind sowohl risikoartenübergreifend als auch risikoartenspezifisch festgelegt und zielen auf die regulatorische und ökonomische Kapital-Adäquanz, die Angemessenheit der Liquiditätsausstattung sowie auf die Nachhaltigkeit der Ertragskraft ab. Für jeden RAF-Indikator werden Schwellenwerte für Risikoappetit, Risikotoleranz und – sofern relevant – Risikokapazität durch den Vor-

stand festgelegt, mit denen die wesentlichen risikostrategischen Ziele im Rahmen der Planung konkretisiert werden. Der Risikoappetit bezeichnet das Risiko-Level, welches die Helaba eingehen bereit ist, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikotoleranz gibt an, welche Abweichungen vom Risikoappetit in einem ungünstigen Umfeld noch toleriert werden, um die strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikokapazität gibt durch regulatorische Begrenzungen – sofern vorhanden – das maximale Risiko-Level an, das die Helaba eingehen kann.

## Risikotragfähigkeit

---

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und

damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

## Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des

regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

## Risikokultur

Die Risikokultur der Helaba umfasst die Einstellungen und Verhaltensweisen der Angestellten der Helaba in Bezug auf Risikobewusstsein, Risikobereitschaft und Risikomanagement. Durch die Risikokultur der Helaba werden die Identifikation und der bewusste Umgang mit Risiken gefördert, so dass sichergestellt ist, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die die beschlossenen risikostategischen Vorgaben einhalten und dem Risikoappetit entsprechen. Die Risikokultur der Helaba geht somit über das Governance-Framework und die etablierten Kon-

trollen hinaus. Die Weiterentwicklung der Risikokultur ist eine laufende Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte der Helaba. Das vom Vorstand verabschiedete Leitbild, in dem Grundwerte und Leitsätze der Helaba festgeschrieben sind, ein bedarfsgerechtes Führungskräfteentwicklungs-Programm, ein auf Risikobewusstsein ausgerichtetes Vergütungssystem und eine offene Kommunikationspolitik sind dazu Bausteine, die zur Berücksichtigung der einschlägigen nationalen und internationalen Normen entwickelt worden sind.

## Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die

Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

## Risikoklassifizierung

### Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird jährlich, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätsslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Als Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko wird das ökonomische Verlustpotenzial definiert, das aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderisiko) entstehen kann.
- Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.
- Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen

aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitäts-behafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.

- Das Liquiditäts- und Funding-Risiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet Reputationsrisiken, wenn diese ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen sind. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:
  - Rechtsrisiken sind definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
  - Verhaltensrisiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank-)Dienstleistungen, einschließlich Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
  - Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
    1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
    2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.
- Das IT-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) als Bestandteil des operationellen Risikos umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in der Risikotragfähigkeit in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.

- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft

erfasst. Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen gehören nicht hierzu.

## Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

## Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinanderfolgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

### 1. Risikoidentifikation

---

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüber-

wachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

### 2. Risikoquantifizierung

---

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfah-

ren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf- beziehungsweise Abschläge ab.

### 3. Risikosteuerung

---

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit

der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

### 4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

---

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger

statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

## Risikomanagementstruktur

### Gremien

---

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA) und der Kreditmanagementausschuss (KMA). Dem Dispositionsausschuss

obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

### Risikomanagement der gruppenangehörigen Unternehmen

---

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das

Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit

zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungs-kreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2017 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse

vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

## Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten folgen einem „Three Lines of Defense“ Prinzip. Dieses regelt im Sinne einer Governance die Rollen und Verantwortlichkeiten und stellt dadurch eine unabhängige Überwachung und interne Prüfung der Wirksamkeit der implementierten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen sicher. Die Steuerung der Risiken aus der

ersten Verteidigungslinie ist im Helaba-Einzelinstitut inklusive der LBS und WIBank sowie in den gruppenangehörigen Unternehmen von der unabhängigen Überwachung der Risiken in der zweiten Verteidigungslinie disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Im Helaba-Einzelinstitut ist das 3-LoD-Konzept wie folgt umgesetzt:

### 1st Line of Defense (1st LoD)

Die GuV- und Risikoverantwortung liegt für die relevanten Wertschöpfungsprozesse in den Markt Bereichen (Kredit- und Handelsbereiche). Diese sind für die Steuerung der Kredit-, Markt- und

Liquiditätsrisiken sowie der Immobilienrisiken verantwortlich. Für gewisse nichtfinanzielle Risiken, insbesondere das operationelle Risiko, fungiert grundsätzlich jeder Bereich als eine 1st LoD.

### 2nd Line of Defense (2nd LoD)

Die unabhängigen Funktionen der Überwachung, des Risikocontrollings und der Risikoberichterstattung werden von nicht direkt in die Wertschöpfungsprozesse involvierten Einheiten wahrge-

nommen, insbesondere von den Bereichen Risikocontrolling und Credit Risk Management.

### 3rd Line of Defense (3rd LoD)

Risikoorientiert und vollständig unabhängig von den Wertschöpfungsprozessen prüft die Revision die Funktionsfähigkeit (Effektivität) der ersten beiden Verteidigungslinien und bewertet die Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Risikosteuerungsprozesse unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben. Die in-

terne Revision überwacht dabei die Maßnahmenumsetzung zu externen und internen Feststellungen einschließlich der terminlich überfälligen Feststellungen. Die Revision berichtet direkt an den Gesamtvorstand der Helaba und auch regelmäßig an den Verwaltungsrat sowie dessen Prüfungsausschuss.

Zur Wahrnehmung der entsprechenden Verantwortlichkeiten sind die benannten Organisationseinheiten der Helaba durch

die anderen Organisationseinheiten mittels Bereitstellung erforderlicher Informationen und Hilfestellungen zu unterstützen.

Risikoarten	Risikosteuernde Einheiten (1st LoD)	Risikosteuernde Einheiten (2nd LoD)	Überprüfende Einheit (3rd LoD)
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche (Kreditbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung: Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbank-Portfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene)	Revision
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, gemeinsam mit Spezialistenfunktionen <sup>1)</sup> in den nachfolgenden Einheiten: Informationstechnologie, Infor- mation Security Management, Recht, Compliance Geldwäsche und Betrugsbekämpfung, Com- pliance Kapitalmarkt, Organisation, Personal, Bilanzen und Steuern	
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling	
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement	Risikocontrolling	
Risikoartenübergreifende Aufgaben	–	Konzerncontrolling (unter anderem Risikotrag- fähigkeitsrechnung, Kapitalplanung), Risikocontrolling (unter anderem Ermittlung Risiko- potenziale, Model Governance)	

<sup>1)</sup> Die Spezialistenfunktionen sind neben dem Bereich Risikocontrolling für entsprechende Risiken gemäß Risikoartensystematik zuständig, die unter dem operationellen Risiko subsumiert und in der Teilrisikostrategie operationelle Risiken detailliert dargestellt sind.

Das eigenständige Risikomanagement innerhalb der LBS, WIBank und der gruppenangehörigen Unternehmen ist hinsichtlich des 3-LoD-Prinzips grundsätzlich vergleichbar mit dem des Helaba-Einzelinstituts ausgestaltet. Unabhängig davon können jedoch spezifische Regelungen vorliegen. Für die Einbeziehung in die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Helaba-Gruppe sind die jeweiligen Einheiten des Helaba-Einzel-

instituts verantwortlich. Die LBS und WIBank haben zudem die Vorgaben für das Helaba-Einzelinstitut unmittelbar anzuwenden.

Für die Durchführung der risikoartenübergreifenden Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Bereich Konzerncontrolling verantwortlich.

## Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse, die beschlossenen Maßnahmen sowie den Status der Maßnahmen.

## Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

Die Bank hat die direkt dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Risikoanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen

Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforderungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Datenschutzgesetzgebung (Bundesdatenschutzgesetz, BDSG, Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk, Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion kontinuierlich weiterentwickelt.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands sowie für interne und externe Anfragen zum Thema Datenschutz. Sie führt eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher. Die Helaba bereitet sich auf die Anforderungen der DSGVO vor. Hierzu werden spezifische Aufgaben, Themen und Prozesse in einem Umsetzungsprojekt geprüft und bearbeitet, um rechtliche Vorgaben fristgerecht zum 25. Mai 2018 anzupassen.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

## Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werden den erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollaustattung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2017 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 2,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien

„Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

## Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Helaba ist), sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe umfasst zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,1 Mrd. €). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und

Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögensanlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ des Gesamtrisikobetrags gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2017 insgesamt 518 Mio. € (31. Dezember 2016: 522 Mio. €). Die barmäßige Dotierung lag zum gleichen Stichtag bei 442 Mio. € (31. Dezember 2016: 410 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

## Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

## Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwert-

berichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

## Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß der Artikel 389 f. der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken, Lastschriftreicher-Risiken sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

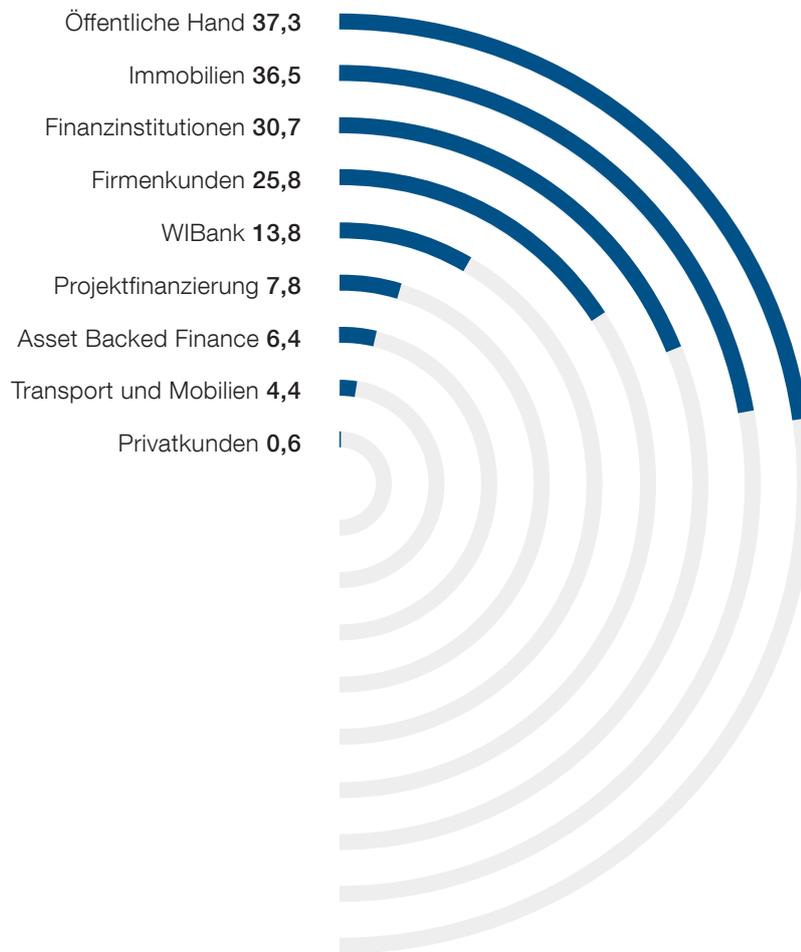
Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit Kreditäquivalenzbeträgen, die auf einer internen Add-on-Methode basieren. Die Add-ons werden einmal pro Jahr beziehungsweise anlassbezogen (beziehungsweise bei Marktverwerfungen) vom Bereich Risikocontrolling validiert und ggf. angepasst. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2017, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 163,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 165,6 Mrd. €), aufgeteilt nach Portfolios, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungstechniken.

Gesamtkreditvolumen nach Portfolios (Helaba-Einzelinstitut)  
 Grafik 1

in Mrd. €



Der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten liegt zum 31. Dezember 2017 bei den Portfolios Öffentliche Hand, Immobilien und Finanzinstitutionen (insbesondere Kreditgewerbe).

## Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine

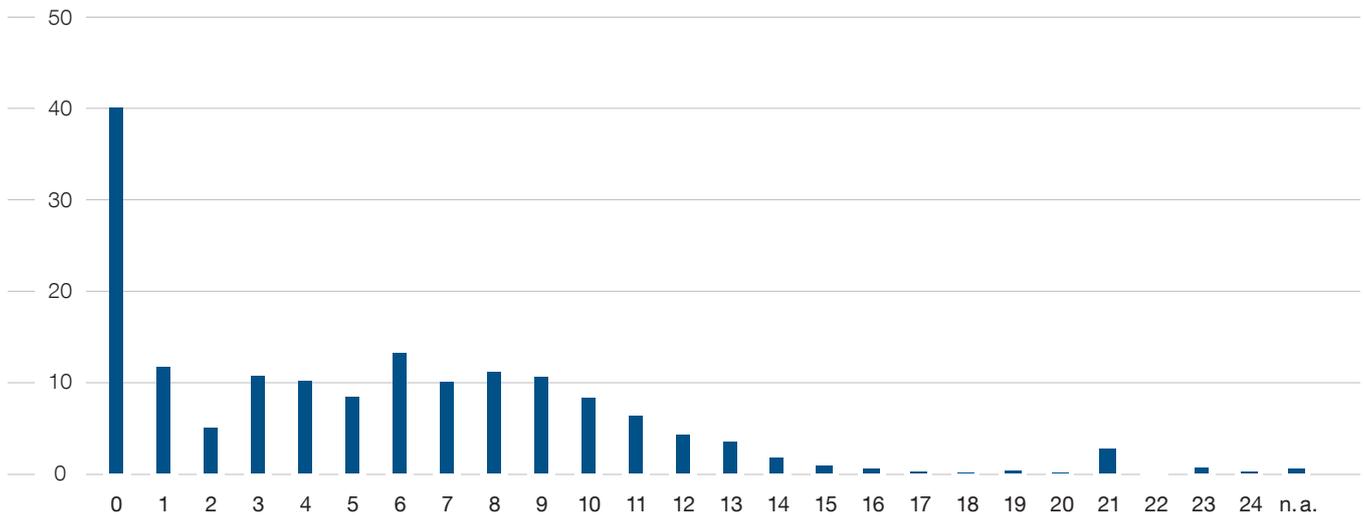
25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Im Helaba-Einzelinstitut teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 163,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 165,6 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

## Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 2

in Mrd. €



## Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

## Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Han-

delsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2017 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 43,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 46,4 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (83,5 %) und Nordamerika (14,2 %). Sie sind per 31. Dezember 2017 zu 75,0 % (31. Dezember 2016: 73,7 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 25,0 % (31. Dezember 2016: 26,2 %) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,1 % (31. Dezember 2016: 0,1 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

## Engagements in Großbritannien

Per 31. Dezember 2017 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,9 Mrd. €). Im Übrigen

hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf die Höhe des Adressenausfallrisikos.

## Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

## Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines

Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

## Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

---

In der regulatorischen Sicht erfolgt die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch ge-

messene Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0% (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9% (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 572 Mio. € (31. Dezember 2016: 561 Mio. €).

## Risikovorsorge

---

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

## Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das gruppenweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungskategorie Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs

(Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2016 nahezu unverändert. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 11 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €).

## Marktpreisrisiko

### Risikosteuerung

---

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

### Limitierung von Marktpreisrisiken

---

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch.

Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

### Risikoüberwachung

---

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktconformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung

und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

## Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelations-effekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2017 sowie

eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Der Rückgang des linearen Zinsänderungsrisikos ist vor allem auf eine Modelländerung im zweiten Quartal zurückzuführen. Zusätzlich zur verbesserten Modellierung von Zinsentwicklungen im Niedrigzinsumfeld wurde das Zinskurvenuniversum erweitert. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche länder- und ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 86 % (31. Dezember 2016: 90 %) auf Positionen in Euro und 8 % (31. Dezember 2016: 6 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, kanadischen Dollar und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9%-Konfidenzniveau 166 Mio. € (31. Dezember 2016: 136 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 239 Mio. € (31. Dezember 2016: 395 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das deutlich gesunkene lineare Zinsänderungsrisiko zurückzuführen, dem ein leichter Anstieg des inkrementellen Risikos entgegensteht.

Konzern-MaR nach Risikoarten

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Gesamt</b>	45	92	39	88	1	0	5	4
Handelsbuch	15	28	13	26	0	0	2	2
Bankbuch	39	67	35	64	0	0	4	2

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Pro-

dukte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

## Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR,

das sich aus den Risikomesssystemen MaRC<sup>2</sup> (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

## Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Im Gesamtjahr 2017 betrug das durchschnittliche MaR 19 Mio. €

(Gesamtjahr 2016: 25 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 33 Mio. €) und der minimale Wert 14 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 19 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2016 ist im Wesentlichen auf die Umstellung des Modells für lineare Zinsänderungsrisiken zur verbesserten Berücksichtigung des Niedrigzinsniveaus zurückzuführen.

### Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2017

Grafik 3

in Mio. €



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies

ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung an den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Zinsänderungsrisiko	26	25	15	22	13	21	12	25	17	23
Währungsrisiko	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Aktienrisiko	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>18</b>	<b>24</b>	<b>16</b>	<b>23</b>	<b>15</b>	<b>27</b>	<b>19</b>	<b>25</b>

Anzahl der Handelstage: 250 (2016: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

## Backtesting

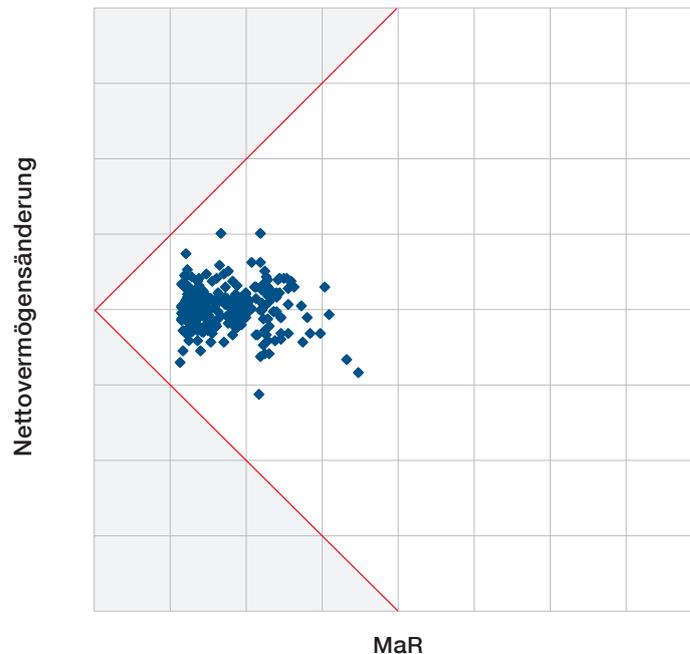
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und

Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

## Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2017 keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

## Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

## Marktpreisrisiken (inklusive Zinsänderungsrisiken) im Bankbuch

---

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefor-

dert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2017 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 277 Mio. € führen (31. Dezember 2016: 261 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 258 Mio. € (31. Dezember 2016: 249 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

## Performance-Messung

---

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel

der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

## Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmär-

ten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2017 jederzeit vollumfänglich gewährleistet.

Ein Liquiditätstransferpreissystem stellt sicher, dass alle mit den verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Helaba verbundenen Liquiditätskosten (direkte Refinanzierungskosten und Kosten der Liquiditätsreserve) transparent verrechnet werden. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

## Steuerung und Überwachung

---

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba, so dass eine konzernweit aggregierte Betrachtung möglich ist.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktions-träger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interban-

kenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stress-tests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

## Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intraday-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2017 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag aufgrund der sehr guten Liquiditätsausstattung 11 % (31. Dezember 2016: 20 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 16 %

(31. Dezember 2016: 24 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2017 bei 9 % (2016: 27 %) und spiegelt die sehr gute Liquiditätssituation wider.

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der LCR. Die LCR lag 2017 wie auch 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße. Seit 2017 wird bereits die zukünftig gültige Quote von 100 % vollständig erreicht.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der EZB. Die Intraday-Liquiditätsdisposition erfolgt im Bereich Cash Management.

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,5 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Reduktion um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2016) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

## Strukturelles Liquiditätsrisiko und Marktliquiditätsrisiko

---

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird unter Variation der Haltedauer monatlich eine Szenariorechnung durchgeführt. Das

skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2017 analog zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten und getestet.

## Operationelles Risiko

### Steuerungsgrundsätze

---

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

### Instrumentarium

---

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quanti-

fizierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

## Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation, eingetretene Schadensfälle und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

## Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die

ursächlich auf Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns des Jahres 2017:

## Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario

in Mio. €

	Stichtag 31.12.2017	Stichtag 31.12.2016
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	60	36
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	31	37
<b>Gesamt</b>	<b>91</b>	<b>73</b>

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risiko-

potenzial) in Höhe von 91 Mio. € (31. Dezember 2016: 73 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

## Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

## Rechtsrisiko

---

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank

die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

## Outsourcing-Risiko

---

Risiken aus Auslagerungen leiten sich unter anderem aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Darüber hinaus sind mit Auslagerungen operationelle Risiken verbunden. Zur Begrenzung der Risiken findet eine Überwachung und Steuerung der Dienstleister sowie deren Leistungserbringung durch die für die Auslagerungen verantwortlichen Stellen in den jeweiligen Bereichen statt. Die Intensität der

Überwachung und Steuerung orientiert sich dabei am Risikogehalt, der dem zuständigen Dezernenten regelmäßig berichtet wird. Der Bereich Organisation (bis 31. Dezember 2017: Organisation und Informatik) hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis der Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

## Informationssicherheits- und IT-Risiko

---

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien

(IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

## Business Continuity Management

---

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

## Rechnungslegungsprozess

---

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil)abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis- und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der

eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausi-

bilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

## Stuerrisiken

---

Die Bank hat im Berichtsjahr ein Tax Compliance Management System (TCMS) eingerichtet. Dieses wurde zum 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Das TCMS wurde unter Berücksichtigung von rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen konzipiert und fokussiert auf die Einhaltung steuerlicher Vorschriften und die Vermeidung von Steuerrisiken. Ein wesentlicher Baustein des TCMS ist die Identifikation, Steuerung und Überwachung der steuerlichen Risiken. In den operativen Geschäftsprozessen der Bank sind Aufgaben, Abläufe und Kontrollvorgaben unter Risikoaspekten geordnet.

Die übergeordneten Rahmenbedingungen sind in der Steuerstrategie der Helaba niedergelegt, welche künftig ein Bestandteil der Geschäftsstrategie ist. Zur Einhaltung der Vorgaben aus der

Steuerstrategie im operativen Geschäftsbetrieb sind alle Bereiche verpflichtet. Die Überwachung der Steuerrisiken im Geschäftsbetrieb der Helaba ist Aufgabe der Abteilung Steuern und erfolgt durch einen zentralen Tax Risk Manager im Zusammenspiel mit Tax-Compliance-Koordinatoren der Fachbereiche.

Die Abteilung Steuern ist zuständig für das steuerliche Anweisungswesen, das auch die übergreifenden Kontrollvorgaben regelt. Die Umsetzung der Kontrollvorgaben und abgeleiteten Verbesserungsmaßnahmen obliegt den Fachbereichen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über steuerliche Risiken ist eingerichtet.

## Sonstige Risikoarten

### Geschäftsrisiko

---

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der

Bereich Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung.

Zum 31. Dezember 2017 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2016 um 8 Mio. € auf 150 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2016: 158 Mio. €).

## Immobilienrisiko

---

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt schwerpunktmäßig die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwa-

chung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2017 bedingt durch Portfoliozuwachs auf 48 Mio. € (31. Dezember 2016: 31 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

## Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen

Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

## Nichtfinanzielle Erklärung

Die nachfolgende nichtfinanzielle Erklärung entspricht der nichtfinanziellen Erklärung des Konzernlageberichts.

Die Helaba ist gemäß dem „Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten“ (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) erstmals für das Geschäftsjahr 2017 dazu verpflichtet, eine nichtfinanzielle Erklärung aufzustellen (§ 340a Abs. 1a HGB). Dieser Verpflichtung kommt die Helaba in dieser nichtfinanziellen Erklärung für den Konzern (NfE) gemäß § 340i Abs. 5 HGB nach, in der die wesentlichen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die nichtfinanziellen Aspekte Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Korruption und Bestechung (§ 289c Abs. 2 HGB) dargestellt werden.

Die dargestellten Konzepte gelten hierbei grundsätzlich für den Konzern. Im Falle von Abweichungen von diesem Grundsatz wird hierauf im Text hingewiesen. Die Frankfurter Sparkasse ist konsolidiert dargestellt; wesentliche Merkmale werden an relevanten Stellen gesondert ausgewiesen.

### Geschäftsmodell

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag prägen neben finanziellen Aspekten auch nichtfinanzielle Aspekte das Selbstverständnis der Helaba. Das Geschäftsmodell ist langfristig orientiert und hat eine regionale Verankerung. Die Helaba ist im gesamten Bundesgebiet sowie in ausgewählten internationalen Märkten aktiv. Ein konservatives Risikoprofil, die starke Verzahnung mit der Realwirtschaft und die Integration in den Sparkassenverbund kennzeichnen diese Ausrichtung. Das Geschäftsmodell der Helaba ist umfassend im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ beschrieben.

Um negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie Reputationsrisiken für die Helaba zu minimieren, hat die Helaba in 2014 für den gesamten Konzern geltende Nachhaltigkeitsleit-

Die Helaba nutzt bei der Erstellung der NfE den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) und die dort verwendeten Indikatoren der Global Reporting Initiative (GRI). Die NfE stellt einen Ausschnitt der DNK-Entsprechenserklärung der Helaba dar. Im Internet berichtet die Helaba umfassend über ihr Nachhaltigkeitsprogramm ([nachhaltigkeit.helaba.de](http://nachhaltigkeit.helaba.de)). Dort ist auch die Entsprechenserklärung gemäß DNK verfügbar.

Im Geschäftsjahr und zum Berichtszeitpunkt sind unter Berücksichtigung des Risikomanagementprozesses der Helaba (Nettomethode) keine wesentlichen Risiken erkennbar, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die oben genannten Aspekte haben beziehungsweise haben werden.

Die Aussagen der NfE wurden einer freiwilligen externen betriebswirtschaftlichen Prüfung nach ISAE 3000 (Revised) mit begrenzter Sicherheit durch den Abschlussprüfer unterzogen. Verweise auf Angaben außerhalb des Lageberichts sind weiterführende Informationen und nicht Bestandteil der NfE oder des Lageberichts.

sätze formuliert, die vom Vorstand beschlossene Verhaltensmaßstäbe für die Bereiche Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement enthalten. Damit wird der am Gemeinwohl orientierte öffentliche Auftrag der Helaba, wie er im Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen sowie in der öffentlich-rechtlichen Satzung der Helaba verankert ist, konkretisiert.

Des Weiteren hat sich die Helaba im Jahr 2017 zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact bekannt. Sie erkennt damit internationale Standards für Umweltschutz, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Bekämpfung von Korruption an.

## Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die Aspekte Umwelt und Soziales

Durch ihre Geschäftstätigkeit als Kreditinstitut, durch die Wohnungsbestände der Tochtergesellschaft GWH im Bereich der Immobilienwirtschaft sowie im Bereich Privatkundengeschäft durch die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse ergeben sich Auswirkungen auf die Aspekte Umwelt und Soziales. Durch ihren Geschäftsbetrieb in Bürogebäuden und der Betriebsökologie sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf die

Umwelt. So ist beispielsweise der MAIN TOWER, das Hauptgebäude der Helaba, seit 2011 nach den Standards von Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) als nachhaltiges Gebäude zertifiziert und seit 2016 nach Energieeffizienzmaßnahmen mit der höchsten Kategorie Platin ausgezeichnet. Betriebliche Umweltindikatoren werden regelmäßig erhoben und auf der Website der Helaba transparent gemacht.

### Kreditfinanzierungen

Das Kreditgeschäft stellt das Kerngeschäft der Helaba dar. Grundsätzlich besteht damit das Risiko, dass von der Helaba finanzierte Unternehmen oder Projekte negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft verursachen.

Um diese negativen Auswirkungen aus den Finanzierungen zu minimieren, hat die Helaba 2017 Nachhaltigkeitskriterien und Ausschlussbedingungen für die Kreditvergabe entwickelt, die in den bestehenden Risikoprozess und die Risikosteuerung integriert wurden und ab dem Geschäftsjahr 2018 konzernweit gelten.

Entsprechend wurde in der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiko festgelegt, dass die wissentliche Finanzierung von Vorhaben, die schwere Umweltschäden oder schwere soziale Schäden hervorrufen, ausgeschlossen ist. Dies umfasst insbesondere Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung von Kulturgütern, die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Umweltschädigungen.

Diese übergreifenden Grundsätze der Kreditvergaberichtlinien werden durch sektorspezifische Leitlinien ergänzt, die für Sektoren mit erhöhtem Risiko gelten. Spezifische Kriterien wurden für die Sektoren Energiewirtschaft, Kohlekraftwerke, Staudämme

und Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie für den Rüstungssektor verabschiedet. So hat die Helaba entschieden, das derzeitige Engagement im Bereich Kohlekraftwerke und Kraftwerkskohle schrittweise zurückzufahren. Gleichzeitig erhöht sie durch gezielte Finanzierung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien sowie erneuerbaren Energien ihren positiven Einfluss auf die Energiewende. Die sektorspezifischen Leitlinien werden auf der Website der Helaba ausgewiesen und sind somit auch für die Marktteilnehmer einsehbar.

Die Risikostrategien der Helaba werden jährlich überprüft und Anpassungen oder Ausweitungen von Nachhaltigkeitskriterien bei Bedarf eingeführt. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos ist in das bankweite Risikomanagement integriert. Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die nach Maßgabe der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig (siehe Risikobericht).

### Versorgung mit Finanzdienstleistungen

Im Helaba-Konzern werden Privatkunden primär durch die Frankfurter Sparkasse betreut. Gemäß ihrer Satzung hat die Frankfurter Sparkasse die Aufgabe, das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs zu dienen. Als regionaler Marktführer im Privatkundengeschäft hat sie einen wesentlichen Einfluss auf die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ihrem Geschäftsgebiet. Durch ihre breite Präsenz mit 77 Filialen und Beratungszentren sowie über 20 Selbstbedienungsstellen und über 120 Geldautomaten nimmt die Frankfurter Sparkasse Verantwortung für den Zugang zu Finanzdienstleistungen wahr und wird ihrem öffentlichen Auftrag gerecht.

Die Frankfurter Sparkasse begreift finanzielle Inklusion als wesentliche Komponente ihres öffentlichen Auftrags. Um allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere sozial benachteiligten und wirtschaftlich schwachen Kundengruppen, Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten, bietet die Frankfurter Sparkasse Basiskonten in mehreren Varianten an. Zum 31. Dezember 2017 werden 1.033 Basiskonten geführt. Blinden und sehbehinderten Menschen erleichtert die Frankfurter Sparkasse den Zugang zu ihren Services, indem die stationären Filialen jeweils über mindestens einen Bargeldautomaten mit einem Kopfhöreranschluss verfügen. Auch die Internetfiliale ist seit Ende 2016 vollständig barrierefrei.

Als Retail-Anbieter verfolgt die Frankfurter Sparkasse eine konsequent am Kunden orientierte Geschäftspolitik. Regelmäßige Schulungen zur Vertriebsphilosophie der Sparkassen-Finanzgruppe sowie zur Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen mit Verbraucherorientierung und gezielte Anreize sind die Basis dieser Geschäftspolitik. Um eine hohe Beratungsqualität zu gewährleisten, werden zum Beispiel Kundenberater der Frankfurter

Sparkasse zu 50 % an qualitativen Zielen gemessen. Ergänzend wird die Kundenzufriedenheit im Rahmen des Sparkassen-Verbundkonzepts in Hessen-Thüringen regelmäßig gemessen und wird in den Verbundgremien darüber berichtet. Innerhalb der Verbundstrategie werden aus den Ergebnissen Zielvorgaben abgeleitet.

## Immobilienwirtschaft

Die GWH Immobilien Holding GmbH übt mit ihren rund 50.000 vermieteten und verwalteten Wohnungen im Bereich der Immobilienwirtschaft einen bedeutenden Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft aus. Sie verfolgt damit das Ziel, für breite Bevölkerungsschichten hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und die negativen Auswirkungen von Immobilien auf die Umwelt zu senken. Insbesondere in den Ballungszentren des Rhein-Main-Gebiets und der Rhein-Neckar-Region besteht das Risiko von Wohnungsmangel. Durch gezielte Investitionen, Neubauprojekte und Anlaufstellen vor Ort ist die GWH bemüht, hochwertigen Wohnraum zu schaffen und ein nachhaltiges Verhältnis zu ihren Mietern zu erhalten.

Aus ökologischer Perspektive hat die GWH Prozesse zur fortlaufenden Optimierung der Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz ihrer Wohngebäude implementiert. Sie investiert zum Beispiel kontinuierlich in Dämmung und Fenstererneuerung der Bestandswohnungen und versorgt mit dem eigenen Energiedienstleister Systemo GmbH einen steigenden Anteil ihrer Wohnungen mit Heizenergie aus energieeffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Quellen. Den Erfolg der Maßnahmen kontrolliert sie regelmäßig durch Messungen der dadurch erzielten Einsparungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen. In 2016 konnte der Gesamtenergie-

verbrauch von 498.577 MWh durch Wärmedämmmaßnahmen und Heizungsmodernisierungen um rund 1,4 % gesenkt werden, wodurch 1.374 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart wurden.

Neben den ökologischen Auswirkungen sind auch die sozialen Aspekte der vermieteten und verwalteten Wohnungen von Bedeutung für Mieter und Gesellschaft. Die GWH engagiert sich unter anderem in Großsiedlungen mit besonderem soziokulturellem Profil. Ein Viertel der Wohnungen der GWH gehört zum mietpreisgebundenen (sozial geförderten) Wohnungsbestand, ein Fünftel der Wohnungen befindet sich in Vierteln mit sozialem Quartiersmanagement. Ziel des sozialen Quartiersmanagements ist es, mit zahlreichen Maßnahmen die Lebens- und Wohnqualität der Bewohner zu verbessern und für sozialen Ausgleich zu sorgen. So stellt die GWH beispielsweise Räumlichkeiten für gesellschaftliche Zwecke wie für die Hausaufgaben- und Jugendbetreuung sowie für Begegnungszentren bereit. In Wohnsiedlungen schafft die GWH soziale Anlaufstellen oder engagiert Sozialarbeiter als Ansprechpartner. Die Nachfrage nach Wohnraum bedient die GWH mit einem kontinuierlichen Neubau von Wohnungen. So wurden in 2017 275 Mietwohnungen und 83 Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheime fertiggestellt.

## Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Die konsequente Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gehört zum Grundverständnis der Helaba. Das Risiko, dass rechtliche Bestimmungen verletzt werden, wird als Rechtsrisiko angesehen und im Rahmen des operationellen Risikos gesteuert (siehe Risikobericht).

Für die Helaba ist in diesem Kontext aufgrund der Natur des Bankgeschäfts die Verhinderung von wirtschaftskriminellem Handeln durch das präventiv ausgerichtete Compliance Management (zum Beispiel Betrug, Korruption und Bestechung) von zentraler Bedeutung. Sie hat unter anderem die unabhängigen und unmittelbar dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung eingerichtet. Diese entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grund-

sätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Das Compliance Management der Frankfurter Sparkasse ist in diesen Prozess eng eingebunden und erfüllt die konzernweiten Vorgaben.

Mit dem Beitritt zum UN Global Compact in 2017 bekräftigt die Helaba, dass sie gegen alle Arten der Korruption, einschließlich Erpressung und Bestechung, eintritt.

Jede Form von Bestechung und Bestechlichkeit ist in der Helaba verboten. Dies ist im Verhaltenskodex ausgeführt, der als übergeordnete Leitlinie und Orientierungsrahmen für alle Beschäftig-

ten fungiert. Im Anweisungswesen sind verbindliche Regelungen unter anderem für den Umgang mit Zuwendungen sowie zur Aufklärung von Verdachtsmomenten von wirtschaftskriminellen Handlungen niedergelegt. Darüber hinaus stellt die Betriebsordnung der Helaba zum Umgang mit Geschenken sicher, dass geschäftliche Entscheidungen objektiv, transparent und auf Basis nachvollziehbarer Sachargumente getroffen werden. Die Betriebsordnung soll Hilfestellungen geben, Genehmigungspflichten normieren und einen transparenten Umgang gewährleisten. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben finden regelmäßig

Schulungsveranstaltungen statt, zu deren Teilnahme alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet sind.

Das Hinweisgebersystem (Whistleblowing-System) ermöglicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mögliche unrechtmäßige Vorgänge zu melden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität oder anonym an eine externe Ombudsperson wenden. In der Frankfurter Sparkasse ist ein eigenes System etabliert. Der Helaba sind in 2017 keine Korruptionsverfahren bekannt gegeben worden.

## Arbeitnehmerbelange

Das Wissen und die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Helaba als Kreditinstitut im Finanzdienstleistungssektor von wesentlicher Bedeutung für den langfristigen Erfolg. 95 % der rund 6.100 Beschäftigten des Helaba-Konzerns arbeiten in Deutschland. Entsprechende Vorschriften zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz finden Anwendung und werden durch fest etablierte Prozesse sichergestellt.

Mitwirkung und Anhörung vor allem im organisatorischen, personellen und sozialen Bereich.

Wie im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehen, vertritt der Personalrat die Interessen der Beschäftigten und überwacht die Einhaltung der Vorschriften zu deren Schutz. Als Vertretungsorgan ist er der erste Ansprechpartner der Geschäftsleitung in allen Arbeitnehmerbelangen. Der Gesamtpersonalrat der Helaba wird ergänzt durch Personalvertretungen an einzelnen Standorten und bei der Frankfurter Sparkasse sowie durch die Jugendauszubildenden- und die Schwerbehindertenvertretung. Die Beteiligung des Personalrats in der Helaba erfolgt durch Mitbestimmung,

In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Helaba den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und der Vergütung festgelegt. Für rund 62 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Helaba-Konzerns ist die Vergütung tariflich geregelt, davon für über 80 % nach dem Tarifvertrag für öffentliche Banken. 96,7 % der Beschäftigten haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Vorstand von Helaba und Frankfurter Sparkasse erfüllen die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung und werden in Form eines eigenständigen Berichts (Vergütungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung) jährlich auf der Website der Helaba veröffentlicht.

## Arbeitgebermarke und Mitarbeiterbindung

Als Anbieter von spezialisierten Finanzdienstleistungen verfolgt die Helaba das Ziel, stets geeignete und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig an die Helaba zu binden. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellen die anhaltenden regulatorischen Entwicklungen im Bankenumfeld sowie die fortschreitende Digitalisierung die Helaba vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben und auf sich verändernde beziehungsweise neue Kompetenzanforderungen zu reagieren.

rungskraft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Mitarbeitergespräch ist ein zentrales Führungsinstrument und Kernelement der Personalentwicklung, um Wertschätzung für die geleistete Arbeit auszudrücken und Hilfestellung bei Veränderungsbedarf anzubieten. Führungskräfte sollen über die Vereinbarung von Zielen ein möglichst hohes Maß an Transparenz über Aufgaben und Leistungserwartungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herstellen und das vertrauensvolle Miteinander fördern.

Kompetenzanforderungen an einen Stelleninhaber werden über Anforderungsprofile definiert. Die vor diesem Hintergrund zu erbringenden Zielsetzungen und auch Leistungsbewertungen sind Teil des jährlichen Mitarbeitergesprächs zwischen Füh-

Um die Attraktivität als Arbeitgeber langfristig zu stärken, hat die Helaba als erste Maßnahme im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt, an der rund 83 % der Beschäftigten teilgenommen haben. Die Ergebnisse mündeten 2017 in einen unternehmenskulturellen Transformationsprozess unter dem Titel „move Helaba“. Als Teil des Transformationsprozesses wurden Mitarbeiterworkshops zu den Themen

Wertschätzung und Führung, Kommunikations- und Diskussionskultur, Zusammenarbeit und Prozesse sowie Kundenorientierung/Leistungsfähigkeit durchgeführt. Dieser Prozess wird auch in 2018 fortgesetzt.

Die Frankfurter Sparkasse führte in 2016 ebenfalls eine Mitarbeiterbefragung durch. Anhand der Ergebnisse wurden in mehrstufigen Workshops unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verbesserungsvorschläge für die interne Zusammenarbeit entworfen und im Austausch mit Führungskräften in 2017 weiterentwickelt. Die Ergebnisse des Prozesses und die daraus abgeleiteten Erkenntnisse flossen in die anschließende Trainingsreihe „FührungsTriathlon“ sowie die Vortragsreihe „FührungsImpulz“ ein.

Ein betriebliches Angebot zur Aus- und Weiterbildung gewährleistet die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis ins Rentenalter und erhöht die Arbeitgeberattraktivität. Die Helaba investierte deshalb in 2017 wie auch im Vorjahr 5 Mio. € gezielt in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und metho-

dischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Durch ein eigenständiges Traineeprogramm sollen junge Nachwuchskräfte gewonnen werden. In einem 18-monatigen Programm werden die Grundlagen für die spätere Entwicklung als Spezialisten oder Führungskräfte innerhalb einer vorab definierten Wertschöpfungskette gelegt.

Die Helaba legt besonderen Wert auf die stärkere Förderung von Frauen sowie auf die Entwicklung altersdifferenzierter Personalinstrumente. Um die Potenziale aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschöpfen und langfristige Perspektiven im Konzern zu eröffnen, sind die Frauenförderung und altersdifferenzierte Personalinstrumente von zentraler Bedeutung. Ein Arbeitskreis „Diversity“ mit Vertretern des Personalrats und des Bereichs Personal wird Konzepte der Frauenförderung und einer stärker lebenszyklusorientierten Personalarbeit diskutieren und auf den Weg bringen. Operativ wurden bereits gute Erfahrungen mit einem Cross-Mentoring-Programm gemacht.

Kennzahlen für Vielfalt der Beschäftigten der Helaba

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Deutschland und Schweiz (Personen)	5.921	5.897	5.961
Anteil Frauen	47,8 %	47,5 %	47,6 %
Anteil weiblicher Führungskräfte	22,0 %	19,6 %	17,7 %
Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anteil weiblicher Verwaltungsratsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	22,2 %	22,2 %	22,2 %
Anteil Alter > 50	42,3 %	39,5 %	39,3 %
Anteil Alter 30–50	50,3 %	52,3 %	52,9 %
Anteil Alter < 30	7,4 %	8,2 %	7,8 %
Anteil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung	5,6 %	5,8 %	6,1 %

Das betriebliche Gesundheitsmanagement der Helaba hat neben der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Arbeitsschutz den Fokus auf der Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen von Veranstaltungen, Vorträgen und Seminaren können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Themen Ernährung, Bewegung, Risikoversorge und mentale Balance/Entspannung regelmäßig informieren und Angebote wahrnehmen. Für die körperliche Fitness steht das Betriebssportprogramm mit zahlreichen Angeboten zur Verfügung. Neben der körperlichen ist auch die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung. Mit dem Sozialservice (beziehungsweise Sozialreferat

bei der Frankfurter Sparkasse) steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in schwierigen Berufs- oder Lebenssituationen befinden, eine kompetente Beratungsstelle zur Verfügung.

Insgesamt weisen eine geringe Fluktuationsrate von 2,0 % (durch den Arbeitnehmer veranlasst), die Dauer der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 15,3 Jahren und ein niedriger Krankenstand von 4,3 % (krankheitsbedingter Ausfall mit ärztlichem Attest) auf eine hohe Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin.

## Achtung der Menschenrechte

Für die Helaba gelten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) national und international als übergreifende Prinzipien für alle Geschäftsaktivitäten. Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf den Aspekt Menschenrechte und betrachtet daher diesen Aspekt als nicht berichtspflichtig. Aus Sicht der Helaba entstehen weder aus dem Geschäftsmodell noch aus den Produkten wesentliche Risiken für die Wahrung der Menschenrechte.

Um dennoch insbesondere mögliche indirekte Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte in Form von Kreditfinanzierungen zu minimieren, wurden entsprechende Kriterien in den Kreditvergabeprozess aufgenommen (siehe Kreditfinanzierung).

Ihren Anspruch zum Schutz der Menschenrechte hat die Helaba in 2017 außerdem durch den Beitritt zum UN Global Compact bekräftigt, dessen zehn Prinzipien unter anderem auch den Schutz von Menschenrechten umfassen.

In Bezug auf die Lieferkette der Helaba bestehen ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf Menschenrechte. Um dennoch mögliche Auswirkungen zu minimieren, achtet die Helaba bei der Auswahl von Lieferanten darauf, dass diese sich zur Achtung der Menschenrechte bekennen. Bei der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen (Outsourcing) verfolgt die Helaba einen risikobasierten Ansatz. Die Risiken werden unter anderem dadurch reduziert, dass die Helaba nur an Anbieter auslagert, die eine nachhaltige Geschäftspolitik anhand verbindlicher Verhaltenskodizes und Selbstverpflichtungen betreiben.

# Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach § 21 Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG)

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern in Kraft getreten. Nach dem neuen Gesetz müssen Unternehmen mit in der Regel mehr als 500 Beschäftigten, die zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet sind, einen „Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit“ (so genannten Entgeltbericht) aufstellen.

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale („Helaba“) hat einen Entgeltbericht im Sinne des § 21 Abs. 1 EntgTranspG zu erstellen. Der Entgeltbericht ist erstmals im Kalenderjahr 2018 zu veröffentlichen, der jedoch – zu Beginn der Berichtserstellungspflicht – nur das Kalenderjahr 2016 umfasst. Der vorliegende Entgeltbericht der Helaba wird dem Lagebericht zum 31. Dezember 2017 als Anlage beigefügt.

In dem Entgeltbericht sind zum einen (i) bestimmte Maßnahmen der Helaba zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und

Männern und (ii) zur Einhaltung und Förderung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, zum anderen (iii) bestimmte statistische Angaben zur Zahl der Beschäftigten, aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern anzugeben.

Die Helaba ist eine Universalbank mit starkem regionalem Fokus sowie einer langfristigen und nachhaltigen Ausrichtung auf die Bedürfnisse ihrer Kunden. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist sich die Helaba ihrer sozialpolitischen und gesellschaftlichen Verantwortung als Arbeitgeber bewusst und fördert eine vorurteils- und diskriminierungsfreie Unternehmenskultur, die von Respekt und Wertschätzung allen Beschäftigten gegenüber geprägt ist. Als bedeutendes Institut fällt die Helaba außerdem unter die Vergütungsregeln des Kreditwesengesetz sowie der Institutsvergütungsverordnung und hat schon aus diesem Grund transparente und nachvollziehbare Vergütungssysteme zu implementieren.

## 1. Maßnahmen der Helaba zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und deren Wirkung

Bei der Umsetzung des Themas Diversity ist es der Helaba ein besonders großes Anliegen, eine Unternehmenskultur sowie daraus abgeleitete Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Frauen und Männer in der Bank die gleichen Chancen erhalten, sich funktional zu entwickeln.

Mit einem Anstieg von Frauen in Führungsfunktionen auf Bereichsleitererebene von insgesamt 1,8 % sowie auf Gruppenleitererebene von insgesamt 1,7 % innerhalb des Jahres 2016 kann die Helaba bereits erste Erfolge bei der nachhaltigen Umsetzung des Themas Diversity verzeichnen.

Um die Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kontinuierlich zu verbessern hat die Helaba insbesondere

- das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen bis sechs Jahre und die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Elder Care etabliert,

- den Ausbau flexibler Arbeitsformen (neben der bereits vorhandenen Telearbeit) vorangetrieben und
- das aktive Führen in Teilzeit unterstützt.

Um dafür zu sorgen, dass auch ausreichend weibliche Bewerbungen für höherwertige Stellen (insbesondere Führungskräftepositionen) zur Verfügung stehen, möchten die Helaba früh die Potenzialentfaltung und -entwicklung von Frauen vorantreiben und plant zukünftig unter anderem

- regelmäßig stattfindende Entwicklungsdialoge mit vorausschauend geplanten Entwicklungswegen; dabei achtet die Helaba auf gendergerechte Potenzial- und Entwicklungsmeldungen sowie Prozesse zu Stellenbesetzungen sowie
- stärkeres „Sichtbarwerden“ von Frauen über Projektaufgaben.

## 2. Maßnahmen der Helaba zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

Zur Herstellung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern existieren in der Helaba bereits bei der Festlegung eines Gehaltes, zum Beispiel bei erstmaliger Aufnahme einer

Tätigkeit in der Helaba oder auch bei einer beruflichen Veränderung innerhalb der Bank, die eine Veränderung des Gehaltes zur Folge haben können, Maßnahmen und Vorgehensweise, die auf

eine gleiche Entgeltfindung zwischen Frauen und Männern einzahlen.

Bei der Gehaltsfestsetzung wird in der Helaba zunächst einmal – geschlechtsneutral – danach unterschieden, ob es sich bei der/dem Beschäftigten um einen Tarif- oder AT-Mitarbeiter handelt.

#### a) Materielle Grundlagen bei der Gehaltsfestsetzung von Tarif-Beschäftigten

Die Festlegung des Gehalts einer/eines Tarif-Beschäftigten erfolgt anhand einer individuellen Eingruppierung in die jeweils anwendbare Tarifgruppe des MTV-Banken mit vorher feststehenden Tätigkeitsmerkmalen sowie einer gegebenenfalls übertariflichen (Zusatz-)Vergütung, die durch den in der Helaba anwendbaren Vergütungsrahmen (als Einheitsregelung mit Funktionsstufen) geschlechtsneutral bzw. geschlechterunabhängig für alle Beschäftigten gleichermaßen zur Anwendung gelangt.

#### b) Materielle Grundlagen bei der Gehaltsfestsetzung von AT-Beschäftigten

Im AT-Bereich und dessen Funktionsstufensystem wird bei der individuellen Gehaltsfestsetzung zunächst zwischen der Fach- und der Führungslaufbahn unterschieden.

Fachlaufbahn:	Führungslaufbahn:
- Spezialkraft	- Gruppenleiter
- Referent	- Abteilungsleiter
- Hauptreferent	- Bereichsleiter

Die Gehaltsfestsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit dem einstellenden Bereich sowie dem Bereich Personal. Ab der Ebene Hauptreferent/Abteilungsleiter findet die Gehaltsfestsetzung in der Regel auch unter Einbeziehung des für den einstellenden Bereich zuständigen Dezernenten statt. Bei der Gehaltsfestsetzung innerhalb von Fach- und Führungslaufbahnen wird sich geschlechtsneutral und geschlechterunabhängig an der jeweiligen Funktionsstufe sowie innerbetrieblichen Gehaltsbändern pro Funktionsstufe, die sich wiederum an der Organisationsstruktur in der Helaba ausrichtet, orientiert. Folgende Aspekte fließen innerhalb bei der organisatorischen Betrachtung bei der Gehaltsfestsetzung mit ein:

- Gesamtbank
- Vertrieb-, Produkt- und Corporate-Center
- Bereich
- Abteilung oder Gruppe
- Berücksichtigung konkreter Erfordernisse des Bewerber- und Arbeitsmarktes

Zu berücksichtigen ist ferner, dass der jeweils örtlich zuständige Personalrat – bis zur Ebene der Bereichsleiter – bei Einstellungen, Höher- und Rückgruppierungen sowie Eingruppierungen im Rahmen der zu berücksichtigenden Mitbestimmungsrechte des Hessischen Personalvertretungsrechts beteiligt wird und auch auf eine geschlechtsneutrale und geschlechterunabhängige Gehaltsfestlegung achtet.

### 3. Nach Geschlecht aufgeschlüsselte statistische Angaben für das Jahr 2016

Die durchschnittliche Gesamtzahl der Beschäftigten betrug im Jahr 2016 insgesamt 3.383 MAK. Davon waren 1.536 MAK weibliche Beschäftigte und 1.847 MAK männliche Beschäftigte.

Von den weiblichen Beschäftigten waren 921 MAK vollzeitbeschäftigt und 615 MAK teilzeitbeschäftigt.

Von den männlichen Beschäftigten waren 1.773 MAK vollzeitbeschäftigt und 74 MAK teilzeitbeschäftigt.

#### Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

# **Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen**

# Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

in Tsd. €

	Anhang	Ziffer	31.12.2017	31.12.2016
<b>Barreserve</b>				
a) Kassenbestand			5.644	6.829
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			9.323.197	2.569.843
			<b>9.328.841</b>	<b>2.576.672</b>
Darunter: bei der Deutschen Bundesbank		8.898.743		(1.800.331)
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	(2), (45)			
a) Hypothekendarlehen			–	–
b) Kommunalkredite			7.228.101	8.457.114
c) Andere Forderungen			2.245.176	3.673.649
			<b>9.473.277</b>	<b>12.130.763</b>
Darunter:				
Täglich fällig		347.573		(1.118.483)
Gegen Beleihung von Wertpapieren		–		–
Darunter: Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen		0		(0)
<b>Forderungen an Kunden</b>	(3), (45)		<b>80.055.543</b>	<b>81.919.395</b>
a) Hypothekendarlehen			20.679.228	21.509.239
b) Kommunalkredite			23.668.576	23.627.020
c) Andere Forderungen			34.838.733	35.931.019
Darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		–		–
d) Baudarlehen der Bausparkasse				
da) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		162.911		196.622
db) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		701.849		651.221
dc) Sonstige		4.246		4.274
			869.006	852.117
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		552.301		(538.305)
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	(4)			
a) Geldmarktpapiere				
aa) Von öffentlichen Emittenten		–		–
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		–		–
ab) Von anderen Emittenten		567.443		(965.555)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		–		–
			567.443	965.555
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) Von öffentlichen Emittenten		5.039.360		(5.665.402)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		4.978.916		(5.536.256)
bb) Von anderen Emittenten		11.095.141		(11.391.316)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		9.724.750		(9.410.932)
			16.134.501	17.056.718
c) Eigene Schuldverschreibungen			–	–
			<b>16.701.944</b>	<b>18.022.273</b>
Nennbetrag		–		–
Übertrag:			<b>115.559.605</b>	<b>114.649.103</b>

## Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer	31.12.2017	31.12.2016
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b> (15), (18), (45)		
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	203.917	187.805
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	878.397	705.295
c) Andere Verbindlichkeiten	32.908.622	31.169.771
Darunter: täglich fällig	7.143.430	(6.786.414)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte:		
Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	
Öffentliche Namenspfandbriefe	-	
d) Bauspareinlagen	36.465	35.511
	<b>34.027.401</b>	<b>32.098.382</b>
Darunter: auf zugeteilte Verträge	37	(5.384)
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b> (19), (45)		
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1.538.447	1.551.897
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	4.137.967	4.258.712
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen		
ca) Bauspareinlagen	4.655.685	4.456.077
Darunter:		
Auf gekündigte Verträge	35.154	(43.458)
Auf zugeteilte Verträge	83.615	(85.086)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	-	-
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-	-
	4.655.685	4.456.077
d) Andere Verbindlichkeiten	20.281.459	18.200.013
	<b>30.613.558</b>	<b>28.466.699</b>
Darunter: täglich fällig	11.879.026	(8.708.726)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte: Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	
Öffentliche Namenspfandbriefe	-	
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b> (20), (32)		
a) Begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekendarlehen	8.169.855	8.195.265
ab) Öffentliche Pfandbriefe	11.440.916	12.313.495
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	23.547.205	22.477.130
	43.157.976	42.985.890
b) Andere verbiefte Verbindlichkeiten	4.503.485	7.124.248
	<b>47.661.461</b>	<b>50.110.138</b>
Darunter: Geldmarktpapiere	4.503.485	(7.124.248)
<b>Handelsbestand</b> (21), (35), (45)	<b>6.829.704</b>	<b>10.975.001</b>
Übertrag:	<b>119.132.124</b>	<b>121.650.220</b>

Aktivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer	31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:	115.559.605	114.649.103
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b> (5)	<b>1.013.898</b>	<b>1.025.343</b>
<b>Handelsbestand</b> (6), (14), (35), (45)	<b>12.307.039</b>	<b>16.536.392</b>
<b>Beteiligungen</b> (7), (17), (45)	<b>57.814</b>	<b>70.963</b>
Darunter:		
An Kreditinstituten 44.391		(48.469)
An Finanzdienstleistungsinstituten 0		0
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b> (8), (17), (45)	<b>1.778.752</b>	<b>1.767.325</b>
Darunter:		
An Kreditinstituten 855.580		(855.580)
An Finanzdienstleistungsinstituten –		–
<b>Treuhandvermögen</b> (9)	<b>1.043.545</b>	<b>1.008.830</b>
Darunter: Treuhandkredite 778.020		(738.538)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b> (10), (17)		
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte –		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten 55.627		38.269
c) Geschäfts- oder Firmenwert –		–
d) Geleistete Anzahlungen –		–
	<b>55.627</b>	<b>38.269</b>
<b>Sachanlagen</b> (11), (17)	<b>76.623</b>	<b>51.410</b>
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b> (12)	<b>799.347</b>	<b>979.962</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b> (13)		
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft 535.971		634.683
b) Andere 25.178		25.676
	<b>561.149</b>	<b>660.359</b>
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>133.253.399</b>	<b>136.787.956</b>

## Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:		<b>119.132.124</b>	<b>121.650.220</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	(22)	<b>1.043.545</b>	<b>1.008.830</b>
Darunter: Treuhandkredite	778.020		(738.538)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	(23)	<b>463.254</b>	<b>1.547.049</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	(24)		
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		638.803	716.612
b) Andere		185.197	199.611
		<b>824.000</b>	<b>916.223</b>
<b>Rückstellungen</b>	(25)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		998.179	941.737
b) Steuerrückstellungen		203.743	107.727
c) Andere Rückstellungen		362.833	405.149
		<b>1.564.755</b>	<b>1.454.613</b>
<b>Fonds zur baupartechnischen Absicherung</b>		<b>11.200</b>	<b>11.200</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	(26)	<b>2.311.215</b>	<b>2.363.584</b>
<b>Genussrechtskapital</b>	(27), (29)	<b>216.000</b>	<b>276.000</b>
Darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	135.000		(195.000)
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	(29)	<b>598.623</b>	<b>598.623</b>
Davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	123.367		(123.367)
<b>Eigenkapital</b>	(29)		
a) Gezeichnetes Kapital			
aa) Stammkapital	588.889		588.889
ab) Kapitaleinlage	1.920.000		1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter	953.338		953.338
		3.462.227	3.462.227
b) Kapitalrücklage		1.546.412	1.546.412
c) Gewinnrücklagen		1.990.044	1.862.975
d) Bilanzgewinn		90.000	90.000
		<b>7.088.683</b>	<b>6.961.614</b>
<b>Summe der Passiva</b>		<b>133.253.399</b>	<b>136.787.956</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	(30)		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		6.229.489	6.823.641
<b>Andere Verpflichtungen</b>	(31)		
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		2.575.015	2.753.262
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen		19.546.151	19.105.951
		<b>22.121.166</b>	<b>21.859.213</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Tsd. €

Anhang Ziffer	2017	2016
<b>Zinserträge aus</b> (37), (38)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.395.826	2.491.305
Darunter: Zinserträge der Bausparkasse:		
aa) Aus Bauspardarlehen	6.790	(8.616)
ab) Aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	17.874	(18.044)
ac) Aus sonstigen Baudarlehen	77	(94)
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	161.165	190.091
	2.556.991	2.681.396
<b>Zinsaufwendungen</b>	1.686.514	1.759.614
Darunter: für Bauspareinlagen	76.985	(76.802)
	<b>870.477</b>	921.782
<b>Laufende Erträge aus</b> (37)		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	23.806	32.758
b) Beteiligungen	3.938	3.082
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	6.154	29.047
	<b>33.898</b>	64.887
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	<b>95.360</b>	73.644
<b>Provisionserträge</b> (37), (39)	240.308	246.236
Darunter: Provisionserträge der Bausparkasse:		
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung	19.756	(20.752)
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	56	(139)
c) Aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	9	(6)
<b>Provisionsaufwendungen</b>	75.432	71.940
Darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	27.889	(29.251)
	<b>164.876</b>	174.296
<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b> (37)	<b>221.556</b>	158.194
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b> (37), (40)	<b>71.192</b>	135.732
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	311.373	308.359
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	56.513	53.793
	367.886	362.152
Darunter: für Altersversorgung	14.468	(9.101)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	515.810	457.510
	<b>883.696</b>	819.662
Übertrag:	<b>573.663</b>	<b>708.873</b>

in Tsd. €

Anhang Ziffer	2017	2016
Übertrag:	573.663	708.873
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	46.550	14.769
Sonstige betriebliche Aufwendungen (40)	159.803	126.431
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (41)	264.659	200.905
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	234.191	2.612
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	13.070	18.680
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	30.113	–
Aufwendungen aus Verlustübernahme	108	120
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	–	–
<b>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	<b>353.777</b>	<b>350.580</b>
Außerordentliche Erträge	–	–
Außerordentliche Aufwendungen	–	13.234
<b>Außerordentliches Ergebnis</b> (42)	<b>–</b>	<b>13.234</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (43)	134.813	90.235
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	1.895	1.526
	<b>136.708</b>	<b>91.761</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>217.069</b>	<b>245.585</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	–	–
Einstellung in Gewinnrücklagen	127.069	155.585
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>

# Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

## zum 31. Dezember 2017

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, eingetragen beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRA 29821 und beim Amtsgericht Jena unter der Registernummer HRA 102181, wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfand-

briefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die in den Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

Darüber hinaus erstellt die Helaba einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Reporting Standards, wie sie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und durch die Europäische Union in europäisches Recht übernommen wurden. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

### (1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahres angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

### Forderungen und Verbindlichkeiten

---

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Kreditrisiken Rechnung getragen. Zur Abbildung latenter Kreditrisiken in der handels-

rechtlichen Rechnungslegung verfolgt die Bank unverändert einen risikoadäquaten Bilanzierungsansatz. Die Bank wendet dabei das Bilanzierungsvorgehen und die Berechnungsmethode der Portfoliowertberichtigung nach IFRS auch für die HGB-Pauschalwertberichtigung an. Die Pauschalwertberichtigung beinhaltet zur Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilportfolios eine zusätzliche Vorsorgekomponente. Betroffen ist neben dem Schiffskreditportfolio die erwartete Auswirkung aus der anstehenden Rekalibrierung eines Rating-Moduls.

Für allgemeine Bankrisiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – auch Vorsorgeserven gemäß § 340f HGB.

## Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagevermögens – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des

Wertpapierbestands zum Bilanzstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Das Anlagevermögen enthält sowohl Restbestände an ABS-Papieren als auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen nach § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen nach § 1 KAGB.

## Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für

eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

## Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankenaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände, an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des Art. 365 Capital Requirements Regulation (CRR). Der Risikozu- oder -abschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag

durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im „Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands“ ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung zu dieser Reserve vorgenommen.

Die Bank hat Derivate des Handelsbestands aktiv und passiv, die unter Rahmenverträgen je Kontrahent mit einem Credit Support Annex und täglicher Besicherungsermittlung abgeschlossen wurden, gegeneinander verrechnet. Hierbei wurden die Buchwerte der Derivate und die Sicherheitsleistung je Kontrahent in der Verrechnung berücksichtigt. Die Verrechnung umfasst auch Derivate und Sicherheitsleistungen, die über einen zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden.

## Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf beizulegende Werte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche

Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

## Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden. Entsprechend dem im letzten Jahr neugefassten § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wurden die Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2017 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre bewertet. Der im Jahr 2017 durch die Umstellung resultierende Unterschiedsbetrag in Höhe von 148 Mio. € unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2017	31.12.2016
Zinssatz	3,68 %	4,01 %
Gehaltstrend	2,00 %	2,00 %
Rententrend	1,00–2,00 %	1,00–2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Versorgungsaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwert-erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

## Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem

Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten

verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden so genannte Arranger-Preise herangezogen. Die Bewertung von nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

## Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Devisenkassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB. Diese werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Devisentermingeschäften des Handelsbe-

stands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Bei Devisen-Swaps des Nichthandelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

## Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei

der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW RS BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätisch bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge und Aufwendungen aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

## Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 340a HGB in Verbindung mit § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zins-Swaps zusammensetzen. Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombina-

tionen in Form von Mikro-Bewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des

Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt unter Verwendung der Regressionsanalyse. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen

Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken nahezu vollständig ausgleichen. Für Verlustüberhänge aus dem ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung bildet die Bank eine Drohverlustrückstellung. Im Berichtsjahr resultierte hieraus eine ertragswirksame Auflösung in Höhe von 1,2 Mio. € (2016: Zuführung 0,8 Mio. €).

## Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen dem handels- und steuerrechtlichen Bilanzansatz der Forderungen gegen Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, passiven Rechnungsabgrenzung, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und sonstigen

Rückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,65 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

## (2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 <sup>1)</sup>
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	5.982	6.634
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.019	1.178
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28	14
<b>Der Unterposten – Andere Forderungen – enthält:</b>		
Nachrangige Forderungen	35	37
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Täglich fällig	348	1.119
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	3.172	5.675
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	941	971
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.182	1.967
Mehr als fünf Jahre	2.832	2.399
Als Deckung verwendet	269	1.197

<sup>1)</sup> Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte angepasst.

## (3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.071	747
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	117
Nachrangige Forderungen	46	190
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	6
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	4.705	5.199
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.948	8.286
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.623	35.994
Mehr als fünf Jahre	29.980	29.163
Mit unbestimmter Laufzeit	2.800	3.277
Als Deckung verwendet	19.166	18.459

## (4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Verbriefte Forderungen:</b>		
An verbundene Unternehmen	–	–
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
<b>Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:</b>		
Börsennotiert	15.350	15.601
Nicht börsennotiert	590	1.065
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.676	3.831
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	3
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind als Sicherheit hinterlegt	1.500	–
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	17	66
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	17	66
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	–	1

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

## (5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:</b>		
Börsennotiert	16	15
Nicht börsennotiert	17	18

Der Posten beinhaltet Anteile an zwei (31. Dezember 2016: zwei) ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1 Mrd. €). Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere.

Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine

wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen in 2017 betragen insgesamt 8,0 Mio. € (2016: 4,8 Mio. €).

Entsprechend § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen gemäß § 1 KAGB enthält dieser Posten auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen in Höhe von 19 Mio. €. Im Vorjahr entfielen auf solche Investmentvermögen 28 Mio. €.

## (6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Derivative Finanzinstrumente	5.189	7.995
Forderungen	1.213	1.304
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.792	7.140
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113	97
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	–
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–

Der Rückgang des Handelsbestands (aktiv) resultiert im Wesentlichen aus dem planmäßigen Abbau des Bestands an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Daneben ist eine Saldierung von Derivaten des Handelsbestands

(passiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen berücksichtigt, die zu einer Verrechnung in Höhe von 5,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,8 Mrd. €) führt.

## (7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Von den Wertpapieren sind:</b>		
Börsenfähig	18	18
Börsennotiert	–	–

## (8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Von den Wertpapieren sind:</b>		
Börsenfähig	104	104
Börsennotiert	–	–

## (9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	268	194
Forderungen an Kunden	510	545
Beteiligungen	55	56
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	197	202
Sonstige Vermögensgegenstände	14	12

### (10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Erworbene standardisierte Software	56	38

### (11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	38	12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	32	33

### (12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Wesentliche Posten sind:</b>		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	398	528
Sonstige	401	452

### (13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:</b>		
Agien aus Forderungen	198	254
Upfront Payments aus eigenen Emissionen	234	283
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	104	99

## (14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	–	–
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	–	–

## (15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.307	3.338
Handelsspassiva	3.379	5.888

Darin enthalten sind entlehene Wertpapiere in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €), die an Kreditinstitute im

Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

## (16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	22.363	26.825

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

	Immaterielle Anlagewerte	Sach- anlagen	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteili- gungen	Anteile an verbunde- nen Unter- nehmen	Anlage- vermögen gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>						
Stand zum 1.1.2017	141	211	106	110	1.849	2.417
Zugänge	58	33	1	3	22	117
Wechselkursveränderungen	-1	-2	-1	0	-3	-7
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	21	67	32	8	128
<b>Stand zum 31.12.2017</b>	<b>198</b>	<b>221</b>	<b>39</b>	<b>81</b>	<b>1.860</b>	<b>2.399</b>
<b>Ab- und Zuschreibungen</b>						
Stand zum 1.1.2017	103	147	12	39	82	383
Zuschreibungen	-	-	1	-	-	1
Planmäßige Abschreibungen	9	6	-	9	-	24
Außerplanmäßige Abschreibungen	31	-	-	-	-	31
Wechselkursveränderungen	-1	-2	-	-	-1	-4
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	7	7	25	-	39
<b>Stand zum 31.12.2017</b>	<b>142</b>	<b>144</b>	<b>4</b>	<b>23</b>	<b>81</b>	<b>394</b>
<b>Buchwerte</b>						
Zum 1.1.2017	38	64	94	71	1.767	2.034
Zum 31.12.2017	56	77	35	58	1.779	2.005

## (18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.936	10.221
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	724	4.636
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18	48
Täglich fällig	7.143	6.786
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	2.043	1.716
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.566	3.289
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.679	10.067
Mehr als fünf Jahre	11.560	10.204

## (19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	315	649
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25	4
Täglich fällig	11.896	8.709
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	2.746	2.515
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.005	1.626
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.042	3.282
Mehr als fünf Jahre	7.285	7.879

## (20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
<b>Restlaufzeiten des Unterpostens – Begebene Schuldverschreibungen:</b>		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	5.049	10.208
<b>Restlaufzeiten des Unterpostens – Andere verbrieftete Verbindlichkeiten:</b>		
Bis drei Monate	3.894	4.044
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	610	3.080
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
Mehr als fünf Jahre	–	–

## (21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Derivative Finanzinstrumente	2.441	3.003
Verbindlichkeiten	4.374	7.943
Risikoaufschlag	15	29

Die Saldierung von Derivaten des Handelsbestands (aktiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen führte zu einem Verrech-

nungseffekt zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 7,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 9,5 Mrd. €).

**(22) Treuhandverbindlichkeiten**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 <sup>1)</sup>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	126	126
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	647	596
Sonstige Verbindlichkeiten	271	287

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst wegen Verschiebung von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zu sonstigen Verbindlichkeiten.

**(23) Sonstige Verbindlichkeiten**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Wesentliche Posten sind:</b>		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	246	335
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	59	79
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	56	1.034
Abzuführende Steuern	13	11
Erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	7	7

**(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:</b>		
Agien aus Verbindlichkeiten	337	385
Upfront Payments aus eigenen Emissionen	257	277
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	45	55

## (25) Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre (3,68 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre (2,80 %) beträgt zum Bilanzstichtag 148 Mio. €. Dieser Betrag unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 32 Mio. € (31. Dezember 2016: 30 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 38 Mio. € (31. Dezember 2016: 35 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 39 Mio. €

(31. Dezember 2016: 35 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 2,2 Mio. € (2016: 1,6 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 2,8 Mio. € (2016: 0,1 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte und für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Rückstellungen für Prozessrisiken werden gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

## (26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
–	EUR	–	–	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die anrechenbaren Eigenmittel. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 30 Mio. € (31. Dezember 2016: 33 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 79 Mio. € (2016: 82 Mio. €).

## (27) Genussrechtskapital

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Namensgenussrechte	196	256
Verbriefte Genussrechte	20	20

Die Genussrechte wurden im Hinblick auf die bei Begebung bestehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Berücksichtigungsfähigkeit als Eigenmittel für bankaufsichtsrechtliche Meldungen ausgestaltet. Die Entstehung der Ansprüche auf Ertrag und Rückzahlungen ist abhängig vom Vorliegen entspre-

chender Gewinne. An etwaigen Verlusten nehmen die Gläubiger entsprechend den jeweiligen Bedingungen der Genussrechte teil. Der Posten beinhaltet 18 Genussrechte.

## (28) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	11.456	13.382

## (29) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Gezeichnetes Kapital</b>	<b>3.462</b>	<b>3.462</b>
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	953	953
<b>Kapitalrücklage</b>	<b>1.546</b>	<b>1.546</b>
<b>Gewinnrücklagen</b>	<b>1.990</b>	<b>1.863</b>
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	216	276
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	599	599
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	2.311	2.364
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	10.124	10.110

Zur Gewinnverwendung wird eine Ausschüttung in Höhe von 90 Mio. € sowie eine Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 127 Mio. € vorgeschlagen.

## (30) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Kreditburgschaften	2.203	2.729
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	4.027	4.095

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

In den Eventualverbindlichkeiten enthalten ist das in Anspruch genommene Zahlungsverprechen aus dem Anteil der Bankenabgabe in Höhe von 24 Mio. €.

### (31) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.575	2.753
Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	19.546	19.106

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen

ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

### (32) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

#### Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Hypothekendarfandbriefe</b>				
Deckungsmasse	13.267	13.380	14.002	14.203
Pfandbriefumlauf	9.851	9.871	10.065	10.226
Überdeckung	3.416	3.509	3.937	3.977
Risikobarwert internes Modell	-	-	3.568	3.564
<b>Öffentliche Pfandbriefe</b>				
Deckungsmasse	20.571	20.872	22.603	23.332
Pfandbriefumlauf	16.256	17.385	17.539	19.118
Überdeckung	4.315	3.486	5.064	4.214
Risikobarwert internes Modell	-	-	4.741	3.906

Zum Geschäftsjahresende befindet sich wie im Vorjahr kein Derivat in Deckung.

Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC<sup>2</sup> herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von

## Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Hypothekendarfandbriefe</b>				
Bis 1 Jahr	1.385	2.402	1.481	2.642
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.075	1.498	2.750	1.481
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.278	2.213	2.519	2.014
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.660	1.899	516	2.004
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	2.726	1.141	2.148	399
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	4.078	4.166	221	1.114
Über 10 Jahre	65	61	217	217
<b>Öffentliche Darfandbriefe</b>				
Bis 1 Jahr	2.746	2.842	2.074	2.976
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.972	2.707	3.278	2.075
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.566	1.785	1.650	3.208
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.930	2.546	1.439	1.502
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.826	1.741	1.783	1.340
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.949	5.995	4.013	4.083
Über 10 Jahre	3.581	3.256	2.021	2.201

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Hypothekendarlehen:</b>		
Deckungsmasse	13.267	13.380
Davon: weitere Deckung	345	233
<b>Öffentliche Darlehen:</b>		
Deckungsmasse	20.571	20.872
Davon: weitere Deckung	71	145

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

in Mio. €

Land	Wohnungen		Einfamilien- häuser		Mehrfamilien- häuser		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	60	53	94	64	2.059	1.958	-	-	2.213	2.075

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

in Mio. €

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	2.227	2.507	2.641	3.023	168	193	273	279	24	5	5.332	6.007
Belgien	43	14	-	-	-	-	-	-	-	-	43	14
Frankreich	1.118	937	206	186	-	-	-	-	-	-	1.324	1.123
Luxemburg	70	70	-	-	-	-	-	-	-	-	70	70
Schweden	107	30	74	40	-	-	0	0	-	-	181	69
Niederlande	158	52	6	41	-	-	-	-	-	-	163	93
Österreich	24	-	68	121	-	-	-	-	-	-	92	121
Polen	389	481	499	394	-	54	-	-	-	-	888	929
Tschechien	35	51	184	180	-	-	-	-	5	-	223	231
Großbritannien	362	262	100	-	7	-	1	-	-	-	470	262
USA	1.280	1.519	114	78	-	-	-	-	-	-	1.394	1.598
<b>Gesamt</b>	<b>5.812</b>	<b>5.923</b>	<b>3.891</b>	<b>4.063</b>	<b>175</b>	<b>247</b>	<b>274</b>	<b>279</b>	<b>29</b>	<b>5</b>	<b>10.179</b>	<b>10.517</b>

### Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Bis 0,3 Mio. €	182	158
Größer 0,3 Mio. € bis 1 Mio. €	109	141
Größer 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.116	1.341
Größer 10 Mio. €	11.515	11.508
Weitere Deckung	345	233

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0 Tsd. € (31. Dezember 2016: 12 Tsd. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangs-

versteigerungs- noch Zwangsverwaltungsverfahren auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

## Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Gewerblich	-	-
Wohnwirtschaftlich	-	-
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

## Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

in Mio. €

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	601	498	3.575	3.803	11.188	10.910	4.026	4.032	19.389	19.243
Frankreich inklusive Monaco	-	-	492	537	-	-	35	-	527	537
Großbritannien/Nordirland	306	356	-	-	-	-	-	-	306	356
Luxemburg	5	6	-	-	-	-	-	-	5	6
Spanien	-	-	184	381	-	-	-	-	184	381
Österreich	-	-	5	9	-	-	-	-	5	9
Schweiz	-	-	43	47	-	-	43	147	85	193
<b>Gesamt</b>	<b>911</b>	<b>860</b>	<b>4.298</b>	<b>4.777</b>	<b>11.188</b>	<b>10.910</b>	<b>4.103</b>	<b>4.179</b>	<b>20.500</b>	<b>20.725</b>

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (31. Dezember 2016: 0 Tsd. €).

## (33) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB in Verbindung mit § 36

RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % verringert.

## Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
<b>Zinsrisiken</b>	<b>153.486</b>	<b>150.669</b>	<b>3.659</b>	<b>2.609</b>
Zins-Swaps	134.448	134.906	3.585	1.572
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	10.259	8.545	16	1.031
Käufe	1.027	467	16	–
Verkäufe	9.232	8.078	–	1.031
Caps, Floors	3.015	3.421	58	6
Börsenkontrakte	5.764	3.797	–	–
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
<b>Währungsrisiken</b>	<b>17.961</b>	<b>23.479</b>	<b>373</b>	<b>376</b>
Devisentermingeschäfte	4.532	7.280	19	55
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	13.429	16.199	354	321
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
<b>Kreditderivate</b>	<b>150</b>	<b>865</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Käufe	150	210	–	–
Verkäufe	–	655	–	–
<b>Rohwarenrisiken</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Rohwaren-Swaps	–	–	–	–
Rohwarenoptionen	–	–	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>171.597</b>	<b>175.013</b>	<b>4.032</b>	<b>2.985</b>

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus

Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Verbindlichkeiten sowie unter den aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind. Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 669 Mio. € (31. Dezember 2016: 837 Mio. €), der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 555 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.659 Mio. €).

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	13.168	12.748	4.406	6.795	-	-
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.266	18.904	2.389	4.473	-	-
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	73.588	73.588	8.507	9.158	-	-
Mehr als fünf Jahre	49.464	45.429	2.659	3.053	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>153.486</b>	<b>150.669</b>	<b>17.961</b>	<b>23.479</b>	-	-

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	-	62	-	-	17.574	19.605
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	150	803	-	-	19.805	24.180
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-	-	-	82.095	82.746
Mehr als fünf Jahre	-	-	-	-	52.123	48.482
<b>Gesamt</b>	<b>150</b>	<b>865</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>171.597</b>	<b>175.013</b>

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen sowohl im kurzfristigen als auch im mittelfristigen Laufzeitbereich angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbe-

reichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 19,8% (31. Dezember 2016: 21,0%).

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Banken in der OECD	60.232	75.827	2.530	2.031
Banken außerhalb der OECD	8	11	-	1
Öffentliche Stellen in der OECD	4.931	7.132	520	255
Sonstige Kontrahenten	106.426	92.043	982	698
<b>Gesamt</b>	<b>171.597</b>	<b>175.013</b>	<b>4.032</b>	<b>2.985</b>

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken und zentralen Clearing-Stellen ab.

trale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 96,6% (31. Dezember 2016: 99,2%).

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zen-

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

### (34) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4% verringert. Die Verringerung beruht im Wesentlichen auf Fälligkeiten von Forward Rate Agreements und Devisentermingeschäften. Dem steht eine moderate Steigerung des Volumens der Zinsoptionen und Caps/Floors gegenüber.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
<b>Zinsrisiken</b>	<b>279.279</b>	<b>276.922</b>	<b>9.308</b>	<b>8.230</b>
Zins-Swaps	230.192	229.531	8.375	6.911
Forward Rate Agreements	25	2.920	–	–
Zinsoptionen	25.518	24.188	852	1.267
Käufe	10.237	9.240	751	56
Verkäufe	15.281	14.948	101	1.211
Caps, Floors	16.675	13.723	73	51
Börsenkontrakte	6.716	6.453	7	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	153	107	1	–
<b>Währungsrisiken</b>	<b>42.858</b>	<b>50.985</b>	<b>1.015</b>	<b>930</b>
Devisentermingeschäfte	34.513	41.872	436	490
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	7.803	8.451	570	431
Devisenoptionen	542	662	9	9
Käufe	268	328	9	–
Verkäufe	274	334	–	9
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>	<b>4.497</b>	<b>3.627</b>	<b>186</b>	<b>179</b>
Aktienoptionen	3.605	2.735	168	158
Käufe	2.039	1.548	168	–
Verkäufe	1.566	1.187	–	158
Börsenkontrakte	892	892	18	21
<b>Kreditderivate</b>	<b>5.056</b>	<b>4.962</b>	<b>57</b>	<b>61</b>
Käufe	2.628	2.589	1	61
Verkäufe	2.428	2.373	56	–
<b>Rohwarenrisiken</b>	<b>121</b>	<b>147</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
Rohwaren-Swaps	48	53	2	2
Rohwarenoptionen	73	94	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>331.811</b>	<b>336.643</b>	<b>10.568</b>	<b>9.402</b>

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	13.384	20.265	18.853	22.166	295	353
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.544	25.842	12.743	14.185	770	689
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	125.570	116.137	8.903	11.634	3.193	2.434
Mehr als fünf Jahre	113.781	114.678	2.359	3.000	239	151
<b>Gesamt</b>	<b>279.279</b>	<b>276.922</b>	<b>42.858</b>	<b>50.985</b>	<b>4.497</b>	<b>3.627</b>

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwenderivate		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	120	68	43	47	32.695	42.899
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	370	508	42	32	40.469	41.256
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.448	4.253	36	68	142.150	134.526
Mehr als fünf Jahre	118	133	-	-	116.497	117.962
<b>Gesamt</b>	<b>5.056</b>	<b>4.962</b>	<b>121</b>	<b>147</b>	<b>331.811</b>	<b>336.643</b>

Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 14,3 % (31. Dezember 2016: 16,6 %).

Bei den währungsbezogenen Geschäften ist das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich leicht zurückgegangen.

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Banken in der OECD	136.118	141.953	4.250	6.027
Banken außerhalb der OECD	23	10	-	-
Öffentliche Stellen in der OECD	24.283	26.774	2.991	956
Sonstige Kontrahenten	171.387	167.906	3.327	2.419
<b>Gesamt</b>	<b>331.811</b>	<b>336.643</b>	<b>10.568</b>	<b>9.402</b>

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 68,5 % (31. Dezember 2016: 65,1 %).

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 65,9 % nahezu unverändert (31. Dezember 2016: 65,8 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 64,5 % (31. Dezember 2016: 64,8 %) des Gesamtbestands auf den Handelsbestand. Bei den Währungsrisiken betreffen 70,5 % (31. Dezember 2016: 68,5 %), bei den Kreditderivaten 97,1 % (31. Dezember 2016: 85,2 %) der Kontrakte den Handelsbestand.

### (35) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>5.189</b>	<b>7.995</b>	<b>2.441</b>	<b>3.004</b>	<b>177</b>	<b>-12</b>
Zinshandel	4.434	6.716	1.590	2.177	156	-20
Aktienhandel	108	90	104	75	5	-19
Devisenhandel	640	1.186	729	735	20	21
Kreditderivate	6	2	16	14	-10	0
Rohwaren	1	1	2	3	6	6
<b>Forderungen/Verbindlichkeiten</b>	<b>1.213</b>	<b>1.304</b>	<b>4.368</b>	<b>7.974</b>	<b>-2</b>	<b>-3</b>
Schuldscheinanleihen	981	1.140	-	-	-8	6
Tages- und Termingelder	12	13	3.623	6.139	8	0
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	22	3	-	-	-	0
Begebene Geldmarktpapiere/ verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	613	1.569	-2	-4
Begebene Aktien/Indexzertifikate	-	-	61	149	-13	-6
Sonstiges	198	148	71	117	13	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.792	7.140	21	15	54	171
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113	97	-	-	11	25
<b>Sonstiges</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-19</b>	<b>-18</b>
Provisionen	-	-	-	-	-19	-18
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB	-	-	-	-	-	-5
<b>Gesamt</b>	<b>12.307</b>	<b>16.536</b>	<b>6.830</b>	<b>10.993</b>	<b>221</b>	<b>158</b>

Bei der Angabe der Aktiva und Passiva aus derivativen Finanzinstrumenten wurde die bilanzielle Saldierung sowohl im Berichtsjahr als auch bei den Vorjahreswerten berücksichtigt.

Bei den Handelsaktiva wurden insgesamt 5,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,8 Mrd. €) bei den Handelspassiva 7,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 9,5 Mrd. €) saldiert.

### (36) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2017 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 12.504 Mio. € (31. Dezember 2016: 11.965 Mio. €).

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet. Für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wurde im Berichtsjahr eine Abschreibung vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Bonitätsinduzierte Zuschreibungen auf Wertpapiere	-3	13
Veränderung Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	1	-1

### (37) Gliederung nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provi-

sionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Deutschland	2.457	2.813
Europäische Union ohne Deutschland	412	210
Übriges Ausland	283	265

### (38) Zinsergebnis

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalten in der abgelaufenen Periode negative Zinsen in Höhe von

56,1 Mio. €, die Zinsaufwendungen enthalten einen Ertrag von 41,6 Mio. €.

### (39) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien sowie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleis-

tungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

#### (40) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 17 Mio. € (2016: 75 Mio. €), aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 21 Mio. € (2016: 25 Mio. €) und Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 18 Mio. € (2016: 20 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 94 Mio. € (2016: 53 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigen genutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 10 Mio. € (2016: 9 Mio. €).

Der Posten enthält periodenfremde Erträge in Höhe von 6 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2 Mio. €.

#### (41) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie

Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

#### (42) Außerordentliches Ergebnis

Die Bank weist zum 31. Dezember 2017 kein außerordentliches Ergebnis aus. Das außerordentliche Ergebnis zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 13 Mio. € resultierte, ausschließlich aus Rückstellungszuführungen und umfasste die letztmalige Dotie-

rung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

#### (43) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

#### (44) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 21 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 32 Mio. €. Hiervon entfallen 10 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main beteiligt.

Aus der Anwachsung des Tochterunternehmens Horrido OHG hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Im Zuge dessen wurde auch das Gebäude OMEGA E in Offenbach, welches durch Ausübung der Horrido-Kaufoption zum 1. Januar 2017 schon in den Besitz der Horrido OHG gelangt war, in den Gebäudebestand der Bank übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten galt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve

der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 7,583 Mio. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 1,5 Mio. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1.993 Mio. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 0,5 bis zu 13,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2018 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 44,1 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Die Emissionsgesellschaft OPUSALPHA Funding Limited wird im Konzernabschluss der Helaba vollkonsolidiert.

Die für das OPUSALPHA-Programm insgesamt bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2.109 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.797 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2017 1.467 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.875 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für die OPUSALPHA-Gesellschaften agiert die Helaba als Dienstleister und ist Zusagen zur Liquiditätsversorgung bis maximal zur Höhe bestehender Ankaufszusagen eingegangen und nachrangigen Haftungen ausgesetzt, wenn die seitens Dritter getragenen Risiken, zum Beispiel in Form von Ankaufabschlägen oder Garantien, nicht ausreichen sollten.

Zum 31. Dezember 2017 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 65 Mio. € (31. Dezember 2016: 65 Mio. €).

Die möglichen Verpflichtungen aus Prozessrisiken betragen zum 31. Dezember 1 Mio. €. Die Bank hat sich gegenüber einzelnen Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese von Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung, für die entsprechende Vorsorge getroffen wurde. Die Unterdeckung ist ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu begleichen; dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 76 Mio. €. (31. Dezember 2016: 72 Mio. €).

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanz-Swaps und Optionen darauf, Zins-Futures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),

- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschie-

denen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

## Honorare des Abschlussprüfers

---

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB sind im Konzernabschluss enthalten.

Die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthalten neben durch EU-Recht vorgeschriebene Abschlussprüfungen auch solche für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen und nicht durch EU-Recht vorgeschriebene Jahresabschlussprüfungen.

Honorare für andere Bestätigungsleistungen entfallen primär auf Bestätigungen für Sicherungseinrichtungen und gesetzliche Meldungen sowie die Prüfungen des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäfts.

Sonstige Leistungen wurden im Wesentlichen in Form von Gutachten und Stellungnahmen zu weiteren fachlichen Themen erbracht.

## (45) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Über Geschäftsbeziehungen der Helaba zu nahestehenden Unternehmen und Personen ist nach § 285 Nr. 21 HGB zu berichten. Diese Geschäftsbeziehungen erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen zum Kreis der nahestehenden Personen nach Maßgabe internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS 24). Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um

wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>4.829</b>	<b>228</b>	<b>2.473</b>	<b>-</b>	<b>7.530</b>
Forderungen an Kreditinstitute	1.019	3	-	-	1.022
Forderungen an Kunden	1.071	211	1.649	-	2.931
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	129	-	129
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	995	-	-	-	995
Handelsaktiva	1	-	695	-	696
Beteiligungen	-	14	-	-	14
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.720	-	-	-	1.720
Sonstige Aktivposten	23	-	-	-	23
<b>Passiva</b>	<b>1.552</b>	<b>42</b>	<b>1.634</b>	<b>-</b>	<b>3.228</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	724	-	114	-	838
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	315	42	1.382	-	1.739
Handelspassiva	3	-	58	-	61
Sonstige Passivposten	510	-	80	-	590
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>30</b>	<b>76</b>	<b>40</b>	<b>-</b>	<b>146</b>

Für den 31. Dezember 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemein- schafts- und assoziierten Unternehmen	Gesell- schafter der Helaba	Sonstige nahe- stehende Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>5.021</b>	<b>652</b>	<b>2.682</b>	<b>–</b>	<b>8.355</b>
Forderungen an Kreditinstitute	1.178	3	–	–	1.181
Forderungen an Kunden	1.007	645	1.458	–	3.110
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	130	–	130
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.025	–	–	–	1.025
Handelsaktiva	7	3	1.094	–	1.104
Beteiligungen	22	–	–	–	22
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.752	–	–	–	1.752
Sonstige Aktivposten	30	1	–	–	31
<b>Passiva</b>	<b>6.069</b>	<b>330</b>	<b>2.042</b>	<b>4</b>	<b>8.445</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.694	–	142	–	4.836
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	832	293	1.681	4	2.810
Handelspassiva	3	–	79	–	82
Sonstige Passivposten	540	37	140	–	717
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>33</b>	<b>84</b>	<b>49</b>	<b>–</b>	<b>166</b>

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 40 Mio. € (31. Dezember 2016: 41 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 0,4 Mio. € (31. Dezember 2016: 0,5 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 6,6 Mio. € (2016: 6,5 Mio. €). Dem Verwaltungsrat

wurden 0,9 Mio. € (2016: 0,9 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,4 Mio. € (2016: 2,5 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,4 Mio. € (2016: 3,1 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 52,9 Mio. € (2016: 53,7 Mio. €) zurückgestellt.

(46) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bank	1.162	1.139	1.576	1.566	2.738	2.705
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	242	234	172	169	414	403
Landesbausparkasse	149	163	104	113	253	275
<b>Gesamtbank</b>	<b>1.553</b>	<b>1.536</b>	<b>1.852</b>	<b>1.847</b>	<b>3.405</b>	<b>3.383</b>

## (47) Organe der Bank

### Verwaltungsrat

#### Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident  
Sparkassen- und Giroverband  
Hessen-Thüringen  
Frankfurt am Main/Erfurt  
– Vorsitzender –

#### Dr. Werner Henning

Landrat  
Landkreis Eichsfeld  
Heiligenstadt  
– Erster stellvertretender  
Vorsitzender –

#### Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister  
Hessisches Ministerium  
der Finanzen  
Wiesbaden  
– Zweiter stellvertretender  
Vorsitzender –

#### Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Köln  
Köln  
– Dritter stellvertretender  
Vorsitzender –

#### Andreas Bausewein

Oberbürgermeister  
Stadt Erfurt  
Erfurt

#### Dr. Annette Beller

Mitglied des Vorstands  
B. Braun Melsungen AG  
Melsungen

#### Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands  
Kasseler Sparkasse  
Kassel  
– bis 30. September 2017 –

#### Patrick Burghardt

Oberbürgermeister  
Stadt Rüsselsheim  
Rüsselsheim  
– bis 31. Dezember 2017 –

#### Georg Fahrenschon

Präsident  
Deutscher Sparkassen- und  
Giroverband e. V.  
Berlin  
– bis 30. November 2017 –

#### Sven Gerich

Oberbürgermeister  
Stadt Wiesbaden  
Wiesbaden  
– seit 22. November 2017 –  
– bis 15. Dezember 2017 –

#### Stefan Hastrich

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Weilburg  
Weilburg

#### Bertram Hilgen

Oberbürgermeister  
Stadt Kassel  
Kassel  
– bis 21. Juli 2017 –

#### Günter Högner

Vorsitzender des Vorstands  
Nassauische Sparkasse  
Wiesbaden

#### Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Iserlohn  
Iserlohn

#### Manfred Michel

Landrat  
Landkreis Limburg-Weilburg  
Limburg an der Lahn

#### Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Werra-Meißner  
Eschwege

#### Clemens Reif

Mitglied des Hessischen  
Landtages  
Wiesbaden

#### Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen  
Landtages  
Wiesbaden

#### Helmut Schmidt

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Saale-Orla  
Schleiz

#### Uwe Schmidt

Landrat  
Landkreis Kassel  
Kassel

#### Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär  
Thüringer Finanzministerium  
Erfurt

#### Wolfgang Schuster

Landrat  
Lahn-Dill-Kreis  
Wetzlar

#### Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Bensheim  
Bensheim

#### Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands  
Software AG  
Darmstadt

### Von den Bediensteten der Bank entsandt

**Thorsten Derlitzki**  
Bankprokurist  
Frankfurt am Main  
– Vierter stellvertretender  
Vorsitzender –

**Frank Beck**  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
Frankfurt am Main

**Gabriele Fuchs**  
Bankangestellte  
Offenbach

**Anke Glombik**  
Bankprokuristin  
Erfurt

**Thorsten Kiwitz**  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
Frankfurt am Main

**Christiane Kutil-Bleibaum**  
Abteilungsleiterin  
Düsseldorf

**Annette Langner**  
Bankprokuristin  
Frankfurt am Main

**Susanne Noll**  
Bankangestellte  
Frankfurt am Main

**Jürgen Pilgenröther**  
Bankangestellter  
Frankfurt am Main

**Birgit Sahlinger-Rasper**  
Bankangestellte  
Frankfurt am Main

**Susanne Schmiedebach**  
Bankprokuristin  
Düsseldorf

**Thomas Sittner**  
Bankangestellter  
Frankfurt am Main

### Mitglieder des Vorstands

**Herbert Hans Grüntker**  
– Vorsitzender –

**Thomas Groß**  
– stellvertretender Vorsitzender –

**Jürgen Fenk**  
– bis 30. September 2017 –

**Dr. Detlef Hosemann**

**Hans-Dieter Kemler**  
– seit 1. Mai 2017 –

**Klaus-Jörg Mulfinger**

**Dr. Norbert Schraad**

## (48) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a  
Abs. 4 Nr. 2 HGB

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
1	„Dia“ Productions GmbH & Co. KG, Pullach	0,27	0,00		0,0	0
2	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1	0 <sup>1)</sup>
3	ABE CLEARING S.A.S à capital variable, Paris, Frankreich	1,85	1,85		20,4	4.800
4	Advent International GPE V-B Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	1,99	1,99		29,8	1.722
5	Advent International GPE VI Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	0,24	0,24		2.960,3	329.456
6	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	-9
7	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,14	1,14		231,8	22.885
8	Almack Mezzanine I LP, London, Vereinigtes Königreich	3,93	3,93		0,4	83.211
9	Almack Mezzanine II Unleveraged LP, London, Vereinigtes Königreich	5,83	5,83		27,6	10.411
10	AlphaHaus GmbH & Co. KG, Erzhausen	5,50	0,00		0,9	-107
11	Antenne Thüringen GmbH & Co. KG, Weimar	3,50	3,50		2,1	1.288
12	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	100,00	100,00		-6,2	-137
13	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	100,00	100,00		0,0	1
14	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG, Bosau	11,76	0,00		0,2	15.694
15	Bauverein für Höchst a. M. und Umgebung eG, Frankfurt am Main	0,03	0,00		28,6	762
16	BC European Capital VIII-8, Saint Peter Port, Guernsey	1,83	1,83		1.022,5	-144.023
17	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 <sup>1)</sup>
18	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,0	78
19	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	0 <sup>1)</sup>
20	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,4	788
21	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,4	152
22	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,5	38
23	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,1	190

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
24	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	2,2	236
25	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG i. L., München	100,00	100,00	0,21	0,0	36
26	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,3	554
27	BOF III CV Investors LP, Wilmington, USA	4,16	4,16		46,2	13.768
28	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		19,2	970
29	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		25,3	700
30	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3	4
31	Campus Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg	6,00	0,00		63,6	5.293
32	Capnamic Ventures Fund II GmbH & Co. KG, Köln	4,27	4,27		0,0	0,0
33	CapVest Equity Partners II, L.P., Hamilton, Bermuda	3,48	3,48		144,8	2.932
34	Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz	2,85	0,00		-19,5	-802
35	Clareant Mezzanine Fund II (No.1) Limited Partnership, Saint Heller, Jersey	4,07	4,07		158,5	-664
36	Clareant Mezzanine No. 1 Fund Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	3,40	3,40		150,4	13.276
37	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		1,1	-414
38	DBAG Fund IV GmbH & Co. KG i.L., Frankfurt am Main	6,13	6,13		5,5	-5.267
39	DBAG Fund V GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	7,59	7,59		44,7	47.227
40	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe	1,71	0,00		626,8	45.284
41	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	3,74	3,74		180,2	8.725
42	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		171,7	37.787
43	DIV Grundbesitzanlage Nr. 30 Frankfurt-Deuschherrnufer GmbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	0,06	0,06		15,3	741
44	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7	1.832
45	Doughty Hanson & Co. V LP No. 1, London, Vereinigtes Königreich	1,60	1,60		372,5	24.588
46	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
47	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-4
48	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	6,00	0,00		10,8	1.919
49	EIG Energy Fund XIV, L.P., Dover, USA	4,05	4,05		98,6 US-\$	-47.543 US-\$
50	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		-0,7	112
51	EQT Expansion Capital II (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	4,57	4,57		281,7	-62.612
52	EQT V (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	0,28	0,28		1.189,2	-79.540
53	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Sömmerda	6,39	0,00		0,3	216

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
54	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
55	Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1	4
56	Erste ST Berlin Projekt GmbH & Co KG, Berlin	0,50	0,00		0,0	-8
57	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4	1
58	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhausen	1,76	1,76		3.309,3	45.029
59	EUFISERV Payments s.c.r.l., Brüssel, Belgien	11,37	11,37		0,2	46
60	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, München	5,10	0,00		42,6	1.592
61	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteili- gungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	5
62	Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.
63	FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
64	FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
65	FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
66	FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
67	FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG., Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
68	FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
69	FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
70	Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,02	0,00		435,1	33.969
71	FIDUCIA Mailing Services eG, Karlsruhe	0,13	0,06		0,1	0
72	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		k. A.	k. A.
73	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-1
74	Fourth Cinven Fund (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	1,42	1,42		1.022,0	1.412.618
75	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		11,3	968
76	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		107,8 CHF	2.906 CHF
77	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		843,2	45.000
78	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Sied- lungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	0 <sup>1)</sup>
79	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-3
80	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	-4
81	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	5
82	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-4
83	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-5
84	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,5	379
85	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
86	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-27
87	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4	0 <sup>1)</sup>
88	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	94,90	0,00		-1,8	-2.122
89	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		-0,9	-55
90	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0	2
91	GeckoGroup AG in Insolvenz, Wetzlar	5,02	5,02		0,0	0,0
92	GELIMER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	8,93	8,93		-1,9	167
93	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3	0 <sup>1)</sup>
94	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0 <sup>1)</sup>
95	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	4
96	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		14,7	-3.653
97	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0	-10
98	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	11,20	11,20		5,4	729
99	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	11,20	11,20		0,0	2
100	GLD Verwaltungsgesellschaft GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
101	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		-3,4	-232
102	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		5,3	1.095
103	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		0,0	-10
104	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	0
105	Gründerfonds Ruhr GmbH & Co. KG, Essen	8,96	8,96		0,0	-22
106	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		4,3	-1.333
107	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	47
108	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,4	2.643
109	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-10
110	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		76,4	4.895
111	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6	0 <sup>1)</sup>
112	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0 <sup>1)</sup>
113	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		368,5	50.667
114	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		-4,8	-524
115	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,3	-321
116	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	5,10	5,10		1,5	-7.020
117	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	43,10	0,00		12,9	-407
118	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10	0,00		13,5	-365

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
119	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,51	0,00		18,5	-210
120	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-68
121	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,8	221
122	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0
123	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 <sup>1)</sup>
124	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,5	54
125	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.
126	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7	354
127	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		-129,9	5.151
128	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-150
129	Herkules Grundbesitz GmbH & Co. Frankfurt KG, Berlin	5,10	5,10		2,6	756
130	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,4	233
131	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,8	206
132	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		70,1	5.151
133	Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	15,49	0,00		1,8	507
134	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,6	34
135	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		-0,1	-114
136	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	10
137	Hutton Collins Capital Partners II L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,40	1,40		57,3	5.590
138	Hutton Collins Capital Partners III L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		190,6	-56.026
139	Icon Brickell LLC, Miami, USA	14,94	14,94		0,0 US-\$	-154 US-\$
140	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	0
141	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH, Frankfurt am Main	16,90	4,21		25,4	9.691
142	Investcorp Private Equity 2007 Fund, L.P., George Town, Kaimaninseln	2,01	2,01		300,8 US-\$	42.431 US-\$
143	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-11
144	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	3,2	437
145	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0 DKK	-3 DKK
146	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	-1
147	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-66
148	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-2,8	-280
149	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	3

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
150	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-23
151	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,8	-316
152	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		10,2 CHF	1.628 CHF
153	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7	87
154	LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG, Berlin	7,30	7,30		0,0	47
155	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		7,0 US-\$	0 US-\$
156	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		33,7 US-\$	-364 US-\$
157	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		21,3 US-\$	413 US-\$
158	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		5,9 US-\$	-523 US-\$
159	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		0,8 DKK	1.624 DKK
160	Magical Produktions GmbH & Co. KG, Pullach	1,50	0,00		-8,9	10.193
161	Magnolia GmbH & Co. KG, Nonnweiler	6,00	0,00		-0,1	-10
162	Magnum Capital, L.P., Edinburgh, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		564,9	130.710
163	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4	5
164	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	2
165	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0 <sup>1)</sup>
166	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		8,1	1.313
167	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesell- schaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,4	402
168	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		23,1	1.092
169	MESTO Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	1,00	1,00		-3,8	248
170	Mezzanine Management Fund IV ‚A‘ L.P., Hamilton, Bermuda	7,46	7,46		53,3	-26.636
171	MezzVest II, L.P., Saint Helier, Jersey	3,50	3,50		0,1	-18.867
172	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-2,5	24
173	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		23,7	1.214
174	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		15,1	227
175	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,5	-13
176	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	-7
177	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		1,6	1.511
178	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	1
179	NAsP III/V GmbH, Marburg	14,92	0,00		2,8	-716
180	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Ent- wicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,89	0,00		495,8	29.432
181	neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	3,20	0,00		2,3	-52
182	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-53
183	North Haven Infrastructure Partners LP, Wilmington, USA	0,25	0,00		2.431,6 US-\$	93.198 US-\$
184	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3 CHF	65 CHF
185	Objekt Limes Haus GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		17,0	568

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
186	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		0,4	7
187	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,1	-7
188	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0	-1
189	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,9	90
190	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 <sup>1)</sup>
191	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	1
192	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	1
193	PALMYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG S.e.n.c., Luxemburg, Luxemburg	5,20	0,00		69,6	363
194	Pan-European Infrastructure Fund LP, Saint Helier, Jersey	0,73	0,73		2.897,7	257.682
195	PATRIZIA Hessen Zehn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,20	0,00		-1,3	-165
196	PineBridge PEP IV Co-Investment L.P., Wilmington, USA	9,51	0,00		18,1 US-\$	-3.908 US-\$
197	PineBridge PEP IV Non-U.S. L.P., Wilmington, USA	17,00	0,00		16,8 US-\$	1.010 US-\$
198	PineBridge PEP IV Secondary L.P., Wilmington, USA	16,10	0,00		10,9 US-\$	-555 US-\$
199	PineBridge PEP IV U.S. Buyout L.P., Wilmington, USA	17,21	0,00		42,3 US-\$	5.098 US-\$
200	PineBridge PEP IV U.S. Venture L.P., Wilmington, USA	17,51	0,00		21,9 US-\$	83 US-\$
201	Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	14,11	14,11		2,7	-31
202	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0	-3
203	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-210
204	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0	0
205	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-1,0	-615
206	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		-1,2	-220
207	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.
208	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		-0,4	-743
209	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-1
210	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG, Wolfhagen	6,00	0,00		3,0	456
211	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Lauterbach	6,00	0,00		0,2	16
212	Projektgesellschaft Andreasstraße mbH, Erfurt	6,00	0,00		0,6	0
213	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-2
214	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	252 <sup>1)</sup>
215	Rebstöcker Straße GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		-17,8	-412
216	Rotunde - Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Erfurt	60,00	60,00	33,33	0,6	48
217	Rotunde Verwaltungsgesellschaft mbH, Erfurt	60,00	60,00	33,33	k. A.	k. A.

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
218	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München	9,60	9,60		14,9	1.825
219	S CountryDesk GmbH, Köln	5,00	2,50		0,4	32
220	S.W.I.F.T. Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication SCRL, La Hulpe, Belgien	0,00	0,00		325,2	20.722
221	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2	-13
222	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden	0,28	0,00		75,5	28.228
223	SIX Group AG, Zürich, Schweiz	0,00	0,00		2.554,4 CHF	221.100 CHF
224	SIZ GmbH, Bonn	5,32	5,32		4,9	334
225	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0	0
226	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		15,0	-581
227	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		8,0	224
228	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0	0
229	SOO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-120
230	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		0,5	30.842
231	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,2	265
232	TCW/Crescent Mezzanine Partners IVB, L.P., Los Angeles, USA	2,08	0,00		29,4 US-\$	-6.336 US-\$
233	TdW südwest Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH, Frankfurt am Main	3,25	0,00		1,8	121
234	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	96
235	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	8
236	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7	-2
237	Tenaska Power Fund, L.P., Wilmington, USA	1,55	0,00		32,7 US-\$	4.625 US-\$
238	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		1,7	-72
239	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	0,6	-2
240	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,67	1,5	-25
241	THE TRITON FUND II L.P., Saint Helier, Jersey	0,77	0,77		400,5	122.886
242	TPF II, LP, Wilmington, USA	2,37	0,00		78,3 US-\$	7.708 US-\$
243	Triton Fund III L.P., Saint Helier, Jersey	0,71	0,71		1.681,6	613.480
244	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,69	7,69		4,8	46
245	uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-117
246	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
247	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG, München	6,48	6,48		6,7	3.252
248	VCM Golding Mezzanine SICAV II, Luxemburg, Luxemburg	4,20	4,20		73,6	10.648
249	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0 <sup>1)</sup>
250	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	49

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
251	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,8	782
252	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-4,9	-1.748
253	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
254	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
255	Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurt am Main	0,01	0,00		10,6	3.557
256	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwick- lungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,2	0
257	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00	33,33	0,0	-3
258	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,24	2,8	-11
259	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen- Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Battenberg	10,32	0,00		0,4	265
260	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
261	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	186
262	Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1	3
263	Zweite ST Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	0,50	0,00		-0,1	-114

<sup>1)</sup> Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.  
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

## (49) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

### Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Hans-Dieter Kemler	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
Dr. Detlef Hosemann	DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH	Mitglied
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied

### Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Diana Häring	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied

## (50) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2017 nicht ergeben.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

### **Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Der Vorstand

Grüntker                      Groß                      Dr. Hosemann

Kemler                      Mulfinger              Dr. Schraad

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf

einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

## Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Dr. Hosemann
Kemler	Mulfinger	Dr. Schraad

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,  
Frankfurt am Main/Erfurt

## Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze

ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen un-

abhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio**
- 2. Bemessung der Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft**

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

### **1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio**

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ unter anderem Schiffskredite ausgewiesen. Für das Schiffskreditportfolio besteht eine bilanzielle Risikovorsorge, die sich aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen zusammensetzt. Im Geschäftsjahr 2017 war das Schiffskreditportfolio aufgrund des sich weiter verschlechternden Marktumfelds der Haupttreiber für die Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen. Bei der Ermittlung der Risikovorsorge werden von den gesetzlichen Vertretern Schätzungen insbesondere zur Entwicklung der zukünftigen Charraten und Annahmen zur Verwertung der finanzierten und als Sicherheit verpfändeten Schiffe getroffen. Da diese Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben und diese Wertberichtigungen insofern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Angemessenheit der relevanten Kreditprozesse im internen Kontrollsystem der Gesellschaft zur Bewertung von Schiffsfinauzierungen beurteilt und deren Wirksamkeit mit Hilfe von Funktionstests untersucht. Dabei haben wir auch die in diesem Bereich bestehende Geschäftsorganisation, IT-Sys-

teme und Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Schiffskredite, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis einer risikoorientierten Stichprobe beurteilt, indem wir unter anderem die richtige Anwendung der Bewertungsmodelle nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten zukünftigen Charraten und der weiteren Inputfaktoren gewürdigt haben. Ergänzend dazu haben wir uns bei unserer Einschätzung der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Bewertungsannahmen auf allgemeine und branchenspezifische Markterwartungen gestützt. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bewertung des Schiffskreditportfolios angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Zur Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio verweisen wir auf die Angaben im Anhang zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Allgemeinen unter den Ziffern (1) und (41), die auch die Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio umfassen.
- 2. Bemessung der Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft**
  1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 werden von den Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ Pauschalwertberichtigungen aktivisch abgesetzt. Die Pauschalwertberichtigungen beinhalten eine zusätzliche Vorsorgekomponente, die die Gesellschaft für die Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilkreditportfolios gebildet hat. Ein Großteil davon entfällt auf das Schiffskreditportfolio. Die Auswahl der betreffenden Teilkreditportfolios und die Bemessung der für diese Teilportfolios zusätzlich gebildeten Pauschalwertberichtigungen sind in hohem Maße von der Einschätzung durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft abhängig. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.
  2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Begründung der gesetzlichen Vertreter für die Auswahl derjenigen Teilkreditportfolios gewürdigt, bei denen aus ihrer Sicht das Erfordernis zur Bildung zusätzlicher, über die im Regelprozess parameterbasiert gebildeten Pauschalwertberichtigungen hinaus besteht. Ferner haben wir die den einzelnen Teilkreditportfolios zugrundeliegenden Bemessungsgrundlagen für die Bildung der zusätzlichen Wertberichtigungen nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsparameter (z. B. am Markt beobachtbare Credit Spreads für bestimmte Länderrisiken,

Sicherheitenwerte für Schiffskredite) beurteilt. Darüber hinaus haben wir die Berechnungen der Gesellschaft rechnerisch nachvollzogen. Im Hinblick auf das Schiffskreditportfolio haben wir insbesondere beurteilt, ob Veränderungen der Einzelwertberichtigungen für Schiffskredite im Geschäftsjahr bei der Bemessung der zusätzlichen Pauschalwertberichtigungen zutreffend berücksichtigt wurden und insofern keine Doppelberücksichtigung erfolgt ist. Die von

den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bemessung der zusätzlichen Pauschalwertberichtigungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft sind im Anhang unter der Ziffer (1) enthalten.

## Sonstige Informationen

---

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die nicht-finanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Jahresfinanzberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und

dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

---

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes

der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

---

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere

Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

## Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

### Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 23. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 3. Mai 2017 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1953 als Abschlussprüfer der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

## Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Peter Flick.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes  
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick  
Wirtschaftsprüfer